42. Jahrgang 1994 / 3. Heft / Juli ISSN 0042-5702 B 2176 F

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

KARL DIETRICH BRACHER/HORST MÖLLER
Hans-Peter Schwarz zum 60. Geburtstag

ADOLF M. BIRKE
Großbritannien und der Parlamentarische Rat

HANS MOMMSEN
Der Kreisauer Kreis und die Neuordnung Deutschlands

GIAN ENRICO RUSCONI
Die italienische Resistenza auf dem Prüfstand

ULRICH LAPPENKÜPER
Der Schuman-Plan

DOKUMENTATION
Hitler und die katholische Kirche
(Paul Hoser)

R. OLDENBOURG VERLAG MÜNCHEN

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER
in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter
Redaktion:
Hellmuth Auerbach, Norbert Frei, Udo Wengst
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Andreas Wirsching
Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

42. Jahrgang | Heft 3 | Juli 1994

INHALTSVERZEICHNIS

Karl Dietrich Bracher und Horst Möller — Hans-Peter Schwarz zum 60. Geburtstag 309

AUFSÄTZE

Adolf M. Birke — Großbritannien und der Parlamentarische Rat . . . 313

Hans Mommsen — Der Kreisauer Kreis und die künftige Neuordnung Deutschlands und Europas 361

Gian Enrico Rusconi — Die italienische Resistenza auf dem Prüfstand 379

Ulrich Lappenküper — Der Schuman-Plan. Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung 403

MISZELLE

Stefan Karner — Die sowjetische Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte. Ein Zwischenbericht 447

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
VIERTELJAHRSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

DOKUMENTATION

Paul Hoser Hitler und die katholische Kirche. Zwei Briefe aus dem Jahr 1927 473

NOTIZ 493

ABSTRACTS 495

MITARBEITER DIESES HEFTES 497

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Anke Thulke. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Bezugspreise 1993: Jahresabonnement Inland DM 82,80 (DM 69,60 + DM 13,20 Versandspesen); Österreich öS 661,– (543,– + 118,– Versandspesen); Schweiz sFr 84,80 (69,60 + 15,20 Versandspesen); Binnenmarktländer Empfänger *mit* UST.-ID-Nr. DM 80,20 (65,– + 15,20 Versandspesen); Binnenmarktländer Empfänger *ohne* UST.-ID-Nr. und Drittländer DM 84,80 (69,60 + 15,20 Versandspesen).
Studentenabonnement (nur Inland) DM 67,20 (54,– + 13,20 Versandspesen); Einzelheft DM 23,–, öS 180,–, sFr 23,– + Versandspesen. Inlandspreise und Preise für Binnenmarktländer (Empfänger ohne USt.- ID-Nr.) incl. 7% MWSt. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 46,– zuzüglich Versandkosten zu beziehen.
Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.
Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS-PETER SCHWARZ ZUM 60. GEBURTSTAG

Der Glückwunsch zum 60. Geburtstag, den Hans-Peter Schwarz am 13. Mai 1994 in Ottawa feierte, kommt entweder zu früh oder zu spät, erscheinen die Vierteljahrshefte doch im April und im Juli. Wir haben uns, der Neigung des Historikers gemäß, für das spätere Datum entschieden. Wir hoffen zudem, unserem hochgeschätzten Kollegen bei der Herausgabe dieser Zeitschrift noch viele Male, so wie heute, von Herzen Glück, Gesundheit und Erfolg wünschen zu können. Mögen die bisher mehr als eineinhalb Jahrzehnte in der Herausgeberschaft nur eine Halbzeit sein.

„Ein guter Historiker muß alt werden", hat Leopold von Ranke einst geschrieben – natürlich als er selbst schon alt war. Aber auch diese weise Regel kennt ihre Ausnahme, ist Hans-Peter Schwarz doch schon lange, schon seit Jahrzehnten, ein „guter", ja ein glänzender Historiker. Tatsächlich widerspricht die Rasanz seines wissenschaftlichen Werdegangs allem heute Üblichen: Der 1934 im südbadischen Lörrach Geborene war bereits mit 24 Jahren unter der Ägide von Arnold Bergstraesser in Freiburg promoviert worden und hatte schon bald die Schar seiner hochangesehenen Schüler auf eindrucksvollste Weise bereichert.

Wenige Jahre später wurde Schwarz mit 29 Jahren Professor an der Pädagogischen Hochschule Osnabrück. Das Lehren und Vortragen ist ihm seitdem Passion geblieben, die Forschung vernachlässigte er darüber nicht – ganz im Gegenteil, der bequeme Weg bedeutete ihm keine Versuchung. Mit 32 Jahren habilitierte er sich 1966 in Tübingen, einer nicht weniger ehrwürdigen Universität und unter Betreuung durch eine nicht weniger eindrucksvolle Gelehrtenpersönlichkeit, Theodor Eschenburg, einen der Altmeister der damaligen Politikwissenschaft. Wie Eschenburg gelingt es Schwarz, geschichtswissenschaftliche und systematisch-politikwissenschaftliche Fragestellungen fruchtbar zu verbinden, und wie Eschenburg hält es auch Schwarz nicht bloß am Schreibtisch, nicht bloß am Katheder: Als verantwortlicher Bürger will der engagierte Historiker und Politikwissenschaftler mit seinen profunden Kenntnissen dem Staat, der aus der Katastrophe entstandenen Bundesrepublik, dienen. In manch öffentlichem Disput brilliert er durch packende, salopp-zuspitzende Formulierungen, die Treffsicherheit des Urteils und seine über die eigenen Forschungsthemen weit hinausreichende umfassende historische Bildung.

Der historische Essay, ja sogar die ins Tagesgeschäft eingreifende historisch-politische Polemik ist seine Sache ebenso wie das dickleibige gelehrte Opus, die große Form ebenso wie die kleine, wie sein 1984 publizierter Essay „Die gezähmten Deutschen. Von der Machtbesessenheit zur Machtvergessenheit" oder das jüngst erschienene schöne Bändchen „Begegnungen an der Seine. Deutsche Kanzler in Paris" demonstrieren, mit dem er einen biographischen Bogen über zweihundert Jahre deutsch-französischer Beziehungen schlägt.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nach seinem frühen, aus der Dissertation hervorgegangenen Buch „Der konservative Anarchist. Politik und Zeitkritik Ernst Jüngers" (1962), das einer faszinierenden „paradoxen" Persönlichkeit gewidmet war, fand Hans-Peter Schwarz mit seiner zuerst 1966 veröffentlichten Habilitationsschrift „Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949" zu seinem eigentlichen historisch-politischen Forschungskomplex. In diesem, 1980 in erweiterter Form erneut aufgelegten, bis heute gültigen Standardwerk finden sich alle Vorzüge auch der späteren großen Werke: umfassende Erschließung und systematisch-reflektierte Beherrschung riesiger Stoffmassen, die Kunst, historische Persönlichkeiten zu porträtieren, die scharfsinnige Analyse der internationalen Beziehungen, denen Hans-Peter Schwarz weitere von ihm herausgegebene oder betreute grundlegende Handbücher gewidmet hat, schließlich die klare wie lebendig-packende, den Leser nie ermüdende Darstellungskunst.

Dieses Werk war Ausgangspunkt einer glänzenden wissenschaftlichen Karriere: 1966 erhielt der 32-jährige Gelehrte einen Ruf auf den Lehrstuhl für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Sieben Jahre in der weltoffenen Hansestadt weiteten den schon vorher atlantisch orientierten Blick, der die aus der badischen Heimat herrührende Nähe zu den romanischen Ländern, Frankreich insbesondere, ergänzte und wohl auch den persönlichen Lebensstil mitprägte. 1973 nahm Schwarz einen Ruf an die Universität zu Köln an, schließlich 1987 an die Universität Bonn, auf den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte des Erstunterzeichners.

In Bonn-Bad Godesberg wohnte er bereits zu seiner Kölner Zeit: Die Nähe zu Politik, Diplomatie und Publizistik behagte ihm, doch auch als Wahl-Rheinländer blieb er im unverkennbaren Idiom Badener. Seit den 1970er Jahren folgte im Abstand einiger Jahre ein Meisterwerk zur Geschichte der Bundesrepublik nach dem anderen. Kein anderer Historiker hat so viele wegweisende große Werke zur Geschichte der Bundesrepublik vorgelegt wie Hans-Peter Schwarz: zunächst die zwei Bände zur Ära Adenauer 1949 bis 1963 in der großen, sechsbändigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die gleichgewichtig Innen- und Außenpolitik sowie die Kulturgeschichte und den „Geist der fünfziger Jahre" darstellen, danach die beiden Bände der mehr als 2000 Seiten umfassenden Biographie Konrad Adenauers, die im Kaiserreich einsetzend bis zu seinem Tode 1967 führt und damit die prägende Persönlichkeit der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte Westdeutschlands im Rahmen von hundert Jahren deutscher Geschichte fesselnd schildert und analysiert. Schwarz wertet auch hier eine Fülle neuen Materials erstmals aus. Er steht nicht allein auf der Höhe zeitgeschichtlicher Forschung, sondern begründet sie über weite Strecken erst aus den Quellen. Hans-Peter Schwarz muß es dabei nicht stören, daß eine solche monumentale Biographie dem einen oder anderen Kritiker oder Bewunderer Adenauers mißfiel: Tatsächlich handelt es sich um ein Werk durchaus kritischer Geschichtsschreibung, das bei aller objektiv begründeten Hochschätzung seines Helden, bei aller Bejahung der Westorientierung als grundlegender politischer Weichenstellung für die

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland mit Kritik im einzelnen keineswegs spart. Die Anerkennung der überragenden staatsmännischen Leistung, der politischen Größe und der taktischen Schläue Adenauers führt keineswegs zu blinder Bewunderung, sondern ist in der Sache argumentativ begründet. Sie wurzelt aber auch in der Grunderfahrung der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts, der Katastrophe der nationalsozialistischen Diktatur, vor deren Hintergrund die historische Leistung der ersten Generation der führenden Politiker der Bundesrepublik, Adenauer an der Spitze, zu würdigen ist. Schwarz hat diese Thematik häufig aufgegriffen, schon in seinem frühen Meisterwerk „Vom Reich zur Bundesrepublik" und noch unmißverständlicher in seiner Dankesrede anläßlich der Verleihung des Münsteraner Historiker-Preises 1988, in der er die „Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als Gegenstand historischer Forschung" unter der Überschrift „Die ausgebliebene Katastrophe" behandelte. Historische Erfahrung, die gegen die immer wieder aufflammenden totalitären Versuchungen immunisiert, aber auch eine größere Unbefangenheit in der Verarbeitung solcher geschichtlicher Lehren, die immer wieder erneuert werden müssen, kennzeichnen die politische Konsequenz aus der Zeitgeschichtsschreibung dieser „Zwischengeneration".

Wenngleich die großen Werke von Hans-Peter Schwarz Grundlegung mit einer in Gehalt und Gestalt abschließenden Darstellung verbinden, so weiß er natürlich als stets neugieriger Historiker nur zu gut, daß die historische Forschung immer neue Quellen erschließt, jede Generation neue Fragen stellt. Daher beteiligt er sich selbst ständig an der Erschließung neuer Quellen, so zum Beispiel mit Rudolf Morsey an der Herausgabe der „Rhöndorfer Ausgabe" der Briefe und Teegespräche Konrad Adenauers. Auch legte er selbst Zwischenbilanzen historischer Forschung und Bewertung vor, beispielsweise mit Richard Löwenthal einen repräsentativen Band über die Geschichte der Bundesrepublik nach 25 Jahren, um nur diesen zu nennen.

Wer meint, ein Gelehrter von so erdrückender Produktivität müsse im Elfenbeinturm hausen, irrt in diesem Fall. Hans-Peter Schwarz gibt gern seinen politischen Rat, er zählt zu den wichtigen Organisatoren der Zeitgeschichte, und so ist unser Glückwunsch, der auch der des Instituts für Zeitgeschichte ist, die willkommene Gelegenheit, vielfältigen persönlichen Dank abzustatten an den kompetenten, uns in zahlreichen Gremien freundschaftlich verbundenen Kollegen: in der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien zum Beispiel, als Mitglied vieler wissenschaftlicher Beiräte, etwa des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, als Vorsitzenden des wissenschaftlichen Direktoriums der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Vor allem gilt unser Dank dem langjährigen Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte und Hauptherausgeber der vom Institut im Auftrag des Auswärtigen Amtes publizierten „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland". In all diesen Tätigkeiten und Gremien bereichert Hans-Peter Schwarz die Beratungen, trägt auch mit seiner Freude am Witz und seiner Neigung zu pointierten, wohlformulierten Urteilen zur entspannten und fruchtbaren Atmosphäre bei. Die Zeitgeschichtsforschung verdankt diesem weltgewandten Gelehrten viel, das Institut für Zeit-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

geschichte und die Vierteljahrshefte in ganz besonderem Maße: Wir freuen uns auf weitere Jahre ebenso angenehm-anregender wie erfolgreicher Zusammenarbeit mit Hans-Peter Schwarz.

Karl Dietrich Bracher Horst Möller

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ADOLF M. BIRKE

GROSSBRITANNIEN UND DER PARLAMENTARISCHE RAT

Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag

Einleitung

„Die britische Politik kam eindeutig der SPD zugute."[1] Zu dieser Bewertung fand Hans-Jürgen Grabbe in seinem richtungweisenden Aufsatz aus dem Jahre 1978 über die deutsch-alliierte Kontroverse bei den Beratungen zum Grundgesetz[2]. Er bestätigte damit den in der CDU/CSU und vor allem durch Konrad Adenauer schon während des ersten Bundestagswahlkampfes im Sommer 1949 erhobenen Vorwurf, es habe eine gezielte Parteinahme der Labour-Regierung zugunsten der deutschen Sozialdemokratie gegeben. Der spätere Bundeskanzler hatte mit seinen Attacken auf einen Wahlaufruf der SPD vom 9. Juli 1949 reagiert[3], in dem zu lesen stand: „Im Kampf um das Bonner Grundgesetz haben wieder die Sozialdemokraten den entscheidenden Schritt zur deutschen Selbstbestimmung gemacht. Wäre es nach den Machtwünschen der Alliierten und ihrer deutschen Helfer gegangen, dann wäre ein lebensfähiger deutscher Staat nicht zustandegekommen."[4] Als Beweis hatte die SPD ihr klares Nein gegenüber den Revisionsforderungen der drei westlichen Alliierten zum Entwurf des Grundgesetzes angeführt, die den Parlamentarischen Rat vorübergehend in eine tiefe Krise stürzte. Kurt Schumacher hatte es verstanden, die Kampfansage gegen die Besatzungsmächte auf dem „kleinen Parteitag" von Hannover, der am 20. April 1949 stattfand, wirkungsvoll zu inszenieren. Tatsächlich hatten die Alliierten nur zwei Tage später eingelenkt. Ihre Konzessionsbereitschaft ging allerdings auf einen bereits früher gefaßten, geheim gehaltenen Beschluß der Washingtoner Außenministerkonferenz (8. April 1949) zurück, der den Vertretern des Parlamentarischen Rates offiziell erst am 22. April mitgeteilt wurde.

---

1 Hans-Jürgen Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse um den Grundgesetzentwurf im Frühjahr 1949, in: VfZ 26 (1978), S. 393–418, hier S. 415.

2 Er stützte sich dabei auf die damals veröffentlichten amerikanischen Akten (Foreign Relations US und Clay Papers).

3 Dazu Rudolf Morsey, Die letzte Krise im Parlamentarischen Rat und ihre Bewältigung (März/April 1949), in: Dieter Schwab u. a., Staat, Kirche, Wissenschaft in einer pluralistischen Gesellschaft. Festschrift zum 65. Geburtstag von Paul Mikat, Berlin 1989, S. 408–410; auch ders., Verfassungsschöpfung unter Besatzungsherrschaft. Die Entstehung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat, in: Die Öffentliche Verwaltung 42 (1989), S. 477–479.

4 Gedr. in Konrad Adenauer, Erinnerungen, 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 218 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer, der in jenen Wochen kompromißbereit auf die alliierten Forderungen reagiert hatte, sah sich düpiert. Nach weiteren SPD-Attacken entlarvte er am 21. Juli 1949 in seiner ersten Rede zum Bundestagswahlkampf die angebliche „Rettungstat" von Hannover als ein „abgekartetes Spiel", das darauf ziele, die SPD als „nationale Partei par excellence" erscheinen zu lassen[5]. Tatsächlich seien führende Mitglieder der Sozialdemokratie (Walter Menzel und Carlo Schmid) bereits eine Woche zuvor vom britischen Militärgouverneur Sir Brian Robertson über den Inhalt der zweiten Note der Außenminister informiert worden, die das Einlenken der Westmächte signalisierte. Die sozialdemokratische Absage an die Forderungen der Militärgouverneure war nach dieser Version in Kenntnis der neuen Sachlage erfolgt und damit keineswegs eine besondere Heldentat. Daß Adenauer die Wahrheit sagte, also kein „Lügenauer" war, wie ihm dies der SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher in heftigen Dementis unterstellte, darf schon durch die bisherige Forschung als bestätigt gelten[6].

Dennoch muß davor gewarnt werden, aus der Tatsache, daß es eine Vorinformation durch den britischen Militärgouverneur gegeben hat, die These herzuleiten, die SPD sei generell durch die Londoner Regierung bevorzugt behandelt worden. Ein umfassendes Bild der Intentionen und der Praxis britischer Verfassungspolitik in Deutschland und ihres Anteils an der Entscheidungsfindung der Besatzungsmächte kann nicht vereinzelten „Enthüllungen" entnommen werden. Es reicht auch nicht, sich vorwiegend auf die offiziellen Verlautbarungen und die gemeinsamen alliierten Interventionen zu stützen, die ohnehin weitgehend bekannt sind. Vielmehr lassen sich differenzierte Einsichten erst dann erzielen, wenn nicht nur die Tätigkeit des Foreign Office, sondern auch die Arbeit der Militärregierung vor Ort, vor allem die ihres Verbindungsbüros, mit berücksichtigt wird, das eigens zur Beobachtung und Beratung, aber auch zur Beeinflussung des Parlamentarischen Rates eingerichtet worden war und getrennt von den entsprechenden amerikanischen und französischen Stellen operierte. Die Akten des britischen "Liaison Office" befinden sich, soweit sie erhalten sind, bei den Beständen der Control Commission for Germany/British Element, die inzwischen durch ein umfassendes Inventar erschlossen und damit für die Forschung verfügbar gemacht worden sind[7].

Erst aufgrund der neuen Quellenlage wird es möglich, die politische Willensbildung und die aus ihr hergeleiteten Initiativen der britischen Besatzungsmacht für die wichtigsten Etappen des Parlamentarischen Rates zu erschließen. Die Voraussetzungen der britischen Verfassungspolitik und die Einstellung zu den politischen Parteien in Deutschland werden dabei ebenso zur Sprache kommen wie die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den alliierten Partnern. Der konkrete Ablauf der komplizierten

---

[5] Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Konrad Adenauer. Reden 1917–1967. Eine Auswahl, Stuttgart 1975, S. 144f.

[6] Morsey, Die letzte Krise, Anm. 63–68.

[7] Adolf M. Birke/Hans Booms/Otto Merker (Hrsg.), Akten der Britischen Militärregierung in Deutschland. Control Commission for Germany/British Element. Sachinventar 1945–1955, 11 Bde., München 1993. Rudolf Muhs hat bei der Beschaffung und Zusammenstellung der Quellenmaterialien für diesen Aufsatz mitgewirkt. Ihm sei dafür herzlich gedankt.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Verfassungsverhandlungen, die auf mehreren Ebenen und in verschiedenen Ausschüssen stattfanden, kann dabei nur insoweit berücksichtigt werden, als er für die Reaktionen der britischen Militärregierung bedeutsam wird. Leider fehlt noch immer eine allgemeine Darstellung der Geschichte des Parlamentarischen Rates. Selbst die längst erwartete Dokumentation seiner Verhandlungen ist bisher nicht über die Anfangsbände hinausgekommen[8]. Um weitere Aufschlüsse über den Umfang und das Ausmaß der alliierten Einwirkungen zu erhalten, müßten zusätzliche amerikanische, vor allem aber auch bisher kaum berücksichtigte französische Archivalien herangezogen werden. Die auf englischen Quellen beruhende Untersuchung kann insofern nur ausschnitthafte Einsichten vermitteln und versuchen, den Anstoß für weitere Forschungen zu geben.

I. Die alliierten Vorgaben und die britische Position

Als der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in Bonn seine Arbeit aufnahm, gab es nur wenige und sehr allgemein gehaltene Vorgaben der westlichen Besatzungsmächte, die ihn in seiner Tätigkeit banden. Die drei Alliierten, deren Auffassungen stark voneinander abwichen, hatten sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt und darauf verzichtet, detaillierte Anweisungen zu geben. Sie wünschten zugleich den Eindruck zu vermeiden, als seien sie entschlossen, den Deutschen eine Verfassung zu oktroyieren. Im Schlußkommuniqué der Londoner Sechsmächtekonferenz vom 7. Juni 1948 war daher nur davon die Rede, daß die „Wiedererrichtung eines zentralistischen Reiches" zu vermeiden sei. Die Regierungsform solle föderativ sein (federal form of government) und die Rechte der Einzelstaaten angemessen schützen. Aber es sei auch eine angemessene zentrale Gewalt (adequate central authority) vorzusehen. Die Rechte und Freiheiten des Individuums seien zu garantieren[9].

In einem "Letter of Advice"[10] hatten sich die Regierungen der drei westlichen Besatzungsmächte bereits am 11. Mai 1948 darauf geeinigt, den Militärgouverneuren zusätzliche Hinweise darüber zu geben, wie eine wünschenswerte Verfassungsstruktur in Deutschland beschaffen sein sollte. Dieses Dokument, das den deutschen Verfassunggebern zunächst unbekannt blieb, erhielt später für die Beurteilung der Verfassungsentwürfe durch die Militärregierungen besondere Bedeutung. Zwar ließ es die Möglichkeit verschiedener Wege zu einem "decentralised Federal Government" offen, empfahl jedoch mit Nachdruck ein Zweikammersystem, "in which one of the houses must represent the individual states and must have sufficient power to safeguard the interests of the states". Für die künftigen Konflikte mit dem Parlamentarischen Rat sollten jene Bestim-

[8] Darauf hat bereits Rudolf Morsey aufmerksam gemacht. Vgl. Morsey, Die letzte Krise, S. 393. Einen Überblick bietet jetzt Erhard H. M. Lange, Die Würde des Menschen ist unantastbar. Der Parlamentarische Rat und das Grundgesetz, Heidelberg 1993.

[9] Abgedr. in: Der Parlamentarische Rat. Akten und Protokolle, Bd. 1, Vorgeschichte, bearb. von Johannes Volker Wagner, Boppard 1975, S. 4.

[10] Letter of Advice to Military Governors Regarding German Constitution, in: Foreign Relations of the United States (FRUS) 1948, Bd. 2: Germany and Austria, Washington 1973, S. 240f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mungen besondere Bedeutung erlangen, in denen konkrete Wünsche zum föderativen Charakter der Finanzverfassung geäußert wurden. Der "Letter of Advice" ging dabei von einer begrenzten Zuständigkeit des Bundes bei der Gesetzgebung und von einer strikten Trennung der Steuererhebung und -verwaltung zwischen Bund und Ländern aus[11]. Allerdings wurde den Militärgouverneuren nahegelegt, diese Instruktionen nicht rigoros anzuwenden und bei der Überprüfung der Verfassung zu berücksichtigen, "that the purpose of such examination is to test the provisions of the Constitution as a whole to determine whether to guarantee a federal type of government"[12].

Diese sehr weit gefaßten, in einigen Punkten aber durchaus präzisierten Rahmenempfehlungen sollten in den künftigen Auseinandersetzungen noch für Zündstoff sorgen. Allerdings enthielten die „Frankfurter Dokumente", mit denen die Militärgouverneure am 1. Juli 1948 die westdeutschen Ministerpräsidenten beauftragten, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, keine zusätzlichen Hinweise. Die deutschen Politiker sahen deshalb die Chance zu größerer Entscheidungsfreiheit. Selbstbewußt und hartnäckig begannen schon die Länderchefs für die deutschen Interessen zu kämpfen. Bekanntlich vermochten sie in den langwierigen Verhandlungen mit den Militärgouverneuren, die den Beratungen des Parlamentarischen Rates vorausgingen, wichtige terminologische Änderungen (Grundgesetz statt Verfassung; Parlamentarischer Rat statt Verfassunggebende Versammlung) durchzusetzen, um den provisorischen Charakter des westdeutschen Verfassungsprojekts zu betonen und die deutsche Spaltung nicht durch eigenes Tun zu zementieren[13].

Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates begannen ihre Verhandlungen am 1. September 1948 in dem Bewußtsein, selbständig über den Entwurf eines Grundgesetzes beraten und entscheiden zu können, bis dieser als Gesamtvorlage den Militärregierungen zur Genehmigung vorzulegen war. Obwohl die Alliierten das Verfassungswerk zur eigenständigen Aufgabe der Deutschen erklärt hatten, verzichteten sie nicht darauf, die Bonner Verhandlungen genau zu beobachten, sie beratend und kritisierend zu begleiten und, sofern dies nötig werden sollte, sogar in sie zu intervenieren. Zu diesem Zweck richteten sie Verbindungsbüros ein, die, dem jeweiligen Militärgouverneur unterstellt, unabhängig voneinander arbeiteten, zugleich aber beständige Kontakte miteinander pflegten.

---

[11] Die entscheidenden Abschnitte lauteten: "1.c. That the powers of the Federal Government shall be limited to those expressly enumerated in the Constitution and in any case shall not include education, cultural and religious affairs, Local Government and Public Health ..."
"d. That the powers of the Federal Government in the field of public finance shall be limited to the disposal of monies including the raising of revenues, for purposes for which it is responsible; that the Federal Government may set rates and legislate on the general principles of assessment with regard to other taxes for which uniformity is essential, the collection and utilisation of such taxes being left to the individual States; and that it may appropriate funds only for purposes for which it is responsible under the Constitution".
"f. That the powers of the Federal Government to establish federal agencies for the execution and administration of its responsibilities should be clearly defined and should be limited to those fields in which it is clear that state implementation is impractical." Ebenda.

[12] Ebenda, S. 241.

[13] Der Parlamentarische Rat, Bd. 1, S. XXXIII–LIV.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Das britische Liaison Office in Bad Godesberg stand unter der Leitung von R.A.A. Chaput de Saintonge, einem Frankokanadier, der aus dem German Internal Affairs Department im Foreign Office kam und als guter Kenner deutscher Verfassungs- und Verwaltungsfragen galt[14]. Die Aufgabe seiner Verbindungsstelle bestand darin, die Militärregierung fortlaufend und detailliert über den Gang der Verhandlungen des Parlamentarischen Rates zu unterrichten und Hintergrundkenntnisse über die Haltung der Fraktionen und über die Akteure zu vermitteln[15]. Durch persönliche Kontakte, bei Dinners und Cocktailparties, aber auch in offiziellen Treffen mit den Ministerpräsidenten, Vertretern des Parlamentarischen Rates und führenden Parteipolitikern sollte ein Informations- und Einflußrahmen aufgebaut werden, um britische Interessen wirkungsvoll zu vertreten und zugleich der alliierten Verfassungspolitik in Westdeutschland zum gewünschten Erfolg zu verhelfen.

Von Beginn an war die britische Seite bemüht, Irritationen abzubauen, die die Verfassungsarbeit hätten lähmen können. Dabei versuchte sie, aufkeimende Meinungsverschiedenheiten zwischen den alliierten Partnern zu überbrücken und zugleich – bei gebotener Zurückhaltung – auch vermittelnd auf die früh erkennbaren Gegensätze im Parlamentarischen Rat einzuwirken. Militärgouverneur Brian Robertson erwies sich dabei als kenntnisreicher und geschickter Vertreter seines Landes, der durchaus bemüht blieb, auch die deutschen Belange zu berücksichtigen. Schon im Vorfeld der Bonner Beratungen über das Grundgesetz trug die britische Diplomatie dazu bei, einen französischen Vorstoß abzuschwächen, der darauf zielte, die Teilnahme von Berliner Abgeordneten an den Verfassungsverhandlungen grundsätzlich in Frage zu stellen[16]. In Paris wurde befürchtet, daß Berlin „als die rechtmäßige und moralische Hauptstadt Deutschlands" wiederhergestellt werden solle, was unbedingt vermieden werden müsse. Das Foreign Office zeigte zwar Verständnis für die Besorgnis der Franzosen, plädierte aber dafür, die Vertretung der Berliner unter der Voraussetzung zuzulassen, daß ihr nicht die gleichen Rechte wie den Westdeutschen gewährt würden[17]. Gleichzeitig wirkte die Militärregierung beschwichtigend auf den Oberbürgermeister Ernst Reuter ein, damit demonstrative Vorstöße des Magistrats in dieser Frage unterblieben. Das Verhältnis zur Sowjetunion, das durch die Blockade Berlins ohnehin zum Zerreißen gespannt war, sollte keinen zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden[18].

---

[14] Vgl. Ulrich Reusch, Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Planung und Politik 1943–1947, Stuttgart 1985, S. 320.

[15] Rainer Pommerin, Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Porträtskizzen des britischen Verbindungsoffiziers Chaput de Saintonge, in: VfZ 36 (1988), S. 557–588.

[16] Vgl. Patrick Dean an Foreign Office, 10. 8. 1948, in: Public Record Office (PRO), Foreign Office (FO) 1049/1168, Dok. 194/14/48.

[17] Dok. 194/8/48, in: Ebenda.

[18] "I think, however, that the Berliners are being unduly impatient if they are claiming equal rights with the Western Germans at the present time. It might therefore be advisable to warn a responsible SPD member of the Magistrat, Reuter for instance, that if the Magistrat presses this point at the present time (by passing a resolution) it will only succeed in aggravating the tension between the Soviet Union and the Western Powers." Dok. 194/8/48, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

"If you think that representatives from Berlin must join the Parliamentary Council", so teilte das Foreign Office dem Militärgouverneur am 30. August 1948 mit, "they should do so as observers and not in an advisory capacity"[19]. Einen Tag später, bei der Besprechung einer Delegation der Ministerpräsidenten mit den alliierten Verbindungsoffizieren in Wiesbaden, erläuterte Chaput de Saintonge die offizielle Linie der Besatzungsmächte: Es werde keine Vollmitgliedschaft der Berliner geben. Sie könnten als Beobachter teilnehmen und an der Ausschußarbeit mitwirken. An den öffentlichen Debatten aber sollten sie sich nicht beteiligen[20]. Damit war ein Weg gefunden, um die Mitwirkung der Berliner im Parlamentarischen Rat in einer für sie wie auch für die französische Seite gerade noch akzeptablen Form zu gewährleisten[21].

Die britische Militärregierung sah sich nicht nur in der Rolle des Vermittlers zwischen den Alliierten. Sie war auch darauf bedacht, Konflikte zwischen den Fraktionen des Parlamentarischen Rates abzubauen, um der Verfassung des künftigen westdeutschen Staates eine breite Zustimmung zu sichern. Deshalb legte sie großen Wert darauf, daß die Grundentscheidungen über die Verfassung von einer breiten Mehrheit getragen wurden. Für die großen politischen Kontrahenten, die SPD- und die CDU/CSU-Fraktion, die jeweils über 27 der 65 Stimmen verfügten, lag die Versuchung nahe, in schwierigen Situationen dem Zwang zum übergreifenden Konsens durch eine einfache Mehrheit mit Hilfe der kleineren Parteien zu entgehen. Dem Verhalten der FDP, die über fünf Stimmen verfügte, kam damit eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Hinweise, die die Militärregierung bereits in der ersten Septemberhälfte erhielt, verstärkten den Verdacht, die Liberalen könnten einer Schaukelpolitik zuneigen. Andeutungen aus den Reihen der FDP, daß dies nicht der Fall sein werde, wurden mit Erleichterung registriert. So gab der niedersächsische FDP-Vertreter im Parlamentarischen Rat, Dr. Hermann Schäfer, bei einem Gespräch mit dem britischen Verbindungsoffizier in Hamburg zu erkennen, die FDP werde ihre Position nicht dazu nutzen, knappe Entscheidungen zu ermöglichen, "but to hold balance where doubtful moves were made by CDU or SPD until a solution acceptable to vast majority was reached. This power would operate particularly against CDU inclination towards excessive decentralisation."[22]

Gut zwei Monate später hieß es in einer Lagebeurteilung des Foreign Office, die gleichstarke Vertretung der beiden Hauptparteien habe im Parlamentarischen Rat das Bemühen verstärkt, Mehrheitsabstimmungen zu vermeiden, die den kleinen Parteien

---

19 Dok. 194/19/48, in: Ebenda.

20 Vgl. Dok. 194/22/48, in: Ebenda; vgl. auch Der Parlamentarische Rat, Bd. 1, Dok. 25, S. 410–414.

21 In einem Telegramm an das FO vom 31. 8. 1949 betonte die Militärregierung in Berlin noch einmal, daß es weder möglich noch angezeigt gewesen wäre, eine Teilnahme der Berliner Vertreter zu verhindern. Dies hätte zu einer Konfrontation mit den demokratischen Parteien Berlins geführt und auch die Bereitwilligkeit der westdeutschen Seite in Frage gestellt, sich an dem Verfassungsprojekt zu beteiligen. "It is the feeling that they are supported by and are maintaining some connection with Berlin which has largely salved their consciences over splitting Germany. While, therefore, we should certainly seek to limit the capacity in which Berliners attend, I do not think we can at this stage prevent them from doing so and that to attempt it would be most unwise." Ebenda, Dok. 194/23/48.

22 Dok. 194/35/48 vom 11. 9. 1948, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die entscheidende Stimme geben würden. "No Basic Law (Draft Constitution) could endure for long if some of its main provisions were opposed by one of the major parties. Both the Social Democrat and the Christian Democrat leaders have therefore accepted the fact, that only compromises receiving the support of their parties should be embodied in the Basic Law."[23] Im Zwang zum übergreifenden Kompromiß, der den Briten als unabdingbar für eine funktionsfähige Verfassung galt, wurde aber auch der eigentliche Grund dafür gesehen, daß die Ausschußarbeit nicht vorankam. Bisher, so stellte das Foreign Office fest, sei eine Einigung weder in den Fraktionen noch zwischen den Parteien erreicht worden. Umstritten sei hauptsächlich die Zusammensetzung und Aufgabe der Zweiten Kammer sowie die Finanzverfassung. "The main issue dividing the parties would appear to be the incompatibility of the degree of federalism desired by the Christian Democrats with the wide centralised control which the Social Democrats believe necessary to solve the difficult economic position of the country and implement their political programme."[24] Der Hinweis auf das noch ausstehende Besatzungsstatut werde vielfach nur als eine Entschuldigung benutzt, um die schmerzhafte Notwendigkeit zu vermeiden, zu einer Lösung zu kommen.

II. Verzögerungen und Mahnungen

Mit Argusaugen wachten die Militärregierungen darüber, daß sich die „Verfassungsväter" strikt an ihre gesetzte Aufgabe hielten und sich nicht mit Stellungnahmen zu allgemein-politischen Fragen profilierten. Konflikte ließen nicht lange auf sich warten. Als der Parlamentarische Rat am 15. September 1948 eine Resolution verabschiedete, die sich gegen die Verurteilung von Demonstranten im sowjetischen Sektor Berlins wandte, nahmen die westlichen Besatzungsmächte dies zum Anlaß, ihre mahnende Stimme zu erheben. General Koenig, der französische Militärgouverneur, bestand zunächst gegenüber seinen Kollegen darauf, von den Verfassunggebern eine Zusicherung zu verlangen, daß künftig Kompetenzüberschreitungen unterblieben. Eine dem Präsidenten Konrad Adenauer überreichte Note der Alliierten wies in kühlen Worten darauf hin, daß der Parlamentarische Rat keine Berechtigung habe, von der ihm zugewiesenen Aufgabe abzuweichen. Dieses Schreiben sei als Warnung gedacht, so erläuterten die Verbindungsoffiziere bei der Übergabe. "If the Parliamentary Council goes outside its authorised field in future, it must expect a strong reaction from the Military Governors."[25]

---

[23] FO an die britischen Auslandsvertretungen am 20. 11. 1948, in: Ebenda, FO 1049/1559, Dok. 1372/202/48.

[24] Ebenda.

[25] Dok 1494/11/48, in: Ebenda, FO 1049/1577. Die Note wurde von den Verbindungsoffizieren am 30. 9. 1949 übergeben. Im FO stieß das Vorgehen der Militärgouverneure nicht nur auf Zustimmung. In einer Randbemerkung zum Bericht des Verbindungsoffiziers vom 16. 9. 1948 heißt es: "It would, I believe, (be) most impolitic for us to attempt to restrain the Parliamentary Council from discussing Berlin and E. Germany in this way. It is true that such subjects do not really fall within its competence,

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit Besorgnis sahen die Militärregierungen, daß der Parlamentarische Rat in seinem eigentlichen Arbeitsfeld weit hinter den ursprünglich gesteckten Zeitplan von acht bis zehn Wochen zurückfiel. Sie beobachteten, wie es den Fraktionen nicht gelang, ihre kontroversen Standpunkte zu versöhnen, wie Föderalisten und Zentralisten aufeinanderprallten. Die Zusammensetzung und Funktion der Länderkammer, die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern und die Frage der Steuergesetzgebung und Finanzverwaltung bildeten, neben den kulturpolitischen Forderungen zum Elternrecht und zum Verhältnis von Kirche und Staat, die Hauptstreitpunkte. Ein Kompromiß mit der SPD wurde für die CDU dadurch erschwert, daß sie auf die extremen Föderalisten (vor allem der CSU) in der eigenen Fraktion Rücksicht nehmen mußte. Da sich die Kernfragen des Streits auf jene Bereiche erstreckten, die von den alliierten Vorgaben berührt wurden, konnte es nicht ausbleiben, daß die Bonner Verfassungsarbeit zunehmend die kritische Anteilnahme und Einmischung der drei Besatzungsmächte provozierte.

Eine wesentliche Grundlage für die Willensbildung der britischen Politik gegenüber dem Parlamentarischen Rat stellten die Periodischen Berichte des Bonner Verbindungsbüros dar, die der Militärregierung in Berlin und dem Foreign Office in London als Dokumentation über den Stand und den Ablauf der Verhandlungen in den verschiedenen Ausschüssen dienten. Ergänzt wurden diese Materialien durch aufschlußreiche Zusammenfassungen und Wertungen. Bei den britischen Stellen in Berlin lösten die Mitteilungen des Verbindungsoffiziers schon nach wenigen Wochen zunehmendes Unbehagen aus. Die Kritik galt besonders den Empfehlungen des Finanzausschusses, da sich diese auch nach britischer Meinung nicht mehr mit den Erfordernissen einer "federal constitution" vereinbaren ließen. Obwohl die Briten eine stärkere zentrale Staatsgewalt in Deutschland nicht von vornherein ablehnten und den aus ihrer Sicht eher überzogenen föderalistischen Konzepten der Franzosen und Amerikaner durchaus skeptisch gegenüberstanden, sahen sie sich durch die alliierten Beschlüsse gebunden, die zugleich den kleinsten gemeinsamen Nenner bildeten, auf den die stark divergierenden Auffassungen der Besatzungsmächte hatten gebracht werden können.

Die Militärgouverneure hielten den Zeitpunkt für gekommen, dem Parlamentarischen Rat ihre Bedenken nunmehr auf möglichst schonende Weise zu signalisieren. Sie beauftragten ihre Verbindungsoffiziere, beim Präsidenten vorstellig zu werden. Da Adenauer abwesend war, übergaben diese am 19. Oktober 1948 seinem Ersten Stellvertreter, dem Sozialdemokraten Adolf Schönfelder, eine Stellungnahme[26]. Darin wurde betont, daß die Bestimmungen des Grundgesetzes mit den „Frankfurter Dokumenten" übereinstimmen müßten, um von den Militärgouverneuren genehmigt werden zu können. Dies gelte besonders für die Verteilung der finanziellen Befugnisse zwischen Bund und Ländern, die das Kernproblem des Föderalismus darstellten. Die Kompe-

but if we wish to secure popular support and prestige for the new governing body in W. Germany we should give the Parliamentary Council a certain amount of rope." Dok. C 7652, in: Ebenda, FO 371/70598 A. Zur amerikanischen Reaktion vgl. FRUS 1948/2, S. 421–426.

[26] Vgl. Adenauer, Erinnerungen, 1945–1953, S. 155.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tenzen der Bundesregierung bei der Erhebung von Steuern und bei der Verfügung über sie seien zu begrenzen. Zwar könne die Bundesregierung Steuersätze und allgemeine Richtlinien auch für andere als die eigenen Steuern erlassen, um die Einheitlichkeit der Finanzverfassung im Gesamtstaat zu wahren: Die Einziehung und Verwendung solcher Steuern aber müsse den einzelnen Ländern überlassen bleiben.

Die halboffiziellen Einlassungen und Sondierungen der Verbindungsoffiziere waren kaum geeignet, die weitere Entwicklung im gewünschten Sinne zu beeinflussen. Entsprechend düster gestaltete sich die Berichterstattung aus Bonn. "The picture which Mr. Chaput de Saintonge presents is frankly discouraging", schrieb der Leiter der Political Division am 9. November 1948 an den Militärgouverneur[27]. Dr. Adenauers Verhalten sei unbefriedigend. Er vernachlässige eindeutig seine Pflichten als Ratsvorsitzender und konzentriere sich darauf, der CDU ein Übergewicht in der ersten westdeutschen Regierung zu geben. Seine Verzögerungstaktik im Parlamentarischen Rat ziele darauf, die Wahlen aufs nächste Frühjahr zu verschieben, bis sich der CDU/CSU-Konflikt von selbst gelöst hätte. Sein Verhalten widerspreche klar den britischen, aber auch den wahren deutschen Interessen. Der Parlamentarische Rat als Ganzer, und Adenauer insbesondere, "need something of a shaking and a pretty firm exhortation to get down to business again"[28]. Wenn es nunmehr dazu komme, den Grundgesetzentwurf mit den Vorgaben der Alliierten zu vergleichen und dabei auf Veränderungen zu bestehen, würden diese eher für die CDU als für die SPD vorteilhaft sein. Der daraus für die SPD entstehende Nachteil könne möglicherweise abgemildert werden, "if we could at the same time intervene successfully to speed up the work of the Parliamentary Council"[29]. In diesen Ausführungen wird bereits die Schwierigkeit der britischen Position angedeutet, die sich im weiteren Verlauf verstärken sollte: Die Forderung der Alliierten, die föderalistische Struktur des Grundgesetzes zu verstärken, kam der Position der CDU/CSU zugute. Sie war geeignet, nicht nur die Balance zwischen den Fraktionen zu gefährden, sie benachteiligte auch jene Partei, deren Beitrag Großbritannien als besonders wichtig für den Aufbau der Demokratie in Deutschland erachtete.

Der halboffizielle Vorstoß der Militärregierungen mißfiel dem Präsidenten des Parlamentarischen Rates. Am 10. November 1948 bat Adenauer die Verbindungsoffiziere zu sich und teilte ihnen mit, daß er bis vor kurzem keinerlei Kenntnis über die Demarche vom 19. Oktober gehabt habe. Er bedauerte, daß man nicht an ihn selbst, sondern an seinen Stellvertreter herangetreten sei, und legte nahe, zukünftige Mitteilungen offizieller Natur ihm persönlich oder seinem Generalsekretär, wenn möglich in Form eines Aide-Mémoire, zu übergeben. Unverhohlen übte er Kritik an der Informationspolitik der alliierten Stellen gegenüber dem Parlamentarischen Rat. "He deprecated the imparting of information to members of the Council at Cocktail parties or other social functions, and argued that such members frequently misunderstood it, thus causing

[27] Minute, Top Secret, in: PRO, FO 1030/85, fol. 148.
[28] Ebenda.
[29] Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

confusion."[30] Er gab auch zu verstehen, daß er die von den Alliierten kritisierte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern weniger für ein finanzielles als für ein politisches Problem hielt. Er respektiere die Sicht der Finanzexperten: Eine zentrale Administration habe die Vorteile der Effizienz und Einfachheit für sich; zugleich sei sie weniger kostspielig, "but on political grounds (he) considered administration should be devolved to the Laender"[31].

Für Adenauer war die Föderalismusfrage kein Glaubensgrundsatz, sondern ein pragmatisch zu lösendes Problem. Bei einem Frühstück, zu dem General Robertson am 17. November 1948 nach Bad Homburg eingeladen hatte, wiederholte er daher die dringende Bitte um eine offizielle Stellungnahme, damit Mißverständnisse vermieden und Bewertungen erst nach Verabschiedung des Grundgesetzes vorgetragen würden. Robertson stimmte dieser Haltung zu[32]. Zugleich schlug Adenauer ein Treffen zwischen Beauftragten der Militärgouverneure und Vertretern des Parlamentarischen Rates vor, um über die Differenzen miteinander zu sprechen.

Während Adenauer versuchte, noch während der Verfassungsverhandlungen größere Klarheit über die Position der Militärregierungen zu gewinnen, damit deren Einwände in die Beratungen einbezogen werden könnten, appellierte der Vorsitzende des Hauptausschusses, der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid, an die Alliierten, sich nicht mit Ratschlägen oder Warnungen in die laufenden Verhandlungen einzumischen. Es sei ihr Vorrecht, später über die Ergebnisse zu befinden. "It has become apparent", so bewertete das britische Verbindungsbüro diese Einstellung, "that he and several other delegates wish to face the Military Governments with the alternative of accepting the German text or having no West German Government as they are confident that anything will be preferable to the political results of rejection."[33]

Über Form und Inhalt des weiteren Vorgehens kam es auch zu einer intensiven Diskussion zwischen den Militärgouverneuren, die sicherstellen wollten, daß der deutsche Verfassungstext sich im Rahmen des Londoner Abkommens und der alliierten Vorgaben bewegte. General Koenig plädierte mit Nachdruck dafür, dem Parlamentarischen Rat klarzumachen, daß er auf dem falschen Weg sei, "that is, attempting to concentrate excessive powers particularly in finance field, in central government"[34]. Clay verwies immerhin zur Entschuldigung der Deutschen auf die ungenügende Information, die ihnen bisher gegeben worden sei. "... apart from the scanty information given to the Germans on July 1[35] they had never been adequately informed regarding the substance of the London agreements relating to this question."[36] Die Generäle einigten sich darauf, durch ein Aide-Mémoire an den Präsidenten des Parlamentarischen Rates für grö-

---

30 British Liaison Staff to Bercomb Berlin, 10. 11. 1948, in: Ebenda, fol. 135.
31 Ebenda, fol. 136.
32 Secret Telegram an das FO vom 19. 11. 1948, in: Ebenda, fol. 119.
33 Bericht vom 14. 11. 1948, in: Ebenda, fol. 127.
34 FRUS 1948/2, S. 440 f. Bericht über das Treffen der Militärgouverneure vom 16. 11. 1948.
35 Gemeint sind die Frankfurter Dokumente.
36 FRUS 1948/2, S. 441.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ßere Klarheit zu sorgen. Allerdings konnte Robertson sich mit der Empfehlung, den Text persönlich zu übergeben, nicht durchsetzen. Es wurde immerhin versucht, den Anschein einer Intervention zu vermeiden und das in der Form entschärfte Dokument als Anleitung ("guide") zu klassifizieren[37].

III. Das erste Aide-Mémoire

Als das Aide-Mémoire der Alliierten am 22. November 1948 von den Verbindungsoffizieren übergeben wurde, lag der Entwurf des Grundgesetzes bereits beim Hauptausschuß des Parlamentarischen Rates. Die wichtigsten Änderungen, die die Alliierten anmahnten, bezogen sich zum einen auf das Zweikammersystem, "in which one of the houses must represent the individual states and must have sufficient power to safeguard the interests of the states"[38], und zum anderen – wie nicht anders zu erwarten – auf die föderalistische Ausgestaltung der Finanzverfassung. Den deutschen Verfassunggebern wurde nahegelegt, dafür Sorge zu tragen, "that the powers of the federal government in the field of public finance shall be limited to the disposal of monies including the raising of revenues for purposes for which it is responsible, that the federal government may set rates and legislate on the general principle of assessment with regard to other taxes for which the uniformity is essential. The collection and utilization of such taxes being left to the individual states, and that it may appropriate funds only for the purpose for which it is responsible under the constitution."[39] Damit wurden einschlägige Bestimmungen des "Letter of Advice" zitiert, die Quelle aber blieb unbenannt.

Die Parteien des Parlamentarischen Rates unterschätzten die Ernsthaftigkeit der alliierten Einlassung und versuchten ihre Bedeutung herunterzuspielen. Keine von ihnen wollte als Handlanger der Besatzungsmächte erscheinen. Im Hauptausschuß wurde das Aide-Mémoire als bloße Erläuterung eingestuft. Mit nur einer (kommunistischen) Gegenstimme beschlossen seine Mitglieder folgende Resolution: „Die Abgeordneten des Parlamentarischen Rates setzen die Beratungen als Vertreter des deutschen Volkes fort, dessen Vertrauen sie nach Bonn entsandt hat."[40] Der Ausschuß-Vorsitzende Carlo Schmid (SPD) charakterisierte die Einmischung der Militärgouverneure als unzulässig. Die Verfassung solle zunächst von den Deutschen vollständig ausgearbeitet und erst danach den Militärgouverneuren zur Genehmigung vorgelegt werden. Es bleibe diesen dann anheimgestellt, ob sie das Grundgesetz annahmen oder durch Anordnung ändern wollten.

---

[37] Vgl. den am 18.11. übermittelten Entwurf, die Anweisungen an das britische Liaison Office und den endgültigen Text, in: PRO, FO 1049/1558.

[38] FRUS 1948/2, S. 442.

[39] Ebenda, S. 443. Vgl. auch den Bericht des britischen Verbindungsbüros, in: PRO, FO 1030/85, fol. 115f.

[40] Parlamentarischer Rat. Verhandlungen des Hauptausschusses, Bonn 1948/49, S. 111.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Mit dieser Bemerkung erregte Schmid den Unwillen der britischen Militärregierung. Carlo Schmid, so äußerte sich General Robertson in einem Telegramm an das Foreign Office, "is a doctrinaire and opinionated professor and he has been giving the lead to his Party on the lines that interference by the Military Governors in the course of the Parliamentary Council's deliberations on the constitution is inadmissable"[41]. Im Foreign Office wurde darüber nachgedacht, wie der „negativen Einstellung" der SPD begegnet und mäßigend auf die Partei eingewirkt werden könne. Der Militärgouverneur regte an, den Besuch des Stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, der Anfang Dezember 1948 zu einem Treffen der Sozialistischen Internationale in London erwartet wurde, zu einem Gespräch zu nutzen. Lord Henderson solle ihn kurz empfangen, "and impress on him the disservice which his Party will render to European recovery and progress by adopting a negative attitude at Bonn"[42]. Ollenhauer, der mehrere Jahre im Londoner Exil verbracht hatte, galt als eine „angenehme und entgegenkommende Person"[43].

Die Vorbereitung des Gesprächs zwischen Henderson und Ollenhauer enthält interessante Hinweise darüber, wie die SPD im allgemeinen und die Rolle Carlo Schmids im besonderen beim Foreign Office eingeschätzt wurden. Dabei werden auch Unterschiede im Urteil zwischen der Londoner Zentrale und der Militärregierung in Deutschland erkennbar. Grace Rolleston von der German Section hielt die Charakterisierung, die Carlo Schmid durch Robertson erfahren hatte, für zu schroff. Nach ihrer Meinung war der Einstellung des deutschen Politikers eine gewisse Berechtigung nicht abzusprechen. Es sei essentiell, daß den "Constitution makers" ein Höchstmaß an Unabhängigkeit eingeräumt werde, andernfalls könnten diese in der nahen Zukunft bezichtigt werden, sie hätten nicht nur Deutschland geteilt, sondern auch eine Verfassung geschaffen, die von den westlichen Besatzungsmächten diktiert worden sei. Eine Rüge für Carlo Schmid via Ollenhauer wäre nach ihrer Meinung ein großer Fehler. "The latter is a nice little man but of small calibre compared with Schmid". Wenn an ein "dressing down" gedacht sei, dann sollte es auf direktem Wege erfolgen. Schließlich sei es eine Übertreibung, von der „negativen Einstellung" der SPD in Bonn zu sprechen. "They have always been the ones to push ahead in contrast to the intriguing and procrastinating CDU-CSU."[44] Ein für Lord Henderson angefertigtes Memorandum folgt bis in einzelne Formulierungen hinein der von Grace Rolleston vorgetragenen Argumentation, auch in der kritischen Einschätzung der christdemokratischen Fraktion. Allerdings wird eingeräumt, daß Schmids Kritik am Vorgehen der Alliierten taktlos und möglicherweise aggressiv gewesen sei[45]. Nach dem Besuch Ollenhauers konnte Frau Rolleston in einer Protokollnotiz zufrieden bemerken: "Lord Henderson impressed upon Ollenhauer the importance of pressing on with the establishment of a W. German government and warned him that too much consideration of problems which were not

[41] 25.11.1948, in: PRO, FO 1030/85, fol. 106.
[42] Ebenda, fol. 107.
[43] 24.11.1948, in: Ebenda, fol. 108.
[44] Randbemerkung von Grace Rolleston vom 28.11.1948, in: FO 371/70601, Dok. C 9669.
[45] In: Ebenda, FO 371/70601, fol. 9887.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

fundamental may lead to regrettable delays. Ollenhauer expressed agreement with this. Carlo Schmid was not mentioned by name."[46]

Daß in den weiteren Diskussionen des Grundgesetzentwurfs den alliierten Vorbehalten auch nach der Überreichung des Aide-Mémoire kaum Beachtung geschenkt wurde, mißfiel der britischen Militärregierung zunächst durchaus. "Most members of the Parliamentary Council are convinced that the establishment of a West German Government is so vital to the Western Occupying Powers that the Military Governors will accept the Basic Law whatever its contents"[47], stellte der Verbindungsoffizier besorgt fest. Im Hauptausschuß werde sogar der Vorschlag unterbreitet, eine zweite Lesung des Entwurfs solle unterbleiben, solange die Besatzungsmächte keine detaillierten Angaben über das Besatzungsstatut gemacht hätten. Die eigentliche Schwierigkeit liege jedoch in der mangelnden Konsensfähigkeit der CDU/CSU-Fraktion. Eine Reihe von innerparteilichen Sitzungen der Christdemokraten habe noch immer nicht dazu geführt, eine tragfähige Übereinstimmung für einen möglichen Kompromiß mit der SPD zu erreichen. Die Ergebnisse des Hauptausschusses beruhten im wesentlichen auf knappen Mehrheitsentscheidungen von SPD und FDP. Die CDU könne in der gegenwärtigen Situation kein vernünftiges Entgegenkommen zeigen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, den CSU-Flügel preiszugeben. Allerdings gebe es Anzeichen dafür, "that the CDU are looking to the principles in the Aide-Mémoire to get them out of their difficulties as there is no doubt that these principles are more federal in character than the rather centralist solutions accepted by the SPD and FDP"[48].

Die Vereinbarkeit des westdeutschen Verfassungsentwurfs mit den alliierten Vorgaben war aber für die britische, anders als für die französische und amerikanische Militärregierung, nicht so sehr ein Gebot des Prinzips als vielmehr eine Frage der politischen Opportunität. Aus britischer Sicht ließen sich durchaus verschiedene föderative Modelle denken, die auch einer stärkeren Zentralgewalt Raum ließen. Wichtiger als solche Organisationsfragen aber war es ihnen, den Grundkonsens zwischen den Alliierten zu erhalten und gleichzeitig sicherzustellen, daß es den Deutschen möglich blieb, ihre Verfassung selbständig zu erarbeiten und eine möglichst breite Zustimmung der Parteien zu finden.

"It is not so much the letter which counts as the spirit, and the test of the spirit of the new Constitution will be its application"[49], bemerkte John W. Wheeler-Bennett am 9. Dezember 1948 in einer Zwischenbilanz zum Stand der Bonner Verhandlungen. Er konstatierte wichtige Verbesserungen gegenüber der Weimarer Verfassung, gab aber sofort zu bedenken, daß noch so perfekte Grundrechtsgarantien und institutionelle Sicherungen nicht von sich aus bereits einen hinreichenden Schutz gegen einen künftigen Ausbruch des "furor teutonicus" böten. Das Mißtrauen gegenüber den Deutschen und

[46] Notiz auf dem Umschlag in: Ebenda; vgl. auch FO 371/70602, Dok. 10061 über das Gespräch Henderson-Ollenhauer vom 2. 12. 1948.

[47] Bericht von Chaput de Saintonge vom 11. 12. 1948, in: Ebenda, FO 1030/85, fol. 36.

[48] Ebenda.

[49] Ebenda, FO 371/70602, Dok. C 10169.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Zweifel an ihrer Fähigkeit zur Demokratie waren noch keineswegs beseitigt. Der durchschnittliche deutsche Politiker, so urteilte Chaput de Saintonge, sei noch immer "the nationalistic animal of yesterday. He is ambitious, proud, overbearing, narrow minded, suspicious, wily, an incurable romantic, deluded by a limited pragmatic realism, unwilling to accept political responsibility yet easily led into irresponsible action."[50] Entscheidend sei nicht, ob das Grundgesetz mit den Vorgaben der Alliierten völlig übereinstimme, ausschlaggebend sei vielmehr, "whether the Basic Law shall be applied in a society with sufficient cohesion, vitality and stability to overcome the totalitarian attractions inherent in the present society"[51].

Im britischen Urteil nahm die Neigung zu, die Verfassungsarbeit als Ganzes zu bewerten und nicht so sehr einzelne Bestimmungen der Kritik zu unterziehen. Diese Haltung war auch in dem Memorandum erkennbar, das den Stand des Grundgesetzentwurfs vom 10. Dezember mit dem Aide-Mémoire der Alliierten verglich[52]. Eigentlich, so hieß es dort, könnten nur bei der Frage einer adäquaten Zentralgewalt Zweifel auftauchen, ob der Entwurf mit den alliierten Vorgaben in Einklang zu bringen sei. Die Hauptdifferenz bestehe bei den Bestimmungen zur Finanzverfassung. Der Entwurf übertrage der Zentralgewalt die Zuständigkeit für die Steuergesetzgebung und die Steuerverwaltung auch in Bereichen, die den Einzelstaaten zustünden. Zwar seien die Interessen der Länder angemessen dadurch beachtet, daß der Bundesrat allen Steuergesetzen zustimmen müsse, deren Erträge die Länder direkt beträfen oder die zwischen Bund und Ländern aufzuteilen seien. Dies gelte auch für die Gesetze zum Finanzausgleich. Obwohl die gefundenen Regelungen eindeutig dem Aide-Mémoire widersprächen, das die völlige Trennung der Finanzzuständigkeit zwischen Bund und Ländern empfohlen habe, bleibe diskutierbar, ob die im Grundgesetzentwurf gefundenen Regelungen nicht denselben Zweck erfüllten, nämlich die Unabhängigkeit der Länder zu sichern.

IV. Die Frankfurter Affäre und der Parteienkompromiß

Seit der Übergabe des Aide-Mémoire hatte sich Adenauer verstärkt um Konsultationen mit den Alliierten bemüht. Er wünschte nunmehr in gemeinsamen Gesprächen zwischen Vertretern des Parlamentarischen Rates und den Militärgouverneuren herauszufinden, wie eine reibungslose und schnelle Zustimmung der Alliierten zum Grundgesetzentwurf zu erreichen sei. Zugleich sah er die Chance, auf diese Weise die Position seiner eigenen Fraktion gegenüber der SPD zu verbessern. Er schlug vor, besonders zwei Komplexe zu erörtern: die Frage der Zweiten Kammer und die Verankerung der Garantien für Religionsfreiheit, Erziehung und Familie. Eine klare Stellungnahme der Alliierten werde dabei ebenso hilfreich sein wie nähere Informationen über

[50] Ebenda, FO 1030/85, fol. 40.
[51] Ebenda.
[52] Comparison of Aide-Mémoire with Basic Law. Draft of 10 December 1948, in: Ebenda, fol. 85–88.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Besatzungsstatut[53]. Obwohl auf alliierter Seite durchaus Zweifel an der Nützlichkeit eines solchen Treffens zu dem damaligen Zeitpunkt bestanden, wurde dem Gesuch entsprochen. Die taktische Linie, die Adenauer mit dem Gespräch verfolgte, schätzte der britische Verbindungsoffizier wie folgt ein: "My impression is that he hopes the Military Governors will extricate his party from the unsatisfactory position which lack of clear policy has placed it in during the last few weeks."[54] Allerdings hätten die Deutschen das Recht auf ihrer Seite, wenn sie darauf bestünden, daß sie den Grundgesetzentwurf nicht abschließen könnten, bevor sie nicht über den Inhalt des Besatzungsstatuts informiert seien[55].

Das Treffen mit der Militärregierung, das am 16. und 17. Dezember 1948 im amerikanischen Hauptquartier in Frankfurt stattfand, brachte für beide Seiten keinerlei neue Erkenntnisse[56]. Allerdings führten verschiedene Äußerungen Adenauers über die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen des Parlamentarischen Rates zu heftigen Reaktionen der SPD, die das Verhalten des Präsidenten scharf kritisierte und Adenauer ein doppeltes Spiel vorwarf. Er habe versucht, so die Sozialdemokraten, eine Intervention der Militärgouverneure in den Bereichen Finanzverfassung und Zweite Kammer zu provozieren, in denen bereits eine Entscheidung des Hauptausschusses gegen die Stimmen der CDU/CSU erfolgt sei. Es kam zum Eklat. Die „Frankfurter Affäre" fand in heftigen Pressekampagnen ihren Niederschlag und führte zu einer tiefgreifenden Krise des Parlamentarischen Rates, die dessen Arbeit lahmzulegen drohte. Pläne der SPD, Adenauer wegen dieser Angelegenheit durch ein Mißtrauensvotum zu Fall zu bringen[57], wie sie die Parteizentrale in Hannover favorisierte, wurden aber bald aufgegeben. Die gemäßigtere Linie der SPD-Fraktion in Bonn setzte sich schließlich durch, so daß der Streit in wenigen Wochen beigelegt werden konnte.

Am 20. Januar 1949 wurde die zweite Lesung des Entwurfs im Hauptausschuß beendet. Obwohl CDU und SPD sich nähergekommen waren, konnte in der alles entscheidenden Frage, wie die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern in der Finanzverfassung abzugrenzen seien, noch immer keine Einigung erzielt werden. Zwar traten die beiden großen Parteien nunmehr für eine weitgehende Zuständigkeit des Bundes bei der allgemeinen und bei der Steuergesetzgebung ein. Auch war man sich darin einig, daß die Ausführung der Bundesgesetze Sache der Länder sein solle. Inwieweit diese dabei an Weisungen des Bundes gebunden blieben oder in eigener Zuständigkeit handeln konnten, war nach wie vor selbst innerhalb der CDU/CSU umstritten. SPD und FDP hingegen traten weiterhin für eine einheitliche Bundesfinanzverwaltung ein. Um zu einem Kompromiß zwischen Föderalisten und Zentralisten zu gelangen, wurde ein interfraktioneller Fünferausschuß eingesetzt, der sich mit den schwierigen finanztechnischen

---

53 Telegramm vom 8. 12. 1948, in: Ebenda, fol. 94.

54 Ebenda.

55 13. 12. 1948, in: Ebenda, FO 371/70602, Dok. C 10253.

56 Vgl. FRUS 1948/2, S. 641–650.

57 Vgl. Rudolf Morsey, Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamentarischen Rat, in: VfZ 18 (1970), S. 65–94.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Details zu befassen hatte. In ihm dominierte der Sachverstand des früheren preußischen Finanzministers Hermann Höpker-Aschoff (FDP). Die CSU war nicht vertreten und drohte bereits damit, sich einer Ratifizierung des Grundgesetzes zu widersetzen. Dennoch gelang dem Fünferausschuß in knapp zwei Wochen der Durchbruch. Die SPD akzeptierte endgültig den Bundesrat als Länderkammer, nachdem bereits am 26. Oktober 1948 durch einen Kompromiß zwischen dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Walter Menzel und dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard diese Lösung im Grundsatz vorbereitet worden war. Der Bereich der ausschließlichen Gesetzgebungskompetenz des Bundes wurde weiter eingeschränkt, das Feld der konkurrierenden Gesetzgebung, bei der die Zustimmung des Bundesrates erforderlich blieb, erheblich erweitert. Damit wurde auch Belangen der CSU Rechnung getragen. Die Finanzverfassung aber entsprach im wesentlichen den Wünschen von SPD und FDP: Bundesfinanzverwaltung für Bundessteuern, erweiterte Steuererhebungskompetenz des Bundes und Zuständigkeit des Bundes beim Finanzausgleich zwischen den Ländern. Der neue Entwurf stellte nunmehr die Grundlage für die dritte Lesung im Hauptausschuß dar. Er wurde am 10. Februar 1949 mit nur geringfügigen Veränderungen angenommen und noch am selben Tage den Militärgouverneuren zur Begutachtung zugestellt.

V. Alliierte Reaktionen

Die Parteien hatten in einer langen und quälerischen Auseinandersetzung endlich zu einem Kompromiß gefunden, der nicht nur von einer knappen, sondern von einer überwiegenden Mehrheit getragen wurde. Wohlweislich hatten sich die Militärregierungen nach den Komplikationen, die ihre früheren Einmischungen ausgelöst hatten, während der letzten Entscheidungsphase zurückgehalten. Die britische Seite befürchtete nunmehr, daß Veränderungswünsche, die in diesem Stadium geltend gemacht würden, leicht dazu führen könnten, den mühsam errungenen Parteienkompromiß auszuhebeln und erneut das gesamte Verfassungsprojekt zu gefährden.

Der britische Verbindungsoffizier sprach daher in seiner ersten Reaktion auf den Entwurf des Fünferausschusses von einer akzeptablen Lösung. Nach dem Parteienstreit der letzten zwei Monate bahne sich nunmehr eine erfreuliche Entwicklung an[58]. Der Text des Verfassungskompromisses scheine zwar bei der ersten Durchsicht nicht alle Bedingungen zu erfüllen. Verbesserungen im umstrittenen Bereich der Finanzverfassung seien aber kaum mehr zu erzielen, zumal Carlo Schmid unmißverständlich deutlich gemacht habe, daß der vorliegende Text das äußerste Entgegenkommen der SPD darstelle. "On all points which figured in their original programme, the SPD have given way except this one. They must therefore insist on a federal financial administration if they are not to appear before their voters as having been completely outmanoeuvred."[59] Es werde schwierig, so urteilte Chaput de Saintonge, die SPD in diesem

[58] Telegramm vom 8. 2. 1949, in: PRO, FO 1030/86, fol. 280.
[59] Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Punkt zu einem Einlenken zu bewegen. "Schmid suggested that possibly the political adviser or I should discuss the details of the problem with Schumacher who is out of touch with the concrete political realities."[60] Auch die CDU sei mit dem erreichten Kompromiß zur Finanzverfassung zufrieden. Nach seiner Einschätzung liebäugle nur die CSU mit weitergehenden föderalistischen Vorschlägen, wie sie auch aus französischer Sicht vorgetragen würden.

Der britischen Militärregierung war völlig klar, daß es äußerst schwer sein würde, den Parlamentarischen Rat in einem nächsten Schritt zu bewegen, das jetzt vorliegende Ergebnis mit den Bedingungen des Aide-Mémoire in Einklang zu bringen. Sie versuchten daher vermittelnd auf den amerikanischen und französischen Partner einzuwirken, deren erste Reaktionen bereits deutliche Ablehnung signalisierten[61]. Am 9. Februar 1949 bat das Foreign Office die Militärregierung, zu den Diskrepanzen Stellung zu nehmen. Zu prüfen sei auch, ob die Deutschen nicht recht hätten, wenn sie behaupteten, daß die Finanzregelungen zwar strenggenommen mit den Londoner Beschlüssen nicht übereinstimmten, daß sie aber deren Geist entsprächen, zumal tatsächlich ein echtes föderales System angestrebt werde. Wenn sich diese Einschätzung als korrekt herausstelle, so das Foreign Office, dann gebe es nur die frühe Wahl zwischen zwei Übeln: "We must either upset the delicate compromise the Germans have achieved or enforce its acceptance upon the French who will insist *at least* on the punctillious observance of the letter of advice."[62]

Der bis dahin nur informell überreichte Entwurf des Hauptausschusses führte zu hektischen diplomatischen Aktivitäten der Briten. Davon zeugen die vielfältigen Telegramme und Memoranden, die zwischen dem Verbindungsbüro, der Militärregierung und dem Foreign Office kursierten. Die strikte Bindung an die alliierten Vorgaben machte es schwierig, den deutschen Entwurf als hinreichend föderalistisch zu verteidigen. Bei seiner Begutachtung der Regelungen zur Finanzverwaltung stellte der Financial Adviser der Militärregierung, Sir Eric Coates, denn auch ernüchtert fest: "If the French challenge this position under the Letter of Advice[63] we shall not have a leg to stand on, for the deviations are too serious to be laughed off". "Even to British thinking – which favours centralized finance – the present German proposals give an excessive authority to the Federation (however rigged) and are difficult to reconcile with one's acceptance of a Federated Germany."[64]

Optimistischer aber klang der Kommentar zum Grundgesetzentwurf, den das Bonner Verbindungsbüro erstellte und am 13. Februar 1949 dem Foreign Office zuleitete. Es sei nicht die Aufgabe der Militärgouverneure, so stellte Chaput de Saintonge darin fest, einzelne Bestimmungen des Grundgesetzes der Kritik zu unterziehen. Vielmehr

---

60 Ebenda.

61 Telegramm von Chaput de Saintonge über ein Gespräch mit seinem amerikanischen und französischen Kollegen (Simons u. Laloy) vom 9. 2. 1949, in: Ebenda, fol. 256 f.

62 Ebenda, fol. 264.

63 Der Inhalt des "Letter of Advice to Military Governors regarding the German Constitution" war der deutschen Seite nicht bekannt. Er schrieb eindeutig vor, "that the Federal Government can only raise and collect revenues for purposes for which it is responsible". Ebenda, fol. 233 ff.

64 12. 2. 1949, in: Ebenda, fol. 231.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gehe es darum, das Dokument als Ganzes zu würdigen. Bei einem sorgfältigen Vergleich mit den Bestimmungen des Aide-Mémoire vom 22. November 1948 ergebe sich, daß den dort verfolgten Zielen in wesentlichen Punkten Rechnung getragen werde. Ohne Zweifel liege eine demokratische Verfassung des föderalen Typs vor, die die Rechte der beteiligten Länder schütze, eine adäquate Zentralgewalt vorsehe und die individuellen Rechte und Freiheiten garantiere. Nur in der Frage der Machtverteilung zwischen Bund und Ländern konstatierte der Gutachter Abweichungen. Dies gelte vor allem für die Finanzzuständigkeit des Bundes. "The requirements of the Aide-Mémoire were drafted in order to safeguard the rights of the Laender on the conception that he who pays the piper calls the tune."[65] Der effektivste Weg, um dies zu erreichen, sei zweifellos die völlige und unabhängige Kontrolle über das Steueraufkommen und die Finanzverwaltung. Diese Lösung sei jedoch von den Finanzexperten des Parlamentarischen Rates als ineffizient, teuer und schwierig abgelehnt worden. Sie hätten deshalb ein alternatives System angenommen, das dem Bundesrat, der tatsächlich die Interessen der Länder repräsentiere, ein absolutes Veto bei der Finanzgesetzgebung des Bundes einräume, soweit sie die Interessen der Länder berühre. Auf diese Weise hätten sie versucht, dieselben Ziele zu erreichen wie die Besatzungsmächte. "Although it is clear to the members of the Parliamentary Council that *their financial provisions are contrary to the actual requirements of the Aide-Mémoire* they claim that they meet the reasons for these requirements in their alternate system."[66] Die Abweichung werde aber mit Sicherheit den Widerspruch der Alliierten hervorrufen. "From a purist point of view it is the only clear-cut deviation from the London Letter of Advice." Andererseits sei es "the wisest course for the Military governors", diese Abweichung zu akzeptieren und jeden Anschein einer Einmischung zu unterlassen[67], ansonsten bestehe die Gefahr, daß die Balance des Kompromisses zwischen den Parteien zerstört werde[68]. Die deutsche Abteilung des Foreign Office stimmte den Schlußfolgerungen des Gutachtens zu. Grace Rolleston notierte: "This explains in a lucid and convincing manner that the Basic Law, with few exceptions, meets the requirements of the Aide-Mémoire."[69]

Diese Auffassung wurde von der französischen und amerikanischen Militärregierung keineswegs geteilt. Auf dem gemeinsamen Treffen der drei Militärgouverneure vom 16. Februar 1949 zeigte selbst Clay sich über den deutschen Entwurf äußerst enttäuscht. Er sei unbefriedigend und weiche in vielen Punkten radikal von den Prinzipien ab, die dem Parlamentarischen Rat übermittelt worden seien[70]. General Koenig

---

[65] Comment on the Basic Law (Draft of 10 February 1949) von Chaput de Saintonge vom 13. 2. 1949, in: Ebenda, FO 1050/533, fol. 58.

[66] Ebenda. Hervorhebung im Text.

[67] Ebenda, fol. 59.

[68] So Chaput de Saintonge in seinem Brief an den Political Adviser vom 13. 2. 1949.

[69] 22. 2. 1949, FO 1050/533. Das Gutachten ging schließlich auch in die Kabinettsvorlage zum Grundgesetz ein. Vgl. PRO, Cabinet Office (CAB) 128/15.

[70] Vgl. Bericht Gen. Robertsons über das Treffen, in: Ebenda, FO 1030/86, fol. 221 ff. Dazu auch den Bericht des United States Political Adviser for Germany (Robert D. Murphy) vom 17. 2. 1949, in:

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stimmte seinem amerikanischen Kollegen mit offensichtlicher Genugtuung zu, während Robertson sich isoliert sah. Auch er gab Mängel zu, betonte jedoch die Notwendigkeit, das Grundgesetz als Ganzes zu betrachten. Zugleich wies er seine Kollegen auf die schwerwiegende politische Verantwortung hin, die aus einer Ablehnung entstehen würde. "This would probably upset the whole programme for Western Germany since the Germans might well be unwilling or unable to produce a revised law embodying our requirements. On the other hand if we amended the law ourselves these amendments would have all the appearance of Allied dictation."[71] Wenn es zu einer Revision der Finanzklauseln durch alliierten Druck käme, so fuhr Robertson fort, könnte die SPD ohne weiteres die Ratifizierung in einer Reihe von Ländern verweigern. Er sehe sich jedenfalls nicht in der Lage, seiner Regierung nahezulegen, die Abweichungen von den alliierten Vorgaben als so schwerwiegend zu interpretieren, daß sie eine Ablehnung des Gesetzes rechtfertigten. Zur tiefen Enttäuschung des britischen Militärgouverneurs hatte das Treffen eines deutlich gemacht: Eine schnelle Einigung über die Annahme des Grundgesetzentwurfs würde zwischen den alliierten Partnern nicht zu erzielen sein, da auch General Clay eine kompromißlose Haltung einnahm.

Als die politischen Berater nur einen Tag später den Versuch unternahmen, eine gemeinsame Position für die weitere Behandlung des Grundgesetzentwurfs zu entwickeln, wurden die Unterschiede zwischen der französisch-amerikanischen und der britischen Einstellung noch deutlicher. Die britische Seite hielt daran fest, die Abweichungen nicht als hinreichend für eine Ablehnung der Verfassung anzusehen[72]. Sie versuchte in weiteren Gesprächen für ihre Auffassung zu werben[73]. Dabei zeugen die britischen Verhandlungsberichte von der zunehmenden Sorge über die amerikanische Einstellung. "Although there is considerable consensus of opinion on facts there is a wide divergence as to the emphasis to be laid on them with the Germans."[74] Der Finanzberater der amerikanischen Militärregierung, Edward Litchfield, habe sogar unverhohlen damit gedroht, den Deutschen notfalls ein Ultimatum zu stellen. Die Franzosen seien durch die Haltung der Amerikaner in ihrer Intransigenz sehr ermutigt worden[75], stellte Chaput de Saintonge ernüchtert in seinem Report fest.

Inzwischen wuchs der deutsche Druck auf die Militärgouverneure, sich endlich zu

---

FRUS 1949, Bd. 3: Council of Foreign Ministers; Germany and Austria, Washington 1974, S. 199–204.

71 PRO, FO 1030/86, fol. 222.

72 17.2. 1949: Report of the Political Advisers on the Compatibility of the Basic Law (Provisional Constitution) with allied requirements as described in the Aide-Mémoire of 22nd November, 1948, (Draft), in: Ebenda, fol. 199 ff.

73 Vgl. Outgoing Secret Telegram to Foreign Office, 20.2. 1949, in: Ebenda, fol. 193 f.; Ergebnisprotokoll über das Treffen der britischen und amerikanischen Finanzberater, in: Ebenda, fol. 191 f.; Bericht über das Treffen der drei Politischen und Finanzberater vom 23.2. 1949 in Frankfurt, in: Ebenda, fol. 178; Report to the Military Governors by the Political Advisers vom 24.2. 1949, in: Ebenda, fol. 169–174.

74 Ebenda, fol. 180.

75 Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

äußern. Adenauer hatte in einem Rundfunkinterview vom 25. Februar 1949 den Alliierten die Verantwortung für mögliche Verzögerungen angelastet. Die SPD verlangte die unverzügliche Fortführung der Verfassungsverhandlungen, wobei US-Kreise den Verdacht hegten, daß sie in ihrer Position von der britischen Militärregierung unterstützt werde, was diese aber entschieden zurückwies[76].

Beim Treffen der Militärgouverneure am 1. März 1949 gelang es General Robertson immerhin, an seiner Position festzuhalten, obwohl General Koenig den Verfassungsentwurf erneut als völlig unannehmbar verwarf und vom heuchlerischen Versuch der Deutschen sprach, eine zentralistische Verfassung als föderalistisch zu verkaufen. Nach einer intensiven Diskussion mit General Clay ließ sich der französische Militärgouverneur schließlich davon überzeugen, daß ein Abbruch der Verhandlungen vermieden werden solle. Es wurde beschlossen, dem Parlamentarischen Rat Ergänzungen und detaillierte Korrekturen vorzuschlagen, die als Voraussetzung für die Annahme des Grundgesetzes zu beachten seien[77]. Für den Artikel 36 des Entwurfs, der die Gesetzgebungskompetenz der Bundesregierung festlegte, wurden eine Reihe von Einschränkungen formuliert, die dazu gedacht waren, die Position der Länder zu stärken. Dies galt auch für die Regelung der Finanzzuständigkeiten zwischen Bund und Ländern. General Koenig bestand zunächst darauf, daß die Bundesregierung nur die Bundessteuern, nicht aber auch die konkurrierenden Steuern verwalten solle. Schließlich einigte man sich auf Vorschlag Clays darauf, auch in diesem Bereich einige wichtige Ausnahmen zuzulassen (Verbrauchs-, Einkommens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer). Den deutschen Verfassungsvätern wurde nahegelegt, die Artikel 122 a und b des Entwurfs ebenso wie den Artikel 123 so zu verändern, daß sie „jenen Grundsätzen der Finanzorganisation näher kommen, die unserer Ansicht nach in einem föderativen System besonders bedeutsam sind"[78].

Am Nachmittag des 2. März 1949 übergaben die Militärgouverneure ihre „Vorschläge" an die Vertreter des Parlamentarischen Rates mit dem Hinweis, die Verfassungsarbeit nunmehr in entsprechender Form zum Abschluß zu bringen. Die „Anmerkungen" seien nicht als "rigid text" gemeint, sie seien jedoch "principles of great importance and the Military Governors expect that great effort will be made to comply with them"[79]. Zur Beruhigung wurde der deutschen Delegation mitgeteilt, daß in dem noch ausstehenden Besatzungsstatut nichts stehen werde, was eine Ergänzung der Verfassung erforderlich mache[80]. Auf die Frage Adenauers, ob für die Ratifizierung des Grundgesetzes ein Referendum oder die Abstimmung in den Landtagen vorgesehen

---

76 Vgl. Bericht vom 26.2. 1949, in: Ebenda, fol. 161.

77 Bericht Robertsons an das Foreign Office vom 1.3. 1949, in: Ebenda, fol. 139; dazu auch FRUS 1949/3, S. 211–220.

78 Englischer Text der Denkschrift vom 2.3. 1949, in: Ebenda, fol. 133 ff. Weitere Bedenken bezogen sich auf den Einschluß Berlins in Art. 22, der zu suspendieren sei. Vorbehalte galten auch für die Zuständigkeit im Bereich der Sicherheit (Polizei), den Status der Beamten und die Neugliederung der Länder. Das Wahlrecht (Art. 144 d. Entwurfs) solle nicht Bestandteil der Verfassung sein.

79 FRUS 1949/3, S. 220.

80 Telegramm von General Robertson an das Foreign Office vom 2.3. 1949, in: PRO, FO 1030/86, fol. 127.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sei, wurde bedeutet, daß noch immer der Volksabstimmung in den Ländern der Vorzug gegeben werde. Allerdings seien Empfehlungen des Parlamentarischen Rates in dieser Frage sehr willkommen.

In seinem Bericht an das Foreign Office über die Begegnung entpuppte Robertson sich jedoch als eindeutiger Gegner eines Referendums, das er für einen "disastrous course" hielt[81]. Er konnte dabei auf die schon früher geäußerte Meinung der Ministerpräsidenten der Länder verweisen, die sich in ihrer Reaktion auf die „Frankfurter Dokumente" gegen eine Volksabstimmung ausgesprochen hatten, um den provisorischen Charakter der geplanten Verfassung zu unterstreichen. Auch die britische Militärregierung plädierte für eine Ratifizierung durch die Landtage. Zur Begründung führte Robertson an, daß dies das schnellere Verfahren sei. Als noch wichtiger aber erschien es ihm, daß bei einer Volksabstimmung mit einem beachtlichen Anteil von Nein-Stimmen oder Enthaltungen gerechnet werden müsse und so dem Zweifel Nahrung gegeben werde, ob die Verfassung tatsächlich im Volke breit verankert sei. Nicht nur die Kommunisten und die Rechtsradikalen, sondern auch die katholischen Bischöfe stünden in Opposition, da sie den Schulkompromiß der CDU mit der SPD ablehnten. "In all the circumstances, I feel that these people's influence might work up an opposition which, if it abstained, might reduce the affirmative votes to perhaps not more than 60 % of those entitled. By modern mass standards, this is not nearly enough to make a convincing show, and I am sure Russian propaganda would make a great deal out of it."

VI. Britischer Vorstoß in der Kirchenfrage

Bereits seit einigen Wochen hatte das Foreign Office die Haltung des Vatikans und der katholischen Kirche in Deutschland zum Grundgesetz mit Besorgnis verfolgt. Unter dem Datum des 12. Januar 1949 findet sich ein Hinweis der britischen Vertretung bei der Kurie, daß der „Osservatore Romano" einen Artikel von Professor Schreiber im „Rheinischen Merkur" aufgegriffen habe, der sich mit der Weitergeltung des Reichskonkordats von 1933 beschäftigte und für eine Fortgeltung im Grundgesetz plädierte[82]. Wenig später wurde aus Rom mitgeteilt[83], es sei eine regelrechte Kampagne in der Vatikanpresse und in Radio Vatikan gegen die in deutschen Zeitungen erhobene Behauptung entbrannt, der Papst habe sich durch das Konkordat zum Komplizen Hitlers gemacht. Das Foreign Office erbat weitere genaue Berichterstattung mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten bei den Verhandlungen über das Grundgesetz, "since as you know the interest of the Church in the religious and educational articles of the German constitution has recently become an important issue in the final discussions on the constitution in the German Parliamentary Council"[84]. Derweil hatte die Religious

[81] Ebenda.
[82] Ebenda, FO 371/76717, Dok. C 383.
[83] 4.2.1949, in: Ebenda, Dok. C 1043.
[84] 22.2.1949, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Branch der Control Commission ein Memorandum über "The Churches and the Basic Law" angefertigt, das der weiteren Meinungsbildung diente[85].

Das Foreign Office hielt den Zeitpunkt für gekommen, sich auf diplomatischem Wege vermittelnd einzuschalten. Am 3. März 1949 wurde der apostolische Delegierte in Großbritannien, Erzbischof William Godfrey, nach Whitehall gebeten. Ihm wurde eröffnet, daß die Haltung der katholischen Kirche in Deutschland und besonders die Einstellung des Kölner Kardinals Frings geeignet seien, das Grundgesetz noch im letzten Stadium der Verabschiedung zu gefährden[86]. "Archbishop Godfrey was told that the creation of a government in Western Germany and the association of that government with the Western Union were essential parts of our policy. If we were to succeed, the existing cooperation between the Social Democratic Party and the Christian Democratic Union which had made possible the drafting of the Basic Law must be continued."[87] Der Erzbischof versprach, beim Vatikan vorstellig zu werden, um mäßigend auf Kardinal Frings und die katholische Kirche in Deutschland einzuwirken. Bereits am 7. März war er imstande, die Antwort aus Rom im Foreign Office zu übermitteln[88].

Der Vatikan, so hieß es, kenne bisher nicht den Text des Grundgesetzes, doch sei die Frage der Konfessionsschule und des Konkordats für die Katholiken von grundlegender Bedeutung. Wenn deshalb ein Bruch zwischen Sozialisten und christlichen Demokraten vermieden werden solle, so sei es an den Sozialisten, ihre unnachgiebige Haltung aufzugeben. "If the Socialists could agree to a settlement which was acceptable to both parties, the Vatican would be willing to give moderating advice."[89] Da weitere Vorstellungen beim Vatikan in dieser Angelegenheit wahrscheinlich ohne Wirkung bleiben würden, wenn nicht neue und überzeugende Fakten und Argumente gefunden werden könnten, sei es, so der Rat aus dem Foreign Office an den Militärgouverneur in Deutschland, vorzuziehen, "to face the prospect of Church campaigns in Germany against the Basic Law, rather than to act as mediator between the Vatican and Parlia-

---

85 16. 2. 1949. Hinweis in: Ebenda, Dok. C 2384. Das Memorandum selbst konnte bisher nicht ausfindig gemacht werden.

86 Vgl. zu den Auseinandersetzungen über die Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat, Elternrecht und Schule und Fortgeltung des Reichskonkordats die Untersuchung von Burkhard van Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950, Mainz 1980. Der Vorstoß des Foreign Office bleibt dort unerwähnt.

87 PRO, FO 1030/86, fol. 121. Verblüffend ähnlich war die Argumentation Adenauers in seinem Schreiben an Frings vom 7. 2. 1949: „Eine politische Konsolidierung Westdeutschlands ist innen- und außenpolitisch, sowohl vom deutschen wie vom westeuropäischen Standpunkt aus gesehen, eine absolute Notwendigkeit. Diese Konsolidierung ist nicht möglich ohne die Annahme dieses Grundgesetzes ... Wer auffordern würde, gegen das Grundgesetz zu stimmen, weil bezüglich des Elternrechts nicht alles erreicht worden ist ... würde m.E. mit Sicherheit sich dem vernichtenden Vorwurf aussetzen, daß er in der schlimmsten Notzeit des deutschen Volkes gegen dessen Interesse gehandelt haben würde." Abgedr. in: Schewick, Katholische Kirche und Entstehung der Verfassungen, S. 116.

88 Vgl. ebenda, fol. 64 f.

89 Bericht des Foreign Office an den Militärgouverneur vom 12. 3. 1949 über das Gespräch mit Erzbischof Godfrey vom 7. 3. 1949, in: Ebenda, fol. 41.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mentary Council"[90]. Wichtig sei allerdings zu wissen, ob der Vatikan mehr für die deutschen Katholiken herausholen wolle, als ihnen unter der Weimarer Verfassung zugestanden worden sei, oder ob er nur versuche, "to prevent an encroachment on the rights previously enjoyed under that Constitution"[91].

In ihrer Rückantwort an das Foreign Office stellte die Religious Branch der Militärregierung fest, daß die Ziele der katholischen Bischöfe „völlig angemessen und gerechtfertigt" seien[92]. Die Weimarer Verfassung habe ausdrücklich Bekenntnisschulen gestattet, wo der örtliche Bedarf sie rechtfertigte. Dieses treffe für das Grundgesetz nicht in gleicher Weise zu. Es erlaube nur die religiöse Unterweisung dort, wo der Bedarf dafür gegeben sei. "The Catholics who lost their Bekenntnisschulen under Hitler fear that it will be difficult for them under the Basic Law to establish or re-establish them in areas where they do not at present exist." Obwohl der Berater kaum Möglichkeiten für ein weiteres Entgegenkommen der SPD sah, glaubte er nicht, daß es eine weise Entscheidung der Kirchen sei, der Verfassung ihre Unterstützung zu versagen, wenn sie jetzt nicht ihre Ziele in vollem Umfange durchsetzen könnten. "I feel that the action which you have already taken may have done some good and can understand that you may feel unable to press the matter further with the Vatican."[93]

Ein etwa zur gleichen Zeit entstandener Briefwechsel zwischen dem Foreign Office und dem britischen Vertreter bei der Kurie ließ deutlich erkennen, daß man in London beabsichtigte, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen und die Lösung der Religions- und Kirchenfrage in der Verfassung den Deutschen selbst zu überlassen[94]. Zu groß erschien die Gefahr, sich als Vermittler zwischen alle Stühle zu setzen und der Sache selbst einen Bärendienst zu leisten. In ihrem Bemühen, die innerdeutschen Gruppierungen miteinander zu versöhnen, um der Verfassung einen möglichst breiten Rückhalt zu verschaffen, war die britische Deutschlandpolitik in diesem Bereich an Grenzen gestoßen, die sie pragmatisch akzeptierte[95]. Am 4. Mai 1949, als die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche in den letzten Stadien der Verfassungsverhandlungen ihrem Höhepunkt zustrebte[96], stellte General Robertson fest: "I think our

---

90 Ebenda.

91 Ebenda, fol. 42.

92 17. 3. 1949, in: Ebenda, fol. 39f.

93 Ebenda, fol. 40.

94 W. I. Mallet an Victor Perrowne, 5. 4. 1949, in: Ebenda, FO 371/76717, Dok. C 2384.

95 Anfang April hatte auch Bischof Keller von Münster versucht, über Generalmajor Bishop von der Regional Commission in Nordrhein-Westfalen zu sondieren, ob nicht der Vorschlag, das Recht der Eltern über den religiösen Charakter der Schulen mit zu entscheiden, aus dem Grundgesetz ausgeklammert und in einem separaten Referendum entschieden werden könne. General Robertson ließ wissen, daß die Militärgouverneure dagegen keinen Einwand erheben würden. Sie würden aber in dieser Sache nicht von sich aus aktiv werden. "If, therefore, steps are to be taken to omit these clauses from the Basic Law, the initiative must be a German one." Brief Robertsons an Bishop vom 7. 3. 1949, in: Ebenda, FO 1030/86, fol. 87; vgl. auch fol. 85 und 67.

96 Schließlich waren die Bischöfe bereit, sich mit dem Erreichten zufriedenzugeben. Trotz ihrer tiefen Verstimmung haben sie am 23. Mai 1949 das Grundgesetz nicht abgelehnt, sondern sich damit be-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

only course is to keep out of this delicate business. I am confident that with so much else at stake reason will prevail."[97] Er sollte in diesem Punkt recht behalten.

VII. Der Siebener-Ausschuß

In ihrem Memorandum vom 2. März bestanden die alliierten Militärgouverneure auf einem dualen System der Finanzverfassung. Der Finanzausgleich zwischen den finanzstarken und den finanzschwachen Ländern wurde abgelehnt. Den Ländern sollte durch verstärkte Autonomie eine herausgehobene Stellung eingeräumt werden. Dies geschah nicht nur aus verfassungspolitischer Absicht. Franzosen und Amerikaner glaubten dem neuen deutschen Staat auch deshalb eine ausgeprägt föderalistische Struktur geben zu müssen, damit er nicht mehr zu einer machtpolitischen Bedrohung werden könne. Die Mehrheit des Parlamentarischen Rates aber wollte eine stärkere Zentralgewalt. Sie war davon überzeugt, daß nur eine funktions- und handlungsfähige Bundesrepublik imstande sein würde, die Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse ihrer Bürger in den verschiedenen Regionen zu gewährleisten. Diese Einstellung stieß bei der britischen Militärregierung durchaus auf Verständnis. Das besondere Anliegen der SPD, den Zentralstaat zu stärken, um später auf dem Wege der Bundesgesetzgebung ein umfassendes Wirtschafts- und Sozialprogramm zu verwirklichen, wurde aber besonders vom amerikanischen Militärgouverneur mit großem Mißtrauen betrachtet. General Clay sah sich aufgerufen, jeder Art von Sozialisierungsplänen entgegenzutreten.

Mit den Vorschlägen des alliierten Memorandums befaßte sich ein vom Parlamentarischen Rat eigens gebildeter interfraktioneller Siebener-Ausschuß, in dem (mit Ausnahme der Kommunisten) alle Parteien vertreten waren. Besorgt registrierte die britische Militärregierung, wie offizielle französische Stellungnahmen dazu beitrugen, die Fronten zu versteifen. Während Briten und Amerikaner sich zurückhielten, um den Eindruck eines Diktats zu vermeiden, betonte die französische Militärregierung in Baden-Baden, daß die alliierten Forderungen als endgültig zu betrachten seien[98]. Hingegen war von deutscher Seite zu hören, die gewünschten Ergänzungen zum Art. 36 zerstörten die Bundeszuständigkeit. "The SPD have even maintained that our draft will make it impossible to achieve the socialisation of industry."[99]

Schon beim ersten Treffen zwischen den alliierten Verbindungsoffizieren und dem Siebener-Ausschuß, das am 10. März 1949 stattfand, weigerte sich die deutsche Seite, die alliierten Änderungswünsche zu berücksichtigen[100]. Der britische Militärgouver-

---

gnügt, seine Vorläufigkeit und Revidierbarkeit zu betonen. Vgl. Adolf M. Birke, Katholische Kirche und Politik in der Phase des Neubeginns 1945–1949, in: Victor Conzemius (Hrsg.), Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte, Göttingen 1988, S. 190 f.

[97] PRO, FO 371/76717, Dok. C 3795.

[98] Telegramm an das Foreign Office vom 8. 3. 1949, in: Ebenda, FO 1030/86, fol. 88.

[99] Ebenda.

[100] Ebenda, fol. 73. Bereits am 9. 3. 1949 hatten die britischen Finanzberater und Verbindungsoffiziere mit den Vertretern des Siebener-Ausschusses gesprochen und dabei festgestellt, daß die Deutschen

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

neur stellte fest, das Verhältnis zu den Deutschen habe damit einen kritischen Punkt erreicht[101]. Die Alliierten hätten den CDU-SPD-Kompromiß durch ihren Vorstoß modifiziert und dadurch das Gewicht zuungunsten der SPD verschoben, was deren Haltung verhärte. Dennoch seien die Parteien nach wie vor "very fairly united in support of their compromise". Die Deutschen versuchten den Alliierten entgegenzukommen, "but they are convinced of the impracticability of a part of our requirements". Unter diesen Umständen sei es nicht zu empfehlen, "that we should be a party to any further pressure or cajolery directed towards overpersuading the Parliamentary Council". Er habe Chaput de Saintonge instruiert, jede offene Zwietracht mit seinen französischen und amerikanischen Kollegen zu vermeiden. Er solle sie aber wissen lassen, daß es nunmehr Sache der Deutschen sei, das Grundgesetz zu verabschieden und es dann den Militärgouverneuren zu präsentieren. Er selbst werde seinen alliierten Kollegen klarmachen, "that I have never consented to the issue of an ultimatum to the Germans and that while I have associated myself with our joint comments on the Law, I have in no way committed HMG to its acceptance or rejection in any particular form"[102].

General Robertson konnte mit dieser Einstellung der vollen Rückendeckung durch das Foreign Office sicher sein[103]. Einen Einblick in die Meinungsbildung der britischen Regierung gibt die Kabinettssitzung vom 10. März 1949, die sich mit dem Entwurf des Siebener-Ausschusses und dem weiteren Vorgehen beim Wahlgesetz befaßte[104]. Außenminister Ernest Bevin schlug der Ministerrunde vor, den vorliegenden Text zu billigen, "provided that the amendments already proposed by the three Military Governors ... were accepted by the Council"[105]. Im Kabinett wurden aber auch Zweifel laut, ob nicht die Stellungnahme der Militärgouverneure zu großen Nachdruck auf eine Neuverteilung der Macht zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen gelegt habe. "There was a risk that any attempt to impose an excessive measure of decentralisation on Western Germany might provoke an irredentist re-

---

sich in ihrer Position nicht bewegt hatten. "... they had not explored the possibility of moving towards the position taken by the Military Governors but were merely waiting to see if the Financial Advisers had themselves moved in their direction." Ebenda, fol. 75.

101 14. 3. 1949, in: Ebenda, fol. 66.

102 Ebenda.

103 Die Empfehlung des Foreign Office für die Kabinettssitzung lautete: "... provided the agreement which the three Military Governors reached in Frankfurt on 1st and 2nd March can be maintained as regards the general principles appertaining to the Basic Law, and provided that there is no tendency among any of the three Governments to insist on small and detailed amendments which could only lead to delays and possibly to the destruction of the compromise between the two major parties which has made the present draft possible, the position which we have now reached seems to me satisfactory. For reasons connected with our broad policy in Germany and in Western Europe generally, it is most desirable that the remaining steps upon the draft Basic Law should be completed as soon as possible." Ebenda, CAB 129/33, C.P. (49) 50.

104 Ebenda, CAB 128/15. Diskussion über das Grundgesetz unter C. M. 19(49), S. 109 f.; zum Wahlgesetz ebenda, S. 110 f. Als Unterlage für die Diskussion lagen zwei Memoranden vor, die das Foreign Office angefertigt hatte. C. P. 49 (50) und C. P. 49 (53), in: Ebenda.

105 C. M. 19 (49), S. 109, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

action which might ultimately endanger the whole constitution."[106] Die Mehrheit der Kabinettsmitglieder schloß sich dieser Meinung jedoch nicht uneingeschränkt an, stimmte aber insgesamt der Vorlage des Foreign Office zu, die sich gegen ultimative Forderungen aussprach.

Interessante Aufschlüsse bietet auch die nachfolgende Diskussion des Kabinetts über das deutsche Wahlrecht. Der Außenminister hatte in seinem für die Sitzung gefertigten Memorandum betont, die Behandlung des Wahlrechts durch den Parlamentarischen Rat überschreite dessen Kompentenzen, sei also "ultra vires"[107]. Daher hätten die drei Militärgouverneure die Ministerpräsidenten der Westzonen aufgefordert, geeignete Schritte zu unternehmen, um die notwendige Gesetzgebung durch die Landtage vorzubereiten, wobei diese frei seien, den Entwurf des Parlamentarischen Rates als Modell zu benutzen. In einem historischen Rekurs stellte Bevin dann fest, daß er schon seit dem Sommer 1948 ein einheitliches Wahlsystem für ganz Deutschland weder für wünschenswert noch für möglich halte[108]. Seine eindeutige Ablehnung des Verhältniswahlrechts werde aber von den Franzosen nicht geteilt, während die Amerikaner der Meinung seien, die Option solle ganz den Deutschen überlassen bleiben. In Deutschland selbst seien die Sozialdemokraten gegen das Mehrheitswahlrecht, von dem sie befürchteten, daß es zu einem Sieg der CDU/CSU bei den kommenden Wahlen führen werde, während die Christdemokraten es aus demselben Grunde befürworteten. Obwohl Bevin im Prinzip für das Mehrheitswahlrecht eintrat, da es der britischen Tradition entsprach und am ehesten einen stabilen Parlamentarismus zu garantieren schien[109], schreckte ihn die Vorstellung eines möglichen Sieges der Christdemokraten, der diesen in wichtigen Bereichen, besonders bei der personellen Erstausstattung des Beamtenapparates, freie Hand lassen würde. Er befürwortete deshalb für die erste Regierungsbildung eine große Koalition, "and the best chance of ensuring this is that the Social Democratic Party are well represented, as they will be under a system where proportional representation plays a large part"[110].

VIII. Alliierte Kontroversen

Schon vor der Stellungnahme des Siebener-Ausschusses zum Memorandum der Alliierten wurde erkennbar, daß die britische Politik gegenüber dem Parlamentarischen Rat, im Unterschied zur französischen und auch amerikanischen Haltung, einen Kurs

[106] Ebenda.

[107] C. P. (49) 53, fol. 68, in: Ebenda, CAB 129/33.

[108] Paper über die Wahlsysteme in den Westzonen Deutschlands vom 4.6. 1948, in: Ebenda, C. P. (48) 142.

[109] In der Diskussion wurde u. a. angeführt, daß das Verhältniswahlrecht bei strikter Durchführung das Risiko in sich berge, "that the new German constitution would reproduce the central weakness of the Weimar Constitution". Man hoffte deshalb darauf, daß einige Landtage sich stärker am Mehrheitswahlrecht orientierten. C. M. 19 (49), S. 110, in: Ebenda, CAB 128/15.

[110] C. P. (49) 53, fol. 69 f., in: Ebenda, CAB 129/33.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Mäßigung und des Einlenkens verfolgte, der darauf zielte, das westdeutsche Verfassungsprojekt vor dem Scheitern zu bewahren. Sie nutzte dazu nicht nur ihre Verbindungen in Deutschland, sondern begann auch zunehmend über die offiziellen diplomatischen Kanäle auf die verbündeten Regierungen einzuwirken. Beunruhigt über die schroffen Verlautbarungen der französischen Militärregierung, instruierte das Foreign Office den britischen Botschafter in Paris, unterhalb der Schwelle einer förmlichen Vorstellung bei der französischen Regierung jede geeignete Gelegenheit wahrzunehmen, "to impress upon the French the importance of not threatening or bringing undue pressure to bear upon the Germans in Bonn at present"[111].

Der Vorschlag des Siebener-Ausschusses enthielt erwartungsgemäß in den entscheidenden Kontroversfragen des Verfassungsentwurfs kaum Veränderungen. Ein weiteres Gespräch mit den Verbindungsoffizieren, das am 18. März 1949 stattfand, ließ erkennen, wie sehr man sich in eine Sackgasse manövriert hatte. Es sei nun völlig klar, so berichtete Chaput de Saintonge an General Robertson, daß die SPD ihre Entscheidung über das Memorandum verschiebe, um der Bonner Fraktion die Möglichkeit zu geben, mit den Militärgouverneuren und der CDU eine Art Kompromiß auszuhandeln. "The SPD had largely given way on all issues except on Federal powers of legislation and on Federal finance. The Vorstand were not prepared to sanction further concessions in these fields without obtaining something in return from the CDU. They see no reason why all the concessions to meet the views of the Military Governors should be made at their expense."[112] Auch die CDU sei nicht willens, die erreichten Positionen neu zu verhandeln. Deshalb habe sie den jetzt vorgelegten Vorschlägen zugestimmt. Trotz erkennbarer Versuche der CSU und einer gewissen Bereitschaft Hoepker-Aschoffs (FDP), Veränderungen in der Finanzverfassung herbeizuführen, zögere die CDU mitzuziehen, da sie nicht in den Verdacht kommen wolle, sie ziehe Vorteile aus dem alliierten Memorandum, "to take back some of the concessions which they had already made to the SPD". Die Ansichten Hoepker-Aschoffs und der CSU seien seinen französischen und amerikanischen Kollegen bekannt, die alles tun würden, um den Siebener-Ausschuß in die gewünschte Richtung zu drängen. Er habe seinen Kollegen bereits mitgeteilt, daß er sich an einem solchen Vorgehen nicht beteiligen werde. "We are rapidly approaching the rubicon. Too much pressure on the SPD might well drive them across."[113]

General Robertson war alarmiert. Noch am selben Tag, an dem er den Bericht aus Bonn erhalten hatte, wandte er sich in einem persönlich gehaltenen Schreiben an Clay, um seine Einstellung zu den Vorgängen unmißverständlich klar zu machen. Er wisse nicht, wie Clay und Koenig über die Texte dächten, die die Deutschen überreicht hätten. Allerdings habe er das Gefühl, daß während der letzten vierzehn Tage großer Druck auf die Deutschen ausgeübt worden sei. "In order to go along with you two I have been content that my Liaison Officer should participate and show a common

[111] 14.3.1949, in: Ebenda, FO 1030/86, fol. 56.
[112] 18.3.1949, in: Ebenda, fol. 36.
[113] Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

front."[114] Jetzt aber fühle er, daß ein Punkt erreicht sei, an dem die Vertreter der SPD keine weiteren Konzessionen machen könnten, ohne von ihrer eigenen Partei im Stich gelassen zu werden. "Therefore I do not want to join in further pressure on the Germans." Wenn Clay und Koenig bereit seien, durch ihre Verbindungsoffiziere mitteilen zu lassen, daß die Vorschläge des Siebener-Ausschusses in der jetzigen Form akzeptabel seien, so würde ihn das sehr freuen. "If you do not feel so disposed, then I consider that the Germans should be told now to put their law in the form in which it can be considered finally by the Military Governors."[115]

Dem Foreign Office teilte Robertson mit, daß er hoffe, die Frage des Grundgesetzes in die Verhandlungen der Außenminister einbringen zu können, die aus Anlaß der Unterzeichnung des Atlantikpaktes Anfang April 1949 in Washington stattfinden sollten[116]. Er knüpfte daran die optimistische Erwartung, daß der Entwurf des Grundgesetzes dort, auch in seiner derzeitigen Form, von den Franzosen und Amerikanern nicht zurückgewiesen werden könne. Ein Telegramm des Foreign Office vom 19. März 1949 bestätigte der Militärregierung in Berlin: "Lord Henderson is in complete harmony with your views and general attitude ... as regards exerting excessive pressure upon the SPD to make further concessions."[117] Zugleich bot Whitehall an, entsprechende förmliche oder informelle Vorstöße in Paris oder Washington zu unternehmen, wenn dies als hilfreich erachtet werde.

Der Brief, den Robertson an Clay gerichtet hatte, trug dazu bei, die beginnende Verstimmung zwischen den Militärgouverneuren zu vertiefen. Clays Antwortschreiben vom 21. März 1949 klang beleidigt. Er habe gedacht, so der amerikanische General, daß die Militärgouverneure sich nach stundenlangen Bemühungen auf einen Kompromiß geeinigt hätten, der den Deutschen als gemeinsamer Standpunkt präsentiert werde. Dieses scheine nun nicht mehr der Fall zu sein. "Obviously, I shall not proceed with Koenig to act separately so I assume that we can do nothing but let events take their course. I regret that you feel you can no longer support the common position."[118] In einem anschließenden Gespräch mit Robertson, über das dieser am 22. März dem Foreign Office berichtete, ließ Clay seinem Unmut freien Lauf[119]. Die alliierte Politik in Deutschland sei bankrott, und die Deutschen wüßten es. Der Vorschlag des Siebener-Ausschusses sei schlimmer als die früheren Texte. "These provisions combined would produce a state more centralised than that under Hitler". Weder er noch die Franzosen würden sich in der Lage sehen, eine Verfassung auf dieser Grundlage zu akzeptieren. Robertson hielt dagegen. Er wolle hier nicht den Standpunkt der Deutschen vertreten. Allerdings fürchte er, daß es bereits auf der Ebene der Verbindungsoffiziere zu einem Bruch mit den Vertretern des Parla-

[114] 19. 3. 1949, in: Ebenda, fol. 38.
[115] Ebenda.
[116] 20. 3. 1949, in: Ebenda, fol. 21.
[117] 19. 3. 1949, in: Ebenda, fol. 29.
[118] Ebenda, fol. 20.
[119] Ebenda, fol. 17f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mentarischen Rates komme. Schließlich sprach auch Clay sich dafür aus, die Entscheidung den Militärgouverneuren selbst vorzubehalten und die Verbindungsoffiziere entsprechend zu informieren.

Dieser Vorschlag wurde von General Koenig strikt abgelehnt[120]. Bereits am 23. März 1949 teilte er Robertson mit, den Deutschen müsse gesagt werden, daß eine Einigung ausgeschlossen sei, falls ihre Vorstellungen in der gegenwärtigen Form den Militärgouverneuren unterbreitet würden[121]. Entsprechend instruiert ging der französische Verbindungsoffizier in die für den 25. März 1949 anberaumten Verhandlungen mit dem Siebener-Ausschuß. Sein britischer Kollege hingegen hatte die strikte Anweisung, höchstens einer Erklärung zuzustimmen, die feststellte, daß die deutschen Vorschläge nicht den Empfehlungen der Militärgouverneure entsprächen[122]. Wenn dies erforderlich sei, solle er sogar den Deutschen mitteilen, er sei nicht autorisiert, den Entwurf anzunehmen oder abzulehnen. Einem weiteren Treffen auf der Ebene der Verbindungsoffiziere solle er keinesfalls zustimmen. Notfalls sei Carlo Schmid und Adenauer zu empfehlen, das Gesetz in seiner abschließenden Form möglichst schnell den Militärgouverneuren direkt zuzuleiten.

Inzwischen berichtete der britische Botschafter aus Washington, die starre Haltung von General Clay erfolge nicht auf Anweisung der amerikanischen Regierung. Diese sei vielmehr ernsthaft besorgt und bemühe sich, ein genaueres Bild von den Vorgängen zu gewinnen[123]. Am 23. März 1949 wurde dem amerikanischen Botschafter in London, kurz vor dem Abflug Bevins zur Washingtoner Konferenz der Außenminister, ein Aide-Mémoire überreicht, das den britischen Standpunkt zur Kontroverse über den Entwurf des Grundgesetzes noch einmal klar umriß: "British view is that no further pressure should be brought to bear upon SPD ... since such pressure would probably lead to a break up of SPD CDU compromise upon which whole basic law is founded." Um die Debatte über das Grundgesetz abzuschließen, sei es erforderlich, den beiden deutschen Parteien mitzuteilen, "that we shall be satisfied with amendments (they) have already made to meet our views"[124]. Der Botschafter sicherte zu, das Schreiben an das State Department weiterzuleiten[125]. Er ließ aber auch erkennen, daß er die deutschen Vorschläge zur Finanzfrage für zentralistischer halte, als dies von den alliierten Vorgaben gewünscht werde. Dagegen wurde vom Foreign Office noch einmal geltend gemacht, das Grundgesetz müsse als Ganzes betrachtet werden und es sei nicht sinnvoll, einzelne Regelungen herauszugreifen.

---

[120] Der Brief an Koenig wurde von Robertson in der Gegenwart von Clay abgefaßt. Ebenda, fol. 16.
[121] Ebenda, fol. 13.
[122] Ebenda, FO 1030/87, fol. 274.
[123] Ebenda, fol. 273.
[124] FRUS 1949/3, S. 229.
[125] 25. 3. 1949, in: PRO, FO 1030/87, fol. 267.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

IX. Britischer Vermittlungskurs

Das Gespräch zwischen den Verbindungsoffizieren und dem Siebener-Ausschuß, das am 25. März 1949 stattfand, kam einem Fiasko gleich. Schon in der Vorbesprechung, die am Vormittag zwischen den alliierten Vertretern geführt wurde, traten die Differenzen erneut und unverhüllt zutage. Chaput de Saintonge warnte seine Kollegen instruktionsgemäß, daß er nicht ermächtigt sei, "to discuss the German proposal in detail and that if they particularised any specific objection (he) would be obliged to dissociate (him)self from them and to leave the meeting"[126]. In der anschließenden Diskussion mit den Deutschen konnten die schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten nicht verborgen bleiben. Als der französische Vertreter die Begegnung abrupt für beendet erklärte, noch bevor sie begonnen hatte, bemühte sich auch der amerikanische Verbindungsoffizier, in den folgenden informellen Gesprächen den verhängnisvollen Eindruck zu glätten, der durch dieses Verhalten entstanden war. Sein britischer Kollege zweifelte nicht daran, daß die Deutschen nunmehr überzeugt seien, ohne weitere Treffen mit den Verbindungsoffizieren schnell weiterzukommen.

Offensichtlich rechneten die Vertreter des Parlamentarischen Rates bereits mit einer klaren Ablehnung ihrer Vorschläge. Den Äußerungen des CDU-Vertreters Theophil Kaufmann entnahm Chaput de Saintonge, daß dessen Partei die Möglichkeit diskutierte, die Schwierigkeiten innerhalb der SPD zu nutzen, um den Entwurf des Grundgesetzes neu zu fassen und mit Hilfe der FDP durchzubringen[127]. Hoepker-Aschoff aber habe ihm versichert, so der Verbindungsoffizier in seinem Bericht, daß seine Partei die SPD nicht im Stich lassen werde. Er habe auch mit dem SPD-Vertreter Rudolf Katz gesprochen und diesen darin bestärkt, daß nunmehr die Schnelligkeit der Entscheidung wichtig sei, "that although the Germans should do their best to meet the views of the memorandum they should pass the basic law quickly"[128].

In einem Telegramm an die Militärregierung in Berlin, das am 25. März, also noch am Tage des Gesprächs mit dem Siebener-Ausschuß, abgesandt wurde, skizzierte der britische Vertreter in Hannover die Haltung des SPD-Vorstandes zum Grundgesetz wie folgt: Die Partei werde die zweite Lesung des Grundgesetzentwurfes in der veränderten Fassung unterstützen und erwarte, daß dieser dann den Militärgouverneuren unterbreitet werde[129]. Wenn deren Zustimmung erfolgt sei, werde im Gegenzug der Text des Besatzungsstatuts erwartet, und dann werde rechtzeitig die dritte Lesung stattfinden. Der Vorstand gehe davon aus, daß bei einem solchen Prozedere eine leichte Mehrheit der SPD für die Annahme des Grundgesetzes sei. "If on the other hand the Military Governors refuse their assent to the draft, the SPD favour no further action to

[126] Ebenda, fol. 258.
[127] Ebenda.
[128] Ebenda, fol. 259.
[129] Ebenda, fol. 266.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

be taken at Bonn. They say they will make no further concessions and they do not think it probable that the CDU will proceed without them, though they have taken this probability into account."[130]

Für General Robertson stand damit fest, daß trotz der von den Alliierten gemeinsam formulierten „Veränderungswünsche" am Kompromiß der Parteien festzuhalten sei. Am 26. März telegrafierte er dem Foreign Office, die Deutschen seien nunmehr für eine schnelle Entscheidung. Es sei allerdings nicht klar, in welcher Form diese herbeigeführt werden solle: ob der gegenwärtige Entwurf von beiden großen Parteien unterstützt werde, oder ob die CDU aus dem Kompromiß mit der SPD aussteige, um einen neuen Entwurf mit Hilfe der FDP auf der Basis einer schmalen Mehrheit durchzubringen. Gegen einen solchen Versuch signalisierte General Robertson schon jetzt seinen entschiedenen Widerstand. "If the Germans adopt the latter course, namely to push through a new draft with a right wing majority, I intend that when it is presented to the Military Governors I shall refuse to accept it without reference to you."[131] Zweifellos werde ein solcher neuer Entwurf mit den alliierten Vorgaben übereinstimmen, andererseits aber werde er nicht in den Ländern ratifiziert werden können, da dort eine Mehrheit der SPD bestehe. "I should recommend its rejection as being politically nonsensical." Die Haltung Robertsons war damit erneut klar umrissen. Die wiederholten alliierten Einmischungen und Korrekturforderungen ignorierten die tatsächliche politische Kräftekonstellation in Westdeutschland und gefährdeten die in zähem und mühevollem Ringen gewonnenen Ergebnisse.

In einem Telegramm vom 28. März an das Foreign Office verdeutlichte Robertson noch einmal die Einstellung der britischen Militärregierung zum vorliegenden deutschen Entwurf und die Differenzen zwischen den alliierten Partnern[132]. Diese bestanden nach seiner Meinung vor allem in zwei Bereichen: in der Trennung der Gesetzgebungskompetenz und in der Festlegung der Finanzzuständigkeit zwischen Bund und Ländern. "In each case the basis of the French and the United States criticism of the German proposals is that the powers accorded to the Federal Government are such as to place it in too dominating a position vis-a-vis the Land Governments and thus to destroy the essential federal character of the Constitution."[133] Robertson stellte fest, daß die Alliierten nunmehr im Prinzip auch eine konkurrierende Gesetzgebung des Bundes akzeptierten, die sie zuvor verworfen hätten. Den veränderten Entwurf des Siebener-Ausschusses hielt er in diesem Bereich für klarer und besser als den Vorschlag im Memorandum der Militärgouverneure[134]. Der deutsche Entwurf sehe die Gesetzgebungskompe-

[130] Ebenda.

[131] Ebenda, fol. 260.

[132] Ebenda, fol. 249–253.

[133] Ebenda, fol. 249.

[134] Ebenda, fol. 250. "The Military Governors' memorandum proposed the following rather clumsy and abstruse definition in the form of a redraft of the preamble to Article 36: 'The Laender shall retain the right to legislate in the fields hereinafter enumerated except where it is clearly impossible for a single Land to enact effective legislation or where the legislation if enacted would be detrimental to the rights or interests of other Laender. In such cases and provided that the interests of the several Laender

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tenz des Bundes dann vor, wenn eine Materie nicht hinreichend durch die Gesetzgebung einzelner Länder geregelt werden könne, wenn die Regelung durch ein Ländergesetz die Interessen anderer Länder oder der Länder insgesamt präjudiziere oder wenn die Garantie der Rechts- und Wirtschaftseinheit nach einer Regelung durch Bundesgesetz verlange[135]. Auf der Ebene der Verbindungsoffiziere scheine dieser Textvorschlag nunmehr akzeptiert zu sein[136]. "From the British point of view it is important that the clause should not be further whittled away or it may endanger the right of the Federation to legislate in the matter of the socialisation of heavy industry."[137]

In der Frage der Zuweisung der Finanzzuständigkeit zwischen Bund und Ländern sah Robertson durchaus gravierende Abweichungen der deutschen Vorlage von den alliierten Vorgaben. Zwar hätten die alliierten Finanzberater in ihrer Diskussion mit dem Siebener-Ausschuß[138] zugegeben, daß der Bund über konkurrierende Steuern befinden könne, um Einheitlichkeit zu garantieren. Sie hätten auch, trotz der eindeutigen Absage im Memorandum der Militärgouverneure, einem begrenzten Finanzausgleich zugestimmt, um finanzschwachen Ländern zu helfen, vorausgesetzt, daß dafür objektive Kriterien bestünden. Allerdings habe sich General Clay in diesem Punkt von seinem Finanzberater distanziert. Von den Franzosen und Amerikanern würden die deutschen Vorschläge zur Finanzzuweisung nach wie vor als unbefriedigend angesehen, "because they fail to specify an adequate field of purely Land taxes". Die Deutschen hingegen hielten den föderalistischen Charakter schon deshalb für gewahrt, da die Bundessteuern und die Steuern, die der konkurrierenden Gesetzgebung zuzuordnen seien, von den Ländern verwaltet würden und alle Bundesgesetze in diesem Bereich der Zustimmung durch den Bundesrat bedürften. Auch Robertson sah im Bundesrat eine wichtige Garantie des Föderalismus. "If this Chamber does truly represent the Land Governments not only now but in the future it affords a real protection against any imperfections in the present German drafts."[139] Hingegen behaupteten Franzosen und Amerikaner, daß der Bundesrat keinen wirklichen Schutz bereithalte, da seine Mitglieder entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit abstimmen würden. Robertson hielt dieses Argument jedoch nicht für stichhaltig, "because the members from each State vote as a bloc on the instructions of the Land Governments"[140]. Robertson betrachtete die deutsche Formel des Artikel 36[141] als die beste, die erreicht werden

are clearly, directly and integrally affected, the Federation shall have the right to enact such legislation as may be necessary or appropriate."

[135] Ebenda, fol. 250.

[136] Vgl. Verbatim Reports der Treffen zwischen dem Siebener-Ausschuß und den alliierten Verbindungsoffizieren, die vom 8.–10. 3. 1949 in Bonn stattfanden. PRO, FO 1049/2134, Dok. XC 2443.

[137] Ebenda, FO 1030/87, fol. 250.

[138] Vgl. den ausführlichen Bericht von Chaput de Saintonge vom 15. 3. 1949 über diese Besprechung, die am 9. 3. stattgefunden hatte. Ebenda, FO 1049/2143, Dok. XC 2443. Dort auch der Verbatim Report des Treffens mit den alliierten Finanzberatern.

[139] Ebenda, FO 1030/87, fol. 251.

[140] Ebenda, fol. 252.

[141] Vgl. Anm. 134.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

könne, obwohl sie nicht mit dem "Letter of Advice"[142] übereinstimme, jener Anleitung, die nach der Londoner Konferenz im Mai 1948 den Militärgouverneuren an die Hand gegeben worden war, als ihnen die Aufgabe übertragen wurde, das westdeutsche Verfassungsprojekt einzuleiten. "At the London Conference we thought that we had produced a good and clear answer on finance by limiting the powers of the federation to the collection and administration of taxes necessary for meeting its responsibilities under the Constitution. The Germans have shown to my satisfaction that this straightforward answer does not work out in practice."[143] Robertson verwies am Schluß seiner Einschätzung auf die übergeordneten politischen Rahmenbedingungen, die für die Gründung des westdeutschen Staates Geltung fanden. Wenn man den Deutschen eine Verfassung aufzwinge, so argumentierte er, in die sie kein Vertrauen hätten, oder wenn man sie nötige, ein Regierungssystem zu akzeptieren, das ineffizient sei, dann würden die Westalliierten eine politische und finanzielle Verantwortung erster Ordnung auf sich laden, "we shall tie a millstone around the necks of the true democratic political elements in the country, and we shall encourage the Germans to evade and undermine their own constitution"[144].

X. Die Washingtoner Deutschlandgespräche

Am 30. März 1949 fand ein höchst aufschlußreiches Gespräch zwischen den politischen Beratern der britischen und amerikanischen Militärregierung, Christopher E. Steel und James W. Riddleberger, über die amerikanische Haltung zum Stand der Verhandlungen über das Grundgesetz statt[145]. Dabei wurde deutlich, daß innerhalb der amerikanischen Administration erhebliche Unterschiede in der Auffassung bestanden. Riddleberger, der als pro-britisch galt, gab zu verstehen, General Clay sei in seinem starren Kurs tatsächlich an Instruktionen gebunden. Von ihm seien keine positiven Schritte zu erwarten. Den einzigen Weg zur Lösung sehe er darin, daß die britische Regierung die Initiative in Washington ergreife. Dabei könne mit einer großen Aufgeschlossenheit von Außenminister Dean Acheson gerechnet werden, obwohl dieser noch nicht hinreichend Gelegenheit gehabt habe, sich ein differenziertes Bild über die deutschen Verhältnisse zu machen. Er warnte jedoch vor dem großen Einfluß der französischen Lobby in Washington, die eine Menge Schaden angerichtet habe. "Clearly we shall have trouble with the French, and therefore it is all the more important to shift the Americans without delay from their present position of doctrinaire obstinacy so

[142] Letter of Advice to Military Governors regarding German Constitution, London, 12.5. 1948, als Annex H des Report to the London Conference on Germany; abgedruckt in: FRUS 1948/2, S. 240f. Der Letter of Advice hatte auch als Vorlage für das Aide-Mémoire der Alliierten vom 22. 11. 1948 gedient. Vgl. Anm. 37.

[143] PRO, FO 1030/87, fol. 252.

[144] Ebenda, fol. 253.

[145] Bericht Steels, in: Ebenda, fol. 248.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

that they shall join us in persuading the French instead of encouraging the French to hang out and so bust all our plans."[146] Das Problem sei, daß Robert Murphy, der als Nachfolger von George Kennan den Lenkungsausschuß des Deutschland-Unterausschusses beim Nationalen Sicherheitsrat (NSC) leitete, zögere, auf Clay Druck auszuüben, während Kennan andererseits nach seiner jüngsten Reise durch die britische Zone mit sehr entschiedenen Ansichten über die Bedeutung der SPD nach Amerika zurückgekehrt sei, "which ought to help".

In der Tat standen die Eindrücke und Empfehlungen, die Kennan am 29. März im State Department vortrug, in klarem Gegensatz zur Haltung Clays[147]. Bis in die Formulierungen hinein stimmten sie mit der britischen Position überein. Kennan empfahl, die Gegenvorschläge des Siebener-Ausschusses zu akzeptieren, andererseits "we would risk upsetting the balance between the German parties, with the probability that the SPD would refuse cooperation"[148]. Den Franzosen solle nahegelegt werden, die Verfassung mit den neuen deutschen Ergänzungen zu akzeptieren.

Entsprechend war auch das Positionspapier für die Washingtoner Deutschlandgespräche der Außenminister abgefaßt, die am 31. März 1949 begannen. Als Konferenzthemen waren jene Bereiche vorgesehen, die seit Monaten zwischen den Besatzungsmächten als strittig galten: das Besatzungsstatut, der Zusammenschluß der Trizone, Produktionsbeschränkungen bzw. -verbote und die Reparationen. Der verschärfte Verfassungsstreit hatte den Leiter der Lenkungsgruppe, Robert Murphy, veranlaßt, die Verhandlungen über das Grundgesetz als weiteren Punkt hinzuzufügen[149], wie dies auch von den Briten gewünscht wurde. Als General Clay erfuhr, daß im State Department die Meinung vertreten wurde, man solle die Position der Militärgouverneure aufgeben und die deutsche Verfassung mit den jüngsten Modifikationen des Siebener-Ausschusses akzeptieren, sah er darin einen Sieg des offenen Widerstandes, den der SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher den alliierten Vorgaben entgegenbrachte. "It makes him the greatest figure in Germany and repudiates CDU/CSU which has loyally stood by and which represents great majority in our zone. . . . British back door promise to SPD assures socialist Germany."[150] Während Clay auf seiner Position beharrte, bewegten sich die Verhandlungen der Außenminister auf die von den Briten gewünschte Richtung zu.

Nach bilateralen Vorgesprächen begannen die drei Außenminister am 5. April 1949 damit, den deutsch-alliierten Verfassungsstreit zu erörtern[151]. Es gelang schließlich, in intensiven Diskussionen die Meinungsverschiedenheiten beizulegen, die zu erheblichen Irritationen zwischen ihnen geführt hatten. Dies wurde nicht zuletzt deshalb möglich, weil die französische Regierung inzwischen einen Kurswechsel vollzogen

[146] Ebenda.

[147] Dazu ausführlicher Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse, S. 400 f.

[148] FRUS 1949/3, S. 138 f.

[149] 30. 4. 1949. Tentative Outline of Approach in the Discussions with the British and French Foreign Ministers on Germany, in: Ebenda, S. 142.

[150] Teleconference vom 2. 4. 1949, in: The Papers of General Lucius D. Clay. Germany 1945–49, hrsg. von Jean Edward Smith, Bd. 2, Bloomington 1974, S. 1076 f.

[151] Dazu auch Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse, S. 407.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatte. Jetzt galt in Paris nicht mehr die Schwächung Deutschlands als wichtigste Garantie künftiger Sicherheit, vielmehr wurde diese vor allem durch die Mitgliedschaft im Nordatlantikpakt erstrebt. Für Außenminister Robert Schuman war die deutsch-französische Annäherung zugleich ein zentrales Element seiner Europapolitik[152].

Dennoch lösten die Außenminister mit ihren Stellungnahmen zum Verfassungsstreit vorübergehend erhebliche Verwirrung aus und beschworen Mißverständnisse herauf. Zunächst stellten sie dem Parlamentarischen Rat am 5. April eine Botschaft zu, die als ein Festhalten an ihrem bisherigen Kurs interpretiert wurde. Sie drückten darin die Erwartung aus, "that the Parliamentary Council and the responsible German party leaders will give due consideration to the recommendations of the Military Governors, which conform with the provisions of the London Agreement authorizing the establishment of a German Democratic Federal Government"[153].

Diese Nachricht schlug in Deutschland wie eine Bombe ein. Die Position der SPD, die, anders als die CDU, unerbittlich an der Einstellung des Siebener-Ausschusses festgehalten hatte, war durch den erneuten Verweis auf die Empfehlungen der Militärgouverneure erschüttert. Unter dem Eindruck der Nachricht aus Washington schien nunmehr auch die FDP, deren Stimmen im Parlamentarischen Rat den Ausschlag gaben, einen Stellungswechsel zu vollziehen. Damit war der sozialdemokratische Antrag im Hauptausschuß, der darauf zielte, den revidierten Verfassungsentwurf so schnell wie möglich zu verabschieden, zum Scheitern verurteilt[154]. Er wurde dem Finanzausschuß zur neuerlichen Beratung überwiesen. Vorübergehend schien sich die Aussicht zu eröffnen, daß ein erneut revidierter Entwurf, der in der entscheidenden Frage der Finanzverfassung dem Memorandum der Militärregierungen entgegenkam, mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP durchgebracht werden könnte.

Diese Entwicklung wurde von der britischen Militärregierung mit großer Sorge betrachtet. Sie fürchtete, der Kompromiß der beiden großen Parteien könne aufgrund der starren Haltung der Alliierten und der Taktik von CDU/CSU, ihre Position unter Berufung auf die alliierten Wünsche nachzubessern, doch noch zuungunsten der SPD aufgegeben werden. Daher zeigte sie sich auch gegenüber den Sondierungen Adenauers zugeknöpft, mit denen dieser herauszufinden versuchte, ob eine Entscheidung ohne die Stimmen der SPD von britischer Seite akzeptiert würde[155]. Für Chaput de Saintonge war es klar, daß das alliierte Memorandum den Konflikt zwischen den Parteien neu eröffnet hatte. Adenauer habe den Kompromiß mit der SPD nie wirklich akzeptiert, da dieser den Bruch zwischen CDU und CSU fast unvermeidlich mache. Er habe zwar die Vorteile angenommen, zugleich aber gehofft, daß eine Intervention der Militärgouverneure ihn davor bewahren werde, auch den Preis dafür zu zahlen. "The memorandum of 3rd March was the intervention for which he had hoped and worked. In the negotiation with the Liaison Officers the CDU made a common front with the

[152] Zum französischen Kurswechsel, der sich bereits seit Mitte März andeutete, vgl. ebenda, S. 406.
[153] FRUS 1949/3, S. 236 f.
[154] Bericht Riddlebergers vom 7. 4. 1949, in: Ebenda, S. 235 f.
[155] Bericht des britischen Verbindungsoffiziers vom 1. 4. 1949, in: PRO, FO 1030/87, fol. 236.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

SPD in trying to find acceptable compromise proposals although they were willing to accept the memorandum in its entirety."[156] Dadurch sei der Eindruck aufrecht erhalten worden, sie stünden zum Parteienkompromiß. In Wirklichkeit hätten sie die Verantwortung für den Druck auf die SPD den Militärgouverneuren zugeschoben. Inzwischen habe die CDU neue Texte produziert, die den Forderungen des alliierten Memorandums näherkämen. Die SPD habe diese Modifikationen jedoch entschieden zurückgewiesen. Nunmehr werde die CDU alles daransetzen, um eine erneute alliierte Intervention unausweichlich zu machen[157]. "The CDU is seeking further interference by the Military Governors in order to put pressure on the SPD to get further concessions on financial powers."[158]

Dem widersprach jedoch eine Information, die dem britischen Verbindungsoffizier durch seinen amerikanischen Kollegen zugespielt wurde. Danach war Adenauer aufs höchste über die vertrackte Lage besorgt, in der sich die CDU befand. Wenn die Christdemokraten gegen die Vorschläge der SPD stimmen und letztere die Zustimmung der alliierten Regierungen erhalten würden, "they will have laid themselves open to accusations of treachery and collaboration and given the SPD opportunity of claiming to be the sole defenders of German interests"[159]. Andererseits wolle die CDU keinem Grundgesetz zustimmen, das nicht ihren Interessen Rechnung trage und das dann doch von den Militärgouverneuren zurückgewiesen werde. Adenauer sei bereit, die SPD-Vorschläge anzunehmen, wenn ihre Genehmigung durch die Alliierten gewährleistet sei[160].

Die erste Botschaft der in Washington versammelten Außenminister vom 5. April schien also den früheren harten Kurs der Westalliierten in der Verfassungsfrage zu bestätigen. Es gelang Außenminister Bevin jedoch, seinen Kollegen einen weiteren Entwurf zu unterbreiten, der noch einmal die britischen Vorstellungen ins Spiel brachte und schließlich mit nur geringfügigen Veränderungen die Zustimmung der Runde fand[161]. Der Text wurde am 8. April verabschiedet, aber nicht sogleich dem Parlamentarischen Rat zur Kenntnis gebracht. Die Außenminister signalisierten darin, daß sie nunmehr bereit waren, auf die strikte Durchsetzung des Memorandums zu verzichten. Die entscheidende Passage ihrer "Message to the Military Governors" lautete: "In the financial field any provisions put forward by the Parliamentary Council in the direction of securing financial independence and adequate strength for both the Laender and Federal Government in operating in their respective fields will receive sympathetic consideration."[162] Den Militärgouverneuren wurde ausdrücklich freigestellt, den Zeit-

[156] Bericht an den Militärgouverneur vom 2. 4. 1949, in: Ebenda, fol. 230.
[157] Ebenda, fol. 231.
[158] Wochenbericht des Verbindungsbüros vom 3. 4. 1949, in: Ebenda, fol. 225.
[159] 4. 4. 1949. Bericht von Chaput de Saintonge über ein Gespräch mit Simons, in: Ebenda, fol. 224.
[160] Ebenda.
[161] Dazu im einzelnen Clay Papers, Bd. 2, S. 1093–1099.
[162] Message to the Military Governors from the Foreign Ministers of the US, UK and France, Washington, 8. 4. 1949, in: FRUS 1949/3, S. 185. Weiter wurde spezifiziert: "On the question of Article 36 ... they will also give sympathetic consideration to any formula which 1) eliminates from the federal

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

punkt der Veröffentlichung selbst zu bestimmen. Allerdings wünschten die Außenminister, daß ihr Entgegenkommen der deutschen Seite bekanntgemacht werde, "before opinion in the Parliamentary Council has crystallized, in order that the views given below may be reflected in the Basic Law"[163].

XI. Die zweite Botschaft der Außenminister und der „kleine Parteitag" der SPD

General Clay, der es nicht vermocht hatte, diese Entscheidung zu verhindern, setzte nun darauf, ihre Wirkung durch Verzögerung zu verringern[164]. Im amerikanischen Außenministerium hatte sich endgültig die Ansicht durchgesetzt, die die Briten seit langem vertraten und für die sie nachdrücklich geworben hatten, daß nämlich „die Akzeptanz in der Bevölkerung und die Funktionsfähigkeit der Regierungseinrichtungen Vorrang haben"[165] und daß die Unterstützung der SPD für den Weststaat wichtiger sei als einzelne Verfassungsklauseln. Clay hielt hingegen an seiner Meinung fest, die deutschen Parteien sollten den Verfassungskonflikt zunächst unter sich austragen. Andernfalls werde die SPD in ihrer mangelnden Konzessionsbereitschaft bestätigt und ihren Erfolg als Sieg auf der ganzen Linie feiern. Während der amerikanische Militärgouverneur sich zunehmend sperrte, die zweite Botschaft der Außenminister an die Vertreter des Parlamentarischen Rates weiterzuleiten, um ein mögliches Entgegenkommen der SPD abzuwarten, drängte sein britischer Kollege immer energischer darauf, dies endlich zu tun, damit der Abschluß der Verfassungsverhandlungen nicht noch länger hinausgezögert werde. Beide beriefen sich in ihrem Vorgehen auf den Auftrag der Außenminister. Während Clay jene Passage des Briefes betonte, die den Zeitpunkt der Veröffentlichung den Militärgouverneuren anheimstellte, verwies Robertson darauf, daß die Botschaft auf jeden Fall zu übermitteln sei, "before opinion in the Parliamentary Council has crystallized".

Auch am 14. April 1949, unmittelbar vor dem ersten Treffen der Militärgouverneure mit der deutschen Delegation seit dem Memorandum der Alliierten vom 3. März, gelang es Robertson nicht, seinen amerikanischen Kollegen dazu zu bewegen, den Brief der Außenminister zu übergeben. Clay vertrat erneut die Ansicht, man solle nicht zugunsten der SPD in den Meinungsstreit zwischen den Parteien intervenieren. Auch Koenig lehnte bedauernd ab und berief sich auf eine Instruktion aus Paris[166]. In der anschließenden Sitzung mit den Vertretern des Parlamentarischen Rates, in der zunächst erstaunlich ein-

---

powers those matters definitely excluded by the London agreement 2) assures to the Laender sufficient powers to enable them to be independent and vigorous governmental bodies 3) assures to the Federal Government sufficient powers in the important fields of government to enable them to deal effectively with those fields in which the interests of more than one Land are substantially involved."

[163] Ebenda.

[164] Dazu auch Wolfgang Krieger, General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949, Stuttgart 1987, S. 462–466.

[165] Ebenda, S. 462.

[166] Bericht von Robertson über das Treffen, in: PRO, FO 1030/87, fol. 191 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

vernehmlich über den alliierten Entwurf des Besatzungsstatuts gesprochen wurde, zeigte sich deutlich, daß es noch immer nicht möglich war, aus der Sackgasse herauszufinden, in die der Streit über die Finanzverfassung geführt hatte[167]. Immerhin wurde für den 25. April ein erneutes Treffen der drei Militärgouverneure mit den Vertretern des Hauptausschusses vereinbart, auf dem dann eine endgültige Entscheidung herbeizuführen sei.

Gleich im Anschluß an die Verhandlungen drängte General Robertson seine Kollegen erneut, den Deutschen die Botschaft der Außenminister unverzüglich mitzuteilen. Bei einem privaten Gespräch mit Clay sagte dieser die Übergabe des zweiten Briefes für den 25. April zu, "provided that they (the Germans) produce some kind of proposals". Robertson berichtete dem Foreign Office noch am selben Tage, Clay habe auch keine Einwände dagegen erhoben, daß er der SPD signalisierte, es gebe durchaus Spielraum für ein Entgegenkommen bei den Finanzklauseln, "and with his agreement I subsequently saw Schmid and Menzel of the SPD"[168]. Ob dies von Clay so gemeint war, darf durchaus bezweifelt werden[169]. Für Robertson aber reichte die „Rückendeckung" aus, um sich hinreichend ermutigt zu sehen und die beiden Sozialdemokraten umfassend zu informieren. "I gave them pretty clear hints as to the contents of the message from the Foreign Secretaries and urged them to work on them as their own proposals and not as coming from me". Carlo Schmid und Walter Menzel bedankten sich aufrichtig und deuteten an, daß ihnen dieser Hinweis eine große Hilfe sei. Der Brief selbst wurde ihnen offenbar nicht ausgehändigt[170].

Robertson war gewiß weit über das hinausgegangen, was Clay konzediert hatte. Er setzte auf das Entgegenkommen des gemäßigten Flügels der SPD, den er durch sein Vorgehen zu stärken gedachte. "I am sure that they will try for a compromise but will probably require a concession from the CDU in the direction of weakening the powers of the Bundesrat."[171] Ganz wohl war ihm dabei nicht, wußte er doch nur zu genau um die Schwierigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie: "Schumacher controls the party and is adopting a rigid and even fanatical view." Robertson befürchtete, daß bei dem „kleinen Parteitag" der SPD in Hannover, auf dem über die weitere Haltung der Partei in der Verfassungsfrage entschieden werden sollte, die Emotionen überwiegen und zufriedenstellende Lösungen unmöglich gemacht werden könnten. Er glaubte, Schumacher werde der Wind aus den Segeln genommen, wenn die Militärgouverneure sich endlich dazu durchringen würden, die Haltung der Außenminister bekanntzugeben[172].

Das Foreign Office teilte diese Einschätzung. Zudem stand der amerikanische Außenminister bei seinem britischen Kollegen im Wort, denn Acheson hatte Bevin bereits

[167] Verbatim Minutes of Meeting of Three Military Governors with Representative of the Parliamentary Council, 14. 4. 1949, in: Ebenda, fol. 170–189. Vgl. die gemeinsame Erklärung der deutschen Delegation, die auf Vorschlag Adenauers von Menzel vorgetragen wurde. Ebenda, fol. 184.

[168] So der Bericht Robertsons an das FO, in: Ebenda, fol. 191.

[169] In Clay Papers, Bd. 2, S. 1117 findet sich der Hinweis, daß Clay lediglich zugestimmt hatte, einen Kompromiß auf der Linie des Grants-in-aid-System vorzuschlagen.

[170] Vgl. Morsey, Die letzte Krise, S. 410 u. Anm. 67.

[171] Bericht Robertsons an das FO vom 14. 4. 1949, in: PRO, FO 1030/87, fol. 191.

[172] Ebenda, fol. 192.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

in Washington die Übergabe des zweiten Briefes innerhalb einer kurzen Frist von drei bis vier Tagen zugesagt[173]. Dieser Zeitraum war längst verstrichen. Aber Clay weigerte sich zu handeln. Als die britische Seite immer nachdrücklicher die Einlösung des Versprechens anmahnte, berief er sich darauf, daß der Zeitpunkt der Veröffentlichung ins Ermessen der Militärgouverneure gestellt sei. Wenn dies nicht mehr gelte, dann solle man die Instruktion ändern. Verärgert stellte er fest: "I am getting damn tired of British backdooring of this whole issue."[174]

Clay kämpfte, wie sich zeigen sollte, längst auf verlorenem Posten. Die Briten ließen ihrerseits nicht locker. In einem "Aide-Mémoire" an das State Department, das am 20. April überreicht wurde, beschwerte sich Außenminister Bevin nachdrücklich über die Verzögerungen. Er befürchte, so hieß es dort, "that the nondelivery of the message and the failure of the German political parties to reconcile their differences may seriously prejudice the whole future of a German Government in Western Germany". Die gesamten Pläne für Westeuropa stünden auf dem Spiel[175]. Bevin hielt es für essentiell, daß die Bereitschaft zum Einlenken in der Verfassungsfrage den Deutschen, unabhängig von den Ergebnissen des bevorstehenden „kleinen Parteitags" der SPD, auf jeden Fall spätestens bis zum 22. April mitgeteilt werde, "in order that it should have time to take effect before the meeting of the Military Governors with the Parliamentary Council on April 25th"[176]. Das State Department solle General Clay entsprechende Instruktionen erteilen. Dieses geschah nunmehr umgehend[177]. Obwohl Clay seinen Rücktritt in Aussicht gestellt hatte[178], wurde der zweite Brief der Außenminister am 22. April in Bonn durch die Verbindungsoffiziere übergeben. Clay war zutiefst verstimmt und drohte zunächst damit, dem Treffen mit den Vertretern des Parlamentarischen Rates fernzubleiben, bevor er sich eines Besseren besann. Aus seiner Sicht hatte die SPD mit britischer Hilfe den Sieg davon getragen[179].

Der Ablauf des „kleinen Parteitags", der am 20. April in Hannover stattfand, schien Clay Recht zu geben. Das Wissen um die Bereitschaft der Westalliierten, im Verfassungsstreit einzulenken, veranlaßte den Parteivorsitzenden der SPD keineswegs zur Mäßigung, wie Robertson dies erhofft hatte. Nach monatelanger Krankheit war Schumacher wieder aktiv geworden und setzte darauf, „ein doppeltes Exempel zu statuieren: gegenüber den Westmächten wie gegenüber der eigenen, entschieden kompromißbereiten Bonner Fraktion"[180]. Adenauer hatte in den vorausgegangenen Wochen versucht, eine Machtprobe mit den Alliierten zu vermeiden und dafür plädiert, deren „ausgestreckte Hand zu ergreifen". Er hatte wiederholt seine Konzessionsbereitschaft

[173] Clay Papers, Bd. 2, S. 1122 f.
[174] Ebenda, S. 1113.
[175] FRUS 1949/3, S. 244.
[176] Ebenda, S. 245. Bereits am 21. 4. folgte ein weiteres britisches Aide-Mémoire, das nunmehr die Instruktionen für General Clay zum 22. d. M. einforderte.
[177] Ebenda. S. 245, Anm. 4.
[178] 20. 4. 1949. Teleconference, in: Clay Papers, Bd. 2, S. 1118.
[179] Dazu auch Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse, S. 413 f.; Krieger, General Clay, S. 464 f.
[180] Morsey, Verfassungsschöpfung, S. 478.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

zu erkennen gegeben, um das Verfassungsprojekt nicht zu gefährden und der Bundesrepublik den Weg in die politische Selbständigkeit zu öffnen. Gewiß hatte er auch auf Vorteile für die eigene Fraktion gehofft. Anders als die Parteiführer der SPD war er aber nicht über den Inhalt des zweiten Briefes der Außenminister informiert worden. Aus der Sicht Adenauers sah dies zunächst wie ein Vabanque-Spiel der sozialdemokratischen Gegner aus, das diese aber tatsächlich ohne große Befürchtung inszenieren konnten. Mit einem klaren „Nein" widersetzte sich der erweiterte Vorstand der SPD den Forderungen des Memorandums der Alliierten. Dies war keine „nationale Großtat" gegen die „Erfüllungspolitik" der CDU/CSU, wie Schumacher sofort verkündete[181]. Aber die Veröffentlichung des zweiten Briefes der Außenminister nur zwei Tage nach der ablehnenden Entscheidung von Hannover mußte als Bestätigung des SPD-Kurses erscheinen und auf die Christdemokraten wie eine Ohrfeige wirken.

XII. Die deutsch-alliierte Einigung

Dennoch ist der Verhandlungsfaden zwischen den Parteien nicht abgerissen. Bei näherem Hinsehen zeigte sich nämlich, daß, der harten Sprache Schumachers zum Trotz, in der SPD-Resolution kompromißfähige Positionen erhalten geblieben waren[182]. Ein Scheitern der Verhandlungen über das Grundgesetz lag offensichtlich nicht im Interesse der Mehrheiten der beiden großen Fraktionen des Parlamentarischen Rates. Konrad Adenauer und Carlo Schmid trugen durch ihren Pragmatismus dazu bei, die Wogen zu glätten. Interfraktionelle Besprechungen der nächsten Tage führten zu einem „parteipolitischen Burgfrieden"[183]. Um einer neuen „Dolchstoßlegende" vorzubeugen und sich gegen den Vorwurf der „Erfüllungspolitik" zu schützen, bestätigten sich die Fraktionen (mit Ausnahme der Kommunisten) gegenseitig, daß ihre Entscheidungen „ausschließlich durch deutsche, von fremden Einflüssen unabhängige Erwägungen" getragen würden[184]. Schumachers nationale Kampfansage war damit zunächst vom Tisch.

So geeinigt konnte die deutsche Delegation am 25. April 1949 in Frankfurt zu den Verhandlungen mit den Militärgouverneuren erscheinen. Das Klima gestaltete sich günstig, zumal auch General Clay, trotz der voraufgegangenen Verstimmungen, eine

---

[181] Als Adenauer das Ergebnis von Hannover am 21. 4. 1949 im Nordwestdeutschen Rundfunk beklagte, warnte er davor, mit dem Vorwurf der „Erfüllungspolitik" das politische Klima zu vergiften, wie dies bereits einmal nach 1918 geschehen sei. Vgl. Morsey, Adenauer im Parlamentarischen Rat, S. 81.

[182] Dazu Morsey, Die letzte Krise, S. 398–402; vgl. auch Grabbe, Die deutsch-alliierte Kontroverse, S. 412f. Vgl. auch Riddleberger to Secretary of State, 21. 4. 1949, in: FRUS 1949/3, S. 246. Zu einer überaus positiven Einschätzung fand auch der britische Liaisonoffizier: "... most of the requirements of the memorandum of the Military Governors have been met, particularly when these requirements are read in conjunction with the message of the Foreign Ministers on the Basic Law". 22. 4. 1949, PRO, FO 1030/87, fol. 161.

[183] Die SPD verzichtete auf ihren verkürzten Verfassungsentwurf.

[184] Morsey, Die letzte Krise, S. 404.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

konstruktive Haltung einnahm[185]. Dieses wurde schon im Vorgespräch der alliierten Partner deutlich, als der amerikanische Militärgouverneur die erneuten Bedenken seines französischen Kollegen zu zerstreuen verstand[186]. Die drei Generäle einigten sich, ihre Kritik auf drei Bereiche zu konzentrieren: das Gesetzgebungsrecht des Bundes zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit, die Zustimmungspflicht des Bundesrates und die Methoden des Finanzausgleichs. Die Verhandlungen begannen in einer entspannten Atmosphäre. Nach Adenauers Einführungsworten blieb es Carlo Schmid vorbehalten, das Ergebnis der interfraktionellen Verhandlungen kurz zu umreißen. Er verwies auf den föderalistischen Charakter des Verhandlungsentwurfs. Dieser werde durch die Priorität der Länder bei der konkurrierenden Gesetzgebung betont, die überall dort bestehe, wo die Rechts- und Wirtschaftseinheit nicht gefährdet werde. Im neuen Entwurf seien auch die Steuerquellen von Bund und Ländern klar definiert und getrennt zugeordnet. Die Steuerverwaltung werde entsprechend eingerichtet. Schmid bewertete dies als eine Stärkung der Länder[187].

Clay war seinerseits bemüht, die noch erkennbaren Differenzen abzumildern. Auch die Militärgouverneure, so argumentierte er, gingen davon aus, daß dem Bund die Zuständigkeit zukomme, für die Rechts- und Wirtschaftseinheit des Staates zu sorgen. Allerdings bedürfe dies einer präziseren Definition, als sie im Entwurf gegeben werde. Nach mehreren Sitzungsunterbrechungen trug General Robertson entscheidend dazu bei, eine neue Formulierung zu finden, die von allen akzeptiert wurde[188], obwohl sie in der Sache wenig veränderte. In seinem Bericht an das Foreign Office kommentierte er das Ergebnis wie folgt: "... in essence it gives them (the Germans) all they can want and is especially calculated to reassure the SPD on socialization."[189]. Die SPD mußte nicht mehr um die Wirtschafts- und Rechtseinheit des künftigen Staates fürchten, da die „Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder" als Verfassungsziel erhalten blieb[190]. War diese Klausel ursprünglich zur Eindämmung der konkurrierenden Gesetzgebung gedacht, so sollte sie in der späteren Verfassungspraxis als Rechtfertigung für immer stärkere bundesgesetzliche Regelungen dienen[191].

---

185 Record of the Meeting of the Three Military Governors with the Parliamentary Council Delegation held on 25 April 1949, at 14.30 hours, in Main Conference Room, Hq Building, Frankfurt. 26. 4. 1949, in: PRO, FO 1030/87.

186 Bericht Robertsons vom 25. 4. 1949, in: Ebenda, fol. 136.

187 Record of the Meeting, in: Ebenda, fol. 120.

188 Bericht Robertsons vom 25. 4. 1949, in: Ebenda, fol. 137. Die Formulierung lautete: "because the maintenance of Legal or Economic unity demand it in order to promote the Economic interests of the Federation or to ensure reasonable equality of economic opportunity to all persons".

189 Ebenda, fol. 137.

190 Nach Art. 72 GG haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht. Abs. 2 spricht dem Bund das Gesetzgebungsrecht auch dort zu, wo „die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit, insbesondere die Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse über das Gebiet eines Landes hinaus sie erfordert".

191 Dazu Wolfgang Renzsch, Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzungen um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung (1948 bis 1990), Bonn 1991, S. 68, Anm. 66.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eigentlicher Kontroverspunkt blieb die mit der konkurrierenden Gesetzgebung eng verknüpfte Frage des Finanzausgleichs. Clay wollte an dem von ihm bereits früher ins Spiel gebrachten Zuschußsystem festhalten, das sich am amerikanischen Vorbild der "Grants-in-Aid" orientierte. Er hatte geglaubt, sich darauf verlassen zu können, daß auch General Koenig es ablehnen würde, für den Ausgleich die von den Ländern erhobenen Steuern und nicht die des Bundes heranzuziehen. Nun mußte er feststellen, daß dies der deutschen Seite, die auf ihrem Standpunkt beharrte, bereits in Gesprächen mit dem französischen Verbindungsoffizier zugestanden worden war[192]. Nach kurzer Beratung wählten die Militärgouverneure den Ausweg, beide Möglichkeiten zu gewähren und im Grundgesetz sowohl den Ausgleich zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Ländern als auch Ergänzungszuweisungen des Bundes zuzulassen[193]. "Owing to the difficulties of translation it was a little while before the Germans realized that they were getting what they wanted"[194], so kommentierte Robertson diese „salomonische Lösung", die vor allem Clay half, sein Gesicht zu wahren.

Doch ging es dabei nicht nur um persönliche Eitelkeiten. Im Kern ließ sich das von Clay favorisierte Föderalismus-Modell der USA, das auf der Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Einzelstaaten beruht, nicht mit dem Charakter des deutschen Föderalismus vereinbaren, der sich nicht am „dualen Staat", sondern an der „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" orientiert. Nicht die Trennung, sondern das „Regieren im Verbund", das Zusammenwirken von Bund und Ländern, ist das kennzeichnende Merkmal der deutschen Entwicklung. Zwar hat historisch gesehen das Reich (später auch der Bund) seine Gesetzgebungskompetenz stetig zu erweitern vermocht, der Vollzug blieb jedoch überwiegend Aufgabe einer territorial gegliederten Verwaltung auf der Ebene von Ländern und Kommunen[195]. Vor allem Amerikaner und Franzosen, in weniger starkem Maße die Briten, hatten große Schwierigkeiten, den deutschen Vorstellungen zu folgen. Sie witterten in ihnen die Tendenz zu einem unseligen Zentralismus, den sie nach den Erfahrungen mit dem Dritten Reich als historische Belastung einstuften und (so besonders die Franzosen) als künftiges Sicherheitsrisiko auszuschalten gedachten. „Die Interventionen der Alliierten haben dem Parlamentarischen Rat

[192] Bericht Robertsons vom 25.4.1949, in: PRO, FO 1030/87, fol. 137.

[193] Art. 106, Abs. 3 u. 4 GG (Fassung vom 23.5.1949):

3) Der Bund kann durch Bundesgesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, einen Teil der Einkommen- und Körperschaftsteuer zur Deckung seiner durch andere Einkünfte nicht gedeckten Ausgaben, insbesondere zur Deckung von Zuschüssen, welche Ländern zur Deckung von Ausgaben auf dem Gebiete des Schulwesens, des Gesundheitswesens und des Wohlfahrtswesens zu gewähren sind, in Anspruch nehmen.

4) Um die Leistungsfähigkeit auch der steuerschwachen Länder zu sichern und eine unterschiedliche Belastung der Länder mit Ausgaben auszugleichen, kann der Bund Zuschüsse gewähren und die Mittel hierfür bestimmten, den Ländern zufließenden Steuern entnehmen. Durch Bundesgesetz, welches der Zustimmung des Bundesrates bedarf, wird bestimmt, welche Steuern hierbei hergezogen werden und mit welchen Beträgen und nach welchem Schlüssel die Zuschüsse an die ausgleichsberechtigten Länder verteilt werden; die Zuschüsse sind den Ländern unmittelbar zu überweisen.

[194] Bericht Robertsons vom 25.4.1949, in: PRO, FO 1030/87, fol. 137.

[195] Dazu Renzsch, Finanzverfassung, S. 73.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im Bereich der Finanzverfassung zwar Umorientierungen abverlangt, die wesentliche Intention des Verfassunggebers aber, nämlich durch Bundesgesetzgebung für die Herstellung vergleichbarer Lebensbedingungen in allen Teilen des Bundesgebietes zu sorgen, nicht gänzlich vereitelt."[196] Diese Bewertung, die Wolfgang Renzsch in seiner Arbeit über „Finanzverfassung und Finanzausgleich" vornimmt, wird vom Ergebnis her durch die Untersuchung des britischen Einflusses bestätigt. Allerdings darf bezweifelt werden, ob das föderale System ausschließlich an seiner Fähigkeit zu „Effizienz und Einheitlichkeit" gemessen werden sollte, oder ob nicht die Berücksichtigung territorialer Vielfalt und die dem Föderalismus immanente Gewaltenkontrolle eine Eigenwertigkeit besitzen.

Mit der Einigung über die Klauseln zur Finanzverfassung war der eigentliche Stein des Anstoßes, der die deutsch-alliierten Verhandlungen blockiert hatte, beiseite geräumt. Noch während der Gespräche in Frankfurt gelang es den Vertretern des Parlamentarischen Rates, in einer Konferenzpause ihre letzten Differenzen beizulegen, die vor allem den Bereich der Grundrechte und vitale Interessen der katholischen Kirche betrafen[197]. Damit war der Weg frei für die abschließende Behandlung des Grundgesetzes, die nunmehr, ebenso wie die Verabschiedung eines Wahlgesetzes, bis zum 14. Mai in Aussicht gestellt wurde. Die ersten Bundestagswahlen, so kalkulierte man, könnten dann Mitte Juni abgehalten werden[198].

Die britische Militärregierung konnte mit dem Ausgang des Verfassungsstreits zufrieden sein. Der Parteienkompromiß hatte in seinem Kern die alliierten Interventionen überlebt. Nun durfte mit der Zustimmung einer breiten Mehrheit der Parteien zum Grundgesetz gerechnet werden, sofern es gelang, die letzten Stadien der Verabschiedung von Verunsicherungen frei zu halten. Noch immer gab es einige Probleme, die das Verbindungsbüro mit Sorge verfolgte[199]. Aus den Reihen der CDU/CSU wurden Stimmen laut, die Konzessionen in kultur- und kirchenpolitischen Fragen anstrebten. Die bayerischen Vertreter beklagten sich bitter darüber, daß zu weitgehende Zugeständnisse auf Kosten der Stellung des Bundesrates gemacht worden seien. SPD und FDP aber lehnten Nachbesserungen jeder Art entschieden ab. Schließlich gelang es Adenauer, auch gegen den Protest von CSU- und Kirchenvertretern an der Vereinbarung festzuhalten.

Nachdem der Parlamentarische Rat am 8. Mai 1949 das Grundgesetz mit großer Mehrheit (53 : 12 Stimmen) verabschiedet hatte, drängte die britische Seite auf eine schnelle Zustimmung der Militärgouverneure, zumal General Koenig erneut auf Zeitgewinn spielte und bereits angedeutet hatte, gewisse Vorbehalte geltend zu machen.

---

[196] Ebenda, S. 74. Renzsch weist auch auf die erstaunliche Tatsache hin, daß gemäß Art. 107 (Fassung v. 23. 5. 1949) die Art. 106 (Finanzausgleich) und Art. 105 (vertikale Aufteilung der Steuergesetzgebung), die „den Kern der bundesstaatlichen Finanzverwaltung" ausmachten, durch einfaches Bundesgesetz (bis zu einer bestimmten Frist) geändert werden konnten. Ebenda, S. 69.

[197] Straffere Fassung der Grundrechte, Nichterwähnung der Berufsschulen im späteren Art. 7, Beamtenrechtsvorschriften (Art. 33), Konkordatsfrage (Art. 123, Abs. 2). Vgl. Morsey, Die letzte Krise, S. 405.

[198] Bericht Robertsons vom 25. 4. 1949, in: PRO, FO 1030/87, fol. 136.

[199] Weekly Report vom 30. 4. 1949, in: Ebenda, fol. 87f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diesmal schaltete sich sogleich das Foreign Office ein, da es fürchtete, um die Früchte der Washingtoner Übereinkunft gebracht zu werden. Am 9. Mai wurde der britische Botschafter in Paris angewiesen, "to urge M. Schuman to instruct General Koenig to meet his two colleagues at the earliest possible moment and to agree with them to give approval to the German constitution. There is really not a moment to be lost if we are to retain the solid advantages which these long and painful negotiations have won for us."[200] Einen Tag später lag bereits die Vollzugsmeldung aus Paris vor. Schuman habe sich bereit erklärt, nach der bevorstehenden Kabinettssitzung vom 11. Mai den französischen Militärgouverneur entsprechend zu instruieren. Er habe die britischen Argumente gegen jegliche Verzögerung akzeptiert und die Hoffnung geäußert, daß keine weiteren Änderungen nötig würden. Er könne sich allerdings in dieser Frage nicht festlegen, bevor er nicht die Verfassung in der nunmehr angenommenen Form geprüft habe. "In general he asked me to assure you", so heißt es in dem Schreiben des Botschafters an das Foreign Office", that he would do his best to contribute to a smooth and rapid passage for the constitution, but the matter was one of deep importance for France and the necessary decisions had to be taken after full consideration."[201].

XIII. Die britische Beurteilung des Grundgesetzes

Auch die britische Seite identifizierte sich nicht vorbehaltlos mit den im Grundgesetz gefundenen Lösungen, obwohl sie energisch dazu beigetragen hatte, daß den deutschen Wünschen Rechnung getragen wurde. Dies wird in den Analysen deutlich, die sowohl das Verbindungsbüro als auch das Foreign Office zum abschließenden Text anfertigten[202]. Das Grundgesetz habe vieles mit früheren deutschen Verfassungen gemeinsam, stellte Chaput de Saintonge fest[203]. Wie diese, so sei es ein Produkt von Kompromissen zwischen den Parteien. Allerdings hätten diesmal die allgemeinen Vorgaben der Alliierten mit berücksichtigt werden müssen. "That these principles were in some instances in line with German ideas was fortunate." Wo die alliierten und die deutschen Ansichten sich widersprochen hätten, sei eine Modifizierung der alliierten Vorgaben essentiell für eine Einigung gewesen.

Das Grundgesetz sei in vielerlei Hinsicht besser als die Weimarer Verfassung. Es sei straffer organisiert und praktikabler. Allerdings habe man auch dort vorwiegend auf die deutsche Tradition zurückgreifen müssen, wo der Parlamentarische Rat gezwungen gewesen sei, "to use foreign timber and to embody foreign ideas of construction"[204]. Das Konzept „Bundesrecht geht vor Landesrecht" sei seit dem Jahre 1849

[200] Ebenda, fol. 66.
[201] Ebenda, fol. 7.
[202] Comparison between the Bonn Constitution and the Weimar Constitution, 12. 5. 1949, in: Ebenda, FO 371/76592.
[203] Bericht vom 10. 5. 1949, in: Ebenda, FO 371/76660, S. 1.
[204] Ebenda, S. 2.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Erkennungsmarke deutscher Verfassungen geworden, "but it embodies a conception completely alien to a real federal system where the legislation of each unit is supreme in its own sphere of competence". Auch die Verwaltung der Bundesgesetze durch die Länder gehe bis auf den Deutschen Bund zurück. Dies sei im Grunde mit einer Föderation unvereinbar, deren Wesensmerkmal in der Unabhängigkeit der Teile voneinander bestehe. Das Ergebnis dieser beiden traditionellen Konzepte für das deutsche politische Leben bestehe darin, daß es einen wirklichen Föderalismus unmöglich mache. "The Laender and the Federation are too interdependent and the domination of the Federation is too inevitable." Um die Länder davor zu bewahren, als bloße Agenten des Zentralstaats und nicht als Partner einer gemeinsamen Aufgabe in Erscheinung zu treten, habe man in Bonn ein System erfunden, das es den Ländern ermögliche, gemeinsam an den Aufgaben des Bundes zu partizipieren und gleichzeitig ihre eigenen Interessen zu verteidigen. Daher sei ein Bundesrat geschaffen worden, der nicht nur die Länder im Regierungssystem vertrete, sondern diesen zugleich eine hinreichende Kontrolle über die Bundesgesetzgebung und über die Verwaltung gebe und sie so instandsetze, eine zu starke Zentralisation der Macht auf Kosten der Länder zu verhindern. Allerdings sei die nach dem Verfassungsstreit gefundene Lösung weniger dezentral ausgefallen, da die Einführung von Bundeszuschüssen letztlich wieder zu einer Stärkung des Bundes in Finanzfragen geführt habe.

Dennoch war das Grundgesetz nach britischer Auffassung föderalistischer als die Weimarer Verfassung. Als besonderer Vorteil wurde auch die Veränderung der Position des Bundespräsidenten gegenüber der des Reichspräsidenten gesehen. Das konstuktive Mißtrauensvotum wurde als ein neues Mittel zur Stabilisierung des Parlamentarismus gewürdigt. In gewissem Sinne könne es als Ersatz für ein Zweiparteiensystem gelten. Abschließend wurde bilanziert, daß im Grundgesetz "to a very considerable extent" die alliierten Vorgaben berücksichtigt worden seien. Es bestehe kein Grund, warum die Militärgouverneure nicht ihre Zustimmung geben sollten.

Am 12. Mai 1949 erfolgte mit der gleichzeitigen Übergabe des Besatzungsstatuts die Zustimmung der Militärgouverneure zum Grundgesetz, das sie als ein gelungenes Verfassungswerk würdigten: "It happily combines German democratic tradition with the concepts of representative Government and a rule of law which the world has come to recognize as requisite to the life of a free people."[205] Ihre Vorbehalte, die sich auf Berlin und Gesamtdeutschland, auf die Neuorganisation der Länder und die Notstandsgesetzgebung bezogen, sind hinreichend bekannt. Fast vergessen erscheint hingegen jener Hinweis der Militärgouverneure, der sich auf den Art. 72 Abs. 2 (3) GG (Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit) bezog. Sie seien nur bereit, so hieß es dort, den entsprechenden Text des GG im Sinne jener Formulierung zu interpretieren, die General Robertson bei den Gesprächen vom 25. April vorgeschlagen hatte[206].

Noch einmal flammte damit die Erinnerung an den deutsch-alliierten Verfassungsstreit auf, den der britische Verbindungsoffizier, Chaput de Saintonge, auch nachträg-

[205] Telegramm vom 13. 5. 1949 an das Foreign Office, in: Ebenda, FO 1030/87, fol. 3.
[206] Vgl. Anm. 188.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich als überflüssig, gefährlich und in seiner Wirkung schließlich kontraproduktiv einstufte. Nach seiner Meinung wäre es das Vernünftigste gewesen, von vornherein dem Kurs des britischen Militärgouverneurs zu folgen. "That this was not done was due almost entirely to General Clay who acted on purely theoretical grounds, as well as on a narrow and formal interpretation of the provisions of the London Agreement."[207] Die politische Krise sei durch die alliierten Interventionen heraufbeschworen und verschärft worden. Sie hätten im Ergebnis zu einer weniger föderalistischen Lösung geführt. "In the end, therefore, the victory of the centralists can be attributed directly to General Clay's inflexibility."[208]

Schlußbemerkungen

Gewiß hat die Haltung Clays dazu beigetragen, daß sich der Verfassungskonflikt zuspitzte. Unübersehbar aber sind auch die generell unterschiedlichen Voraussetzungen, von denen sich die westalliierten Partner bei ihrer Beurteilung der Arbeit des Parlamentarischen Rates leiten ließen. Während Franzosen und Amerikaner mit spezifischen Vorschlägen zum Charakter des föderalistischen Systems in Deutschland aufwarteten, hielt die britische Seite stets daran fest, daß von Einzelforderungen abzusehen und nur eine Gesamtwürdigung anzustreben sei. Sie zögerte daher, dem Weg der Partner zu folgen und sich verstärkt in die Verhandlungen einzumischen. General Robertson lag einerseits daran, die einheitliche Front der Besatzungsmächte nicht aufzubrechen. Andererseits hielt er es aber für dringend geboten, alles zu tun, damit das Grundgesetz von einer breiten Mehrheit der deutschen Parteien getragen würde. Deshalb nahm die britische Militärregierung mit zunehmender Sorge zur Kenntnis, wie der ohnehin schwierige Kompromiß zwischen den beiden großen Fraktionen, CDU/CSU und SPD, durch die alliierten Interventionen in eine Zerreißprobe geriet, die schließlich das gesamte Verfassungsprojekt bedrohte. Zwar räumte die britische Militärregierung ein, daß einzelne Bestimmungen zur Finanzverfassung von den alliierten Vorgaben abwichen. Sie plädierte aber dafür, dies in Kauf zu nehmen.

Eine latente Sympathie für die SPD ist in den Quellen durchaus erkennbar. Die schroffe Position Schumachers und der Parteileitung in Hannover wurde allerdings mit großer Skepsis betrachtet. Andererseits bestanden gute Kontakte zu der als gemäßigt eingestuften SPD-Fraktion im Parlamentarischen Rat. Pläne der Sozialdemokratischen Partei zu einer späteren Verstaatlichung der Großindustrie, die auf die eindeutige Ablehnung des amerikanischen Militärgouverneurs stießen, fanden durchaus das Wohlwollen der britischen Labour-Regierung. Auch aus diesem Grunde achtete sie darauf, daß eine demokratisch legitimierte, effiziente Regierungsform in Deutschland entstand, die der Zentralgewalt hinreichende Gesetzgebungsbefugnisse beließ, um

[207] Bericht vom 6.5.1949, in: PRO, FO 371/76659, fol. 97.
[208] Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

durchgreifende Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich vorzunehmen, sofern dies die Zustimmung der Wählerschaft finden sollte. Dennoch kann schwerlich von einer einseitigen Bevorzugung der SPD gesprochen werden. Vielmehr wollte die britische Seite verhindern, daß die Sozialdemokratische Partei sich einer konstruktiven Mitarbeit an der Verfassung versagte.

Um den Parteienkompromiß des Parlamentarischen Rates zu retten, unternahm die britische Regierung eine Reihe von Stützungsaktionen. Sie versuchte, die auf Verzögerung angelegte französische Verfassungspolitik zu korrigieren. Als selbst der amerikanische Militärgouverneur dazu überging, auf Änderungsvorschlägen in ultimativer Form zu bestehen, wählte die britische Regierung den Weg direkter Verhandlungen auf Regierungsebene, die sie sorgfältig diplomatisch vorbereitete. Außenminister Bevin gelang es auf der Washingtoner Konferenz, den Meinungswandel der amerikanischen Administration zur Verfassungspolitik in Deutschland zu beschleunigen und seine alliierten Kollegen auf einen Kurs des Entgegenkommens zu verpflichten.

Dieser Wechsel wurde von der amerikanischen Militärregierung in Deutschland nicht sogleich mitvollzogen. Um die erkennbare Verzögerungstaktik seines amerikanischen Kollegen zu unterlaufen, entschloß sich General Robertson zu einem Alleingang. Er setzte die SPD-Vertreter des Parlamentarischen Rates über den Inhalt des zweiten Briefes der Außenminister ins Bild. Die Untersuchung belegt, daß dies kein direkter Verstoß gegen die alliierten Abmachungen war. Erkennbar wird auch, daß Robertson glaubte, mit seiner Information die gemäßigten Kräfte der SPD rechtzeitig vor dem „kleinen Parteitag" in Hannover zu stärken. Er hat nachweislich auf eine offizielle Übergabe der Botschaft der Außenminister vor diesem Termin gedrängt. Der unglückliche Zeitablauf führte aber dazu, daß sie erst zwei Tage nach dem SPD-Treffen erfolgte. Diese Tatsache mußte auf die konzessionsbereite CDU/CSU, besonders auf Konrad Adenauer, wie eine offene Brüskierung wirken. Dank der pragmatischen Einstellung der Verantwortlichen wurde dennoch eine schnelle Einigung der Parteien möglich, die auch die Zustimmung der Besatzungsmächte fand. Die britische Auffassung über die Rolle der Alliierten bei den Verhandlungen zum Grundgesetz hatte sich schließlich durchgesetzt. Die Verfassung blieb damit frei vom Diktat und konnte als selbständiges Werk der Deutschen gelten.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

HANS MOMMSEN

DER KREISAUER KREIS UND DIE KÜNFTIGE NEUORDNUNG DEUTSCHLANDS UND EUROPAS

Von den Neuordnungsplänen des Kreisauer Kreises geht bis heute eine eigentümliche Faszination aus. Größerer historischer Abstand läßt hinter ihren zeitgebundenen Elementen aktuelle Bezüge hervortreten, die es lohnend erscheinen lassen, sie in ihrem Zusammenhang darzustellen. Das Kreisauer Programm, so weit es aus den überlieferten Dokumenten und Denkschriften erschlossen werden kann – Helmuth James von Moltke war stets um deren sorgfältige Verwahrung bemüht –, stellt einen umfassenden Zukunftsentwurf dar, dessen Kühnheit und innere Stringenz von politischen Reformkonzepten des deutschen Widerstands gegen Hitler nicht übertroffen worden ist[1].

Das Kreisauer Programm entstand als ein umfassendes Gegenkonzept zum totalen Machtanspruch des Dritten Reiches und zielte auf dessen welthistorische Überwindung. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem erschien den Kreisauern nicht als das Resultat einer einmaligen historischen Konstellation, sondern als das notwendige Ergebnis einer im Spätmittelalter einsetzenden und in der deutschen Reformation sichtbar werdenden Fehlentwicklung des abendländischen Europa, die durch den Zerfall des christlichen Universalismus, des Verlustes der personalen Bindung des Individuums und die Auflösung der „natürlichen Ordnungen" gekennzeichnet war.

Die geschichtsphilosophische Perspektive Kreisaus ist aufs engste mit den Ideengängen Helmuth James Graf von Moltkes und Peter Yorck von Wartenburgs verknüpft, die sie seit 1939 einem zunächst sehr kleinen Freundeskreis vortrugen, aus dem seit 1940 der Widerstandskreis hervorging, den die Gestapo später nach dem Gut Kreisau nannte. Ansätze dazu reichen in das Jahr 1930 zurück (leider läßt die Teilveröffentlichung des Briefwechsels Moltkes keinen Rückschluß zu), doch gewann das Vordenken der künftigen fundamentalen Wende erst seit dem Spätherbst 1938 festere Gestalt[2].

In einem Brief aus London, wo er sich auf sein juristisches Schlußexamen vorberei-

[1] Zur Geschichte des Kreises vgl. die grundlegende Studie Ger van Roons, Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, München 1967 sowie ders. (Hrsg.), Helmuth James Graf von Moltke. Völkerrecht im Dienste des Menschen, Berlin 1986; Wilhelm Ernst Winterhager, Der Kreisauer Kreis. Porträt einer Widerstandsgruppe. Begleitband zu einer Ausstellung der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Mainz 1985 sowie mein Aufsatz, Kreisauer Vorstellungen als Antwort auf die Herausforderung des Nationalsozialismus, in: Dietmar Petzina/Jürgen Reulecke (Hrsg.), Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft seit der Industrialisierung, Dortmund 1990, S. 389–397.

[2] Vgl. van Roon, ebenda, S. 210f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tet, ist im Oktober 1938 „vom letzten Aufflackern des Alten" und der Befürchtung die Rede, Großbritannien könne faschistisch und „das Neue" erstickt werden[3]. Im November kehrte Moltke „in tiefster Besorgnis über Europas Zukunft" nach Deutschland zurück und befaßte sich – einem Brief an Lionel Curtis zufolge – mit der Frage, wie es gelingen könne, den Westen vor dem Durchbruch „cäsaristischer Regime" zu schützen. Er sah sich vor die Alternative gestellt, entweder nach Kreisau zurückzukehren und dort sein Land zu bestellen „mit allen Annehmlichkeiten und Nachteilen des Landlebens und mit der absoluten Gewißheit, daß ich niemals im Leben etwas Nützliches tun kann", oder zusammen mit seinen britischen Gesinnungsgenossen das in seinen Kräften Stehende zu tun, um das „europäische Glaubensbekenntnis gegen das cäsaristische zu verteidigen und vielleicht neu zu formulieren".

Es sei seine „Pflicht und Schuldigkeit", schrieb Moltke Anfang Februar an Lionel Curtis, „den Versuch zu unternehmen, auf der richtigen Seite zu sein, was immer es für Unannehmlichkeiten, Schwierigkeiten und Opfer mit sich bringen mag."[4] Diese Überlegungen bildeten den Ursprung des Kreisauer Programms (gerade weil Moltke den Entschluß faßte, nicht nach England zu gehen). Die ersten Neuordnungspläne, die sich vor allem in der im Sommer 1939 abgefaßten Denkschrift „Die kleinen Gemeinschaften" niederschlugen, gehören in diese Phase[5].

Den Vorwurf, sich als „liberaler Landedelmann" in die bloße Beschaulichkeit Kreisaus zurückzuziehen, wehrte Moltke mit großer Entschiedenheit ab: „Es ist unsere Pflicht, das Widerliche zu erkennen, es zu analysieren und es in einer höheren, synthetischen Schau zu überwinden und damit für uns nutzbar zu machen."[6] Gleichzeitig kreisten seine Gedanken um die Frage, ob ihm vergönnt sei, die Phase „zwischen geistiger Überwindung und tatsächlichem Umschwung" noch zu durchleben, und er tröstete sich mit dem Hinweis darauf, daß die Spanne zwischen der Ankündigung der Großen Französischen Revolution durch Voltaire und deren Eintreten in der Rückschau nur kurz bemessen gewesen sei[7].

Gerade auf dem Höhepunkt der deutschen Erfolge über Frankreich, die er gegenüber Yorck als „Triumph des Bösen" bezeichnete[8], was dieser im Hinblick auf die inneren Wirkungen in Frankreich nicht ganz gelten lassen wollte – er sprach vom „pathetischen Abschluß einer Epoche" und von Anzeichen des aufkeimenden Neuen –, äußerte Moltke, daß der Krieg durch eine abräumende Kraft eine „wirklich große Chance" biete, „zu einer Zeit wirklicher Stabilität vorzustoßen". Zum Jahresende schrieb er

[3] Brief vom 1.10. 1938, zit. nach: Freya von Moltke/Michael Balfour/Julian Frisby, Helmuth James von Moltke 1907–1945. Anwalt der Zukunft, Stuttgart 1975, S. 86 f., sowie Brief an die Großmutter vom 5.10. 1938, in: Ebenda, S. 87.

[4] Brief an Lionel Curtis vom 15.2. 1939, in: Ebenda, S. 91.

[5] Van Roon, Völkerrecht, S. 154–158.

[6] Brief an Freya von Moltke vom 1.6. 1940, in: Helmuth James von Moltke, Briefe an Freya 1939–1945, hrsg. von Beate Ruhm von Oppen, München 1988, S. 142.

[7] Brief an Einsiedel vom 16.6. 1940, in: Moltke/Balfour/Frisby, Anwalt der Zukunft, S. 127.

[8] Moltke an Yorck vom 17.6. und Yorck an Moltke vom 7.7. 1940, in: Van Roon, Neuordnung, S. 479 und 481.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von der „Aufgabe, das Chaos bei uns zu meistern". Wenn das gelinge, stehe eine „Periode des sicheren Friedens" bevor, denn „hier ist ein Krieg, der die brennenden Fragen wirklich entscheidet, dem nicht ein neuer Krieg über die gleichen Fragen folgt"[9]. In diesen Äußerungen schlug Moltkes ausgeprägte optimistische Grundhaltung durch, und zugleich formte sich die Vision, daß das Ende des Krieges mit der Chance eines wirklichen Neuanfangs verbunden sein werde.

In die Monate nach dem deutschen Triumph über Frankreich fiel der Entschluß, für eine bevorstehende Zukunft systematisch zu planen. Daß das NS-Regime dem äußeren Siege entgegentrieb, beirrte Moltke nicht. Aus seiner Sicht vollendete sich in der mit steigenden militärischen Erfolgen vollzogenen Überdehnung der Ressourcen des Regimes nur der Lauf der Dinge. Das Dritte Reich stand aus seiner Sicht am Endpunkt einer universalen Entwicklung, die mit der Entstehung des säkularisierten absolutistischen Anstaltsstaats irreversibel geworden war. In der Herrschaft des nationalistischen Denkens, der Entfaltung eines egalitär „entarteten" Liberalismus[10] und einer materialistisch geprägten kapitalistischen Massengesellschaft habe diese sich fortgesetzt, um im Massenwahn des Dritten Reichs zu kulminieren[11].

Moltke war davon überzeugt, daß diese Epoche des Verlustes der „natürlichen" gesellschaftlichen Ordnungen und der Ausdruckskraft der religiös-kulturellen Symbole, der doppelzüngigen politischen Rede und der eskalierenden sozialen Gegensätze dem Untergang entgegentrieb[12]. Aus dieser Sicht der Dinge heraus galt es, das Alte sich ausbrennen zu lassen und sich bereit zu halten, um den nach der definitiven „Zerstörung des Staatsidols"[13] – und damit war nicht nur das NS-Regime, sondern der säkularisierte Staat als solcher gemeint – entstehenden „Hohlraum" auszufüllen[14].

Der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis stand für Moltke fest. Wenn die Einsicht in die Notwendigkeit der Dinge richtig war, indizierte dies zugleich, daß der geschichtliche Prozeß zu sich selbst kam. In seiner Denkschrift über „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben", die im Frühjahr 1941 bereits aus Beratungen im engeren Freundeskreis hervorging, heißt es, daß „das Kriegsende eine Chance zur günstigen Neugestaltung der Welt bietet, wie die Menschheit sie seit dem Zerfall der mittelalterlichen Kirche noch nicht gehabt hat"[15]. Er konzipierte diese Wende von vornherein im europäischen Zusammenhang.

---

[9] Brief an Freya vom 10. 10. 1940, in: Ebenda, S. 207.

[10] Vgl. Brief an Freya vom 25. 8. 1940, in: Ebenda, S. 198: „der Liberalismus entarteter Form". Gleichzeitig bezeichnete sich Moltke als „liberalen Landmann".

[11] Ganz ähnlich dachte Adam von Trott zu Solz; vgl. Hans Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstandes, in: Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgew. Aufsätze, hrsg. von Lutz Niethammer/Bernd Weisbrod, Reinbek 1991, S. 255 f.

[12] Vgl. Yorck an Moltke vom 7. 7. 1940, in: Van Roon, Neuordnung, S. 482: er hoffe, daß „wir zur Zeit den pathetischen Abschluß einer Epoche erleben".

[13] Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, in: Van Roon, ebenda, S. 507 f., 511.

[14] „Ausfüllung des Hohlraums", in: Ebenda.

[15] Ebenda. Vergleichbare Vorstellungen finden sich bei Delp, der einen Zerfall der „bürgerliche[n] Welt in all ihren Abarten" (Gesammelte Schriften, hrsg. von Roman Bleistein, Band 3, Frankfurt a. M.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Diese Vision, die Moltke von dem Tag X eines fundamentalen Neubeginns und von einer „neuen Zeitrechnung" sprechen ließ[16], ist, was das zeitgenössische Denken angeht, weniger isoliert, als es deren eigenständige Formulierung vermuten läßt. Die Vorstellung, in einem Endzeitalter zu stehen oder doch einem fundamentalen Epochenbruch entgegenzugehen, findet sich im neokonservativen Denken der 20er Jahre allenthalben[17]. Das gilt auch für die apokalyptische Färbung, die bei Moltke anklingt, wenn von „schrecklichen Gefahren, durch die alles zerstört werden kann", die Rede war[18]. Der Hauptstrom neokonservativer Ideen proklamierte eine Revolution gegen die Ideen von 1789, gegen Aufklärung und Liberalismus, wandte sich aber gleichzeitig vom 19. Jahrhundert als Inkarnation des bürgerlichen Materialismus ab und hatte daher ganz wie Moltke eine säkulare Wende vor Augen, die das mit der Aufklärung einsetzende individualistische Zeitalter beendete[19].

Analog dazu, aber mit unterschiedlicher historischer Perspektive, gingen die Verfechter des Reichsgedankens von der Vorstellung aus, daß die abendländische Fehlentwicklung mit der Reformation und dem Verlust des christlichen Universalismus eingesetzt habe. Das galt insbesondere für den Wiener Sozialphilosophen Othmar Spann und fand weite Resonanz im katholischen Lager[20]. Vermittelt durch die Schriften Edgar Julius Jungs, wurde diese Perspektive auch von protestantischen Autoren vertreten[21]. Die Vorstellung von der Notwendigkeit eines grundlegenden Neuanfangs der abendländischen Gesellschaft war weit verbreitet. Hannah Arendt griff sie mit der Philosophie des „Neuanfangs" nach 1945 auf[22].

Direkte Einflüsse auf Moltke und Yorck sind nicht nachzuweisen, obwohl Ideengänge dieser Art im Boberhaus-Kreis geläufig waren, wenngleich er sich wohl wesentlich weniger mit dem Arbeitslagergedanken identifiziert hat[23]. Es ist zu vermuten, daß die Ideengänge Eugen Rosenstock-Huessys, der im weitesten Sinne der Konservativen

---

1983, S. 432), einen „Verlust der Mitte" konstatierte und als Endergebnis eines vier Jahrhunderte währenden Prozesses begriff (vgl. Ernst Keßler, in: Roman Bleistein, Alfred Delp. Geschichte eines Zeugen, Frankfurt a. M. 1989, S. 468).

16 Ebenda, S. 515: die „Aufstellung von Grundsätzen für die neue Zeitrechnung" sei „das Wichtigste".

17 Vgl. Klaus Vondung, Die Apokalypse in Deutschland, München 1988, S. 189 ff.; Bernhard Jentschke, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung, München 1971, S. 52.

18 Brief an Freya vom 10. 10. 1940, in: Von Moltke, Briefe an Freya, S. 107.

19 Vgl. Klaus Fritzsche, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1976, S. 42 f.

20 Vgl. Klaus Breuning, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934), München 1969, S. 17 ff. und 318 ff.

21 Vgl. Jentschke, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie, S. 148 ff.; Hans-Jürgen Schwierskott, Artur Moeller van den Bruck und der revolutionäre Nationalismus in der Weimarer Republik, Göttingen 1962, S. 92 ff.

22 Vgl. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955, S. 698 f.

23 Dies betonte Rosenstock-Huessy in einem Schreiben an van Roon vom 23. 2. 1963: „In Moltkes Bewußtsein hat kein Zusammenhang zwischen Arbeitslager und Kreisauer Kreis bestanden." Vgl. Materialsammlung van Roon, in: IfZ-Archiv, ZS/A-18, Bd. 6.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Revolution zuzurechnen ist, nur indirekt eingewirkt haben[24]. Die Anregungen, die Moltke im Schwarzwald-Kreis in Wien empfing, waren eher sozialistisch gefärbt[25]. Es spricht vielmehr alles dafür, daß Moltke seine Denkschriften aus eigenem Antrieb, häufig dialogisch im Gedankenaustausch mit Yorck, Einsiedel und anderen Briefpartnern entwickelte und keine unmittelbaren literarischen Vorbilder zu Rate zog.

Das früh formulierte Konzept der „kleinen Gemeinschaften", das den gedanklichen Kern der Neuordnungspläne ausmachte und völlig originäre Züge trägt, steht gleichwohl ideengeschichtlich nicht isoliert dar. Die dort vorgetragenen Ideen besitzen eine gewisse Entsprechung zu Othmar Spanns Theorie des „organischen Staats", die ebenfalls den gesellschaftlichen Organismus auf die kleinen Einheiten der Familie, des Berufszusammenhangs und der lokalen Bindungen gründete[26]. Eine nur äußerliche Übereinstimmung bestand auch zum Nachbarschaftsgedanken Artur Mahrauns, dessen „Jungdeutsches Manifest" der schlesischen Arbeitslagerbewegung nicht unbekannt sein konnte[27]. Moltke – und ihm folgend die engeren Gesinnungsgenossen des Kreisauer Kreises – haben diese zeitgenössisch diskutierten Ideengänge teilweise aufgegriffen und fortgebildet, ohne daß eine direkte intellektuelle Patenschaft nachweisbar ist.

Für Moltkes und Yorcks Selbstverständnis war das Programm, das sie konsequent weiterzuentwickeln suchten, stets ein „revolutionäres", und es darf nicht übersehen werden, daß sie größte Anstrengungen darauf verwandten, es nicht zu verwässern und nicht durch Formelkompromisse aufzuweichen. Moltke führte daher einen beständigen Kampf, neugewonnene Partner zu innerer Übereinstimmung zu bewegen oder – wie zeitweise Mierendorff – vor einem Abfall zu bewahren[28]. Im November 1943 sprach er von der „grundsätzlichen Gefahrenzone, in der manche hoffen, das Boot schwimmfähiger zu machen, indem sie Grundsätze opfern, dabei aber vergessen, daß sie dadurch dem Boot die Steuerbarkeit nehmen"[29]. Er setzte dem eine intransigente Haltung entgegen.

---

[24] So scheint Moltkes Interesse an revolutionären Zeitrechnungen von Rosenstock-Huessy beeinflußt gewesen zu sein (vgl. ders., Die europäischen Revolutionen und der Charakter der Nationen, Stuttgart [3]1951, S. 20f.), und durchweg ist die Rede von „dem Anfang der neuen Zeit" (S. 490, 553 und passim).

[25] Vgl. Moltke/Balfour/Frisby, Anwalt der Zukunft, S. 33 f.

[26] Vgl. Othmar Spann, Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Jena [3]1931, S. 154 f., spricht zwar vom „Gesetz der inneren Gleichartigkeit der Gemeinschaften", doch bringt er dies sogleich mit der Notwendigkeit ihrer „herrschaftsmäßigen" Schichtung in Verbindung. Bei Moltke steht dagegen ein identitätsphilosophischer Ansatz im Vordergrund.

[27] Vgl. Artur Mahraun, Das Jungdeutsche Manifest, Berlin 1927, S. 97 ff. Allerdings unterscheidet sich dies von den Kreisauer Überlegungen durch die Propagierung des Führergedankens und die institutionelle Verfestigung des Nachbarschaftprinzips.

[28] Vgl. Briefe an Freya vom 7., 9., 11. und 14. 11. 1943; in: Von Moltke, Briefe an Freya, S. 562 ff.: „Es wird mir wohl nicht gelingen, Friedrich wieder auf den rechten Weg zu bringen . . .". Vgl. Hans Mommsen, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung, in: Klaus Schönhoven/Dietrich Staritz (Hrsg.), Sozialismus und Kommunismus im Wandel, Köln 1993, S. 254 f.

[29] Brief an Freya vom 9. 11. 1943, in: Von Moltke, ebenda, S. 563.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Für Moltke stellte sich gerade mit dem Fortgang des Krieges das Problem, wann der richtige Zeitpunkt für den auch von ihm unterstützten militärischen Umsturz gekommen sei. Ursprünglich war für die Kreisauer eine solche Überlegung tabu, weil sie davon ausgingen, daß der Zusammenbruch durch einen selbsttätigen Prozeß herbeigeführt werde. Indessen stellte sich im Zusammenhang mit der Aufnahme engerer Beziehungen zum Kreis um Carl Goerdeler und der militärischen Verschwörung unter Claus Schenck von Stauffenberg die Frage, wie weit eine politische Aktion, die schließlich in Form des Attentats vom 20. Juli erfolgte, dem historischen Prozeß vorgreifen dürfe. Zugleich verstärkte sich der Druck auf die Verschwörer, der Eskalation des Verbrechens und der Gewalt endlich ein Ende zu setzen.

Wie alle Revolutionäre unterschätzte auch Moltke die Zeitspanne bis zum Tage X, aber er fürchtete gelegentlich auch, daß dieser sich lebensgeschichtlich hinauszögern werde. Seine Hauptsorge in den folgenden Jahren kreiste jedoch um die Frage, ob der Umsturzversuch, den Goerdeler und Stauffenberg planten und mit dem die Mehrheit der Parteigänger Kreisaus sympathisierte, zum rechten Zeitpunkt und auf der Grundlage der inzwischen entwickelten Grundsätze erfolgte. Trotz größter Anstrengungen zur Herstellung der gemeinsamen Plattform, wobei insbesondere der Ausgleich mit den Sozialisten im Vordergrund stand, rückte Moltke in den Augen seiner engeren Gesinnungsfreunde zunehmend in die Rolle des Bremsers. Er wehrte sich gegen „all die Geschäftigkeit der anderen" und meinte damit vor allem die Tätigkeit des Goerdeler-Kreises. „Warten ist eben viel schwieriger als Handeln", meinte er Anfang 1943, als sich der Gedanke eines Staatsstreichs verfestigte[30].

Ein Zusammentreffen mit Beck und Goerdeler, das am 8. Januar 1943 stattfand, deckte schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten in der Frage der Durchführung des Attentats auf. Moltkes polemische Formulierung von der „Kerenski-Lösung" zielte einerseits auf die vorzeitige Durchführung, andererseits auf die mangelnde revolutionäre Entschiedenheit des Attentatsversuchs[31]. Moltke notierte sarkastisch, daß es besser sei, Haeften, Yorck und Gerstenmaier „tanzen diese Extratour ohne mich"[32].

Dies wiederholte sich Anfang März. Nur mit Mühe vermochte er seine Kreisauer Freunde zurückzuhalten und sich mit seiner, wie er zugab, „verhältnismäßig intransigenten Linie" nicht nur gegenüber Yorck und Gerstenmaier, sondern auch gegenüber König und Delp durchzusetzen[33]. In einem Brief an Curtis erläuterte er seine Kritik am bisherigen Vorgehen der Opposition mit dem Argument, „daß wir eine Revolution brauchen, nicht einen Staatsstreich"[34]. Der Kampf „um die richtige Form und die rich-

[30] Brief vom 21. 1. 1943, in: Von Moltke, ebenda, S. 454; vgl. Peter Hofmann, Widerstand, Staatsstreich, Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler, München 1969, S. 329ff.; Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, (Neuausg.) hrsg. von Walter Bußmann, Berlin 1984, S. 65f.

[31] Vgl. den Brief vom 9. 1. 1942, in: Von Moltke, ebenda, S. 450 sowie Die Hassell-Tagebücher 1938–1944, Ulrich von Hassell. Aufzeichnungen vom Andern Deutschland, hrsg. von Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, Berlin 1988, S. 347, Eintragung vom 22. 1. 1943.

[32] Brief an Freya vom 22. 1. 1943, in: Von Moltke, ebenda, S. 455.

[33] Briefe an Freya vom 26. 1. und 4. 3. 1943, in: Ebenda, S. 457f.

[34] Brief an Lionel Curtis vom 25. 3. 1943, in: Moltke/Balfour/Frisby, Anwalt der Zukunft, S. 217.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tige Formel" hielt an[35]. Anfang August 1943 klagte Moltke erneut, daß Leuschner „unter ziemlich üblen Begleiterscheinungen zu dem Exzellenzen-Club getreten ist, womit die Reaktion soviel Auftrieb erhalten hat, daß wir wohl in die Kerenski-Lösung hineinschlittern werden"[36]. Diese Äußerungen verraten nicht nur den scharfen richtungspolitischen Gegensatz zu Carl Goerdeler, sondern auch Bedenken, die den Zeitplan betrafen.

In der Tat erblickte Moltke im Frühjahr 1943 noch keine Gelegenheit zum Handeln. Bei dieser Überlegung spielte mit, daß die Kreisauer Planungen noch nicht ausgereift waren. Jedenfalls wandte er sich gegen die „Geschäftigkeit der Anderen" und wies auf die Schwierigkeit hin, die Mitstreiter, von denen er sich in dieser Frage nur mit Steltzer und Mierendorff einig wußte, zum Abwarten zu bewegen. Anfang August 1943 äußerte er sich zwar ein wenig optimistischer, aber schon Tage später plädierte er erneut für eine Verschiebung des Umsturzversuchs. Eine „gesunde, organische Lösung" werde durch einen vorzeitigen Umsturz und bloßen Staatsstreich verschüttet werden. In der Halbherzigkeit der Umsturzplanung sah er „ein ernstes Symptom der Unreife unseres Volkes und unserer Situation." Er meinte damit, daß die Bereitschaft zu einem grundlegenden Neuanfang noch nicht sichtbar sei. „Tatsächlich", fügte er hinzu, „muß noch viel mehr in Schutt und Asche liegen, ehe die Zeit reif ist."[37]

Die Kreisauer Neuordnungspläne müssen aus diesem Erwartungshorizont heraus verstanden werden. In den Grundzügen waren sie bereits in der von Moltke verfaßten Denkschrift über die „Grundlagen der Staatslehre" vom Oktober 1940 enthalten[38]. Ihre volle Ausformung erhielten sie in der Denkschrift „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben", die auf den 24. April 1941 datiert ist und in einer Reihe weiterer Fassungen fortgeschrieben wurde. Sie kann als Grundschrift des Kreisauer Kreises gelten[39]. Darin wurden drei prinzipielle Gesichtspunkte – die Wiedererweckung des „Gefühls der inneren Gebundenheit" an transzendentale Werte, des Verantwortungsgefühls des Einzelnen und der „Ausdrucksformen" – in den Vordergrund gestellt. Die Denkschrift zielte auf die vollständige Überwindung von Machtpolitik, Nationalismus, Rassismus und Staat. „Es soll", heißt es darin, „ein Zustand angestrebt werden, bei dem Parteiungen und Entzweiungen unter den Menschen des Erdballs nur sekundäre Bedeutung haben, weil die in einer Partei zusammengefaßten Menschen" von dem gleichen ethischen Kraftfeld bestimmt sein würden[40]. Dies habe die Wiederherstellung der Freiheit und des Verantwortungsgefühls zur Voraussetzung.

Das klang reichlich utopisch, aber Moltke sah diese Gesinnungsrevolution im geschichtlichen Prozeß selbst angelegt, der durch den Krieg beschleunigt und an seinen Umschlagspunkt geführt würde. Denn die völlige Zerschlagung aller Vergemeinschaf-

[35] Brief an Freya vom 24. 1. 1943, in: Von Moltke, Briefe an Freya, S. 456.
[36] Brief an Freya vom 4. 8. 1943, in: Ebenda, S. 519.
[37] Ebenda.
[38] Van Roon, Neuordnung, S. 498–505.
[39] Ebenda, S. 507–517; die knappere dritte Fassung in: Ebenda, S. 518 ff.
[40] Ebenda, S. 509.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tungen unterhalb der Ebene des wegen seiner Unfähigkeit zur Friedensstiftung diskreditierten Staates würden mit dessen Zerstörung das „angeborene Bedürfnis des Menschen nach einer Bindung" wachrufen und einen Leerraum schaffen, den es auszufüllen gelte. „Das Kriegsende", heißt es dort mit fast euphorischem Unterton, werde daher „eine Bereitschaft zu Einkehr und Buße finden wie noch niemals seit dem Jahre 999, als das Ende der Welt erwartet wurde."[41]

Moltkes Konzept trug visionäre und chiliastische Züge, und es stellte in gewissem Sinne eine Transposition des nationalen Aufbruch-Syndroms der 20er Jahre in die Vision der Überwindung des Nationalsozialismus als eines „Reichs des Bösen" dar. Der Gedanke, daß der Nationalsozialismus nur eine Übergangsstufe zu einer grundlegenden Neuformierung der Gesellschaft sei, war auch von Hans Zehrer und einer Reihe neokonservativer Publizisten vertreten worden. Eigentümlich war bei Moltkes Zielprojektion, daß sie sich von dem Syndrom des „deutschen Weges" gelöst hatte und betont gesamteuropäische Züge trug. Mit den nationalen Regenerierungsmythen der Weimarer Jahre hatte sie gemeinsam, daß Träger des Neuanfangs die Angehörigen der jüngeren Generation waren[42]. Dies trug zu den intergenerativen Spannungen in der Bewegung des 20. Juli maßgeblich bei[43]. Was die außenpolitische Lage bei Kriegsende anbetraf, erwartete Moltke 1941 noch keinen totalen militärischen Zusammenbruch Deutschlands, sondern eine allgemeine Ermattung der Kriegsparteien, zugleich die im Zerfall des NS-Herrschaftssystems begründete Unfähigkeit des Deutschen Reiches, den Krieg fortzusetzen. Er hoffte, daß in allen europäischen Ländern die Kriegsgegner an die Spitze gelangen und daß sie auf einen „wahrhaft europäischen Friedensschluß" drängen würden. Bis 1944 verdüsterte sich diese Perspektive, aber es blieb die Hoffnung bestehen, daß auch die Sieger von dem einsetzenden Neuordnungsimpuls erfaßt werden und damit die Grundlagen für einen umfassenden Neuanfang geschaffen würden[44].

Moltke prognostizierte eine politische Einigung des europäischen Kontinents auf der Grundlage einer Zweiteilung der Welt, in dem eine angelsächsische Union mit dem Schwerpunkt in den USA einem Kontinentaleuropa gegenüberstand, dem Teile Afrikas zugeschlagen waren, jedoch nicht das auf seine alten Grenzen zurückgeführte Rußland[45]. Im Frühjahr 1943 verwandelte sich dies in den Gedanken, daß sich „der deutsche Ordnungsbeitrag in Europa" wohl „im Spannungsfeld des amerikanisch-englisch-russischen Dreiecks" vollziehen müsse, das „direkte und indirekte Möglichkeiten zur Verhinderung einer organisatorischen Vergewaltigung des europäischen Le-

[41] Ebenda, S. 511.

[42] Vgl. Hans Mommsen, Regierung ohne Parteien. Konservative Pläne zum Verfassungsumbau am Ende der Weimarer Republik, in: Heinrich A. Winkler (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, München 1992, S. 1–18, hier S. 7 ff.

[43] Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 242, 318.

[44] Vgl. die im Vorfeld der 3. Kreisauer Tagung im Frühjahr 1943 entstandene Denkschrift „Außen- und Innenpolitik", abgedruckt bei Roman Bleistein, Dossier: Kreisauer Kreis. Dokumente aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1987, S. 241 f.

[45] Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, in: Van Roon, Neuordnung, S. 512.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

bens" gewährleisten werde[46]. Dies war, wie wir heute wissen, eine Illusion und entsprang dem Wunschdenken, die erstrebte Neuordnung doch noch in Gang setzen zu können.

1941 hoffte Moltke, daß die europäische Demobilmachung in die Schaffung einer „großen Gemeinwirtschaftsorganisation" einmünden werde, die in wirtschaftliche Selbstverwaltungskörper gegliedert war. Zukunftsweisend war die Idee, an die Stelle der bisherigen großen Nationalstaaten „historisch gewordene Selbstverwaltungskörper" zu setzen, die bei unterschiedlichen Verfassungen im einzelnen durch eine direkt gewählte europäische Legislative und ein Kabinett von Fachministern regiert werden sollten, denen ein Länderkabinett aus Vertretern der Länderregierungen zur Seite stand[47]. Hier liegen die Wurzeln der dann weit ausgefächerten Europapläne des Kreisauer Kreises[48].

Die außenpolitischen Entwürfe im Umfeld Kreisaus zielten konsequent auf eine politische Einigung Europas, verlangten allerdings mit gutem Grund ein „europäisches Mitbestimmungsrecht" für Deutschland, und sie hofften, die politische Willensbildung im Nachkriegseuropa ideell präfigurieren zu können. Der Kreisauer Kreis oder zumindest dessen „linker" Flügel um Moltke und Yorck unterschieden sich durch den konsequent vertretenen Internationalismus und durch die kompromißlose Verwerfung jeder Form von Nationalismus als politischem Ordnungsprinzip vom übrigen nichtsozialistischen Widerstand. Allerdings muß dahingestellt bleiben, inwieweit die betont föderalistische Position Moltkes, die die Idee eines Europas der Regionen vorwegnahm, von der Mehrheit der Kreisauer geteilt worden ist, die, wie Delp, Gerstenmaier, Leber und Trott, stärker national dachten. Moltke schrieb im Dezember 1941, daß jedenfalls er und Yorck damit rechneten, „daß der Erfolg unseres Kampfes wahrscheinlich den totalen Zusammenbruch unserer nationalen Einheit bringen wird", doch seien sie bereit, „dem ins Gesicht zu sehen."[49] Demgegenüber wurde in den Grundsätzen für die Neuordnung am Reich als der „obersten Führungsmacht des deutschen Volkes" festgehalten[50]. Die Bereitschaft Moltkes, die Konsequenzen aus der sich abzeichnenden deutschen Niederlage schon zu einem so frühen Zeitpunkt zu ziehen, ist bemerkenswert und macht deutlich, wie wenig ihm ein bloß utopisches Denken unterstellt werden kann.

Die bewußte Ausstattung der Landesverweser, damit der wiederherzustellenden territorialen Einheiten, mit allen Attributen der Souveränität für den Fall, daß das Reich handlungsunfähig sein werde[51], entsprach der föderalistischen Zielsetzung und verband sich

[46] Denkschrift „Außen- und Innenpolitik", in: Bleistein, Dossier, S. 248.

[47] Ebenda, S. 512 f.

[48] Vgl. Winterhager, Kreisauer Kreis, S. 122 ff.; Walter Lipgens (Hrsg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, München 1968; die Denkschriften bei Bleistein, Dossier, S. 127 ff., 249 ff. und 260 ff. Vgl. ferner Klemens von Klemperer, German Resistance Against Hitler. The Search für the Allies Abroad, Oxford 1992, S. 328.

[49] Denkschrift „Grundlage der Außenpolitik der Nachkriegszeit", in: Van Roon, Neuordnung, S. 550 ff. sowie Bleistein, Dossier, S. 269 ff.

[50] Grundsätze für die Neuordnung, in: Van Roon, ebenda, S. 562.

[51] Vgl. die „Erste Weisung an die Landesverweser" vom 9. 8. 1943, in: Ebenda, S. 568.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

im übrigen mit der Hoffnung, auf dieser Ebene die Debellatio durch die Siegermächte zu unterlaufen und deren Anerkennung für den sich aus eigener Initiative vollziehenden Neuaufbau zu erreichen. „Wie weit auch immer die Unterwerfung der deutschen Initiative unter fremden Machteinbruch gehen mag, wird doch das spontane Fortwirken der kleinen und mittleren Selbstverwaltungskörper und technischer Organisationen notwendig bleiben", heißt es in einer im Frühjahr 1943 abgefaßten Denkschrift[52]. Der hier praktizierte „personale Sozialismus" müsse „als Lösungsform des europäischen Sozial- und Wirtschaftsproblems" in die Bemühungen um einen europäischen Frieden als deutscher „konstruktiver Beitrag" eingebracht werden. Es ging also durchaus darum, auf diesem Wege „die friedliche Entfaltung nationaler Kultur" sicherzustellen, die, wie es in den „Grundsätzen für die Neuordnung hieß, „mit der Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität nicht mehr zu vereinbaren" sei[53].

Im engeren Kreis um Moltke bestand nie ein Zweifel daran, daß die gemeinsam entwickelten innenpolitischen Grundsätze unmittelbar auf die Außenpolitik zu übertragen seien und daß die Bedingungen einer europäischen Friedensordnung auf einer weitgehenden „Übereinstimmung in Fragen der unmittelbaren moralischen und rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Lebensordnung" beruhen müßten. Die gegenwärtige Weltkrise, hieß es in einer im Vorfeld der dritten Kreisauer Zusammenkunft entstandenen Denkschrift, habe letzten Endes „ihre Ursache in der moralischen und politischen Entwurzelung des Menschen". Die „innere Festigung und äußere Sicherung der Person" ebenso wie die „Neugestaltung der kleinen und großen Lebensordnungen" sei die Voraussetzung für jedes „zwischenstaatliche Gespräch"[54]. Angesichts der postulierten Identität von innerer und äußerer Politik tauchten Begriffe wie derjenige der Staatsräson im Denken der Kreisauer nicht auf.

„Europa nach dem Krieg" schien dergestalt, wie Moltke 1942 in seinem bekannten Brief an Lionel Curtis formulierte[55], weniger eine Frage wasserkopfartiger Organisationen als der Wiederherstellung „des Bildes des Menschen im Herzen unserer Mitbürger" zu sein. Diese pathetisch anmutende Wendung traf jedoch insofern den Kern der Dinge, als die deutsche Gesellschaft infolge der fortschreitenden Brutalisierung des Regimes und der immer desolater werdenden Lebensbedingungen im Kriege von einer tiefgreifenden Anomie erfaßt war, die den Einzelnen auf die Sphäre eines bloß vegetativen Überlebenswillens zurückwarf und jedes höhere Interesse abtötete. Die teils mutwillig, teils als Folge der millionenfachen Umsetzung der „Volksgenossen" herbeigeführte Zerschlagung der primären Sozialbindungen und gewachsenen Sozialmilieus verstärkte diesen Effekt.

Ein längeres Fortbestehen des NS-Regimes werde zum Verlust der moralischen, geistigen und physischen Substanz des deutschen Volkes führen und in eine „germanische Bolschewisierung" einmünden, warnte eine im Vorfeld der zweiten Kreisauer Zusammenkunft vom Oktober 1942 entstandene Denkschrift aus der Feder Georg Anger-

[52] Bleistein, Dossier, S. 246f.
[53] Grundsätze für die Neuordnung, in: Van Roon, ebenda, S. 562.
[54] Bleistein, Dossier, S. 243ff.
[55] Brief an Curtis vom 18. 4. 1942, übers. bei Moltke/Balfour/Frisby, Anwalt der Zukunft, S. 155.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

maiers, die von Alfred Delp und Lothar König überarbeitet wurde[56]. Wenn das System „bis zur inneren Abnutzung" und bis zum „inneren Zusammenbruch" bestehen bliebe, werde das einen „geistigen und physischen Nihilismus" bei den breiten Massen zur Folge haben und einen „Kampf aller gegen alle" heraufbeschwören.

Aus dieser Sicht hatte es nur wenig Sinn, den Zusammenbruch abzuwarten, und es war zugleich zu prüfen, wie sich die Wende vollziehen werde. Eine Beseitigung des Regimes durch „Revolten von unten" würde nur „negative Destruktion und ‚Befreiung' bringen" und sei mit der Gefahr des Auftretens „neuer Demagogien" verknüpft. Diese Formulierungen zeigen, daß das Trauma des November 1918 auch bei den Verschwörern fortwirkte.

Auf Grund der geschilderten Konstellation bot sich als einzig gangbarer Ausweg – und das bezog sich auf den Kreisauer Kreis – die „Beseitigung des Systems durch eine ideologisch bestimmte und einheitliche Gruppe" an, deren Erfolg aber davon abhänge, hinreichend Zeit zu haben, um diese Grundhaltung allgemein durchzusetzen, und die mit einer „machtmäßig genügend starken Gruppe" zusammenarbeite, die sich der Idee zur Verfügung stelle. Damit war auf das Zusammengehen mit der Militäropposition angespielt. Eine bloße Militärdiktatur erschien allerdings obsolet, sie sollte vielmehr in erster Linie der Herstellung einer Situation dienen, in der die Möglichkeit einer „echten politischen Willensbildung" gegeben sein werde[57]. Auch im Umsturz galt es also, den Primat der Politik zu erhalten.

In einem weiteren Schritt umschrieb die Denkschrift das zentrale Ziel, das in der Wiederherstellung von „Volk, Reich und Staat, die innerlich zersetzt und bedroht sind", und in der „Rettung der tragenden Grundkräfte des deutschen Menschen" bestehe. Die ausgeprägt nationale Färbung zeigt, daß der Text nicht von Moltke und Yorck konzipiert war, ebensowenig wie die Forderung einer „echten Demokratie" ihrem Vokabular entsprach[58]. Aber die Überlegung, daß es einer neuen „inneren Verfassung und Haltung des deutschen Menschen" bedürfe, die ihn befähigt, „Verantwortung für das Ganze" zu übernehmen, kam ihrem Denken nahe, und das galt auch für die Diagnose, daß die gegenwärtige Lage durch den „Verlust des Persönlichkeitsbewußtseins", durch „Vermassung und Entgeistigung", durch „amoralische Vitalität" und eine Beschränkung des Individuums ausschließlich „auf die primitiven Lebenssicherungen und Bedürfnisbefriedigungen" geprägt war[59]. Dieser Entwicklung werde

[56] Bleistein gab ihr die Überschrift „Ziele und Vorstellungen des Kreises", in: Bleistein, Dossier, S. 61–83. Angermaier stand über den Ausschuß für Ordensangelegenheiten seit 1941 in Verbindung mit König, Rösch und Delp und hat für letzteren mehrere Denkschriften verfaßt. Vgl. Antonia Leugers, Georg Angermaier 1913–1945. Katholischer Jurist zwischen nationalsozialistischem Regime und Kirche. Lebensbild und Tagebücher, Mainz 1994, Kap. 7 und Anhang 4.

[57] Ebenda, S. 63 f.; zur Frage der Mitwirkung des Kreisauer Kreises am Umsturzversuch des 20. Juli 1944 vgl. Thomas Childers, The Kreisau Circle and the Twentieth of July, in: David C. Large (Hrsg.), Contending with Hitler. Varieties of German Resistance in the Third Reich, Cambridge, Mass. 1991, S. 99–118.

[58] In: Bleistein, Dossier, S. 66.

[59] Ebenda, S. 67.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

das Ziel einer „Entmassung", einer „Bildung der gebundenen Persönlichkeit" auf der Grundlage der Rechts- und Eigentumssicherheit und eine „Wiederherstellung des Privatlebens" sowohl wie „des Verständnisses für geistige und ideale Werte" entgegengestellt. Dazu gehörte auch, ganz im Sinne Moltkes, die Zurückgewinnung der Glaubensfähigkeit des Menschen. Wir seien, heißt es weiter, zu einem „Volk auf der Straße" geworden, dessen „Heimatgefühl" durch die Politik des Regimes zerstört worden sei.

Die zitierte Denkschrift, die für das Denken der Gruppe der Jesuiten repräsentativ ist und deren folgende Teile die künftig anzustrebende politische Struktur des Reiches entwerfen, beschreibt mit seltener Klarheit die anthropologischen Leitvorstellungen, die den Kreisauer Planungen zugrundelagen. Insbesondere Pater Alfred Delp wandte diesen Fragen, die sich eng mit seinen seelsorgerlichen Aufgaben berührten, größte Aufmerksamkeit zu, und er scheute nicht vor dem selbstkritischen Eingeständnis der „Ohnmacht der Kirche" und der Unangemessenheit ihrer theologischen Antworten auf die „Verlassenheit" des Menschen zurück[60]. Delp konstatierte einen „Verlust der religiösen und geistigen Substanz", eine fortschreitende Vermassung, ja einen „Verlust der naturhaften Instinktsicherheit" und betonte, daß es neben der Frage ideologischer Indoktrination der Einzelnen um die Behebung des allgemeinen psychischen Zerfalls ginge, der zu einer „erstaunlich und erschreckend großen Interessenlosigkeit für die allgemeinen Anliegen" geführt habe[61]. In der Tat war es schlechthin notwendig, zunächst einmal die Kommunikationsfähigkeit zwischen den Individuen wiederherzustellen und ein Mindestmaß an Vertrauen zu schaffen, bevor Politik im eigentlichen Sinne des Wortes wieder möglich war.

Delp scheute sich nicht, vom „Menschen in der Agonie" zu reden, der sich „im Kampf und der Angst um sein nacktes Dasein" erschöpfe und jeder „echten Erschütterung unfähig" werde. Was not tue, sei die „Wiederfindung einer abendländischen Lebensform"[62]. Er nahm damit auf, was Moltke schon in der Denkschrift „Ausgangslage, Ziele und Aufgaben" unter den Begriff der „Wiederherstellung der Ausdrucksformen" gefaßt hatte[63]. Die sich nicht nur in Deutschland ausbreitende Mentalität zynischer Anpassung und moralischer Indifferenz erschien gleichermaßen als Ursache und Folge der nationalsozialistischen Diktatur. Es bedurfte der bewußten Wiederherstellung alltäglich normaler Sozialbeziehungen, um die Einzelnen instandzusetzen, gemeinschaftliche Verantwortung zu akzeptieren und Politik als Verwirklichung gemeinschaftlicher Interessen wahrnehmen zu können[64]. Delp hat diesem Anliegen Roland Freisler gegenüber in der prophetisch klingenden Forderung nach revolutionärer

[60] Delp, Gesammelte Schriften, Band 5, Frankfurt a. M. 1988, S. 236.
[61] Denkschrift „Lage und Seelsorge", Herbst 1943, in: Ebenda, S. 246.
[62] Alfred Delp, Drei Fragen an die Kirche, 1943, in: Ebenda, S. 237 und 239.
[63] Van Roon, Neuordnung, S. 510.
[64] Vgl. Hans Mommsen, Der deutsche Widerstand gegen Hitler und die Wiederherstellung der Grundlagen der Politik, in: Die Weiße Rose und das Erbe des deutschen Widerstands. Münchener Gedächtnisvorlesungen, München 1993, S. 198–214.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Einkehr unvergeßlichen Ausdruck verliehen: „Diese Revolution des 20. Jahrhunderts braucht ihr endgültiges Thema und die Möglichkeit der Schaffung erneuter beständiger Räume des Menschen."[65]

Vor diesem Hintergrund gewinnt Moltkes Konzept der „kleinen Gemeinschaften" einen tieferen Sinn. Es zielte darauf ab, jede Form vorstaatlicher Kommunikation genossenschaftlicher Prägung, ob es sich um die Familie, die Nachbarschaft, freie Vereinsbildungen, Studiengruppen, Wohngemeinschaften, Jugendgruppen oder soziale und kulturelle Einrichtungen aller Art bis hin zu Gemeinschaftsleistungen wie der Feuerwehr, Kindergärten, aber auch Kirchen, Sekten, kulturelle und wissenschaftliche Vereinigungen, wenn sie nur eine gemeinnützige Funktion hatten[66], zum Ausgangspunkt der politischen Verfassung zu machen. Dafür standen nicht zuletzt die angelsächsischen Verhältnisse Pate, die der privaten Initiative gegenüber der öffentlichen den Vorzug geben. Moltke machte sich daher zum Anwalt einer größtmöglichen Partizipation mündiger Bürger, die den Anweisungen zentralistischer Organisationen und bürokratischen Strukturen mißtrauten. Nur in den „kleinen Gemeinschaften" könne sich „das Gefühl der Verantwortung allen anderen gegenüber" entfalten und von hier auf das politische System im ganzen übertragen werden. Die Wiederherstellung der Primärbindungen und die überfällige europäische Neuordnung bedingten, aus der höchst unterschiedliche Handlungsfelder übergreifenden Sicht Moltkes, einander wechselseitig[67].

Die Freisetzung der Spontanität des Einzelnen, die Moltke anstrebte, enthielt ein gegen den modernen Anstaltsstaat gerichtetes Moment und zielte mit dem Gedanken, die Tätigkeit des Einzelnen in „kleinen Gemeinschaften" zur Voraussetzung für die Wahrnehmung politischer Ämter zu machen, darauf, den Staat primär auf Aufsichtsfunktionen zu beschränken[68]. Die Vorstellung, staatliche Herrschaft durch ein organisch gestuftes System von Selbstverwaltungskörpern zu ersetzen, die auf die „kleinen Gemeinschaften", die zwar Organisationen privaten Rechts sein, aber durch Wahlrechtsprivilegien begünstigt werden sollten, gegründet waren, ließe sich als konservative Variante des Rätesystems deuten, doch liegt ihr eine an Kant geschulte identitätsphilosophische Sicht zugrunde, die durch die Beschäftigung mit dem angelsächsischen Pragmatismus nur wenig modifiziert erscheint[69]. Problematisch wurde die politische Umsetzung des Prinzips der „kleinen Gemeinschaften" deshalb, weil deren beabsichtigte indirekte Institutionalisierung notwendig das Element der Spontaneität

[65] Alfred Delp, Im Angesicht des Todes, in: Gesammelte Schriften, Band 4, Frankfurt a. M. ²1985, S. 313; vgl. Bleistein, Geschichte eines Zeugen, S. 245 ff. sowie die glänzende Analyse des Denkens von Delp bei Michael Pope, Alfred Delp S.J. im Kreisauer Kreis. Die rechts- und sozialphilosophischen Grundlagen in seinen Konzeptionen zur Neuordnung Deutschlands, Mainz 1994, Kap. C VI.

[66] Vgl. den Katalog in der Denkschrift „Die kleinen Gemeinschaften", in: Van Roon, Völkerrecht, S. 158.

[67] Vgl. ebenda, S. 154.

[68] Vgl. die Denkschrift „Über die Grundlagen der Staatslehre", abgedruckt in: Van Roon, Völkerrecht, S. 166; vgl. den Brief an Otto Heinrich von der Gablentz vom 31. 8. 1940, in: Ebenda, S. 163 f.

[69] Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 246.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Ehrenamtlichkeit zerstörte. Denn damit ging der Vorteil einer freien Elitenbildung und Führungsauslese, die den „kleinen Gemeinschaften" zugedacht war, verloren und war eine Rückbildung in eine ständisch gestufte Gesellschaft nicht auszuschließen[70].

Moltke hatte bei diesem Konzept auch im Auge, daß sich Gleichgesinnte über die europäischen Grenzen hinweg zusammenfinden und zu Trägern des Neuanfangs werden würden. Das war mit der „Partei der Gleichgesinnten", die schon in der ersten Denkschrift angesprochen worden war, auf deren Solidarität er das künftige Europa aufbauen zu können hoffte, gemeint. Darüber hinaus erblickten die Kreisauer gewisse Chancen, „den Gedanken eines in gesunden Selbstverwaltungsformen verwirklichten personalen Sozialismus", in dem sie eine „allgemeine Lösungsform des europäischen Sozial- und Wirtschaftsproblems" sahen, als konstruktiven Beitrag für den europäischen Frieden einzubringen[71].

In der generellen Zielsetzung, neue soziale und politische Lebensformen zu entwikkeln, die die bisherigen staatlichen Formationen ablösten und, wie es Trott formulierte[72], eine Brücke zwischen dem „Realprinzip des Ostens" und zwischen dem „Personalprinzip des Westens" schlugen, erblickten die Kreisauer ihre eigentliche, und damit auch ihre genuin europäische Aufgabe. „Im ganzen muß die innerdeutsche Reform ihre eigene, weder dem kapitalistischen noch dem kommunistischen Extrem entlehnte Sprache entwickeln", hieß es in einem der Kreisauer Texte, um „aus der tatsächlichen innerdeutschen Reform auf die europäische Vertrauensbildung einzuwirken."[73] Die Kreisauer hofften, mit tatkräftiger Unterstützung der christlichen Kirchen zu einem europäischen Neuanfang gelangen zu können[74].

Für die große Mehrheit der Kreisauer verknüpfte sich das Ziel der Wiederherstellung christlicher Lebenshaltung mit der Lösung der sozialen Frage, die aus ihrer Sicht einen wesentlichen Anteil an der im Nationalsozialismus kulminierenden Krise der abendländischen Kultur hatte. Teilweise beruhte dies auf einer irrigen Einschätzung der Ursachen des Aufstiegs und der Machteroberung des Nationalsozialismus, die die Kreisauer mit zahlreichen Neokonservativen teilten[75]. Das sozialpolitische Programm, das Kreisau entwickelte und das sich deutlich von vergleichbaren Planungen des Goer-

[70] Vgl. Hans Mommsen, Verfassungs- und Verwaltungsreformpläne der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, Berlin 1985, S. 570–597, hier S. 580 f., 590.

[71] Zur Genesis und Funktion des „personalen Sozialismus" vgl. Bleistein, Dossier, S. 246 f. sowie Pope, Alfred Delp, Kap. C VII.

[72] Clarita von Trott, Adam von Trott zu Solz (Ms. 1958), S. 241 f.

[73] Denkschrift „Außen- und Innenpolitik", in: Bleistein, Dossier, S. 255.

[74] In der Tat war von „der Kühnheit einer inneren Wendung Deutschlands" und der „elementaren Echtheit" des den „innerdeutschen Friedenstatsachen" innewohnenden Erneuerungswillens die Rede, die die angloamerikanischen Einwände gegen einen angeblich nur fortschrittlich getarnten, tatsächlich „reaktionär-militärischen" Staatsstreich beiseiteräumen werde; ebenda, S. 253 f.

[75] Vgl. Jentschke, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie, S. 150 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

deler-Kreises abhob, reichte von der Sicherung sozialer Grundrechte bis zu einer eingehenden Regelung der Arbeitsbedingungen, schloß Mitbestimmung am Arbeitsplatz ebenso ein wie überbetriebliche Mitbestimmung und die Sicherstellung des Rechts auf Arbeit und stellte insoweit einen sozialistisch geprägten Zielkatalog dar, der auch heute nicht voll ausgefüllt ist. Den Kreisauern ging es in diesem Zusammenhang darum, die Bildung von Massenorganisationen, also auch die Rückkehr zu den überkommenen Gewerkschaften, zu vermeiden. An ihre Stelle sollten die Betriebsgemeinschaften treten, in denen Unternehmer und Arbeitnehmer kooperativ zusammenarbeiteten[76]. Allerdings fanden sich die Kreisauer schließlich dazu bereit, die von Wilhelm Leuschner konzipierte Deutsche Gewerkschaft eine Übergangsperiode lang anzuerkennen[77]. Im Vordergrund der Kreisauer Überlegungen stand, ebenso wie bei Goerdeler, eine am Mittel- und Kleinbetrieb ausgerichtete Wirtschafts- und Sozialordnung. Unter großbetrieblichen Verhältnissen war das betriebsgewerkschaftliche Konzept Kreisaus nicht praktikabel, zumal es die Freizügigkeit der Arbeitnehmer über Gebühr einschränkte. Was die wirtschaftspolitischen Planungen betraf, waren sie überwiegend von ordoliberalen Ideengängen beeinflußt, die kaum geeignet waren, den Gegensatz von Kapital und Arbeit strukturell auszuräumen[78]. Überdies ergab sich eine unüberbrückbare Spannung zwischen der Hervorhebung zentralstaatlicher wirtschaftlicher Steuerungskompetenzen und dem Selbstverwaltungsgedanken. Dies hatte das Kreisauer Denken mit der Tradition des demokratischen Sozialismus gemeinsam, die ebenfalls zwischen Selbstverwaltungsgedanken und ökonomischer Zentralsteuerung oszilliert.

Was die Verfassungsvorschläge der Kreisauer im engeren Sinne angeht – es handelt sich um den am wenigsten innovativen Teil des Kreisauer Denkens –, so wiesen sie eine weitgehende Konvergenz zu den gleichzeitigen Entwürfen des Goerdeler-Kreises auf, wenngleich sie gewisse sozialistische Momente enthielten[79]. Sie waren ebenfalls von der Vorstellung geprägt, daß sich das parlamentarische System als untauglich erwiesen habe und durch eine gemischte Repräsentativverfassung ersetzt werden müsse, die die Politik wieder auf ihre Ordnungsaufgaben zurückführte[80]. Desgleichen wollte man die Einwirkung politischer Parteien, in deren Wirken die Hauptursache für das Hervortreten von Massenleidenschaften und -manipulationen gesehen wurde, möglichst unterbinden. In den frühen Entwürfen werden politische Parteien noch marginal erwähnt, treten aber in den späteren Plänen gänzlich zurück. So begründete Theodor

[76] Vgl. Mommsen, Der 20. Juli, S. 247 und Pope, Alfred Delp, Kap. D II.

[77] Vgl. „Erste Weisung an die Landesverweser", in: Van Roon, Neuordnung, S. 569. Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 307 f.

[78] Vgl. Günther Schmölders, Personalistischer Sozialismus. Die Wirtschaftskonzeption des Kreisauer Kreises der deutschen Widerstandsbewegung, Köln 1969 sowie Albrecht von Moltke, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung, Köln 1989. Zu den divergierenden Positionen im Kreis vgl. auch Winterhager, Kreisauer Kreis, S. 105 ff., ferner Pope, Alfred Delp, Kap. D.

[79] Vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 570 f.

[80] In einer Unterlage für die Besprechungen vom August 1942 wurde das „Zurücksinken in ein parlamentarisches System" geradezu als untragbar bezeichnet; Bleistein, Dossier, S. 219.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Steltzer die angestrebte korporative Selbstverwaltung nicht zuletzt damit, daß sie „eine Sicherung gegen die Herrschaft zentralistischer Parteien" gewähre, der er unterstellte, daß sie „mit Naturnotwendigkeit die politischen Gegensätze bis in das kleinste Dorf hereinträgt und dadurch das Gefühl korporativer Verantwortung zerstört"[81].

Das schließlich vereinbarte Verfassungsmodell beruhte größerenteils auf einer Überbetonung des Prinzips indirekter Wahlen bzw. Delegationen von der Ebene der Gemeinden und Kreise in die Landtage und das Reichsparlament, dessen Kompetenzen jedoch im wesentlichen nur auf die Bestellung des Kanzlers beschränkt waren. Zudem gewann der Reichsverweser eine ungewöhnlich (und wohl unbeabsichtigt) starke Stellung, die den Entwürfen unversehens autoritäre Züge verlieh. Ebenso ungewollt war die politische Schwächung der vorgesehenen 20 Länder, die auf 3 bis 5 Millionen Einwohner beschränkt werden sollten und deren Kompetenzen im Gegensatz zu dem betont föderalistischen Programm extrem beschnitten waren, da man infolge der Überdehnung des genossenschaftlichen Prinzips nicht zu einem bundesstaatlichen Aufbau durchdrang und überdies dem Reichsverweser das Aufsichtsrecht über die Landeschefs übertrug. Mit Sicherheit lag das nicht in der Intention Moltkes, der grundsätzlich den Staat in seine Grenzen zu verweisen suchte und dessen Ideen unverkennbar antiautoritäre Züge tragen[82].

Die Schwächen des Kreisauer Verfassungsmodells, das weitgehend dem von Hans Zehrer 1932 in der Monatsschrift „Die Tat" veröffentlichten Verfassungsplan entspricht[83], gehen zum einen auf das Bestreben zurück, korporative und repräsentative Elemente zu kombinieren, den Zugang zur aktiven Politik im wesentlichen verdienten (männlichen) Honoratioren[84] vorzubehalten, und lassen sich zum anderen damit erklären, daß in Abwehr einer Wiederkehr der Weimarer parlamentarischen Verhältnisse die Exekutive eine unverhältnismäßige Privilegierung erfuhr. Diese Ideen sind zum wenigsten auf die unmittelbaren Erfahrungen des Dritten Reiches zurückzuführen. Sie setzen vielmehr den breiten Strom antiliberaler Tendenzen der 20er Jahre fast ungebrochen fort.

Der eigenständige Beitrag des Kreisauer Kreises liegt nicht auf dem Feld alternativer Verfassungsentwürfe, die von der zeitgenössischen Verwerfung des parlamentarischen Prinzips, das als völlig überholt galt, geprägt waren und geschichtlich noch nicht „aufgebrauchte" Formen anstrebten[85]. Die zentrale Zielsetzung, die darin bestand, die

---

[81] Denkschrift Steltzers vom September 1933, abgedruckt in: Theodor Steltzer, 60 Jahre Zeitgenosse, München 1966, S. 276; konsequent protestierte Steltzer gegen die Verfassungsgebung des Parlamentarischen Rats; vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), Bewegt von der Hoffnung aller Deutschen. Zur Geschichte des Grundgesetzes. Entwürfe und Diskussionen 1941–1949, München 1979, S. 194, sowie Hans Mommsen, Der lange Schatten der untergehenden Republik. Zur Kontinuität politischer Denkhaltungen von der späten Weimarer Republik zur frühen Bundesrepublik, in: Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, S. 383 f.

[82] Vgl. Moltke an Yorck vom 17. 6. 1940, in: Van Roon, Neuordnung, S. 480.

[83] Hans Zehrer, An der Wende, in: Die Tat 24 (1932), S. 447–451.

[84] Zur Vorenthaltung des passiven Wahlrechts für Frauen vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne, S. 293.

[85] Vgl. Mommsen, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft, S. 346 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„seelische Verwüstung" durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft innerlich zu überwinden, reichte darüber klar hinaus und überdauerte als Postulat der Wiederherstellung der Bedingungen der Politik die zeitgebundene Verfassungsdiskussion. Der nie ganz ausgetragene Konflikt zu den älteren Verschwörern im Umkreis Carl Goerdelers bezog sich eben darauf, einen grundlegenden Umbruch, nicht nur einen Systemwechsel anzustreben, und zumindest die Angehörigen des inneren Kreises verstanden sich als „Revolutionäre". Es ging ihnen nicht nur um eine Umwälzung der Gesinnung, sondern auch um die Schaffung der sozialen und materiellen Voraussetzungen für die Existenz eines zur Selbstbestimmung und zu öffentlicher Verantwortung fähigen Individuums. In dieser Hinsicht müssen die Kreisauer als Dissidenten des konservativen Lagers gelten, die mit der Gesellschaftsreform ernstzumachen suchten und den Menschen und den Bürger in den Mittelpunkt ihres Denkens stellten.

Ein halbes Jahrhundert nach der Niederschlagung des Umsturzversuchs am 20. Juli 1944 treten einzelne Elemente des Kreisauer Denkens wieder schärfer hervor. Das Konzept der europäischen Regionen, das konsequente Eintreten für einen europäischen Bundesstaat, die entschiedene Frontstellung gegen Nationalismus als politisches Strukturprinzip, die Rückbesinnung auf die im Christentum und Humanismus liegenden gemeinsamen Werte der Europäer gehören ebenso dazu wie der Ruf nach spontaner Solidarität aus christlichem Geiste. In unserer Gegenwart, in der der Ausdruck „Politikverdrossenheit" die Runde macht, gewinnen die grundsätzlichen Erwägungen Kreisaus über das, was not tut, um den Einzelnen zur Übernahme öffentlicher Verantwortung innerlich zu befähigen und zu motivieren, und die Forderung, die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Verbände wiederherzustellen, an Gewicht. So wenig diese Ideen zum parlamentarisch-pluralistischen System der Gegenwart passen, so wenig können sie als überholt abqualifiziert werden. Die Haltung, die die Kreisauer, die von jeweils unterschiedlichen politischen Standorten aus das Wagnis des gemeinsamen Aufbruchs in ein neues Europa unternahmen, verband, hätte den bis heute nicht wirklich ausgefüllten Platz eines kritischen und zugleich sozial progressiven Konservativismus im Verfassungsleben der Bundesrepublik eingenommen. Sie repräsentierten jene Seite Europas, die nicht dem Faszinosum faschistischer Diktatoren erlegen war, und sie nahmen das vorweg, was an europäischer Gemeinsamkeit in den letzten vier Jahrzehnten gewachsen ist.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

GIAN ENRICO RUSCONI

DIE ITALIENISCHE RESISTENZA AUF DEM PRÜFSTAND

1. Der Widerstand gegen den Faschismus und die deutschen Besatzungstruppen (September 1943–April 1945) bildet die eigentliche Legitimationsbasis der italienischen Republik. Seit einiger Zeit aber ist die Resistenza[1], ungeachtet der offiziellen Rituale und Sprachregelungen, ins Gerede gekommen. In manchen Teilen der Öffentlichkeit löst man sich vom alten, lange gefeierten Bild der Resistenza als eines ebenso kühnen wie blutigen nationalen „Befreiungskrieges", und es gewinnt die Vorstellung an Boden, bei der Resistenza habe es sich um einen verheerenden „Bürgerkrieg", zeitlich schwer einzugrenzen und ideologisch nicht leicht einzuordnen, gehandelt. Dabei stellt man die antidemokratischen Motive und Absichten vieler, vor allem kommunistischer Widerstandskämpfer heraus. Außerdem zieht man die politisch-militärische Bedeutung der Resistenza für den Kriegsverlauf in Zweifel, und schließlich kritisiert man das Verhalten der antifaschistischen Parteien und ihres politischen Herzstückes, des nationalen Befreiungskomitees, weil sie die Etablierung der heute in Verruf geratenen Parteienherrschaft nach 1945 wesentlich bestimmt hätten.

Man beklagt ferner, daß der Antifaschismus in der Übergangszeit vom Widerstand zur Bildung des neuen politischen Systems von der Linken (vor allem den Kommunisten) instrumentalisiert worden sei, um ihre politischen Gegner einzuschüchtern. Der ideologische Alleinvertretungsanspruch des Antifaschismus seitens der Linken habe die Herausbildung einer demokratischen Rechten verhindert, die in der Lage gewesen wäre, ein Regelwerk für einen links/rechts-Machtwechsel zu schaffen, wie es in anderen europäischen Ländern existiert. Außerdem sei die Resistenza ein Mythos geworden, der kompensatorische Funktionen für die Linke hatte, vor allem für die seit 1947 aus der Regierung ausgeschlossenen Kommunisten, die zwar von der „verratenen Resistenza" sprachen, zugleich aber selbst in den Genuß mancher Pfründe des politisch-konstitutionellen Kompromisses kamen. Die Resistenza sei so de facto sowohl für die Vorzüge wie die Mängel der „ersten Republik" verantwortlich. Deren heutiges unrühmliches Ende müsse deshalb auch zur Preisgabe des antifaschistischen Paradigmas führen, das sich aus einem idealisierten und mythisierten Verständnis der Resistenza ergeben habe.

Es versteht sich, daß diesen Einschätzungen vor allem von der Linken widersprochen wird, die den ideellen und politischen Wert der Resistenza weiterhin bekräftigt,

[1] Zur Resistenza vgl. vor allem Guido Quazza, Resistenza e storia d'Italia, Mailand 1976; Giorgio Bocca, Storia dell'Italia partigiana, Bari 1970; Gaetano Grassi (Hrsg.), „Verso il governo del popolo". Atti e documenti del CLNAI 1943/1946, Mailand 1977.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auch wenn sie die Notwendigkeit erkennt, einige wichtige Korrekturen an ihrem Bild vorzunehmen. Die Folge davon ist, daß der italienische Widerstand seit einigen Jahren einer Nachprüfung unterzogen wird, bei der es vor allem darum geht, den beispielgebenden ideellen Wert der Resistenza für eine funktionierende Demokratie zu revidieren und neu zu justieren.

Um Klarheit über diese Problematik zu gewinnen, ist es nötig, verschiedene Aspekte und Analyseebenen auseinanderzuhalten. Von grundlegender Bedeutung ist dabei zunächst, den politisch-militärischen, zeitlich genau einzugrenzenden Widerstand mit den ihn tragenden geistigen und ideologischen Motivationen zu trennen vom Verhalten der Individuen und Parteien, die ohne direkte Berufung auf den Widerstand die Etablierung der italienischen Republik beeinflußt haben. Nicht minder wichtig ist die angemessene Würdigung der innenpolitischen und internationalen Rahmenbedingungen. Faktoren wie der Zusammenbruch des Faschismus unter seinem eigenen Gewicht, die Manöver und Beharrungskräfte der alten politischen Klasse, die ambivalenten Einstellungen der Bevölkerung, die Strategien der Alliierten und der Verlauf des Krieges in Italien sind von der Geschichtswissenschaft gewiß nicht ignoriert worden; man hat sie aber im Zusammenhang mit der Resistenza als marginal angesehen, während ihnen heute entscheidende Bedeutung im Hinblick auf die Errichtung der italienischen Republik beigemessen wird. Der Fokus der Analyse richtet sich, so könnte man auch sagen, auf den Nexus zwischen Resistenza, ihren „Umwelt"-Bedingungen und ihren politischen Folgen.

In dieser Perspektive werden Korrekturen angebracht, die darauf abzielen, aus dem Widerstand eine bloße Episode zu machen. Auf die explizite Entwertung der Resistenza wollen aber nur neofaschistische oder extrem rechte Autoren hinaus, die in der Resistenza nichts anderes als einen Bürgerkrieg erblicken, der von den Kommunisten im Zusammenspiel mit versprengten Soldaten und denjenigen geführt wurde, die sich der Einberufung zu den faschistischen Streitkräften entzogen; Relativierungen gibt es freilich auch von anderer Seite mit anderem politischen Hintergrund[2].

Von katholischen Autoren wird hingegen die These vertreten, der wirkliche Widerstand, bzw. der wirklich im Volk verwurzelte Widerstand habe sich in Formen der passiven Resistenz ausgedrückt; diese habe die Gewaltbereitschaft gedämpft und sei von den katholischen Schichten und der Kirche praktiziert worden – im Gegensatz zum bewaffneten Kampf gegen den Faschismus, wie er von Kommunisten und von der Aktionspartei (Partito d'Azione) in Erwartung einer sozialen Revolution mit totalitären Zügen geführt worden sei[3].

Schließlich hat sich die gegenwärtige Debatte über die Resistenza vor allem um das Konzept des „Bürgerkrieges" gedreht. Dabei handelt es sich um ein lange Jahre verdrängtes Konzept, das Ende der achtziger Jahre von einem Gelehrten der Linken, Claudio Pavone[4], gleichsam rehabilitiert worden ist. Seitdem ist es so etwas wie das Leitmotiv bei der

[2] Vgl. Romolo Gobbi, Il mito della Resistenza, Mailand 1992.

[3] Eine andere Position vertritt der Antifaschist und Antikommunist Edgardo Sogno, Guerra senza bandiera, Mailand 1970; ders., Fuga da Brindisi, Cuneo 1990.

[4] Claudio Pavone, Una guerra civile, Turin 1981.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Neubetrachtung der Resistenza. An ihm orientiert sich auch Renzo de Felice, der angesehenste Historiker des italienischen Faschismus, der den letzten Band seiner monumentalen Mussolini-Biographie mit „Bürgerkrieg 1943–1945" überschreibt[5].

2. Die hier nur grob skizzierte Debatte wäre nur von begrenzter Bedeutung, wenn über die Themen Bürgerkrieg sowie Faschismus/Antifaschismus nicht auch in den Zeitungen und Massenmedien leidenschaftlich diskutiert würde. Als Beispiel dafür kann die Polemik dienen, die sich im Sommer/Herbst 1990 am Problem der politischen Verbrechen entzündete, die von kommunistischen Partisanen Monate und Jahre nach Kriegsende in der Emilia Romagna, vor allem im „Dreieck des Todes"[6], verübt worden sind. Diese Polemik richtet sich zwar nicht explizit gegen die Resistenza, diese wurde aber rückblickend mit einbezogen. Dabei und bei anderen Episoden vergleichbarer Art konnte man zwei gegensätzliche Reaktionen beobachten. Einige wollten aus diesem Anlaß die alte Frage der moralischen, politischen und ideologischen Verantwortung der kommunistischen Partei für diese Verbrechen neu diskutieren. Diese Verbrechen, so behauptete man ungeachtet der Tatsache, daß die Führung des Partito comunista italiano (PCI) die Verbrechen schon unmittelbar nach dem Krieg scharf verurteilt hatte, hätten die wahren Absichten des „roten" Widerstandes offengelegt. Damit war beabsichtigt, die ethisch-politische Anziehungskraft des linken Antifaschismus zu schwächen. Diese Operation wurde nicht zufällig 1990/91 unternommen, als das sowjetische Imperium zusammenbrach und sich die stürmische politische und kulturelle Metamorphose des PCI zum PDS (Partito Democratico di Sinistra) vollzog.

Anders die Reaktion im (post)kommunistischen Lager. Hier formierte man sich – nach anfänglicher Unsicherheit und einer gewissen Bereitschaft zur Selbstkritik – zur Verteidigung der „Werte der Resistenza", die durch den aufgebauschten Sensationalismus über einige politische Verbrechen der Nachkriegszeit bedroht würden. Diese Situation änderte sich 1992/93 im Zusammenhang mit dem Zerfall des traditionellen Parteiensystems, dem faktischen Verschwinden zweier wichtiger Säulen dieses Parteiensystems (Democrazia Cristiana und sozialistische Partei) und der Isolierung des PDS. In Norditalien etablierte sich mit der Lega Nord eine neue politische Bewegung, die separatistisch eingestellt ist und sich mit vehementer Aggressivität gegen die traditionellen Parteien und den PDS wendet. In Mittel- und Süditalien bildete sich um den neofaschistischen Movimento Sociale Italiano (MSI) eine angeblich gemäßigte rechte Gruppierung heraus, die die Relevanz des historischen Gegensatzes zwischen Faschismus und Antifaschismus für aktuelle politische Fragen bestreitet.

---

[5] Der Band De Felices erscheint demnächst. Der Autor konnte für diesen Aufsatz das Manuskript einsehen.

[6] Vgl. Pietro Di Loreto, Togliatti e la „doppiezza". Il Pci tra democrazia e insurrezione 1944–48, Bologna 1991; Pietro Scoppola, La repubblica dei partiti, Bologna 1991; Mirco Dondi, Azioni di guerra e portere partigiano nel dopoliberazione, in: Italia contemporanea, Nr. 118 (September 1992), S. 457–477.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Öffentlichkeit wurde so ganz unerwartet mit einem Prozeß der Neubesinnung über die Geschichte Italiens konfrontiert, die offenbar sehr viel komplizierter und kontroverser ist, als man dachte. Einerseits tauchten nun noch immer schmerzliche und nicht bewältigte Erinnerungen auf, und es stellten sich Fragen über die geistigen und politischen Wurzeln der ersten Republik. Andererseits gab es den Wunsch, die Vergangenheit endlich Vergangenheit sein zu lassen. Die Gefahr, die in dieser Einstellung steckt, wurde nicht nur von Linken erkannt, sondern auch von einem Gelehrten anderer Provenienz wie Renzo De Felice, der – wie noch gezeigt wird – mit Kritik an der Resistenza nicht spart. Er spricht von einem Klima des „Vergessenwollens und sogar der Unduldsamkeit, das die Resistenza heute zunehmend mehr umgibt und viele dazu verleitet, nicht mehr die Spreu vom Weizen zu scheiden, sich nicht mehr für die Resistenza zu interessieren und sogar das zu leugnen, was an historisch und moralisch Wertvollem in ihr angelegt war, und zu meinen, es sei unnütz, die Gründe ihres Scheiterns zu erforschen."[7]

In diesem Klima sind nur wenige Protagonisten und Zeugen der Resistenza bereit, in die Debatte über neue Ansätze und Forschungsergebnisse einzutreten. Viele andere sind verbittert; sie glauben der Auslöschung ihrer Ideale beizuwohnen und sehen sogar die Demokratie in Gefahr. Aus diesen Gefühlen heraus kann der Irrtum entstehen, in Italien müsse heute der Kampf zur Verteidigung der Demokratie und der historischen Bedeutung des Antifaschismus aufgenommen werden, während es in Wahrheit doch um etwas anderes geht, nämlich um eine kritischere und bessere Erkenntnis der geschichtlichen Erfahrung der Resistenza, der ihr innewohnenden Werte und ihrer Grenzen.

Im folgenden werden einige Reflexionen über die Binnenbefindlichkeit der Resistenza angestellt. Dabei werden einige neuere Publikationen vor- und einige Konzepte zur Debatte gestellt, die zum Verständnis des Widerstandes unerläßlich sind: Bürgerkrieg, nationale Identität, Attentismus, Doppelstrategie der Kommunisten etc. Daran anschließend werden andere Aspekte in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, namentlich die Rahmenbedingungen der Resistenza und anderer politischer Akteure in den Jahren 1943–1945.

3. Zunächst stellt sich das Problem der Neudefinition der Resistenza, die in der Regel ausschließlich als „Befreiungskrieg" bezeichnet wird. Ausgehend von den Forschungen, die man in den letzten Jahren an den „Istituti per la storia del movimento di Liberazione" und den „Istituti storici della Resistenza" betrieben hat, und ausgehend von vielen Lokalstudien, die reich an Informationen, aber arm an innovativen Elementen für eine Gesamtinterpretation sind, hat man sich gefragt, ob man den Charakter der Ereignisse jener Jahre nicht auf einen treffenden Begriff bringen könne[8]. Daraus hat sich, nicht ohne starke Widerstände, ein Forschungsansatz ergeben, der in der Resi-

[7] So De Felice in der Einführung zu Alfredo Pizzoni, Alla guida del CLNAI, Turin 1993, S. X.

[8] Vgl. L'Italia nella seconda guerra mondiale e nella Resistenza, Mailand 1988; Massimo Legnani/Franco Vendramini (Hrsg.), Guerra, guerra di Liberazione, guerra civile, Mailand 1990.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stenza eine Verknüpfung von „drei Kriegen" sieht: einen patriotischen Krieg gegen die deutsche Wehrmacht, einen Bürgerkrieg gegen die Faschisten und für die Demokratie und einen Klassenkrieg mit der Perspektive einer sozialen antikapitalistischen Revolution. Wie noch gezeigt wird, handelt es sich um einen Ansatz, der auch seine problematischen Seiten hat, insbesondere, was die Charakterisierung der Resistenza als „Bürgerkrieg" betrifft. Dabei darf nicht vergessen werden, daß sich hinter diesem Ansatz eine langsame, aber stetige Verlagerung des wissenschaftlichen Interesses von traditionellen ideologisch-politischen Aspekten der Resistenza hin zu den subjektiven und geistigen Motiven der Protagonisten des Widerstands verbirgt – in manchen Fällen unter dem Banner von Oral history und Sozialgeschichte.

Hervorragendstes Produkt dieser neuen Entwicklung ist das bereits erwähnte Buch „Una guerra civile" von Claudio Pavone, eines Historikers mit reichen Erfahrungen in der traditionellen Forschung. Der Erfolg dieses Werks und der enthusiastische Ton, der von linker Seite in vielen Rezensionen angeschlagen wurde, lassen den Eindruck entstehen, als müsse eine Wieder- oder Neubelebung der Werte der Resistenza ihren Ausgang von den subjektiven Einstellungen der Protagonisten, ihrer Absichten, Perzeptionen, Erwartungen und Hoffnungen nehmen, so als könne man heute – nach der Beendigung des Zeitalters der Ideologien – endlich die Essenz der Resistenza begreifen, indem man die Pluralität und die Widersprüchlichkeit der Motive ihrer Protagonisten herausstellt. Von hier aus ist es nicht mehr weit bis zur Behauptung, die Authentizität der Resistenza sei in ihrer „Moralität" oder in ihren „Moralitäten" zu suchen, die dann irgendwann der „Politik der Parteien" geopfert worden seien.

Dieses Konzept ist nur dann eindrucksvoll und plausibel, wenn man darunter nicht die letzte, am meisten verfeinerte Variante der alten These von der fehlgelenkten und vereitelten Resistenza versteht – in diesem Fall fehlgelenkt und vereitelt von den Parteien, und zwar nicht nur von den gemäßigten Parteien wie der Democrazia Cristiana, sondern auch von den Kommunisten und Sozialisten. In Wirklichkeit aber war der Widerstand das Werk von Minderheiten, die in einem starken Konkurrenzverhältnis zueinander standen, das sich aus der Notwendigkeit des Aufbaus eines neuen demokratischen Staates durch die Parteien ergab. In diesem Zusammenhang darf man nicht vergessen, daß das faschistische Regime (nach der vom König verfügten Entlassung Mussolinis vom 25./26. Juli 1943) zusammenbrach, ohne daß der parteipolitische Antifaschismus daran beteiligt gewesen wäre. Hinzu kam, daß die antifaschistischen Kräfte nicht in der Lage waren, sich als Alternative zu dem monarchistischen Machtkartell zu präsentieren, das mit dem Faschismus zwanzig Jahre lang kooperiert hatte, nach dem Sturz Mussolinis die Macht an sich brachte und sich als politisch unfähig erwies.

Die ersten bewaffneten Widerstandszellen bildeten sich erst nach der Verkündung des Waffenstillstandes mit den Alliierten und der völlig überraschenden Auflösung der italienischen Streitkräfte am 8. September 1943. Sie leitete ein Sinn für Zivilcourage und angesichts des Erlöschens des Staates ein Gefühl von Patriotismus. Bei einigen Widerstandskämpfern verband sich dieses Gefühl mit einem mehr oder weniger ausgeprägten politischen Bewußtsein, das in den „zwanzig Monaten" des Partisanenkampfes immer deutlicher wurde. Für viele andere aber, vor allem für die jüngeren Jahrgänge,

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die von Mussolini zu den Waffen gerufen wurden, ergab sich die Option für die Resistenza ausschließlich aus ihrer Weigerung, dem faschistischen Regime von Salò zu dienen, das nur mit deutscher Hilfe errichtet worden war und weder in geistiger noch materieller Hinsicht etwas zu bieten hatte. Sie führte ein in seinen politischen Implikationen noch ganz verschwommener Überlebensinstinkt. Später, in den Bergen und in Kontakt mit anderen schon politisierten Widerstandskämpfern erwarben sie sich vielleicht ein gefestigtes politisches Bewußtsein. Aber oft war es der schiere Zufall, der bestimmte, welcher „Bande" sich einer anschloß, welche politische Sozialisation einer genoß und welcher Partei sich einer zuwandte. Die von Kommunisten geführten „Banden" waren am größten und effektivsten; es gab aber auch monarchistische, katholische und radikal-demokratische „Banden". Der bewaffnete Widerstand war von Beginn an charakterisiert durch einen starken geographischen und politisch-ideologischen Polyzentrismus, der durch den All-Parteien-Pakt der Befreiungskomitees gewissermaßen gebändigt wurde.

Dieser Polyzentrismus verwandelte sich in den formativen Jahren der italienischen Republik, genauer in den Jahren 1945–1948, in einen Wettstreit der Parteien über die Zukunftsgestaltung des Landes. Keines der Konzepte für die Interpretation bzw. Selbsteinschätzung der Resistenza ist verständlich, wenn man diese parteipolitische Auseinandersetzung nicht genügend beachtet. Erst in dieser Übergangsphase 1945–1948 traten die großen Themen in ihrer ganzen Bedeutung hervor, die für lange Zeit die Debatte zwischen den weltanschaulichen Lagern bestimmten: der Antagonismus zwischen Faschismus und Antifaschismus, der Zusammenhang zwischen Antikapitalismus und den sozialen Kämpfen in der Demokratie, aber auch die Affinität zwischen Antifaschismus und Antikommunismus, die zu den großen Tabus der politischen Linken gehört.

4. Kehren wir zum Konzept des „Bürgerkrieges" zurück. Als es 1990/91 in der linken Publizistik auftauchte, traf es auf die Mißbilligung einiger angesehener Widerstandskämpfer und Historiker, die es vorgezogen hätten, weiterhin von „nationalem Befreiungskrieg" zu sprechen. Daraus ergab sich die schon erwähnte Kompromißformel von den „drei Kriegen", die den Aspekt des Bürgerkrieges in der Resistenza behutsam zwischen den beiden anderen Aspekten, des patriotischen Krieges und des Klassenkampfes, plaziert. Damit wurde die deskriptive Kraft des Bürgerkrieges akzeptiert, zugleich aber seine „centralità" vermieden. Die anfängliche Debatte über „guerra civile" (Bürgerkrieg) verwandelte sich denn auch schnell in eine Debatte über die Bedeutung des Wortes „civile", das auf mannigfaltige Weise interpretiert werden kann; nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt eines Krieges der „Kultur" gegen die faschistische „Unkultur"[9].

[9] So Guido Quazza in der Einführung zu dem von Legnani und Vendramini herausgegebenen Band (S. 20).

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dennoch wurde der Begriff „Bürgerkrieg" in den Jahren 1943–45 vor allem von den Widerstandskämpfern der Aktionspartei verwendet[10]. Nur später überließ man ihn der rechten Geschichtsschreibung, die ihn als bloßes Synonym für Bruderkrieg gebrauchte. Die Angehörigen der Aktionspartei sprachen hingegen vom „guerra civile" nicht nur deshalb, weil er von Italienern gegen Italiener geführt wurde, sondern auch, weil sie darunter einen radikalen „politischen" Krieg verstanden. Der Partisanenkrieg war in ihren Augen das Vorspiel einer wirklichen sozialen und „demokratischen Revolution". Nach Kriegsende gelang es freilich auch der Aktionspartei nicht, das Konzept des „Bürgerkrieges" als Paradigma der Selbstvergewisserung der Resistenza zu etablieren. Den Ausschlag dafür gab u. a. die Tatsache, daß die Aktionspartei rasch zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsank (1946 löste sich die Partei auf) und sich auf der ideellen und politischen Ebene als „Verlierer" fühlte. Die historische Erfahrung zeigt aber, daß nur ein selbstsicherer „Sieger" die enorme ethische Last auf sich nehmen kann, den Krieg, den er gewonnen hat, als Bürgerkrieg zu bezeichnen und daraus die „Legitimationsbasis" (wenn nicht den Gründungsmythos) der neuen politischen Ordnung zu machen.

Im Gegensatz dazu entschieden sich die Kommunisten, die ebenfalls fest entschlossen waren, unter Berufung auf die sozialen Anliegen der Resistenza eine Revolution ins Werk zu setzen, die Resistenza als „nationalen Befreiungskrieg" zu charakterisieren. Dieser Entschluß hatte nicht nur mit dem Wunsch des PCI nach nationaler Selbstakkreditierung und der kommunistischen Politik der nationalen Solidarität, vor allem mit den katholischen Kräften, zu tun. Er stand auch im Einklang mit den spontanen Empfindungen vieler, auch nicht-kommunistischer Partisanen, die dem bewaffneten Kampf gegen die deutschen Invasoren höchste Priorität einräumten – und zwar in einem so ausschließlichen Maße, daß dagegen der Kampf gegen die Faschisten psychologisch kaum wahrgenommen wurde; man sprach ihnen sogar die Zugehörigkeit zur Nation ab, sie waren „Vaterlandsverräter", also keine Italiener. Wer die Dinge nur von außen beurteilt, mag in dieser Haltung eine paradoxe Bestätigung dafür finden, daß es sich bei der Resistenza um einen mit größter Leidenschaft geführten Bürgerkrieg gehandelt hat.

Die Kommunisten betrachteten sich im Gegensatz zur Aktionspartei jedenfalls nicht als politische „Verlierer". Zumal nach den Erfolgen in den ersten Wahlen des Jahres 1946 fühlten sie sich als die eigentlichen Hüter der Erinnerung und der Erbschaft der Resistenza, die als großes nationales Ereignis angesehen wurde, zu dem die Kommunisten einen entscheidenden Beitrag geleistet hatten. Dieser Deutungsversuch wurde freilich in einem politischen Klima gemacht, das sich im Vergleich zur vorangegangenen Phase des Einvernehmens im Zeichen der Resistenza schon deutlich verschlechtert hatte. Nach 1946 – unter dem Eindruck der politischen Verbrechen ehemaliger Partisanen und der Verschärfung der ideologischen Gegensätze – betonte der katholische Teil der Resistenza mehr und mehr seine Eigenständigkeit und schlug sich

[10] Vgl. Pavone, Una guerra civile, S. 249 ff.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schließlich auf die Seite der Democrazia Cristiana, die zum Hauptwidersacher der Linksparteien geworden war. Angesichts zunehmender sozialer Konflikte und des sich verschärfenden Kalten Krieges gewann auch der militante Antikommunismus wieder an Bedeutung, der sich auch in paramilitärischen, mehr oder weniger geheimen Organisationen kristallisierte, die vom Staat toleriert wurden.

In dieser neuen Konstellation tauchte 1946/47 in der öffentlichen Debatte der Begriff „Bürgerkrieg" wieder auf – nun allerdings nicht mehr bezogen auf den gerade zu Ende gegangenen Konflikt zwischen Faschisten und Antifaschisten, sondern auf den Konflikt zwischen den antifaschistischen Kräften. Der gegenseitige Vorwurf der Parteien, einen Bürgerkrieg zu schüren, wurde fester Bestandteil der öffentlichen Polemik. Sozialisten und Kommunisten beschuldigten die um die Democrazia Cristiana gescharten „reaktionären Kräfte" nicht nur, die Werte und Ideale der Resistenza zu verraten, sondern auch den demokratischen Staat aus den Angeln heben zu wollen. In diesem Zusammenhang wurde selbst der Begriff „Faschist" wieder aktuell und ohne Skrupel auf die bürgerlichen Widersacher bezogen. Die Christdemokraten und Liberalen zahlten mit gleicher Münze zurück; sie verdächtigten die politische Linke, einen Staatsstreich vorzubereiten, und scheuten sich nicht, Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen.

5. Daß der Aspekt des „Bürgerkrieges" als charakteristisch für die Kämpfer der Resistenza gelten kann, zeigt sich in zwei kürzlich erschienenen Veröffentlichungen. Die erste ist der Briefwechsel zwischen zwei herausragenden Exponenten der piemontesischen Partisanenformationen „Giustizia e Libertà" (GL), die von der Aktionspartei ins Leben gerufen worden war: Giorgio Agosti und Livio Bianco, Un' amicizia partigiana. Lettere 1943–1945[11]. In den Briefen hat der Begriff „guerra civile" ein doppelte Bedeutung. „Civile" ist der Partisanenkrieg wegen der Qualität des menschlichen und kriegshandwerklichen Einsatzes, die nicht zu vergleichen ist mit der Kriegführung regulärer Streitkräfte. Herrschen hier Befehl und Gehorsam, Schematismus und Bürokratie, so haben im Partisanenkrieg die traditionellen militärischen Gepflogenheiten ihre Geltung verloren. An erster Stelle standen persönliche Eigenschaften: Phantasie, Verantwortungsgefühl, Solidarität, politischer Sinn. Ein Partisanenverband war ferner so etwas wie ein „Mikrokosmos der direkten Demokratie", in dem die alten Machtverhältnisse – und zwar im Zusammenhang mit dem großen „europäischen Bürgerkrieg", der die „Grundlagen für eine bessere Welt" schaffen sollte – zur Diskussion gestellt wurden.

Der zweite, noch stärker von den politischen Umständen bedingte Bedeutungsgehalt von „Bürgerkrieg" tritt besonders in den Briefen von Agosti zu tage. Darin ist – im Unterschied zu vielen anderen Memoiren und Studien aus dem Umfeld der Resistenza – der Hauptfeind nicht die deutsche Wehrmacht, sondern die italienischen Faschisten. Oder besser ausgedrückt: Es gab den „großen", militärisch vorrangigen Krieg gegen die Deutschen, den die Partisanen mit bewundernswerter Tapferkeit kämpften, auch wenn sie

[11] Der Band wurde herausgegeben und eingeleitet von Giovanni De Luna und ist 1990 in Turin erschienen.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nur unzulänglich bewaffnet waren. Dann gab es aber auch den neuen Krieg, der mit politischer und „ziviler" Zielsetzung geführt wurde; dieser erforderte einen elastischen Einsatz der Kräfte, je nach den Umständen, den geographischen Gegebenheiten und politisch-militärischen Voraussetzungen. In diesem Zusammenhang verdient ein Abschnitt aus einem Brief von Agosti vom 4. September 1944 zitiert zu werden. Agosti ging darin von der falschen Annahme aus, der Zusammenbruch der deutschen Linien in Italien stehe kurz bevor, und analysierte die unübersichtliche politische Lage, die von einer ambivalenten Haltung der westlichen Alliierten gegenüber den Partisanen gekennzeichnet war. Er war fest entschlossen, die Partisanen keinesfalls einer monarchistischen und konservativen Restauration zum Opfer fallen zu lassen. Im Gegenteil, er sagte ihre militärische Reorganisierung nach dem Ende der Feindseligkeiten voraus: „Das politische Ziel unseres Partisanenkampfes ist die Ausmerzung dieses ganzen dreckigen Konglomerats von reaktionären Interessengruppen, die wir kennen; das ist noch wichtiger als die Ausmerzung des Nationalsozialismus und selbst des Faschismus. Diese Interessengruppen suchen heute verzweifelt Halt im konservativen angloamerikanischen Lager und werden ihn dort gewiß auch finden. Uns bleibt zweierlei zu tun: 1) soviele vollendete Tatsachen wie möglich zu schaffen (erbarmungslose Liquidierung von Faschisten und Kollaborateuren und radikale Beseitigung von Institutionen und Positionen). 2) sich nicht entwaffnen zu lassen in der unvermeidlichen brüderlich-demokratischen Umarmung nach dem Sieg, sondern den Geist, die Männer und die Waffen bereithalten (...). Wir dürfen uns morgen die Waffen nicht wegnehmen lassen – auch nicht im Namen von ewigen Prinzipien, sei es linker oder rechter Provenienz. Und wir dürfen auch jene noch stärkere Waffe nicht einrosten lassen, die in dem im Partisanenkampf geweckten Bewußtsein des Volkes besteht. (...) Ist es möglich, neben und in den GL-Brigaden von heute geheime politisch-militärische Kader für morgen zu schaffen? (...) Wir müssen versuchen, es den Kommunisten gleichzutun, natürlich aber in unserem demokratischen Geist: aber bewaffnete und zur Fortsetzung des Kampfes entschlossene Demokratie; nicht nur Demokratie mit dem Stimmzettel."

Es handelte sich dabei um eine extrem entschiedene und bestimmte Zielsetzung, auch wenn der Brief von Agosti an seinen Freund Bianco – man sollte das nicht vergessen – vor allem einen Diskussionsbeitrag und keinen strategischen Plan enthält. In Wirklichkeit entwickelten sich die Dinge ganz anders, und zwar auch, weil Männer wie Bianco ein ganz anderes Temperament hatten und die Möglichkeit, in die Parteien denselben Schwung hineinzubringen, der den Partisanenkampf geprägt hatte, mit Skepsis betrachteten. Schon hier – so ist treffend bemerkt worden[12] – deuteten sich die Ursachen der Auflösung der Aktionspartei an; es war einfach unmöglich, ein Politikmodell auf die Normalität der Nachkriegszeit zu übertragen, in dem der Aspekt der „heldenhaften Moral" eine zentrale Rolle spielte.

Vor diesem Hintergrund muß auch das schwierige Verhältnis beurteilt werden, das zwischen den Formationen der Aktionspartei und den kommunistischen „Garibaldi-

[12] So Giovanni De Luna in der Einleitung zum Briefwechsel zwischen Agosti und Bianco, S. 47.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Partisanen" bestand. Es zieht sich durch den gesamten Briefwechsel wie ein roter Faden; dauernd ist auf höchst widersprüchliche Weise von Gefühlen des Mißtrauens, der Bewunderung und der Einschüchterung die Rede, die man gegenüber den „Garibaldini" hegte. Obwohl die Aktivisten der Aktionspartei die Kommunisten wegen ihrer organisatorischen und militärischen Stärke schätzten, beklagte man doch andererseits ihren Mangel an Takt und ihre autoritäre Mentalität. In politischer Hinsicht mißtraute man vor allem dem Opportunismus des PCI. Umgekehrt fühlten sich die Angehörigen der Aktionspartei von den Kommunisten bloß „toleriert und verachtet", weil sie „unruhiger und gefährlicher als die alten Parteien", zugleich in der Bevölkerung aber besser akzeptiert waren. Am 30. Juli 1944 erläuterte Agosti die Ambitionen der Aktionspartei: „Wir müssen die Unzufriedenheit mit den Garibaldi-Formationen und die Fehler der Kommunisten ausnützen und uns, auch militärisch, als bewaffnete Kraft des Volkes repräsentieren – aber nicht extremistisch, revolutionär, aber nicht rot; das beste wäre, wenn wir am Ende als einzige bewaffnete Kraft dastünden, die die Alliierten als echten Ausdruck der revolutionären Demokratie in Italien anerkennen könnten." Dieses Konzept wurde in den folgenden Briefen mehrfach wiederholt. Agosti äußerte dabei aber auch die Befürchtung, daß die GL-Formationen, im Lichte der Erfahrungen in Griechenland, im Vergleich zu den „Garibaldini" als eine Art „weiße Garde" oder als eine antikommunistische Kraft betrachtet werden könnten. Es handelte sich also, mit anderen Worten, darum, privilegierte Beziehungen zu den Alliierten zu vermeiden, die gefährlich werden konnten: „Es muß unser Ziel sein, uns als ausgleichende Kraft zwischen den Alliierten und den Garibaldini zu profilieren, zwischen den restaurativen Kräften und einer linken Diktatur." In den ersten Monaten von 1945 erschien es Agosti realistisch, „daß die GL-Formationen nicht entwaffnet, sondern von den britischen und amerikanischen Streitkräften eingesetzt und als reguläre Truppen anerkannt werden." Das hätte in seinen Augen einen enormen Vorteil für die Aktionspartei im befreiten Italien bedeutet[13].

In diesen Briefen spiegeln sich die Gefühle und weit gesteckten politischen Erwartungen der Aktivisten der Aktionspartei am Vorabend der allgemeinen Erhebung in Norditalien wider. Ihr „moralischer Radikalismus" findet seine Entsprechung in ambitiösen politischen Zielen, die aber in dem parteipolitischen Kräftefeld, das sich nach dem 25. April 1945 herausbildete, nicht in Erfüllung gingen. Die GL-Formationen wurden – wie alle anderen auch – entwaffnet – nie ganz, trotzdem blieb großer Groll zurück. Die Aktionspartei trat in der Erwartung auf die politische Bühne, die neuen demokratischen Kräfte anführen zu können, mußte aber kräftige Rückschläge einstecken. Schon in der Wahl vom 2. Juni 1946 verfehlte sie den erhofften Erfolg bei weitem: Sie ging zwischen den großen Massenparteien der traditionellen Linken, d. h. den Sozialisten und Kommunisten, und den gemäßigten Parteien, d. h. den Christdemokraten und Liberalen, unter[14]. Danach löste sie sich auf; einige Aktivisten schlossen sich anderen Parteien an, aber die Mehrheit zog sich aus der Politik zurück. Die Angehörigen der Aktionspartei waren die

[13] Vgl. ebenda, S. 366–373, 391–407, 430–439, 464–467.

[14] Vgl. Giovanni De Luna, Storia del Partito d'Azione. La rivoluzione democratica (1942/1947), Mailand 1982.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ersten, die das Scheitern der Ideale der Resistenza beklagten. In gewisser Hinsicht wurde damit das Erbe der Resistenza der Parteipolitik entzogen und gleichsam auf einer metapolitischen Ebene der Moral und der Kultur angesiedelt[15].

6. Vor diesem Hintergrund ist das schon genannte Buch von Pavone, Una guerra civile, zu beurteilen. Das Buch ist gemäß dem Interpretationsansatz der „drei Kriege" gegliedert. Das erlaubt es dem Autor, sowohl die Existenz von verschiedenen idealtypischen Protagonisten (Patrioten, Demokraten, Revolutionären) herauszuarbeiten, als auch der Tatsache gerecht zu werden, daß manche Protagonisten nicht so einfach zu beurteilen sind, weil in ihnen mehrere Motive und Zielsetzungen gleichsam koexistieren. Pavone nutzt den analytischen Ansatz der „drei Kriege", um die Komplexität der Motive der verschiedenen Resistenza-Protagonisten zu „zergliedern" und ansichtig zu machen; die Linke steht dabei im Vordergrund. Es ergibt sich daraus aber kein neues historisch-politisches Beurteilungskriterium, obwohl der Autor diesbezüglich häufig scharfsinnige Beobachtungen macht. Die Möglichkeiten, die in dem analytischen Ansatz der „drei Kriege" stecken, werden so in gewisser Hinsicht nicht ausgeschöpft. Die „drei Kriege" bleiben Motivationsraster, eher psychologischer als politischer Natur, die teils unvereinbar sind, teils aber auch übereinstimmen. Sie sind die Kristallisationskerne der neu entstehenden politischen Identitäten und der politischen Kräfteverhältnisse in der heraufziehenden Republik. Anders ausgedrückt: Pavones Ansatz führt nicht zu einer Neubewertung des Widerstandes: er zeigt nicht, „welcher" Krieg oder welches Mischverhältnis der „drei Kriege" die Resistenza kennzeichnete und das Stärkeverhältnis zwischen den Parteien bestimmte, die tatsächlich die neue demokratische Ordnung schufen.

Der Bürgerkrieg, wie ihn die Aktionspartei verstand, revolutionär und mit der Zielsetzung radikaler institutioneller Reformen, war nicht siegreich, wenn man von der Etablierung der Republik absieht. Erfolglos war auch der soziale bzw. antikapitalistische Klassenkrieg, der von der kommunistischen Partei bewußt angestrebt wurde. Siegreich war hingegen der patriotische Krieg, so wie ihn die Christdemokraten, die Liberalen und die Gemäßigten im allgemeinen verstanden.

Das Buch von Pavone ist so eine eindrucksvolle Gruppenbiographie der Protagonisten der Resistenza, die besonders auf die Vielfalt der Motivationen und Positionen der Widerstandskämpfer abhebt. Da sein Hauptaugenmerk nicht der politischen Analyse der Konsequenzen, die sich aus den verschiedenen Motivationslagen ergaben, gilt, sondern den moralischen Antriebskräften der Resistenza, überrascht es nicht, daß Pavone schließlich bei der alten These landet, daß der innovative Schub der Resistenza nach dem Krieg schmählich gestoppt worden sei; Erklärungen dafür, die mehr wären als die Widerspiegelung der Enttäuschung und Frustration der Protagonisten, bleibt er aber schuldig. Pavone ist wie bezaubert vom „moralischen Radikalismus", der vor allem von der Aktionspartei verkörpert wurde und der Resistenza die Signatur einer „bewaffneten Moralität" verlieh – mit dem impliziten Hinweis, daß die Parteipolitik dies alles vernichtet habe[16].

---

[15] Vgl. Norberto Bobbio, Profilo del Novecento italiano, Turin 1986.

[16] Pavone, Una guerra civile, S. 591 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

7. Klar ist, daß man das Konzept des Bürgerkrieges zur Definition der Resistenza aber nicht heranziehen kann, ohne eine enge Verbindung mit den beiden anderen Kriegen, dem patriotischen und dem sozialen, herzustellen. Es ist bekannt, daß sich viele, die sich für den Widerstand entschieden, von patriotischen Gefühlen leiten ließen. Das waren ehrliche persönliche Überzeugungen, die freilich in einem Ton formuliert waren, der uns heute skeptisch stimmt und fast peinlich berührt. Aber das war der Ton einer ganzen Epoche, die uns ziemlich fremd geworden ist. Der zitierte Briefwechsel zwischen Agosti und Bianco ist in dieser Hinsicht besonders nüchtern: Es gibt keine rhetorischen Anspielungen auf die risorgimentale Kontinuität (die später in den Stilisierungen der Resistenza als „zweites Risorgimento" immer wieder auftauchen), es gibt nicht einmal die dringenden Ermahnungen, im Zeichen der nationalen Einheit einen politischen Burgfrieden zu schließen, wie es für die Propaganda der Kommunisten typisch war. Aber überall tritt das Motiv der nationalen Befreiung und das Bedürfnis nach Wiederherstellung der nationalen Würde hervor.

Am eindrucksvollsten und unmißverständlichsten werden die in der Aktionspartei herrschenden nationalen Gefühle von einem anderen linken Antifaschisten aus Piemont bezeugt, von Vittorio Foa. In seinen Erinnerungen schreibt er über einen Text aus dem Jahre 1943, in dem zum politischen Engagement aufgefordert wurde, damit Italien aufhöre, nur noch ein „geographischer Begriff" zu sein: „Die künftige Demokratie konnte ihre Legitimation nicht von außen erhalten, sie mußte sich selbst legitimieren. Die Resistenza präsentierte sich deshalb von Beginn an als Ausdruck des Willens zur Wiederherstellung der verlorengegangenen nationalen Identität." Und noch klarer: „Die Zielsetzung, die verlorene nationale Identität wiederherzustellen, bestätigt die These von der Resistenza als Bürgerkrieg. Die italienische Identität war nicht nur von außen negiert, sondern auch im inneren vom Faschismus entehrt und negiert worden. Wir mußten deshalb den Faschismus unter uns Italienern und in uns bekämpfen."[17]

In Italien trafen folglich 1943 bis 1945 zwei Vorstellungen von Vaterland und Nation aufeinander: eine faschistische, die sich nur mehr auf die Ehre und die Treue zur Vergangenheit berufen konnte, die sich aber als desaströs erwiesen hatte, und eine neue, die auf die Wiederbelebung demokratischer Werte zielte. Der nationale Befreiungskrieg war also insoweit auch ein Bürgerkrieg, als es in seinem Rahmen um die Definition einer neuen nationalen Identität ging. Dagegen läßt sich einwenden, daß damit Antifaschisten und Faschisten auf eine Ebene gestellt würden – und zwar unter Berufung auf den von beiden Seiten ganz anders verstandenen Begriff der Nation; so, als wolle man zwei sozusagen gleichwertige Konzeptionen von Nation miteinander vergleichen. Damit würde man denen zustimmen, die noch heute an faschistischem Gedankengut festhalten, die Resistenza als „nationale Tragödie" erachten und nur deshalb als „Bürgerkrieg" betrachten, weil er ein Bruderkrieg war – und dabei die spezifische Moralität des Widerstands ignorieren oder mißachten.

[17] Vittorio Foa, Il cavallo e la torre. Riflessioni su una vita, Turin 1991, S. 137 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

In Wahrheit bedeutet die Anerkennung des Aspekts des Bruderkrieges im nationalen Befreiungskrieg mitnichten eine ethische Entwertung des nationalen Befreiungskampfes. Im Gegenteil: Damit wird der Wert der Option für ihn als eines riskanten Bekenntnisses für eine gerechte Sache gegen eine andere, als falsch erkannte, nur noch erhöht. Der ethische Gehalt des Bürgerkrieges liegt in dieser Entscheidung einiger weniger, auf eigene Faust im Namen der Wiedergeburt einer ganzen Nation zu handeln. Diese wenigen nahmen die moralische Last auf sich, zu kämpfen und die Gegner – trotz ihrer Zugehörigkeit zur selben Nation – als Feinde der Nation zu verurteilen. Die Partisanen waren historisch im Recht, weil sie mit der Demokratie auf ein Gut zielten, von dem neben der passiven Mehrheit der Bevölkerung auch die Gegner profitieren würden. Im umgekehrten Fall, d.h. bei einem Sieg der Faschisten, hätte davon gerade nicht die Rede sein können.

Zusammenfassend kann man also sagen, daß mit der Betonung des Aspekts des Bürgerkrieges im Partisanenkrieg auch ein neues Verhältnis zwischen Nation und Demokratie gemeint ist. Mit der Nowendigkeit der Wiedergewinnung der Demokratie mußten auch die Fundamente der gemeinsamen nationalen Identität neu überdacht werden; sowohl das Einende als auch das Trennende wurde neu bestimmt, und die Nation wurde dabei nicht abgeschafft, sondern neu definiert. Die Resistenza wird dann endgültig gewonnen und die Nation neu strukturiert haben, wenn in den offiziellen Feiern zum 25. April, in denen an die Ursachen des nationalen Befreiungskrieges erinnert wird, eine spontane Geste des Respekts erfolgt – eine Geste für die, die auf der anderen, der falschen Seite gefallen sind (die die falsche bleibt), und zwar ohne die Furcht, daß diese Geste das Vorspiel einer heimlichen Rehabilitierung des Faschismus ist.

8. Das Motiv, einen Bürgerkrieg zur Wiedergewinnung der Demokratie zu führen, verband sich im Denken vieler Widerstandskämpfer mit der Absicht, einen „sozialen Krieg" zu führen, um der Demokratie gleichsam einen neuen solidarischen Geist einzuhauchen oder um den Sozialismus zu realisieren. Für viele Widerstandskämpfer (nicht nur Sozialisten und Kommunisten, sondern auch für Angehörige der Aktionspartei) gewann so der antifaschistische Kampf den Charakter eines bewaffneten Antikapitalismus. Das war aber, kaum daß man über die feierliche Proklamation solcher hehrer Prinzipen hinaus wollte, eine schon in theoretischer Hinsicht diffuse Position; vor allem aber war sie schwer umzusetzen, wenn es gegen die leibhaftige „Bourgeoisie" ging. Mit einzelnen Angehörigen der bürgerlichen Klasse oder mit einzelnen Kapitalisten, die mit der Republik von Salò kollaboriert hatten, scharf ins Gericht zu gehen, war relativ leicht. Wie aber sollte man die Industriellen behandeln, die den „historischen" Faschismus von vor 1943 unterstützt, sich vom Salò-Faschismus aber mehr oder weniger deutlich distanziert hatten, ohne sich deshalb schon ausdrücklich zu einem militanten Antifaschismus zu bekennen? Die Begründung oder, wenn man so will, das Alibi für dieses Verhalten der Industriellen lautete: Die deutschen Besatzer bestanden auf der Fortsetzung der Kriegsproduktion und drohten bei Widersetzlichkeit mit dem Abbau und der Verlagerung der Maschinen nach Deutschland. Deshalb war Vorsicht geboten im Umgang mit den Nazifaschisten, um die Fabriken zu retten, die

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Kriegsende beim Wiederaufbau dringend benötigt wurden; das sei auch im Sinne der Arbeiter gewesen. Die großen Arbeitgeber warteten also ab, sie knüpften gleichzeitig geheime Kontakte zu den Alliierten und gingen 1944/45 sogar dazu über, den antifaschistischen Untergrund in den Städten und einige Partisanenformationen in den Bergen zu unterstützen. Ob es sich dabei um bloßen Opportunismus, doppeltes Spiel oder um echte Überzeugung handelte, ist schwer zu entscheiden. Die Folge war jedenfalls, daß die marxistischen Parteien nach 1945 Schwierigkeiten hatten, die Kapitalisten und die Bourgeoisie unter Berufung auf die Komplizenschaft oder Identität von Faschismus und Kapitalismus als Klasse anzuklagen. Die Resistenza als „Klassenkrieg" verlor so ihr naheliegendstes Ziel. In der Folgezeit war es sogar schwierig, eine tiefgreifende Säuberung im Bereich der Wirtschaft herbeizuführen.

Aus der historischen Rückschau bleiben in diesem Zusammenhang zwei Fragen offen: die eine bezieht sich auf die Konfliktbereitschaft der Arbeiterschaft in den Jahren 1943 bis 1945 und ihre Bedeutung für den antifaschistischen Kampf; bei der anderen Frage geht es darum, wem die Rettung der norditalienischen Fabriken vor dem deutschen Zugriff als Verdienst anzurechnen ist. Über beide Themen gibt es so eine Art Selbststilisierungsliteratur, vor allem von kommunistischer Seite, in der die Arbeiterklasse in zweierlei Hinsicht mythisiert wird – zum einen wegen ihres angeblich entschiedenen Antifaschismus, der sich schon in den Märzstreiks von 1943 geäußert und den Sturz des Regimes mitbewirkt haben soll[18], und zum anderen als Retterin der großen Fabriken.

Aus einer genaueren Analyse der Streiks in den großen Industriestädten Norditaliens ergibt sich ein anderes Bild: Der Protest der Arbeiterschaft hatte seine Wurzeln in den immer verzweifelter werdenden Lebensumständen; die Streiks hatten vor allem die Erhöhung der Löhne zum Ziel. Die streikenden Arbeiter wußten aber zugleich auch, daß es nicht mehr nur um den Lohn allein ging, sondern auch um die Machtstruktur, die ihren eigentlichen Halt im faschistischen Regime hatte, das es so bald wie möglich zu beseitigen galt. Abwarten („attendismo") zahlte sich nicht mehr aus. Der Protest der Arbeiter floß so mit den politischen Positionen der vor allem kommunistischen Antifaschisten zusammen, die sich mehr oder weniger verdeckt in den wichtigsten Fabriken organisierten.

Es ist heute leicht, die Mythenbildung zu kritisieren, die es der Linken damals erlaubte, den Klassenkampf in den Betrieben als Ausdruck und Bestandteil der Resistenza zu betrachten. Dieser Mythos hat die bewaffneten Arbeiter in den Bergen selbstverständlich mit den Arbeitern in den Betrieben identifiziert und sich zunächst gar nicht darum gekümmert (oder ideologisch verklärt), wie der Lohnstreik gegen die Arbeitgeber und der patriotische Krieg gegen die Deutschen auf einen Nenner gebracht werden könnten.

Die Lösung dieses Problems hat wenig mit der Annahme zu tun, die Arbeiterschaft in den Betrieben habe aufgrund ihrer angeblichen Aktionsfreiheit ein gleichsam neu-

[18] Vgl. Tim Mason, Gli scioperi di Torino del marzo 1943, in: L'Italia nella seconda guerra mondiale e nella Resistenza, S. 399–422, und Renzo De Felice, Mussolini l'alleato, Turin 1990, S. 921–958.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

trales und instrumentelles Verhältnis zur politischen Bewegung der Resistenza gehabt[19]. In Wirklichkeit waren die angedeuteten Streikformen typische und wichtige Formen der „Resistenz"; dem faschistischen Regime und seinen Strukturen Schaden zuzufügen war beabsichtigt, nicht nur eine objektive Konsequenz der Streiks. Es handelte sich um „Resistenz"-Formen, die sich langsam aus dem „attendismo" ergaben und der Ausbildung eines politischen Bewußtseins vorausgingen – ein Prozeß, der von Ort zu Ort variierte und je nach den äußeren Umständen anders verlief.

Die Rettung des norditalienischen Industriepotentials vor dem Zugriff der Deutschen, aber auch vor der Bombardierung der Alliierten, lag im Interesse aller: im Interesse der Deutschen, die die Fabriken bis an die äußerste Belastungsgrenze nutzten, weil ihr Abtransport technisch kaum möglich oder unwirtschaftlich gewesen wäre; im Interesse der Alliierten, die an den Wiederaufbau dachten, und im Interesse von Eigentümern und Belegschaft, denen daran gelegen war, das Industriepotential und die Rohstoffe für die Zukunft zu erhalten. Schwer zu sagen, ob damit die Unwägbarkeit der damaligen Situation, die immer am Rande der Katastrophe war, nicht unterschätzt wird. Keinesfalls unterschätzen darf man aber den positiven Effekt, der von dem ständigen Druck der Arbeiter auf die Arbeitgeber, die deutschen Besatzer und die Alliierten ausging.

9. In der Widerstandsliteratur ist der bereits mehrfach erwähnte Begriff „attendismo" sehr negativ besetzt; „attendista" ist ein fast genauso schlimmer Vorwurf wie Kollaborateur. Gemeint ist damit das passive Abwarten, bis der Krieg gegen die deutsche Wehrmacht und die Faschisten gewonnen war. Als Motive für diese Haltung werden im allgemeinen angeführt: die Erschöpfung nach den Schicksalsschlägen, die Italien schon erlitten hatte; die offenkundige Unmöglichkeit, militärisch bedeutsame Aktionen zu starten, und – nicht zuletzt – der Wunsch, nicht weiter unnötig Blut von Italienern zu vergießen. Dahinter konnte sich schierer Opportunismus und eine Haltung verbergen, die man nach dem Krieg als „qualunquismo" bezeichnete, also eine Mischung aus Gleichgültigkeit, Politikverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit. Diese Motive konnten sich aber auch mit ehrenwerten Gründen verbinden, vor allem wenn der Einzelne sich auf religiöse Überzeugungen berief oder wenn sie mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Alliierten zu tun hatten.

Die Mehrheit der Bevölkerung in Nord- und Mittelitalien zog sich Anfang der vierziger Jahre aus dem Faschismus zurück und distanzierte sich von der Republik von Salò. Das hieß aber nicht, daß sie damit schon die Partisanen unterstützt oder gar die Konzepte einer radikalen bzw. sozialistischen Demokratie mitgetragen hätte, die viele Exponenten des Widerstandes entworfen hatten. Der „attendismo" war und blieb Ausfluß einer apolitischen Haltung, auch bei denen, die sich Jahre zuvor für die imperialistischen Errungenschaften des Faschismus begeistert hatten. Unter den Abwartenden fanden sich viele Angehörige des öffentlichen Dienstes, viele geläuterte, veräng-

[19] Vgl. Gobbi, Il mito della Resistenza, S. 46.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stigte oder auch nur feige Faschisten. Außerdem gilt es zwischen städtischen und ländlichen Gebieten zu unterscheiden. Auf dem Lande geriet die Bevölkerung häufig in Kontakt mit den Partisanen; die Beziehungen waren ambivalent und großen Wandlungen unterworfen, vieles hing von den Umständen ab. In vielen Fällen entsprang das Abwarten schierem Egoismus, in anderen aber schloß „attendismo" Gesten der Solidarität mit politisch Verfolgten, Deserteuren und Juden keineswegs aus. Der nächste Schritt war dann der passive oder aktive Widerstand, wie schon am Beispiel der Arbeiterschaft gezeigt worden ist. Der „attendismo" war also höchst komplexer Natur; er war unterschiedlich motiviert und konnte sich in allen möglichen Formen ausdrücken.

Die Linke hat den Katholiken häufig vorgeworfen, den „attendismo" gefördert und gedeckt zu haben. Um Klarheit über diesen Punkt zu gewinnen, muß man zwischen dem politisch organisierten Katholizismus, der Democrazia Cristiana und den katholischen Partisanenformationen unterscheiden. Letztere haben sich vor allem im Nordosten Italiens wacker geschlagen und mit den anderen Partisanenverbänden eng zusammengearbeitet, ohne freilich ihre ideellen und ideologischen Anliegen aufzugeben: den eindeutigen Vorrang des militärischen vor dem politischen Kampf, die parteipolitische Ungebundenheit der Formationen, die Weigerung, „terroristische" Aktionen zu starten, die Vergeltungsmaßnahmen provozieren konnten. Daraus erwuchs Mißtrauen und der Vorwurf des „attendismo", den vor allem die kommunistischen und der Aktionspartei verbundene Partisanen erhoben – Vorwürfe, die aber von den Katholiken stets energisch zurückgewiesen wurden[20].

Komplexer sind die Dinge, wenn man sich dem offiziellen Katholizismus, also dem Episkopat und den großen Laienorganisationen, zuwendet. Die Durchsetzung und Akzeptanz des Binoms „Antifaschismus – Demokratie" war hier „weder geradlinig, noch weitgehend vorbestimmt."[21] Der Sturz des Faschismus und die Schwäche der Regierung Badoglio, die im Juli 1943 die Macht übernahm, überraschten die Kirche und riefen trotz oder vielleicht sogar wegen der starken Position, die sie im Faschismus erlangt hatte, ein Gefühl großer Unsicherheit hervor. Diese starke Position, die im übrigen mit der Entpolitisierung bzw. parteipolitischen „Entbindung" der Katholiken teuer erkauft worden war, erklärt die enormen Einflußmöglichkeiten, über die der Klerus und der Vatikan während und nach der Zeit des Widerstandes geboten, die Unsicherheiten bei der Gründung der Democrazia Cristiana und – nicht zuletzt – die Schwierigkeiten, die De Gasperi hatte, ehe er seine Strategie der antifaschistischen Zusammenarbeit durchzusetzen vermochte.

Die Führung der katholischen Kirche hatte eine Heidenangst davor, daß unter dem Banner der antifaschistischen Eintracht der Kommunismus an die Macht gelangen könnte. Der Antikommunismus war zwar im Widerstand stark abgeschwächt worden; nicht wenige hellsichtige Beobachter hatten aber das Gefühl, es handle sich nur um

[20] Vgl. Gianfranco Bianchi, I cattolici, in: Leo Valiani/Gianfranco Bianchi/Ernesto Ragionieri, Azionisti, cattolici e comunisti nella Resistenza, Mailand 1971, S. 197 f.

[21] So Francesco Traniello, Il mondo cattolico italiano nella seconda guerra mondiale, in: L'Italia nella seconda guerra mondiale e nella Resistenza, S. 365.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Art Waffenstillstand, der von der „großen" internationalen Politik im Zeichen der Anti-Hitler-Koalition erzwungen worden sei. Darüber hinaus weckte die beabsichtigte Reetablierung der Demokratie alte Reserven; man fürchtete, die Demokratie könne dem Trend der Säkularisierung und sozialen Anomie weiter Vorschub leisten. Deshalb versuchte man, die künftige Demokratie durch den Einbau korporativer Elemente zu „entschärfen" und Vorkehrungen gegen den vor allem von den Sozialisten und Kommunisten repräsentierten politischen Radikalismus zu treffen; in diesem Zusammenhang setzte man vor allem auf die möglichst lange Anwesenheit alliierter Truppen in Italien.

Die Kirche hatte mithin eine in politischer und sozialer Hinsicht mäßigende Funktion. Damit zog sie fast automatisch alle Hoffnungen des „attendismo" auf sich und verwandelte sie in eine gemäßigte politische Haltung, die den Nährboden der Democrazia Cristiana bildete. Im übrigen war die Kirche bestrebt, ihre autonome und privilegierte Position auch im neuen Staat zu wahren; sie verlangte die Anerkennung der 1929 geschlossenen Lateran-Verträge und ihre Einbeziehung in die republikanische Verfassung. Die Democrazia Cristiana machte sich diese Forderungen zu eigen und fand dabei unerwarteterweise Unterstützung durch die Kommunistische Partei, die sich damit als breite, auch für religiöse Gefühle sensible Volkspartei profilieren wollte.

10. Die Pläne und Ziele, die die kommunistische Partei im und nach dem Widerstand verfolgte, werden oft mit dem Etikett „Doppelstrategie" versehen. Gemeint ist damit einerseits die Entschlossenheit zum Aufstand und andererseits die Bereitschaft zur loyalen Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistischen Parteien, die besonders Palmiro Togliatti, dem unbestrittenen, 1944 aus dem Moskauer Exil zurückgekehrten Führer, am Herzen lag. In Wirklichkeit ist es aber alles andere als leicht, die „Doppelstrategie" der Kommunisten genau zu definieren. Sie hat zwei Dimensionen: Erstens die Spannung zwischen der Aufstands- und Umsturzbereitschaft eines erheblichen Teils der kommunistischen Basis, vor allem der Partisanen, und den von der Parteiführung eingeschlagenen Kurs, auf legalem parlamentarischen Weg zu einer „democrazia progressiva" zu gelangen; zweitens die Schwankungen und strategischen Unklarheiten der Führung und auch von Togliatti, der sich die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus und der bürgerlichen Demokratie von einer „Aktion der Massen" erwartete; wie diese aussehen und ob sie sich unbedingt im Rahmen der Legalität bewegen sollte, sagte er aber nicht.

Togliatti hat nie ernstlich an einen gewaltsamen Umsturz gedacht. Aber die Realisierung seiner Vision, die Schaffung einer „democrazia progressiva", war mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Unabdingbare Voraussetzung war die ständige Mobilisierung der Massen durch die unzähligen parteinahen, das ganze Land umspannenden Organisationen; außerdem die rigorose Zentralisierung der Partei und die Schaffung von geheimen bewaffneten Selbstverteidigungskadern, bei denen sich aber kaum genau sagen läßt, ob sie bloße Ordnungskräfte waren oder die potentielle Avantgarde der Revolution. Am besten läßt sich die Politik Togliattis in den Jahren 1945 bis 1947 mit der

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Losung „Regierungspartei und soziale Opposition" umschreiben. Zu dieser Politik gehörten Kommunikationsformen und eine Rhetorik der Revolutionsbeschwörung, die den Eindruck erwecken konnte, der PCI halte die „formale" parlamentarische Demokratie nur für eine Übergangserscheinung auf dem Weg zur „wirklichen" sozialistischen Demokratie; auch die „democrazia progressiva" sei auf diesem Weg nur eine Etappe.

Die intransigenten kommunistischen Partisanen akzeptierten die Strategie Togliattis nur zähneknirschend; in ihren Augen setzte der Parteichef ihren antikapitalistischen Krieg nun mit politischen Mitteln fort. Togliatti wußte das, ihn drückte deshalb die Sorge, die ungeduldigsten seiner Genossen könnten sich durch gegnerische Provokationen zu illegalen Aktionen hinreißen lassen. In dieser Sorge äußerte sich vielleicht auch seine mit Mißtrauen gemischte Verständnislosigkeit gegenüber dem Wert der Resistenza. Togliatti, so hat sein Biograph Giorgio Bocca geschrieben, „akzeptierte den Partisanenkrieg als Politiker, der sich den Zwängen der Gegenwart nicht widersetzte, ohne aber wirklich an ihn zu glauben. Ganz Stalinist, war er überzeugt, daß das, was zählte, vor allem der große Faktor der UdSSR und die Macht war, die sich die Partei im Staat zu sichern wußte."[22]

Togliattis Strategie des eigenen nationalen Weges zum Sozialismus war eingebettet in eine genau umrissene Vision der internationalen Konstellationen. Die Sowjetunion und der Mythos von Stalin waren darin feste Größen, in den Augen Togliattis allerdings Größen, die zur Zusammenarbeit mit dem Westen bereit waren und ein Klima der Entspannung schaffen wollten. Der Parteichef des PCI konnte ja nur auf die indirekte Unterstützung durch Moskau setzen. Direkte sowjetische Einflußnahmen waren in Italien – anders als in Osteuropa – ausgeschlossen, weil Italien zur westlichen Welt gehörte. Togliattis Pläne kamen deshalb auch nur im Klima der west-östlichen Zusammenarbeit voran. Die Verhärtung der Blöcke im Kalten Krieg war ein schwerer Schlag für seine Politik. Die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ost und West nach 1947 zwang den PCI, sich vorbehaltlos zum sowjetischen Block zu bekennen – mit der Folge, daß die Attraktivität der Partei schwand und ihre Wahlaussichten sich erheblich verschlechterten.

Nicht minder bedeutsam waren die Rückschläge im Innern der Partei. In einer dramatischen Sitzung des Zentralkomitees im Oktober 1947 sprach Togliatti so deutlich wie kaum einmal über seine Doppelstrategie: „Man fragt sich, ob es heute eine Möglichkeit zum revolutionären Umsturz gibt? Ich glaube, daß die Frage so nicht richtig gestellt ist. Aber sicherlich kann man als Kommunist eine solche Möglichkeit nicht auf ewig ausschließen (...). Es ist notwendig, einige Fragen der Organisation zu prüfen, neue Maßnahmen zu treffen und sich schließlich vorzubereiten – wenn nicht auf die Illegalität, dann sicher auf einen sehr schweren Kampf."[23]

In dieser vagen Formel vom „sehr schweren Kampf" steckte allerdings – etwas verhüllt vom kämpferischen Pathos – auch die Anerkennung der legalen demokratischen

[22] Giorgio Bocca, Palmiro Togliatti, Bari 1973, S. 389.
[23] Zit. nach Di Loreto, Togliatti e la „doppiezza", S. 204.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Spielregeln und Bindungen, die der PCI respektierte (und die er auch in der Folgezeit respektieren würde). Innerhalb dieser Bindungen und Regeln wurde übrigens auch der „revolutionäre" Drang der Resistenza kanalisiert und schließlich aufgehoben. Sehr zum Leidwesen vieler kommunistischer Partisanen, denen es schon schwer gefallen war, mit der „ausgebliebenen Säuberung"[24] und der überstürzten Amnestierung vieler belasteter Faschisten fertig zu werden, die Togliatti als Justizminister ins Werk gesetzt hatte. Aus dieser Enttäuschung entstand – vielleicht als eine Art Kompensation – der Mythos von der „verratenen" Resistenza, der dazu beitrug, eine ähnliche, aber anders motivierte Empfindung zu bestärken, die sich der Aktionspartei bemächtigt hatte. Schon im Oktober 1946 klagte Piero Calamandrei, eine der herausragendsten Figuren der Aktionspartei, über das Nachlassen der „unerhörten Anspannung des Geistes", die für die Resistenza charakteristisch gewesen sei; er sprach nun nicht mehr von Resistenza, sondern von „Desistenza", also von Rückzug oder Verzicht. Norberto Bobbio, auch er Mitglied der Aktionspartei und später einer der führenden Intellektuellen Italiens, hat diese Einschätzung später bestätigt: „Die Resistenza war nun eine nur noch moralische Idee geworden, ein *Mythos*, der – wer weiß – als volkstümliche Legende wiedererstehe (was aber nicht geschah). Sie war nicht mehr Geschichte oder besser: sie war abgeschlossene Geschichte."[25]

11. Bevor wir diese problematische Äußerung zu interpretieren versuchen, lohnt es sich, das Werk von Renzo De Felice näher zu betrachten. Der römische Historiker antwortete auf die Frage, ob die Resistenza „grundlegend" für die italienische Demokratie gewesen sei, oder ob es sich nur um eine, wenn auch wichtige, Episode in einem geschichtlichen Ereigniszusammenhang gehandelt habe, der reich an anderen entscheidenden Begebenheiten gewesen sei: „Die Resistenza ist sicherlich mehr als nur eine historische Episode neben anderen, auch wenn der Begriff ‚grundlegend' mich nicht überzeugt. Sie war ein Ereignis von entscheidender Bedeutung, aber eine bloße Übergangserscheinung, die auftaucht und zuviele Kompromisse nach sich zieht."[26]

Für den „Revisionisten" De Felice ist die Resistenza also eher ein Phänomen des Übergangs denn die Basis der Neugründung von Staat und Nation. Er sieht im Widerstand ein politisches Ereignis, das bereits die Keime dessen in sich trug, was später zur Parteienherrschaft wurde. Ausgangspunkt dieser Thesen ist eine Verschiebung des Blickwinkels – weg von der Resistenza als autonome politisch-militärische Unternehmung, hin zu den sie konditionierenden Rahmenbedingungen, d.h. zu einem größeren Aktionsfeld, auf dem auch viele andere Akteure zu finden sind: das durch die Ereignisse des 25. Juli und vor allem des 8. September 1943 traumatisierte Volk; die in den äußersten Süden geflohene monarchische Regierung, die von den Alliierten als einzig le-

[24] Vgl. Hans Woller, „Ausgebliebene Säuberung"? Die Abrechnung mit dem Faschismus in Italien, in: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1991, S. 148–191.

[25] Bobbio, Profilo, S. 175.

[26] Vgl. La Stampa, 1.9.1993

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gale Regierung anerkannt und von den antifaschistischen Parteien – im positiven wie im negativen – als Bezugspunkt angesehen wurde; die westlichen Alliierten mit ihren noch ganz unbestimmten politisch-strategischen Plänen; die Deutschen als „Verbündete und Besetzer" in Mittel- und Norditalien, das zur Republik von Salò geworden war; die italienischen Neofaschisten, die längst nicht so homogen waren, wie es der heutigen Geschichtsschreibung erscheint. Erst aus der Interaktion dieser Faktoren[27] entstand ein Koordinatensystem, aus dem das neue Italien hervorging. Dieses berief sich in legitimatorischer Absicht offiziell auf den bewaffneten Widerstand. Aber die Gegensätze und Widersprüche innerhalb der Resistenza konnten nur durch Kompromisse überbrückt werden, die Basis *und* Hypothek der wiedererrichteten Demokratie waren.

Besonderes Augenmerk widmet De Felice dem völligen Zusammenbruch jeglicher staatlicher Autorität nach der Kapitulation gegenüber den Alliierten und der kopflosen Flucht von König und Ministerpräsident nach Süditalien, um der Verhaftung durch die nun zu Feinden gewordenen Deutschen zu entgehen. Nicht zufällig trägt eines der wichtigsten Kapitel seines neuen Buches „Guerra civile 1943–45" die Überschrift: „Die nationale Katastrophe des 8. September und die Tragödie des Volkes zwischen Faschisten und Partisanen." Mit der Präposition „zwischen" will der römische Historiker betonen, daß das italienische Volk sowohl die Resistenza als auch die Republik von Salò ablehnte; es stand abseits. Wie erwähnt, wird auch in der traditionellen Resistenza-Literatur das Problem angeschnitten, daß große Teile der Bevölkerung den Partisanen mit Mißtrauen begegneten; auch mit dem allgemeineren Phänomen des „attendismo" setzte man sich auseinander. De Felice weist das negative Urteil, das in Begriffen wie „attendismo" steckt, zurück. Er geht den Gründen nach, die die Entmutigung des Volkes und die Distanz zu den Partisanen und den Faschisten erklären können.

Ausgangspunkt seines Erklärungsansatzes ist das „Trauma des 8. September", das seines Erachtens den Großteil der Bevölkerung davon abhielt, sich politisch oder gesellschaftlich zu engagieren (oder gar am bewaffneten Kampf teilzunehmen), und das in vielen Menschen ein totales Mißtrauen gegenüber dem Staat weckte. Hierin haben die Passivität und die Ablehnung der Spirale der Gewalt ihre Ursache, die mit ihren Attentaten, Vergeltungsschlägen und Einschüchterungen fester Bestandteil des Bürgerkrieges war; der Großteil des Volkes verweigerte sich dem, zumal es die „Befreiung" ausschließlich von den alliierten Truppen erwartete. Hinzu kommt, daß viele Exponenten der Republik von Salò zur Mäßigung neigten. De Felice widmet diesem Punkt einige Seiten, um das überaus simple Bild zu korrigieren, das man sich gewöhnlich vom Personal des faschistischen Staates macht. In Salò, so De Felice, gab es nicht nur viele blutrünstige Fanatiker und einige verwirrte Idealisten. Der römische Historiker lenkt den Blick auf die große Zahl der Beamten, die auch in Salò an ihrer alten Rolle als „Staatsdiener" festhielten, um das Leben der Menschen zu erleichtern, und er verweist auf die Schicht der – fast möchte man sagen – Faschisten mit Weitblick: Diese

[27] Vgl. das Manuskript des letzten Bandes der Mussolini-Biographie, S. 260.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hielten die Niederlage des Faschismus für unvermeidlich, gingen deshalb auf Distanz zu den Deutschen und verfolgten eine Politik der „nationalen Versöhnung", um die Wiedererrichtung eines neuen Staates zu erleichtern. So anmaßend und zweideutig solche Vorstellungen auch gewesen sein mögen, sie wirkten beruhigend und weckten in der Bevölkerung das Gefühl, es seien die Antifaschisten, die die Gegensätze verschärften und immer mehr Gewalt entfesselten. Es versteht sich von selbst, daß die Antifaschisten diese „versöhnlerische" Haltung scharf bekämpften – und zwar im Namen eines „revolutionären" Bruchs mit der Vergangenheit. Darüber, was als Bruch zu verstehen war, kam es aber zu tiefgreifenden Differenzen zwischen den gemäßigten Kräften der Liberalen und Christdemokraten und den radikalen Kräften der Sozialisten, Kommunisten und der Aktionspartei.

Was die Resistenza als militärisches Unternehmen anbetrifft, betont De Felice einige Probleme, die er für ganz entscheidend hält: die Finanzierung der Partisanen, die vor allem im Herbst 1944 äußerst schwierig war, und die Beziehung zwischen Resistenza und Alliierten. Beide Probleme sind enger miteinander verknüpft, als es auf den ersten Blick erscheint[28]. Das liegt nicht nur daran, daß die Abhängigkeit der Partisanen von alliierter Hilfe immer größer wurde, vor allem nachdem die Führung der Resistenza ihr ursprüngliches Konzept, mit kleinen Gruppen zu agieren, aufgab und sich auf die Bildung eines „großen Befreiungsheeres" konzentrierte. Dabei handelte es sich um eine ideologisch-politische Entscheidung vor allem der Kommunisten, die die anderen Partisanenformationen ebenfalls auf diese Linie verpflichteten. Mit den ursprünglichen Plänen der Alliierten stand dieser Kurswechsel nicht in Einklang. Diese hätten kleinere Partisaneneinheiten bevorzugt, die hinter den feindlichen Linien operieren und den eigenen Vormarsch flankieren sollten. Schließlich akzeptierten die Alliierten aber die Entscheidung der Resistenza; sie respektierten die Autorität des Befreiungskomitees für Norditalien, schlossen aber präzise Verträge mit ihm für die Zeit des Regimewechsels und die unmittelbare Zeit danach. Einige Partisanenführer unterzeichneten diese Verträge in der Absicht, sie je nach Lage der Dinge zu respektieren oder nicht; die Verträge boten Raum für unterschiedliche Interpretationen, und sie lieferten Stoff für späteren leidenschaftlichen Streit im Lager der Resistenza. Fest steht aber, daß die Alliierten ihre wichtigsten Ziele erreichten, die sie sich beim Abschluß der Vereinbarungen mit der Resistenza vorgenommen hatten: die geordnete Übergabe der befreiten Zonen von den Partisanen an die alliierte Militärverwaltung und dann an die Regierung in Rom, und die Entwaffnung der Partisanen. Gewiß, letzteres gelang 1945 nur teilweise; aber die versteckten Waffen wurden später nie für umstürzlerische Zwecke eingesetzt, denn auch die hitzköpfigsten Revolutionäre stellten sich schließlich – wie schon erwähnt – auf den Boden der Legalität des neuen demokratischen Staates.

Das Problem der Beschänkungen, die die (radikalen politischen und sozialen Experimenten eher abgeneigten) Alliierten dem neuen italienischen Staat angeblich auferlegten, gehört zum Ursprungsmythos der „verratenen" Resistenza. Für De Felice

[28] Vgl. dazu Pizzoni, Alla guida, passim.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stellt sich dieses Problem anders; für ihn spiegeln sich im Lamento über die alliierten Behinderungen die Grenzen und Widersprüche des Widerstandes, die später auf das Parteiensystem übergingen, das sich aus der Resistenza entwickelte. De Felice hebt in diesem Zusammenhang zweierlei hervor: daß die Resistenza der Republik nur eine schwache Legitimationsbasis zu geben vermochte, vor allem hinsichtlich der Bindung an die Nation und hinsichtlich der Schaffung eines kräftigen Gemeinsinns; und daß die Kräfte des Antifaschismus einer Tendenz zur Durchdringung und „Aufteilung" von Staat und Gesellschaft durch die Parteien Vorschub leisteten und damit eine „Republik der Parteien" schufen, die bereits die Keime der heutigen Krise in sich trug.

Aus Platzgründen kann auf diese Argumente nicht ausführlich geantwortet werden. Ich möchte mich deshalb auf seine überaus simple These beschränken, es gebe eine direkte Beziehung zwischen der Art und Weise, wie die Parteien in den Befreiungskomitees 1943–1945 agierten und ihre Verteilungsprobleme lösten, und den anstößigen Mechanismen des Parteiensystems der achtziger Jahre. Ich glaube nicht, daß man die ein halbes Jahrhundert währenden Praktiken des Ausgleichs zwischen den Parteien unter dem schändlichen Etikett des „consociativismo" subsumieren kann. Die Kompromisse in der Anfangszeit der Befreiungskomitees und in der Formierungsphase der Republik, das politisch-soziale Gleichgewicht in den Jahren des Kalten Krieges, die Praxis des do ut des in den Jahrzehnten danach, die Anmaßung des „historischen Kompromisses" können keinesfalls als notwendige Etappen oder als notwendiges Präludium auf dem Weg zum „sistema delle tangenti" (System der Schmiergelder) betrachtet werden. Plausibler ist dagegen De Felices Kritik, wenn er das Fehlen eines starken National- und Gemeinschaftsgefühls in Italien beklagt. Aber auch dafür wird man nicht einfach die Resistenza verantwortlich machen dürfen, die – wie wir schon gesehen haben – durchaus eine starke nationalpatriotische Komponente hatte. Der Diskurs über die „Euthanasie der Nation" ist doch sehr viel komplexer[29].

12. Zum Schluß wenden wir uns noch einmal dem Problem zu, das in dem Zitat von Bobbio anklang. Der Turiner Philosoph weist den „Mythos der Resistenza" nicht ganz zurück, sieht im Widerstand aber andererseits eine „abgeschlossene Geschichte". Die Linke hat in der Tat auf vielfältige Weise versucht, das Wertepotential der Resistenza als sinnstiftend für die Republik zu definieren. Das Potential – so sagte man – sei durch die rituelle Beschwörung des Befreiungskrieges nicht erschöpft, die antifaschistischen und demokratischen Ideale der Resistenza seien noch nicht verwirklicht. Der Faschismus sei als Regime beendet, aber er lebte fort im Neofaschismus, in der „Jedermann"-Bewegung der vierziger Jahre, der Faschisierung der staatlichen Behörden in den fünfziger Jahren, den Staatsstreichsversuchen der Rechten in den fünfziger und sechziger Jahren, in den „Blutbädern" der siebziger und achtziger Jahre, im historischen „Revisionismus" der achtziger Jahre, im Rassismus der neunziger Jahre. Unter diesen Voraussetzungen verwandelt sich die historische Resistenza in ein Phänomen, das gleich-

[29] Vgl. meinen Artikel, Die Nation als Interessengemeinschaft? Zur Herausforderung der Lega in Italien, in: Merkur 48 (1994), S. 15–25.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sam idealtypisch alle Gegengifte gegen die sozialen und politischen Pathologien der Gegenwart enthält, die ihrerseits zu einer übertriebenen Vorstellung von Faschismus zusammengefaßt werden. So betrachtet ist die Resistenza Ausgangspunkt und Stimulus eines Demokratisierungsprozesses, der noch nicht abgeschlossen ist – von daher auch das Diktum: die Resistenza „geht weiter".

Diese Argumentation ist in volkspädagogischer Hinsicht vielleicht legitim. Sie enthält aber einige „mythische" Elemente, die nicht mehr erkannt werden können, wenn die Resistenza zur Verkörperung von demokratischer und staatsbürgerlicher Moralität erhöht wird; der politisch-historischen Falsifizierung ist sie dann ja nicht mehr zugänglich. Vor allem wird die Tatsache übersehen, daß der Widerstand einherging mit einem scharfen politischen Wettstreit, der in der „im Widerstand geborenen" Verfassung und in der Etablierung einer „Republik der Parteien" seinen Niederschlag gefunden hat. Wenn dieses System heute in einer tiefen Krise steckt, dann ist daran weder die wiedererstarkte umstürzlerische Rechte noch die staatsbürgerliche Unmoral Schuld, die sich – so 1944 der junge Agosti – auf das „dreckige Konglomerat reaktionärer Interessen" zurückführen lasse. Das Wesen der aktuellen politischen und moralischen Krise in Italien ist mit den Standard-Argumenten des antifaschistischen Widerstandes nicht zu erfassen.

Von manchen wird hier eingeworfen, das Erbe der Resistenza sei ebenso aufgebraucht und hinfällig wie das politische System, das der Widerstand hervorgebracht habe. Die fällige „Entmythisierung" des Resistenza-Erbes müsse bei den Ursprüngen beginnen, also bei den Verfassungskompromissen und -vereinbarungen nach 1945, die in nuce die Entstehung jener „Verteilungs"- und „Bedienungs"-Praktiken begünstigten, die schließlich zur Lähmung der Demokratie führten. Ich glaube nicht, daß diese Einschätzung angemessen ist. Mit ihr ist nämlich das Risiko eines unhistorischen Urteils verbunden, weil politische Entwicklungen, die andere Ursachen haben, um Jahrzehnte zurückdatiert werden. Insbesondere ist die Behauptung irreführend, das ursprüngliche Einvernehmen zwischen den sogenannten Verfassungsparteien habe von Beginn an einen demokratischen Machtwechsel zwischen den konservativen und den progressiven Parteien verhindert. Der Verfassungskonsens hätte genausogut als notwendige Voraussetzung für einen Machtwechsel angesehen werden können. Daß es dazu nicht gekommen ist, hat andere Gründe und ist nicht auf die nationale Solidarität zurückzuführen, die in den Befreiungskomitees herrschte.

Es kann keinem Zweifel unterliegen: Bei einer Neubetrachtung der Resistenza muß man einräumen, daß einige politische Aspekte des historischen Antifaschismus obsolet geworden sind. Von diesen Aspekten sind aber einige andere Bedeutungsgehalte zu unterscheiden, die grundlegend sind für den Aufbau der Demokratie: Der historische Antifaschismus ist die Voraussetzung der Demokratie, nicht ihr Äquivalent. Die Zurückhaltung in diesem Punkt hat viele Mißverständnisse erzeugt, vor allem über die Absichten der kommunistischen Partei nach 1945. Wenn heute das entscheidende Problem die Effizienz und die Leistungsfähigkeit des politischen Systems ist, so heißt das natürlich nicht, daß die Funktionstüchtigkeit der Demokratie und die dafür notwendigen Korrekturmaßnahmen nicht auch zivile Tugenden erfordern, die an die

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Moralität" der Resistenza erinnern. Aber die heute erforderlichen Tugenden sind andere als die, die in den Zeugnissen, Absichten, Utopien und Projekten der Widerstandskämpfer anklingen. Die größte politische und staatsbürgerliche Tugend, die im Widerstand und in der ersten Phase danach zutage getreten ist, ist die Aneignung und Akzeptanz einer *Demokratie ohne Adjektive* durch die Bevölkerung und die Parteien, die unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie hatten (liberale, bürgerliche, soziale, progressive, sozialistische, proletarische und sogar, mit polemischem Unterton, faschistische Demokratie). Wenn die Demokratie in Italien ihre ersten schwierigen Jahre in einem Klima des latenten Bürgerkrieges überlebt und dabei – trotz aller Schwächen – die Basis für ihre weitere Entwicklung gelegt hat, dann ist das der politischen Loyalität derjenigen zu verdanken, die eine gemeinsame Geschichte im Widerstand hatten und sich als eine Art Schicksalsgemeinschaft empfanden; dies schuf einen stabilen Rahmen, innerhalb dessen sich die Konflikte zwischen den Parteien unter Wahrung der von der Verfassung festgelegten demokratischen Regeln austragen ließen.

Man kann dieses Verhalten mit dem traditionellen Begriff Patriotismus bezeichnen, muß aber hinzufügen, daß es sich um einen „Verfassungspatriotismus" handelt, allerdings nicht verstanden – wie in manchen deutschen politischen Debatten – als Ersatz oder Surrogat des traditionellen nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls, sondern als Patriotismus, der auf der Anerkennung einer demokratischen Verfassung beruht, in der auch das Gefühl geschichtlicher Zusammengehörigkeit zum Ausdruck kommt. Die Formel von der „im Widerstand geborenen Verfassung" sollte deshalb jeglicher Ritualisierung entzogen und als konkreter Ausdruck dieses „Verfassungspatriotismus" interpretiert werden; dieser darf freilich nicht als Dogmatismus mißverstanden werden, denn eine Demokratie ist nur dann lebensfähig, wenn sie in der Lage ist, ihre eigenen Regeln zu erneuern. Das ist der „politische Grundgedanke", den die Resistenza, jenseits jedes Mythos, der heutigen italienischen Demokratie als Lehre hinterlassen hat.

(Aus dem Italienischen übersetzt von Hans Woller)

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ULRICH LAPPENKÜPER

DER SCHUMAN-PLAN

Mühsamer Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung

Die überragende Bedeutung des Schuman-Plans vom 9. Mai 1950 für die europäische Nachkriegsgeschichte hat die deutsche, französische, ja internationale Historiographie immer wieder zu neuen Forschungen über Ursachen, Motive und Ziele dieser „Geburtsurkunde des gemeinschaftlichen Europas"[1] angeregt. Schon wenige Jahre nach der Verkündung des Projektes lag eine erste Arbeit über die Montanunion aus der Feder des Rechtsberaters im Quai d'Orsay Paul Reuter vor[2]. Pierre Gerbet veröffentlichte kurz darauf eine wegweisende, allerdings auf den „spiritus rector" Jean Monnet und seine Mitarbeiter konzentrierte Studie über die Genese des Planes[3], während William Diebold Ende der fünfziger Jahre eine erste Bilanz des Funktionierens der Montan-Union zog[4]. Mitte der siebziger Jahre setzte sich Marlis Steinert in einem größeren Aufsatz intensiver mit der Haltung der Bundesrepublik auseinander[5]. Nachdem Jean Monnet dann einige Zeit später in seinen Memoiren breit über die Geschichte des Schuman-Planes berichtet hatte[6], entstanden Werke, die seine Rolle und diejenige Robert Schumans als politischem „Ziehvater" des Projektes auf archivalischer Grundlage beleuchteten[7].

Als eine Art Zwischenbilanz der innerhalb der vergangenen vierzig Jahre gewonnenen Kenntnisse über den Schuman-Plan erarbeitete die Verbindungsgruppe von Historikern bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften Mitte der achtziger

---

[1] Pascal Fontaine, Eine neue Ordnung für Europa. Vierzig Jahre Schuman-Plan (1950–1990), in: Europäische Dokumentation (1990), H. 3, S. 17. Fontaine urteilt aus der Sicht seiner langjährigen Zeit als Assistent Jean Monnets.

[2] Paul Reuter, La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier, Paris 1953.

[3] Pierre Gerbet, La genèse du Plan Schuman. Des origines à la déclaration du 9 mai 1950, in: Revue française de Science Politique 6 (1956), S. 525–553.

[4] William Diebold, The Schuman Plan. A Study in Economic Cooperation 1950–1959, New York 1959.

[5] Marlis G. Steinert, Un saut dans l'inconnu. La République fédérale d'Allemagne face au plan Schuman, de la déclaration du 9 mai 1950 à la signature du 18 avril 1951, in: Relations internationales (1975), S. 155–178.

[6] Jean Monnet, Erinnerungen eines Europäers, München/Wien 1978, S. 367–469.

[7] Philippe Mioche, Le plan Monnet. Genèse et élaboration, Paris 1985; Irwin M. Wall, Jean Monnet, les Etats-unis et le Plan français, in: Vingtième siècle 30 (1991), S. 3–21; Rudolf Mittendorfer, Robert Schuman – Architekt des neuen Europa, Hildesheim/Zürich/New York 1983, S. 149–262; Raymond Poidevin, Robert Schuman. Homme d'état 1886–1963, Paris 1986, S. 244–296.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Jahre einen zugleich neue Fragen aufwerfenden wie der Forschung Anstöße gebenden umfangreichen Sammelband; detailliert geht er den Gang der Verhandlungen zwischen der Proklamierung des Planes und dem Abschluß des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach, würdigt den persönlichen Einfluß von Konrad Adenauer, Jean Monnet und Robert Schuman auf die Initiierung und Verwirklichung dieser Konzeption, untersucht die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, analysiert das Beziehungsgeflecht zwischen dem Schuman-Plan und der OEEC, dem Europarat und dem GATT, stellt die politischen und wirtschaftlichen Überlegungen der unmittelbar involvierten Staaten, aber auch die Perspektiven der außenstehenden Mächte Großbritannien und USA dar[8].

Ausgehend von einem solchermaßen dichten und fundierten Kenntnisstand, bemüht sich die vorliegende Studie nun auf einer bisher nicht möglichen Basis breiter Archivforschungen in der Bundesrepublik wie in Frankreich[9], die Perspektiven der beiden hauptbeteiligten Regierungen in Bonn und Paris ins Zentrum zu rücken und dabei das Zusammenspiel bzw. die Konfrontation zwischen ihnen im Zeitraum von 1950 bis 1952, d. h. von dem Entwurf bis zur Ratifizierung des Schuman-Plans, zu beleuchten, um so seinen „Stellenwert" für die deutsch-französische Annäherung der frühen fünfziger Jahre besser einschätzen zu können. In diesem Sinne will sie zunächst die für Monnet bzw. Schuman leitenden Motive und von ihnen anvisierten Ziele bei der Verkündung des Planes untersuchen, um dann die Überlegungen der Bundesregierung bei ihrer Beantwortung des französischen Vorschlags zu analysieren. Anschließend gilt es, die die Regierungsverhandlungen zunächst auszeichnende Harmonie zwischen der Bonner und Pariser Delegation darzustellen, die indes ungeachtet einer ursprünglich weitgehenden Übereinstimmung ab Herbst 1950 zunehmend heftigere Anfechtungen erlitt.

Die im Zuge der nun entbrannten Diskussionen über die Beteiligung des Saarlandes an der Montanunion, über die Auflösung der Ruhrbehörde und vor allem über die Entflechtung der westdeutschen Montanindustrie beiderseits des Rheins entstehenden Widerstandspotentiale sollten einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen entschieden in Frage stellen. Doch auch nach der im wesentlichen durch die Konzessionsbereitschaft Adenauers und Schumans ermöglichten Überwindung der Schwierigkeiten und der Unterzeichnung des Vertragswerkes im April 1951 war der endgültige Erfolg des Schuman-Planes keineswegs gesichert, bedurfte es doch sowohl am Rhein als auch an der Seine erheblicher Kraftanstrengungen, um die harten innenpolitischen und innerparlamentarischen Attacken im Ratifikationsverfahren zu meistern.

---

[8] Klaus Schwabe (Hrsg.), Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51, The Beginnings of the Schuman-Plan. Beiträge des Kolloquiums in Aachen, 28. bis 30. Mai 1986, Contributions to the Symposium in Aachen, May 28–30, 1986, Baden-Baden 1988.

[9] Es handelt sich im wesentlichen um die Bestände im Bonner Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), Sekretariat für Fragen des Schuman-Plans (SFSP); in den Pariser Archives du Ministère des Affaires Etrangères (AMAE), Généralités 1944–1960, Bd. 111–115; in den Archives Nationales (AN), 81 AJ 131–159, und in der Fondation Jean Monnet pour l'Europe in Lausanne (FJM), AMG.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

In der europäischen Staatengeschichte kam den deutsch-französischen Beziehungen in Anziehung wie Ablehnung stets eine besondere Rolle zu. Spätestens seit den Tagen Napoleons durch ein aus politischen Konflikten und militärischen Auseinandersetzungen entstandenes „Erbfeindschaft"-Syndrom belastet, erfuhren sie im Zweiten Weltkrieg einen katastrophalen Tiefpunkt. Im Zeichen einer nach Kriegsende einsetzenden neuen Kräfteverteilung in den internationalen Beziehungen gewann das Verhältnis der ehemaligen Kriegsgegner beinahe zwangsläufig neue Gestalt.

Die deutschlandpolitischen Planungen der französischen Regierung waren dabei zunächst von Konzepten geprägt, die mit unterschiedlichen Strategien die „deutsche Gefahr" dauerhaft beseitigen und Frankreich eine gewisse Vormachtstellung in Europa sichern wollten. Einige Politiker zogen im Sinne eines „Integrationskonzeptes" aus den Fehlern der Vergangenheit die Lehre, daß die Beziehungen zum östlichen Nachbarn nunmehr kooperativ gestaltet werden müßten und Deutschland in den Prozeß der europäischen Integration einzubinden sei. Andere konzentrierten sich hingegen im Sinne eines „Dominanzkonzeptes" auf die Sicherung und Fortentwicklung des französischen Nationalstaats, forderten die Aufteilung Deutschlands in eine Konföderation loser Einzelstaaten sowie die Ausbeutung der deutschen Rohstoffquellen[10].

Als die Weichen nach der Moskauer Außenministerkonferenz im Frühjahr 1947, noch entschiedener nach der Annahme der Londoner Empfehlungen im Juni 1948, jedoch anders gestellt wurden und die anglo-amerikanischen Regierungen Westdeutschland im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges wieder als positiven Faktor in ihr Kalkül einzubeziehen begannen, gewann die erste Konzeption allmählich, ohne „abrupten Umschlag ... von einer ‚harten' zu einer plötzlich ‚kooperativen' ... Deutschlandpolitik", die Überhand[11].

---

[10] Vgl. A. W. DePorte, De Gaulle's Foreign Policy 1944–1946, Cambridge/Mass. 1968; Walter Lipgens, Bedingungen und Etappen der Außenpolitik de Gaulles 1944–1946, in: VfZ 21 (1973), S. 52–102; Wilfried Loth, Die Franzosen und die deutsche Frage 1945–1949, in: Claus Scharf/Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.), Die Deutschlandpolitik Frankreichs und die französische Zone 1945–1949, Wiesbaden 1983, S. 27–48; ders., Die Deutsche Frage in französischer Perspektive, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 37–49; John W. Young, France, the Cold War and the Western Alliance 1944–1949: French Foreign Policy and Post-War Europe, Leicester/London 1990, S. 17–96.

[11] Andreas Wilkens, Von der Besetzung zur westeuropäischen Integration. Die französische Deutschlandpolitik der Nachkriegszeit (1945–1950), in: Historische Mitteilungen 4 (1991), S. 1–21, hier S. 10; vgl. auch Martina Kessel, Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945–1947, München 1989, S. 160ff.; Raymond Poidevin, Die Neuorientierung der französischen Deutschlandpolitik 1948/49, in: Josef Foschepoth (Hrsg.), Kalter Krieg und Deutsche Frage. Deutschland im Widerstreit der Mächte 1945–1952, Göttingen/Zürich 1985, S. 129–144.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Selbstverständnis des Quai d'Orsay bedeutete diese neue Phase seiner Besatzungspolitik nichts weniger, als daß eine „konstruktive" einer „nur negativen Politik" Platz zu machen und er nunmehr von der Prämisse auszugehen hatte, „daß wir in eine neue Periode eintreten, in der das vorherrschende Verlangen nicht mehr der Bezug auf die Vergangenheit und ... ihre Wiedergutmachung sein soll, sondern die Vorbereitung der Zukunft"[12]. Für diese sogenannte „Wende"[13] im indes auch zukünftig keineswegs störungsfreien Verhältnis der beiden Staaten zeichneten aus der Sicht Frankreichs externe wie interne Faktoren verantwortlich: die zunehmenden Spannungen im Verhältnis zur Sowjetunion im Zeichen des beginnenden Kalten Krieges, die Verweigerungshaltung Englands gegenüber einem europäischen Zusammenschluß, der Ausbau des amerikanischen Einflusses auf dem Kontinent, die Verschiebung der innenpolitischen Konstellation in Frankreich nach dem Ausschluß der Kommunisten aus der Regierung und dem wachsenden Einfluß der Sozialisten.

Als förderlich wirkte aber auch die Tatsache, daß Bundeskanzler Adenauer mit dem „Petersberger Abkommen" vom 22.11. 1949 einen ersten außenpolitischen Erfolg erzielen und damit seinen Anspruch auf Souveränität und Gleichberechtigung unterstreichen konnte. Anstatt sich der anglo-amerikanischen Deutschlandpolitik weiter in den Weg zu stellen, glaubte die französische Regierung im Bewußtsein des „Zusammenbruchs unserer Positionen in Deutschland"[14] nun, durch den freiwilligen Verzicht auf einen gewissen Teil ihrer Souveränität und durch die Assoziierung der Interessen befreundeter europäischer Staaten Deutschland binden und sich implizit die notwendigen Garantien ihrer Sicherheit verschaffen zu können. In einer Aufzeichnung des Quai d'Orsay las sich die Essenz dieser neuen französischen Strategie gegenüber der Bundesrepublik wie folgt:

„1) es handelt sich einerseits darum, unsere Sicherheit zu gewährleisten, d.h. den Wiederaufstieg einer offensiven deutschen Macht zu verhindern ...;

2) dieses Sicherheitsbedürfnis darf uns aber nicht in einer negativen Haltung fesseln, die durch die natürliche Entwicklung der Dinge mehr und mehr anachronistisch und dadurch selbst immer weniger zu verteidigen sein wird." Für den Autor war klar, daß eine Lösung des Problems der Sicherheit gegenüber Deutschland nur im Rahmen der westlichen Allianz gefunden werden konnte[15].

Die Umsetzung dieser neuen Marschroute in konkrete Politik sollte sich indes bis ins Frühjahr 1950 hinziehen, nachdem das Verhältnis zur Bundesrepublik vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Konflikts um die Saar zunehmend in eine „Sack-

---

[12] Ministère des Affaires Etrangères (MAE), Instruktionen Nr. 51/EU, 15.1. 1948, zit. nach Wilkens, ebenda, S. 13.

[13] Hellmuth Auerbach, Die europäische Wende der französischen Deutschlandpolitik 1947/48, in: Ludolf Herbst/Werner Bührer/Hanno Sowade (Hrsg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt, München 1990, S. 577–591.

[14] Aufzeichnung des Leiters der Unterabteilung Zentraleuropa im Quai d'Orsay, Pierre de Leusse, 24.11. 1948, zit. nach Wilkens, Besetzung, S. 19.

[15] AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 374, Bl. 1 ff.: MAE, Aufzeichnung, [1.4. 1950]; vgl. auch die Aufzeichnung von Pierre de Leusse, 4.1. 1949, in: Ebenda, Allemagne 1944–1949, Bd. 41.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

gasse" geraten war. Bei Außenminister Schuman verursachte diese Lage im April gar „eine regelrechte innere Krise"[16], zumal seine Kollegen aus London und Washington auf der für Mitte Mai geplanten Außenministerkonferenz in London von ihm Antworten auf die verschiedenen Deutschland betreffenden Fragen erwarteten. Wie sollte, wie konnte die Frankreich lähmende „diplomatische Defensivposition"[17] durchbrochen werden?

Immerhin bestand an Plänen zur Regelung der anstehenden Probleme, insbesondere im Kohle- und Stahlbereich, kein Mangel. Im November 1949 legte der französische Hohe Kommissar François-Poncet dem Quai d'Orsay eine deutschlandpolitische Ausarbeitung vor, in der er angesichts des von ihm erwarteten schnellen ökonomischen Wiederaufstiegs der Bundesrepublik für die wirtschaftliche Zusammenarbeit plädierte und zu raschem Handeln drängte, um die gegenwärtige Kooperationsbereitschaft Bonns zu nutzen[18]. Mitte Dezember hielt er die Formel der deutsch-französischen „Konkurrenzvereinbarungen" für einen praktikablen Ansatzpunkt, die er wenige Wochen später durch die Idee einer europäischen Wirtschaftsintegration ergänzte[19].

Schon 1948 hatte der amerikanische Botschafter Douglas einen ähnlichen Vorschlag vorgelegt. Paul Reynaud unterbreitete im Dezember 1949 der Beratenden Versammlung des Europarates den Plan einer gemeinsamen Behörde für den europäischen Stahl. André Philip, Edouard Bonnefous und Robert Boothby forderten ebenfalls die Internationalisierung der europäischen Schwerindustrie[20]. Schuman selbst machte ähnliche Andeutungen gegenüber Vizekanzler Blücher im November 1949[21], und Adenauer empfahl in zwei aufsehenerregenden Interviews am 7. bzw. 21. März nicht nur eine vollständige Union zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch ein „Verschmelzen der beiden Länder in bezug auf Zölle und Wirtschaft"[22].

---

[16] Raymond Poidevin, Robert Schumans Deutschland- und Europapolitik zwischen Tradition und Neuorientierung, München 1976, S. 18.

[17] Hanns Jürgen Küsters, Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 73–102, hier S. 74.

[18] Vgl. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 371, Bl. 138–147: François-Poncet an Schuman, Aufzeichnung, 6. 11. 1949; vgl. auch Hans Manfred Bock, Zur Perzeption der frühen Bundesrepublik Deutschland in der französischen Diplomatie: Die Bonner Monatsberichte des Hochkommissars André François-Poncet 1949 bis 1955, in: Francia 15 (1987), S. 597–658, hier S. 614, 619.

[19] Vgl. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 64 f.: François-Poncet an Schuman, Nr. 1200/CM, 18. 12. 1949, und die Unterredung zwischen Präsident Auriol und François-Poncet vom 28. 12. 1949, in: Vincent Auriol, Journal de septennat 1947–1954, Bd. 3: 1949, Paris 1977, S. 455–462, hier S. 461 f.

[20] Vgl. Gerbet, Genèse, S. 528 f.; Monnet, Erinnerungen, S. 359.

[21] Vgl. Hans Booms (Hrsg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 1: 1949, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1982, S. 170.

[22] Zu Adenauers Ausführungen gegenüber Kingsbury-Smith vgl. Konrad Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 311–316; zur Bedeutung dieses Vorstoßes für Monnet und Schuman Monnet, Erinnerungen, S. 363 ff.; Poidevin, Robert Schuman, S. 272 f.; AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 374, Bl. 67 ff.: Bérard an MAE, Tel. 2120/22, 9. 5. 1950, Réservé, Priorité absolue.

Einen Tag nach dem Interview unterbreitete Adenauer dem französischen Regierungschef Georges Bidault den Vorschlag von Expertentreffen auf den Gebieten Stahl, Kohle und Chemieprodukte. Vgl.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Doch trotz dieser Hilfestellungen und gewisser „amerikanische[r] Ursprünge"[23] ging der eigentliche Impuls für die bald einsetzende neue Ära deutsch-französischer Beziehungen von Jean Monnet aus.

Schon in den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs war der Commissaire général au Plan zu der Ansicht gelangt, Westeuropa bedürfe einer wirtschaftlichen wie politischen Föderation[24]. Nach 1945, als er den Auftrag erhielt, die französische Stahlindustrie konkurrenzfähig zu machen, und erkannte, daß diese Aufgabe nur mit deutscher Kohle bewältigt werden könne, verdichtete sich diese Überzeugung. Da der Europarat die in ihn gesetzten Hoffnungen nicht zu erfüllen vermochte, Monnet aber dennoch Winston Churchills Zukunftsvision von den Vereinigten Staaten von Europa Gestalt verleihen und eine neue Etappe in den Beziehungen zum westlichen Nachbarn einleiten wollte, kam ihm die Idee, eine supranationale Autorität im Montanbereich mit einer beschränkten Anzahl von Teilnehmern unter Einschluß der Bundesrepublik zu schaffen.

Als überaus bedeutsam für die Entwicklung dieses Gedankens erwies sich dabei einerseits das Scheitern der Bemühungen Frankreichs zur Errichtung einer französisch-italienischen und die Benelux-Staaten umfassenden Freihandelszone im Rahmen der „Finebel"-Verhandlungen im März 1950[25], andererseits Monnets Fehlschlag, mit den Briten engere Wirtschaftsbeziehungen anzubahnen. Denn während Frankreich bisher die französisch-englische Kooperation als eine Bedingung für den Erfolg der europäischen Integration Deutschlands angesehen hatte, zog es aus der Londoner Verweigerungshaltung den Schluß, nun einen Versuch mit Bonn machen zu müssen: "Britain was no longer important. American support was all that counted."[26]

Neben diesen genuin politischen Überlegungen bewirkten auch wirtschaftliche Faktoren ein Umdenken an der Seine: Zum einen sah sich die französische Regierung der angelsächsischen Forderung nach einer Erhöhung der deutschen Stahlquote gegenüber. Außerdem bestand für sie das Problem, daß sie 70 % ihres Koksbedarfs für die Stahlindustrie importierte, aber keinen Einfluß auf die Erhöhung der Kohleproduktion an der Ruhr besaß, wobei Monnet gar befürchtete, Deutschland könne den Abbau drosseln und Kohle importieren. Darüber hinaus begann Deutschland, schwedisches

---

AN, 457 AP Papiers Bidault, Carton 59: Koutzine an Bidault, 22.3. 1950; Georges-Henri Soutou, Georges Bidault et la construction européenne 1944–1954, in: Revue d'histoire diplomatique 105 (1991), H. 3–4, S. 267–306, hier S. 293.

[23] Klaus Schwabe, „Ein Akt konstruktiver Staatskunst" – die USA und die Anfänge des Schuman-Plans, in: Ders. (Hrsg.), Anfänge, S. 211–239, hier S. 224.

[24] Vgl. dazu vor allem Poidevin, Robert Schuman, S. 256 ff.; Monnet, Erinnerungen, S. 282–287.

[25] Vgl. dazu Richard T. Griffith/Frances M. B. Lynch, L'échec de la „Petite Europe": les négociations Fritalux/Finebel, 1949–1950, in: Revue historique 109 (1985), S. 159–193.

[26] Frances Lynch, The Role of Jean Monnet in Setting up the European Coal and Steel Community, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 117–129, hier S. 124; vgl. auch AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 111, Bl. 152–156: Direction d'Europe, Aufzeichnung, 5. 6. 1950; FJM, AMG 24/4/2: Monnet, Aufzeichnung, 28. 8. 1950.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eisenerz dem französischen vorzuziehen, so daß das Hauptzahlungsmittel für die deutsche Kohle wegzufallen drohte[27].

Jeder dieser Aspekte wog schon schwer. Überlagert wurden sie indes von der in Paris antizipierten Gefahr, der östliche Nachbar könne dank seiner besseren Produktionsbedingungen eines Tages Europa dominieren "by controlling the economic development of its clients"[28]. Mehr und mehr hatte sich nämlich in den vergangenen Monaten herauskristallisiert, daß sich die für Frankreich zentrale Sicherheitsfrage in immer stärkerem Maße von einem militärischen zu einem wirtschaftlichen Problem entwickelte. Westdeutschland bedrohte die von Frankreich belieferten Märkte im Ausland und schickte sich gar an, „den französischen Markt zu überschwemmen"[29].

Mit Sorge betrachtete Monnet indes nicht nur die ökonomische Situation in Frankreich, sondern auch die politische Lage in Deutschland, die auf ihn wie „gefährlicher Krebs für den Frieden" wirkte, falls es nicht gelänge, den Deutschen Hoffnung und die Chance zur Zusammenarbeit mit den freien Völkern zu geben. Bezeichnenderweise gedachte er die „deutsche Frage" nicht durch die Wiedervereinigung des geteilten Landes zu beantworten, weil er sie aufgrund der fehlenden Zustimmung der Sowjetunion vorläufig als unerreichbar ansah[30], die Wiedererrichtung eines deutschen Nationalstaates aber vor allem als fatal für Europa bewertete, "because it would inevitably sooner or later be drawn into the Eastern orbit"[31]. Auch die von den Amerikanern favorisierte Westintegration lehnte er ab, weil sie die Sowjetunion herausfordern und die Westdeutschen dazu bringen könne, die Teilung zu akzeptieren. Wenn aber die Gegebenheiten eine Lösung der „deutschen Frage" nicht erlaubten, so lautete daher seine Devise, mußten sie geändert werden: „Es ist nötig, eine dynamische Aktion zu beginnen, die die deutsche Situation und den Geist der Deutschen verändert."[32] Aufgrund mannigfacher Schwierigkeiten war es erforderlich, Europa neu zu konstituieren; folglich war Frankreich gefordert, die Initiative zu ergreifen.

Am 15. April beauftragte Monnet daher den Rechtsberater des Quai d'Orsay und Professor der Rechte, Paul Reuter, ein Exposé über die Organisationsform eines ge-

---

[27] Zu den ökonomischen Faktoren des Schuman-Plans vgl. jetzt Constantin Goschler/Christoph Buchheim/Werner Bührer, Der Schumanplan als Instrument französischer Stahlpolitik. Zur historischen Wirkung eines falschen Kalküls, in: VfZ 37 (1989), S. 171–206.

[28] Lynch, Role, S. 120.

[29] AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 372, Bl. 80–84: Sous-direction d'Europe centrale, Aufzeichnung, 3. 1. 1950.

[30] Monnet an Schuman, Aufzeichnung Nr. 1, 1. 5. 1950, Secret, in: Henry Beyer, Robert Schuman. L'Europe par la réconciliation franco-allemande, hrsg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1986, S. 153–160, hier S. 154; vgl. auch Monnet an Schuman, Aufzeichnung, 3. 5. 1950, in: Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes (Hrsg.), L'Europe – une longue marche, Lausanne 1985, S. 42–48.

[31] Harvey an Bevin, Tel. 144, 1. 3. 1951, Priority, Confidential, in: Roger Bullen/M. E. Pelly (Hrsg.), Documents on British policy Overseas, Series II, Volume I: The Schuman Plan. The Council of Europe and Western European Integration May 1950–December 1952, London 1986, S. 417 f.

[32] Monnet an Schuman, Aufzeichnung Nr. 1, 1. 5. 1950, Secret, in: Beyer, Schuman, S. 155.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

meinsamen Kohle- und Stahlmarktes auszuarbeiten[33]. Auf der Basis dieser Studie entwickelte er mit seinen Mitarbeitern Etienne Hirsch und Pierre Uri einen Plan, den sie in den nächsten zwei Wochen neunmal überarbeiteten[34].

Nachdem er von Bernard Clappier, dem Kabinettschef Schumans, davon gehört hatte, der Außenminister sei auf der Suche nach einem Konzept, das er am 10. Mai in London präsentieren könne, legte Monnet seine Gedanken am Freitag, dem 28. April, in einem Memorandum vor. Während der Minister das Schriftstück mit ins Wochenende nahm und ihm danach erklärte: „Ich habe den Plan gelesen, ich mache mit"[35], konnte sich der Président du Conseil, Bidault, nicht zu einer Zustimmung durchringen, ja er nahm sich nicht einmal die Zeit, das Papier zu lesen, zumal es seinen am 16. April 1950 veröffentlichten Vorstellungen von einem atlantischen Hohen Rat zur Koordinierung der Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik gänzlich zuwiderlief[36]. Demgegenüber sah Schuman in dem Dokument endlich den seit langem ersehnten Ausweg aus der Sackgasse. Da er den Plan so geheim wie möglich halten wollte, setzte er lediglich zwei Ministerkollegen, René Mayer und René Pleven, von seinem Vorhaben in Kenntnis. François-Poncet hingegen, der – wie erwähnt – in den vorhergehenden Monaten wiederholt einen Schritt zur europäischen Wirtschaftsintegration auf deutsch-französischer Grundlage angeregt hatte, blieb ebenso uneingeweiht wie die Beamten im Quai d'Orsay[37]. Auf der internationalen Ebene wurden nur zwei Politiker informiert, der eine eher notgedrungen, der andere hingegen absichtlich: Dean Acheson, der auf seiner Reise nach London am 7. Mai 1950 in Paris einen Zwischenstopp einlegte[38], und Konrad Adenauer. Da Schuman insbesondere an einer umgehenden Kontaktaufnahme zu seinem deutschen Kollegen gelegen war, schickte er seinen engen Mitarbeiter Robert Mischlich nach Bonn, um dort am späten Vormittag des 8. Mai[39] über Herbert Blan-

---

[33] Vgl. Reuter, Communauté, S. 23 ff.; Monnet, Erinnerungen, S. 375 f.

[34] Vgl. die Texte in: FJM, AMG 1/2/1–9.

[35] Zit. nach Monnet, Erinnerungen, S. 381; s. a. Wilfried Loth, Der Weg nach Europa. Geschichte der europäischen Integration 1939–1957, Göttingen ²1991, S. 82; ders., Die europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg in französischer Perspektive, in: Helmut Berding (Hrsg.), Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1984, S. 225–246.

[36] Vgl. die Lyoner Rede Bidaults vom 16. 4. 1950, in: Europa Archiv (EA) 4 (1950), S. 3149 (Auszug). Bidault behauptet in seinen Memoiren hingegen, er habe das Papier sehr wohl gelesen, dem Plan sogar in der entscheidenden Ministerratssitzung zum Durchbruch verholfen. Vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 381 f.; Georges Bidault, De l'une résistance à l'autre, Paris 1965, S. 181 ff.; Soutou, Georges Bidault, S. 294.

[37] Vgl. Bock, Perzeption, S. 619 f.; Armand Bérard, Un ambassadeur se souvient, Bd. 2: Washington et Bonn 1945–1955, Paris 1978, S. 312 f.: Tagebuch, 9. 5. 1950.

[38] Zur anfänglich reservierten Haltung Achesons vgl. Acheson an Webb, Tel. 211, 10. 5. 1950, Top secret, in: Foreign Relations of the United States (FRUS), 1950, Bd. 3: Western Europe, Washington 1977, S. 694 f.; Dean Acheson, Present at the Creation. My Years in the State Department, London 1969, S. 382–389.

[39] Vgl. Robert Mischlich, Une mission secrète à Bonn, hrsg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1986, S. 59 f. Mischlich nennt irrtümlicherweise den 9. 5. als Datum seiner Bonnreise; Blankenhorn spricht von „vormittags 12 Uhr" des 8. 5.; vgl. Bundesarchiv Koblenz (BA), NL Blankenhorn, Bd. 3, Bl. 277: Tagebuch, 8. 5. 1950; Herbert Blanken-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kenhorn zwei Briefe an Adenauer weiterzuleiten. Im offiziellen Schreiben, auf den 7. Mai datiert, teilte er nach einleitenden Worten über den Zweck der Mission von Mischlich und der Bitte um strenge Diskretion den Wortlaut seiner für den folgenden Tag geplanten Erklärung vor dem Conseil des Ministres mit und skizzierte dann „die allgemeinen Linien eines Systems, das die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern vollständig verändern wird"[40].

In weiten Teilen deckten sich die Überlegungen des französischen Außenministers mit jenen des deutschen Regierungschefs, hatte Adenauer doch bereits 1924/25 den Plan einer „Kuppelung der Schwerindustrie beider Länder und eine entsprechende Vereinigung der Zollgebiete" entwickelt[41] und im August 1949 vor dem Hintergrund der Debatte über die Internationalisierung der Thyssen-Hütte an Schuman geschrieben, er hoffe, „daß eine solche internationale Zusammenarbeit bei dem wichtigsten europäischen Hüttenwerk eine Keimzelle sein könnte für eine umfassende internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Kohle und Eisen, wie ich sie für die französisch-deutsche Verständigung für dringend erwünscht halte"[42].

Auch ihn leitete die Überzeugung, das Gleichgewicht in Europa sei durch den Zweiten Weltkrieg zerstört und der Machtverlust des Alten Kontinents müsse durch einen Zusammenschluß aller europäischen Demokratien ausgeglichen werden. Da an eine Wiedervereinigung in Freiheit vorerst nicht zu denken war, galt es für die junge Bundesrepublik außerdem, Handlungsfreiheit zu gewinnen und als gleichberechtigtes Mitglied in die westliche Staatenwelt aufzusteigen. Zu dieser Konsolidierung und außenpolitischen Stabilisierung bedurfte es sowohl eines ehrlichen Bemühens um Vertrauen als auch eines bewußt angestrebten Aufgehens in einem „integrierten" Westeuropa.

Eine herausragende Rolle spielte dabei für Adenauer die grundlegende Änderung der Beziehungen zu Frankreich. Schon in seiner Regierungserklärung vom 20. September 1949 formulierte er als Aufgabe und Ziel seiner künftigen Politik neben der Westorientierung die Beseitigung des französisch-deutschen Gegensatzes als notwendige Voraussetzung für jede europäische Einigung[43]. Als Adenauer am 8. Mai 1950 die Schreiben Schumans in Händen hielt, zögerte er begreiflicherweise keinen Moment, den Vorstoß zu unterstützen. Nach kurzer Beratung mit seinem Vertrauten Blanken-

---

horn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1980, S. 100 f.: Tagebuch, 8. 5. 1950.

[40] Schuman an Adenauer, 7. 5. 1950, in: Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Hrsg.), L'Europe, S. 60 f. Das von Adenauer in seinen Erinnerungen erwähnte handschriftliche Schreiben Schumans konnte bisher nicht nachgewiesen werden; vgl. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 327.

[41] Vgl. die Unterredung zwischen Adenauer und Hans Schäffer vom 3. 6. 1950, in: Tagebuch Hans Schäffer, 3. 6. 1950, im Auszug in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 132–140, hier S. 137; vgl. auch Adenauer an Paul Silverberg, 11. 5. 1950, in: [Konrad] Adenauer, Briefe 1949–1951, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1985, S. 209. François-Poncet meinte gar, Adenauer habe in dem Schuman-Plan „sein eigenes Kind" erkannt. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 133–147: François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950.

[42] Adenauer an Schuman, 25. 8. 1949, in: Adenauer, ebenda, S. 94 ff., hier S. 95.

[43] Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, S. 30.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

horn übergab er Mischlich am Abend des 8. Mai zwei Schreiben an Schuman, in denen er dessen Gedanken „als einen entscheidenden Schritt zu einer engen Verbindung Deutschlands mit Frankreich und damit zu einer neuen, auf der Grundlage friedlicher Zusammenarbeit aufgebauten Ordnung in Europa" würdigte und seine Bereitschaft zur Realisierung des Planes definitiv bestätigte[44].

Vielfältige Motive zeichneten für diesen Entschluß verantwortlich. Zum einen bot das Projekt die Möglichkeit der gegenseitigen Kontrolle über Kohle und Stahl, also auch über den Rüstungssektor, und konnte somit zur Vertrauensbildung beitragen[45]. Außerdem glaubte der Kanzler, wie Schuman, an die Vorbildfunktion einer erfolgreichen Integration im Montanbereich für andere Wirtschaftsgebiete; ja, er erwartete von dem projektierten ökonomischen Zusammenschluß auch ein politisches Zusammengehen, „vielleicht auch ein militärisches, obgleich er selbst Deutschland möglichst aus einer Aufrüstung heraushalten wolle"[46]. Darüber hinaus besaß der Plan für die Bundesrepublik den Vorteil, daß er mit Teilen des Besatzungsstatuts kollidierte und damit nicht nur den Weg zur vollen Entfaltung ihres industriellen Potentials, sondern auch zur politischen Souveränität ebnete[47]. Schließlich stellte er durch die Einbeziehung der Kohlegruben an der Saar auch die Bereinigung der die Nachbarn seit langem belastenden Saarfrage in Aussicht.

Nach den zahlreichen Enttäuschungen der letzten Monate meinte der Bundeskanzler, erstmals wieder Vertrauen zum französischen Außenminister fassen zu können, war es Schuman doch allem Anschein nach gelungen, sich von der im Quai d'Orsay mit Macht wirkenden Gruppe von Vertretern einer anti-deutschen Sicherheitspolitik um Generalsekretär Alexandre Parodi zu befreien. Der Inhalt des Planes, die Art und Weise, wie Schuman ihn in Kenntnis gesetzt hatte, und die Tatsache der offenbar völlig ausgeschalteten französischen Hohen Kommission ließen den Kanzler jedenfalls vom Triumph des Ministers über seine Mitarbeiter schwärmen[48]. Alles in allem bot sich der

[44] Adenauer an Schuman, 8.5. 1950, In: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 208; vgl. auch Mischlich, Mission, S. 60, 64; Paul Legoll, Konrad Adenauer et l'idée d'unification européenne Janvier 1948–Mai 1950. Un homme politique „européen" et son environnement dans le contexte international, Bern/Frankfurt a. M./New York u. a. 1989, S. 254.

[45] Vgl. die Erklärung Hallsteins in der 31. Sitzung des Bundestagsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten in: PA, SFSP, Bd. 232, Bl. 2–9: Entwurf des Sitzungsprotokolls, o. D. [November 1950].

[46] Tagebuch Hans Schäffers, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 138.

[47] Vgl. Schalfejew an Adenauer, Nr. I A-2122/50, 11. 5. 1950, in: Hanns Jürgen Küsters, Bonn und der Schumanplan. Deutsche Europapolitik in den Verhandlungen über die Montanunion 1950/51, in: Geschichte im Westen 5 (1990), H. 1, S. 81–100, hier S. 83 ff.; Hervé Alphand, L'étonnement d'être, Journal (1939–1973), Paris 1977, S. 217: Tagebuch, 10. 5. 1950.

[48] Entgegen besseren Wissens beglückwünschte der Bundeskanzler aber den Hohen Kommissar aus Gründen der Bonhomie zu seiner „maßgebend[en]" Beteiligung an dem Zustandekommen des Plans, woraufhin François-Poncet in geschickter Umgehung der ihn brüskierenden Tatsachen antwortete, sein „ganzer Eifer" sei „diesem großen Unternehmen" gewidmet. Um die Stimmung des Kanzlers nicht zu verderben, hielt es auch Bérard für ratsam, Adenauer in seiner (vermeintlich) irrigen Auffassung nicht zu korrigieren. PA, Abt. 2, Bd. 744, Bl. 7: Adenauer an François-Poncet, 5135/4158/50, 12. 5. 1950; ebenda, Bl. 93: François-Poncet an Adenauer, 18. 5. 1950; AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 111, Bl. 6 f.: Bérard an MAE, Tel. 2164/65, 11. 5. 1950, Priorité.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesrepublik eine einmalige Chance, die nicht ungenutzt verstreichen durfte, auch wenn es sich um einen Sprung ins Ungewisse handelte.

Nachdem Adenauer und Schuman Einvernehmen über die Durchführung des Planes erzielt hatten, ging es ihnen nun um eine möglichst medienwirksame Veröffentlichung. Mit der Zustimmung Adenauers und dem anschließend eingeholten Plazet des Ministerrates im Rücken berief Schuman am Abend des 9. Mai 1950 eine große Pressekonferenz in den Salon de l'Horloge des Quai d'Orsay. In der Erkenntnis der unabdingbar notwendigen Einheit der demokratischen Staaten des Kontinents und der Einsicht, „Europa läßt sich nicht mit einem Schlag herstellen", wollte er Fakten schaffen, die die Alte Welt allmählich zusammenwachsen ließen und Frankreich die Chance böten, zumindest eine regionale Führung zu übernehmen. Aus der Besorgnis gegenüber einem amerikanischen Übergewicht in Europa sowie der Furcht vor einem wiedererstarkten Deutschland schlug er daher der Bundesrepublik, aber auch anderen beitrittswilligen Staaten die Gründung eines gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl mit Frankreich vor, der dem Ziel dienen sollte, den Wirtschaftsaufbau zwischen den benachbarten Montanregionen zu fördern und die Voraussetzung für die politische Integration zu schaffen[49].

Zwei Stunden später bat Adenauer seinerseits die Presse zu sich, um die deutsche Teilnahme an der Realisierung des Projektes zu verkünden. „Vor dem Hintergrund einer unglaublichen Gefühlsbewegung und eines Enthusiasmus"[50] begrüßte der Kanzler die französische Initiative, die ihm zugleich Genugtuung und Hoffnung bot, weil das vom Bundeskabinett wenige Stunden zuvor beschlossene Beitrittsgesuch für den Europarat und die von ihm in aller Deutlichkeit herausgestellte „Basis der Gleichberechtigung", auf der der Schuman-Plan ruhte, eindrucksvoll die Richtigkeit seiner Politik zu bestätigen schienen[51]. Mit einem Schlag hatte sich seine seit Wochen durch die Saarfrage belastete Haltung gegenüber Frankreich verwandelt: „Der Essig des Bundeskanzlers hat sich in Honig verwandelt", kommentierte François-Poncet den abrupten Stimmungsumschwung des Kanzlers[52].

Die entscheidende Hürde hatte Schumans Projekt genommen. Nun ging es ihm um die Zerstreuung des Mißtrauens der nicht unmittelbar involvierten Staaten. Angesichts sofort aufkommender Befürchtungen in London und Washington hinsichtlich eines neuen Kohle- und Stahlkartells versuchte er während des Außenministertreffens in London seine beiden Kollegen davon zu überzeugen, die französische Regierung "had no idea of creating a cartel". Ja, er ging wider besseren Wissens gar so weit zu betonen,

---

[49] Regierungserklärung Schumans, 9.5. 1950, in: Présidence du Conseil, Direction de la Documentation, Ministère des affaires étrangères, Service d'information et de presse (Hrsg.), La Documentation française. Notes et études documentaires, Paris 1951, Nr. 1550, S. 25 f.

[50] Bérard, Ambassadeur, S. 312 f.: Tagebuch, 9.5. 1950.

[51] Pressekonferenz Adenauers, 9.5. 1950, in: Konrad Adenauer, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 175–181, hier S. 180; vgl. auch BA, NL Blankenhorn, Bd. 4, Bl. 2 f.: Tagebuch, 9.5. 1950; Blankenhorn, Verständnis, S. 102 f.

[52] AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 133: François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21.5. 1950.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

daß die Gründung der Hohen Behörde die Rechte der Alliierten Hohen Kommission nicht tangieren werde. "No modification would be made to the statute and the functions of the Ruhr Authority and Military Security Board."[53]

Während Schuman also danach trachtete, sein Projekt international abzusichern, bemühte sich Adenauer nun auf der nationalen Ebene darum, die Fäden in der eigenen Hand zu behalten, und verlangte daher in der Kabinettssitzung vom 16. Mai von den Ministern „größte Zurückhaltung in ihren Äußerungen" über den Schuman-Plan[54]. Ja, der Wille zur Vermeidung neuer Störungen in den Beziehungen zu Frankreich veranlaßte ihn gar nach entsprechenden Vorstellungen Bérards, Jakob Kaiser am 9. Juni zur Einstellung der Tätigkeit des Saarreferats im Gesamtdeutschen Ministerium aufzufordern: „Die Saarfrage wird sich im Laufe der Zeit noch regeln."[55]

Eine Koordinierung der deutschen Stellungnahmen schien auch durchaus geboten, denn die erste Reaktion der interessierten Ministerien ließ schon bald nicht unerhebliche Meinungsverschiedenheiten erkennen. Bezeichnend für diese eher kritische Haltung war eine Aufzeichnung des Bundesministeriums für den Marshallplan vom 24. Juni 1950, die das französische Vorhaben zwar als einen für Deutschland „ganz großen politischen Schritt nach vorne" wertete, doch zugleich darauf aufmerksam machte, es sei ein Schritt, „der wirtschaftlich sicher irgendwie bezahlt werden muß". So sei Frankreich offenbar bereit, „die Führung auf dem Kohlegebiet an Deutschland abzugeben und dafür die auf dem Stahlgebiet zu fordern. Es scheint die Zeit der deutschen Stahlquote noch ausnutzen zu wollen, um auf vertraglichem Wege sich gegen eine zu starke deutsche Konkurrenz zu sichern."[56]

Adenauer hatte also durchaus mit Widerständen zu rechnen. Dies sah auch Schuman, dem der deutsch-französische Konsens in diesen Tagen so wichtig war, daß er Mitte Mai Monnet zur ausführlichen Berichterstattung nach Bonn schickte – ein angesichts des Besatzungsstatuts keineswegs alltäglicher Vorgang. So war es kaum verwunderlich, wie widerwillig die Alliierte Hohe Kommission die Erlaubnis zum Gespräch mit dem Bundeskanzler erteilte, denn ihr war natürlich klar, daß mit dem Schuman-Plan ihre „Existenzgrundlage" untergraben wurde, weil nur eine „souveräne" Bundesrepublik an den Verhandlungen teilzunehmen vermochte[57].

---

[53] Zusammenfassung von Schlußfolgerungen des Außenministertreffens in London, MIN/TRI/DEC/3, 12.5. 1950, Top Secret, Auszug, in: Bullen/Pelly (Hrsg.), Documents II/1, S. 45 ff., hier S. 46 f.

[54] Protokoll der Kabinetts-Sitzung vom 16.5. 1950, in: Hans Booms (Hrsg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2: 1950, bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1984, S. 390.

[55] Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus (StBKAH), III 21: Adenauer an Kaiser, 9.6. 1950, Vertraulich.

[56] PA, SFSP, Bd. 289, Bl. 3 f.: Bundesministerium für den Marshallplan, Az. II/2c-4/31, 24.6. 1950, Vertraulich.

[57] Vgl. McCloy an Acheson, Tel. 268, 23.5. 1950, Confidential, in: FRUS, 1950, Bd. 3, S. 705–709; Robertson an Bevin, Tel. 803, 24.5. 1950, Immediate, Restricted, in: Bullen/Pelly (Hrsg.), Documents II/1, S. 83–86.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Wenngleich Adenauer dies nur recht sein konnte, sah er dem Treffen mit Monnet trotz aller neugewonnenen Hoffnung mit Skepsis entgegen. Indes, die eineinhalbstündige Unterredung verlief „günstiger und konstruktiver" als erwartet[58], begründete gar einen lange währenden „freundschaftlichen Kontakt" zwischen beiden Politikern[59]. Monnet wußte das Projekt zu präsentieren und machte dem Regierungschef klar, daß der Schuman-Plan „in seinem Grundgedanken wesentlich politisch" sei und einen „gewissermaßen moralischen Aspekt" besäße. Frankreich wolle die Beziehungen zu Deutschland auf eine gänzlich neue Basis stellen und das Trennende, insbesondere die Kriegsindustrien, „zum gemeinsamen Nutzen wenden, was auch zum Nutzen Europas wäre"[60].

Adenauer pflichtete dem bei, hob ebenfalls die moralische Seite des Unternehmens hervor und unterstrich zugleich die europapolitische Dimension: „Deutschland weiß, daß sein Schicksal an das Schicksal Westeuropas gebunden ist."[61]

Allerdings traten in dem einen oder anderen Punkt auch gewisse Meinungsverschiedenheiten zu Tage. So favorisierte Adenauer im Gegensatz zu Monnet einen Alleingang mit Frankreich und erst in einer zweiten Stufe den Beitritt anderer Länder, mußte aber erkennen, daß die Franzosen dem aus Furcht vor dem Mißtrauen der übrigen Staaten nicht zustimmen wollten[62]. Der prinzipiellen Idee Monnets eines Pools der Kohle- und Stahlkapazität stimmte der Kanzler hingegen ebenso uneingeschränkt zu wie dem Ziel einer bindende Beschlüsse verabschiedenden Hohen Behörde. Zugleich einigten sich beide Gesprächspartner darauf, daß Adenauer und Schuman keine Einmischung der Ministerien bis zur grundsätzlichen politischen Einigung zulassen und die kommenden Regierungsverhandlungen ausschließlich von „Leute[n] mit allgemeinem politischem und wirtschaftlichem Überblick" führen lassen sollten[63].

---

[58] Interview Adenauers mit dem Daily Telegraph, in: BA, NL Blankenhorn, Bd. 4, Bl. 82–85, o. D.; im Auszug in: Archiv der Gegenwart (AdG) 20 (1950), S. 2405 H; vgl. auch Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952, Stuttgart 1986, S. 720.

[59] AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 111, Bl. 54 f.: François-Poncet an MAE, Tel. 2405/06, 24. 5. 1950, Urgent, Réservé.

[60] Zit. nach Monnet, Erinnerungen, S. 393; vgl. die Gesprächsaufzeichnung in: Fondation Jean Monnet pour l'Europe (Hrsg.), La naissance d'un continent nouveau, Lausanne 1990, S. 197–203.

[61] Zit. nach Monnet, ebenda, S. 394.

[62] Vgl. Tagebuch Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 135, und die Warnung des Bundesministers für den Marshallplan, Franz Blücher, vor einer „deutsch-französischen Ausschliesslichkeit", in: PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 19: Blücher an Adenauer, 22. 5. 1950.

[63] Tagebuch Hans Schäffer, 3. 6. 1950, in: Ebenda. Adenauer dachte dabei deutscherseits an Hermann Josef Abs und den früheren Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Hans Schäffer, den er noch am selben Tag zu einer dringenden Unterredung nach Bonn bat. Monnet sprach sich gegen Abs aus, „da er während der Besatzungszeit für deutsche Stellen in Frankreich aufgetreten sei". Schäffer winkte ab. Adenauer berief daraufhin Walter Hallstein, Hans Boden, Walter Bauer, Herbert Blankenhorn, Hans vom Hoff und Franz Grosse in die deutsche Delegation. Um die Verhandlungen nicht exklusiv vom Kanzleramt führen zu lassen, wurde auf Anregung Blüchers, Erhards und Schäffers die Einsetzung eines Ministerausschusses unter dem Vorsitz des Kanzlers mit Blücher, Erhard, Schäffer und Storch beschlossen; vgl. ebenda, S. 136; PA, Abt. 2, Bd. 744, Bl. 70 f.: Schäffer an Adenauer, 24. 5. 1950;

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im gemeinsamen Pressekommuniqué, mit dem Adenauer Monnet „eine wirksame diplomatische Waffe"[64] in den Auseinandersetzungen um die englische Teilnahme in die Hand gab, unterstrichen beide die „völlige Übereinstimmung ihrer Auffassungen ..., besonders auch hinsichtlich des Interesses an einer schnellen Verwirklichung des Vorschlages"[65].

Voller Optimismus sahen sowohl Paris als auch Bonn nun eine neue Etappe im bilateralen Verhältnis beginnen. „Die Periode der Widerstände und Schikanen, die mit dem Abschluß der Saarkonventionen begann, ist beendet", notierte der stellvertretende französische Hohe Kommissar Armand Bérard in seinem Tagebuch. Sicher, so fuhr er fort, die Ablehnung des Projektes durch den Oppositionsführer Kurt Schumacher sei ebenso gewiß wie Adenauersche Manöver voraussehbar, doch könne weder der eine noch das andere Frankreich von seinem Weg abbringen[66]. Und François-Poncet kam nicht umhin festzustellen, daß der Kanzler jenen, die ihn nach den Interviews mit Kingsbury-Smith belächelt hatten, nun die Stirn bieten könne, lieferte der Schuman-Plan ihm doch „eine glänzende Revanche" gegenüber seinen Gegnern, „eine Auszeichnung" hingegen in den Augen seiner Anhänger[67].

Tatsächlich, so faßte eine die Reaktionen im Ausland vergleichende Aufzeichnung des Quai d'Orsay zusammen, erfuhr der Schuman-Plan in der Bundesrepublik die lebhafteste Zustimmung, wobei dem französischen Außenministerium Motive und Ziele dieser Haltung freilich nicht verborgen blieben:

– der Wunsch nach einer Fusion der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion als Basis einer europäischen Integration;
– die Absicht, als gleichberechtigtes Mitglied in die Gemeinschaft der europäischen Demokratien aufgenommen zu werden;
– die Möglichkeit zur Produktionssteigerung im Stahlbereich über die derzeitige Grenze von elf Millionen Tonnen hinaus;
– die Tendenz, mit dem Schuman-Plan das Saarproblem zu lösen;
– die Perspektive neuer Absatzmärkte für die deutsche Industrie, etwa in Afrika[68].

Trotz aller Genugtuung über die – mit Ausnahme der SPD[69] – rundweg positive Re-

---

Protokolle der Kabinettssitzungen vom 12. und 16. 6. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 453, S. 462 ff.; Adenauer an Monnet, 16. 6. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 231 f.

[64] Schwarz, Aufstieg, S. 725.

[65] PA, Abt. 2, Bd. 744, Bl. 25: Pressemitteilung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 507/50, 23. 5. 1950.

[66] Bérard, Ambassadeur, S. 315: Tagebuch, 14. 5. 1950.

[67] AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 133–147: François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950.

[68] Vgl. AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 111, Bl. 115–137: Direction d'Europe, Aufzeichnung, 1. 6. [1950]; Bl. 225–228: Aufzeichnung, 15. 6. 1950. Annie Lacroix-Riz bezeichnet die Direction d'Europe als Verfasser des Dokuments: Annie Lacroix-Riz, Paris et Washington au début du Plan Schuman (1950–1951), in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 241–268, hier S. 243.

[69] Zur ablehnenden Haltung der SPD zum Schuman-Plan vgl. das Grundsatzreferat Kurt Schumachers auf dem Parteitag in Hamburg vom 22. 5. 1950 und seine Rede vor dem Deutschen Bundestag vom 13. 6. 1950, in: Kurt Schumacher, Reden – Schriften – Korrespondenzen 1945–1952, hrsg. von Willy

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

aktion in den politischen Kreisen der Bundesrepublik blieb die französische Diplomatie indes angesichts derart weitreichender deutscher Hoffnungen vorsichtig. Sicher, die Frankophilie im deutschen Volk war nun allenthalben sichtbar, doch dieser „alte und tiefe Wunsch nach Verständigung mit Frankreich" war nach François-Poncet doch auch schon bei den Nazis zu spüren gewesen. Selbst Hitler, so erinnerte er seinen Minister in diesen Tagen, hatte ihm gegenüber den offenbar ehrlichen Wunsch geäußert, „daß man mir eines Tages eine Statue errichtet als dem Mann, der Deutschland und Frankreich versöhnt habe"[70].

Im Quai d'Orsay nahm man derartige Warnungen sehr wohl ernst; ja, die dortigen Beamten sahen noch weitere Gründe, die zur Vorsicht mahnten. War es nicht möglich – so fragten sie sich –, daß sich der deutsche Wunsch nach Verständigung sofort in sein Gegenteil verkehrte, wenn sich die in Frankreich gesetzten Erwartungen nicht erfüllten? Hing die Hochstimmung in der Bundesrepublik über den Schuman-Plan nicht auch damit zusammen, daß die Deutschen in ihm einen Beitrag zum Aufbau einer „Dritten Kraft" zwischen den Weltmächten und zum Neutralismus sahen[71]?

Ungeachtet derartiger Überlegungen und mancherlei Befürchtungen hielt Schuman an seinem Plan fest. Auch die englische Verweigerungshaltung konnte ihn darin nicht beirren, wiewohl er in einem längeren Noten- und Memorandenwechsel – vergeblich oder vorgeblich – versuchte, London umzustimmen. Als die von Frankreich angesprochenen sechs Staaten am 3. Juni in einem Kommuniqué ihren Willen zum Eintritt in konkrete Verhandlungen erklärten, blieb Whitehall abseits stehen[72] – eine tiefe Zäsur in den französisch-englischen Beziehungen, die im Quai d'Orsay zumal vor dem Hintergrund ihrer deutschlandpolitischen Implikationen keineswegs begrüßt wurde. Zwar galt die Gefahr eines deutschen Übergewichts in Europa als nicht akut und die Kooperation mit den Deutschen zum Zweck der europäischen Integration als sehr sinnvoll, zumal Frankreich weiterhin über wirksame Kontrollmittel verfügte. Dennoch schien es notwendig, sich stets „ihre natürliche Neigung" vor Augen zu führen und im Kopf zu behalten, daß die englische Teilnahme an der europäischen Integration zwar zur Zeit nicht notwendig war, „aber es morgen werden könnte. Und wir können nie der Unterstützung Washingtons sicher sein, wenn die Briten entschlossen sind, unsere Pläne zu konterkarieren."[73]

Albrecht, Berlin/Bonn 1985, S. 746–780, bes. S. 762–767, und Stenographische Berichte, 1. Wp., Bd. 4, S. 2474–77.

[70] Zit. nach: AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 133–147: François-Poncet an Schuman, Nr. 609/CM, 21. 5. 1950; vgl. auch AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 111, Bl. 14 ff.: Trutie de Varreux (Observateur Français en Schleswig-Holstein) an François-Poncet, Nr. 288/HC/OBS/S-H-LMM, 16. 5. 1950.

[71] Vgl. ebenda, Bd. 111, Bl. 152–156: Direction d'Europe, Aufzeichnung, 5. 6. 1950.

[72] Vgl. das Sechs-Mächte-Kommuniqué, 3. 6. 1950, in: EA 4 (1950), S. 3173; der französisch-englische Entscheidungsprozeß wird dokumentiert in: Bullen/Pelly (Hrsg.), Documents II/1, S. 1–155; EA 4 (1950), S. 3167–74; René Massigli, Une comédie des erreurs 1943–1956: Souvenirs et réflexions sur une étape de la construction européenne, Paris 1978, S. 196–207; Roger Bullen, The British Government and the Schuman Plan May 1950–March 1951, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 199–210.

[73] AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 111, Bl. 155 f.: Direction d'Europe, Aufzeichnung, 5. 6. 1950; vgl. dazu Lacroix-Riz, Paris et Washington, S. 247, mit falschem Datum 9. 6. 1950; zur Haltung Monnets:

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Gleichwohl – die Marschrichtung lag fest. Am 20. Juni eröffnete Außenminister Schuman in Anwesenheit der sechs Regierungsdelegationen die Konferenz über die Verhandlungen zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. In seiner ebenso pathetischen wie ausgewogenen Rede im historischen Uhrensaal des Quai d'Orsay stellte er abermals die Bedeutung der Stunde für die deutsch-französischen Beziehungen in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: „Wir wollen die alten Praktiken des Dumping und der Diskriminierung durch eine wahrhafte Zusammenarbeit ersetzen. Das ist das Wesentliche! Was aber mindestens ebenso bedeutsam ist, das ist unser von Anbeginn ausgesprochener Wille, zwei Nationen, die während Jahrhunderten in blutigen Kriegen sich gegenüberstanden, durch ein gemeinsames ständiges Werk zu vereinen, das ist die Ungewißheit [sic!], auf diese Weise aus unserer europäischen Gemeinschaft eine latente Ursache der Unruhe, der Mißgunst und der Angst auszutilgen, das ist die Hoffnung, auf dieser friedlichen Zusammenarbeit ein solides europäisches Gebäude zu errichten, das allen Nationen guten Willens Zugang gewährt."[74]

Am Tage nach der feierlichen Begrüßung präzisierte Monnet in ersten Treffen der Delegationschefs und in den Besprechungen mit den einzelnen Vertretungen[75] die französischen Vorstellungen[76]. Nachdem er schon zu Beginn des Monats ersten Bedenken der Benelux-Staaten vor einer „Diktatur" der Hohen Behörde mit dem Gedanken der politischen Verantwortung dieses Gremiums gegenüber einer aus den nationalen Volksvertretungen gewählten parlamentarischen Körperschaft und der Möglichkeit eines Mißtrauensvotums entgegengetreten war[77], charakterisierte er die Hohe Behörde nun als Organ neutraler Persönlichkeiten, die von den Regierungen ernannt werden sollten. Ohne auf die Anzahl ihrer Mitglieder detailliert einzugehen, signalisierte er der deutschen Abordnung, daß man mit Blick auf das gemeinsame Verhältnis „intern zu einer Verständigung über die Beteiligung der beiden Länder an den Sitzungen kommen werde"[78]. Als neuen Aspekt entwickelte er am 21. Juni den Gedanken, der Hohen Behörde durch „Entnahme aus den Kohle- und Stahlproduktionen" eigene

---

FJM, AMG 24/4/2: Monnet, Aufzeichnung, 28. 8. 1950; Bérard, Ambassadeur, S. 324ff.: Tagebuch, 12. 6. 1950.

[74] Rede Schumans, 20. 6. 1950, in: André Siegfried/Edouard Bonnefous/Jean-Baptiste Duroselle (Hrsg.), L'Année politique 1950. Revue chronologique des principaux faits politiques, économiques et sociaux de la France du 1er Janvier 1950 au 1er Janvier 1951, Paris 1951, S. 312ff.

[75] Die Zusammensetzung der sechs Delegationen bei Hans Dichgans, Montanunion. Menschen und Institutionen, Düsseldorf/Wien 1980, S. 58ff.

[76] Vgl. PA, SFSP, Bd. 56, Bl. 12–17: Sonst/P/1d, Kurzprotokoll der Sitzung vom 21. 6. 1950; Bd. 53, Bl. 17–27: Aufzeichnung der Sitzung vom 22. 6. 1950; Bd. 62, Bl. 19–25: Mo/P/2, Sitzung vom 23. 6. 1950.

[77] Vgl. AN, 363 AP, Papiers Mayer, Carton 17: Aufzeichnung an das Comité interministeriel, 12. 6. 1950.

[78] PA, SFSP, Bd. 62, Bl. 10: Mo/P/1, Kurzprotokoll des Treffens zwischen Monnet und der deutschen Delegation vom 22. 6. 1950.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Ressourcen zukommen zu lassen und sie so von den Regierungen unabhängig zu machen[79]. Drei Tage später legte Monnet dann in einer Art „Überrumpelungstaktik"[80] ein aus 40 Artikeln bestehendes „Arbeitsdokument" vor[81], das fortan die Grundlage der multilateralen Verhandlungen bilden sollte. Beim deutschen Delegationschef Walter Hallstein[82] stieß das Papier auf entschiedene Vorbehalte. Vor allem kritisierte er die Vielzahl technischer Einzelheiten und Planungselemente, wodurch seiner Meinung nach die Gefahr bestand, daß die Verfechter der liberalen Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik „in dem Plan irre gemacht" würden, obwohl es sich bei ihnen um seine „überzeugtesten Anhänger" handelte[83].

Ungeachtet derartiger Kritikpunkte war die deutsche Delegation aber prinzipiell entschlossen, „die Ansichten Frankreichs bis zum Ende zu unterstützen"[84]. Nachdem man sich in der ersten Verhandlungsrunde darauf verständigt hatte, eine Hohe Behörde mit ausgedehnten Kompetenzen zu schaffen und durch eine Art Parlament kontrollieren zu lassen, kehrte sie Ende Juni zufrieden und mit der Genugtuung nach Bonn zurück, daß Deutsche und Franzosen seit langer Zeit erstmals wieder „Seite an Seite ... marschier[t]en"[85]. Schuman hingegen hielt es vor dem Hintergrund der Widerstände aus den Benelux-Staaten für ratsam, sich mit gleichlautenden Mitteilungen erneut an die fünf Regierungen zu wenden, um noch einmal den zentralen Gedanken seines Planes herauszustellen. Frankreich beabsichtige, so hieß es dort, mit der Errichtung einer Hohen Behörde ein erstes Element zur europäischen Einigung zu schaffen und damit einen Beitrag zur deutsch-französischen Versöhnung wie zur Aufrechterhaltung des Friedens zu leisten; dazu sei es freilich erforderlich, daß jedes Mitglied seine nationalen Interessen zugunsten des Gemeinwohls zurückstelle[86]. Zweifellos sprach er Adenauer mit diesen Worten voll aus dem Herzen. Auch der Kanzler hielt es zur Errichtung einer lebensfähigen Gemeinschaft der westeuropäischen Völker für unabdingbar, „ihre Zusammenarbeit auf konkreten Gebieten sicherzustellen", und mahnte daher in seinem Antwortschreiben an, bei den kommenden Verhandlungen in Paris „egoistische wirtschaftliche Interessen der großen Aufgabe, der Schaffung einer echten Föderation, unter[zu]ordnen"[87]. Ende Juni berichtete Hallstein der Bundesregierung und dem von

[79] Monnet, Erinnerungen, S. 410.

[80] Küsters, Bonn und der Schumanplan, S. 85.

[81] PA, SFSP, Bd. 93, Bl. 3–56: Document du travail, 25. 6. 1950, in deutscher Übersetzung: Bl. 57–97; am 27. 6. 1950 stellte Monnet das Dokument der Presse in einer Kurzfassung vor; vgl. EA 4 (1950), S. 3409 ff.

[82] Zum Verhältnis Hallstein-Monnet vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 405; Blankenhorn, Verständnis, S. 109: Tagebuch, 16. 6. 1950.

[83] PA, SFSP, Bd. 83, Bl. 27: Deutscher Verhandlungsausschuß für den Schuman-Plan, Tagebuch, 25. 6. 1950, Geheim.

[84] AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 112, Bl. 37: François-Poncet an MAE, Tel. 3087/88, 27. 6. 1950, Réservé; vgl. auch Bérard, Ambassadeur, S. 333: Tagebuch, 29. 6. 1950; McCloy an Acheson, Nr. 5595, 29. 6. 1950, Secret, Priority, in: FRUS, 1950, Bd. 3, S. 739.

[85] PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 1: Albrecht von Kessel an Theo Kordt, 4. 7. 1950.

[86] Vgl. ebenda, Abt. 2, Bd. 744, Bl. 293 ff.: François-Poncet an Adenauer, 28. 6. 1950.

[87] Adenauer an Schuman, 30. 6. 1950, in: Beyer, Schuman, S. 109.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihr am 16. Juni eingesetzten, weisungsbefugten Kabinettsausschuß, der ihn ermächtigte, auf der Basis des französischen Arbeitsplans weiter zu verhandeln[88].

Ehe Hallstein seine neuen Direktiven in der nächsten Sitzung der Delegationen darlegte, informierte er als Zeichen der neuen deutsch-französischen Harmonie am 2. Juli Monnet vorab und verlangte dabei als notwendigen weiteren Arbeitsschritt – in einer gewissen Anlehnung an die Vorbehalte der Benelux-Staaten – die Festlegung allgemeiner Grundsätze für die Tätigkeit der Hohen Behörde. Der deutsche Delegationschef definierte sie als „Zentrum für gegenseitige Information und dauernde Kooperation", das keineswegs völlig seinem eigenen Ermessen überlassen werden dürfe. Der Sinn des Schuman-Plans müsse darin liegen, „die natürliche Auslese im Produktionsprozess" mittels eines einheitlichen Marktes im Gesamtgebiet der vertragschließenden Staaten sicherzustellen, in dem sämtliche Subventionen bzw. die „künstlichen und politischen Differenzierungen" gestrichen würden. Dem durch Krieg und Nachkriegsverhältnisse bedingten unterschiedlichen Stand des technischen Produktionsapparates sei dabei Rechnung zu tragen[89].

Monnet erklärte sich mit dieser Grundlinie durchaus einverstanden. Auch die von Hallstein geforderte Einbeziehung der Überseegebiete in den einheitlichen Markt begrüßte er. Demgegenüber stieß dessen Forderung nach Einrichtung eines permanenten Schiedsgerichtes als eines „Hüters der Objektivität der Hohen Behörde"[90] bei ihm auf Skepsis, weil er befürchtete, eine derartige Instanz könne sich mit der Zeit zum „Träger der eigentlichen Autorität" etablieren. Ohne Einigung blieb schließlich auch die Frage der Einflußnahme der Hohen Behörde auf die Preisgestaltung: Während Hallstein ihr nur die Festlegung der Prinzipien der Preisbildung zugestand, wollte Monnet durch sie auch Minimum- und Maximumpreise festsetzen lassen[91].

Als die Delegationen am 3. Juli nach einwöchiger Studienpause ihre Unterredungen fortsetzten, stimmten die Leiter Hallstein, Spierenberg, Suetens, Wehrer und Taviani, die mit Monnet stets in der abgeschlossenen Atmosphäre der Rue de Matignac tagten, dem französischen Konzept grundsätzlich zu, machten aber zahlreiche Änderungswünsche geltend. In einer eng an die Regierungslinie gehaltenen Erklärung hob Hallstein abermals die vornehmlich politische Bedeutung des Projektes hervor, die seiner Meinung nach darin bestand, „auf dem Gebiet von Kohle und Eisen einen Anfang zu

[88] Vgl. die Aufzeichnung Kab/1/19, Vertraulich, o. D., in: Küsters, Bonn und der Schumanplan, S. 86 ff.; vgl. auch Protokoll der Kabinetts-Sitzung vom 29. 6. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 492 f.; Wortprotokoll der Unterredung zwischen Adenauer und der Alliierten Hohen Kommission vom 29. 6. 1950, in: Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin (Hrsg.), Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951, bearb. von Frank-Lothar Kroll/Manfred Nebelin, München/Wien 1989, S. 218.

[89] PA, SFSP, Bd. 62, Bl. 36–43: Mo/P/3, Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3. 7. 1950.

[90] Ebenda, Bl. 39: Mo/P/3, Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3. 7. 1950.

[91] Vgl. ebenda, Bl. 54–61: Mo/P/4, Protokoll des Treffens der deutschen Delegation mit Monnet vom 2. 7. 1950; zum Problem der Preisgestaltung vgl. auch Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan, S. 196–202.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

machen, um alte Rivalitäten, unter denen unser Kontinent seit Jahrhunderten leidet, zu beseitigen und den Grund zu legen für eine echte europäische Gemeinschaft". Wenngleich er keine der vom Kabinett festgelegten Grundsätze trotz der von Monnet geäußerten Vorbehalte relativierte, ließ er keinen Zweifel darüber aufkommen, wie sehr die Bundesregierung angesichts der herausragenden politischen Bedeutung die durch den Plan aufgeworfenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen gewillt war[92].

Um Einvernehmen über die organisatorische Grundstruktur zu erzielen, wurden auf Vorschlag Monnets fünf Ausschüsse gebildet, von denen die von ihm selbst geleitete institutionelle Arbeitsgruppe sich als die wichtigste erwies[93].

Zwei Grundsatzfragen bestimmten in der Folge die Diskussionen: Woher bekommt die Hohe Behörde die Autorität für ihr Handeln? Und: Wie kann sie kontrolliert werden? Monnet beharrte auf der Ansicht, sie beziehe ihre Macht aus einem von den Parlamenten zu ratifizierenden Vertrag, während die Niederländer – bestärkt von Belgiern und Luxemburgern – die Regierungen als Rechtsquelle verstanden und deshalb dem Ministerrat ein gewisses Weisungsrecht zubilligen wollten[94].

Demgegenüber standen die italienische und die anfangs sehr behutsam auftretende deutsche Delegation eher auf der französischen Seite. So bezeichnete Hallstein im Namen seiner Regierung nicht nur die Macht und die Unabhängigkeit der Hohen Behörde als „den Stützpfeiler für Europa"[95], sondern begrüßte auch den Gedanken ihrer Verantwortlichkeit gegenüber der parlamentarischen Versammlung, die einem europäischen Parlament den Weg bereite[96].

In diesem Sinne argumentierte die deutsche Delegation vornehmlich föderalistisch, weil sie zunächst wohl eine echte Chance sah, dem Schuman-Plan eine bundesstaatliche Struktur zu geben[97]. Außerdem bestand für die Bundesregierung angesichts des sie in ihrer Souveränität beschneidenden Besatzungsstatuts kein Grund, einem Ministerrat Kontrollbefugnisse über die Hohe Behörde zu übertragen, konnte sie in diesem

---

[92] Ebenda, Bl. 36: Mo/P/3, Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3.7. 1950; vgl. auch Kurzprotokoll über die Vollsitzung der Delegationen vom 3.7. 1950, Mo/P/5, in: Küsters, Bonn und der Schumanplan, S. 88–91.

[93] Zu den übrigen zählten die Arbeitsgruppe für Produktion, Investitionen und Preise unter Etienne Hirsch, Handelspolitik unter Charpentier, soziale Fragen unter Uri, Definition von Kohle und Stahl unter Desrousseaux; vgl. ebenda, Bd. 62, Bl. 92: Mo/P/6, Kurzprotokoll über die Vollsitzung der Delegationen, 4.7. 1950.

[94] Vgl. ebenda, Bd. 102, B. 8–11: Inst/P/1, Kurzprotokoll über die Sitzung des Institutionellen Ausschusses, 12.7. 1950.

[95] Zit. nach Monnet, Erinnerungen, S. 420.

[96] Vgl. PA, SFSP, Bd. 62, Bl. 36–43: Mo/P/3, Rede Hallsteins während der Sitzung der Delegationen vom 3.7. 1950; Pressekonferenz Hallsteins vom 14.7. 1950, in: Ebenda, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 1.

[97] Vgl. ebenda, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 1: Aufzeichnung über die Sitzung des Juristischen Sachverständigen-Ausschusses für den Schuman-Plan vom 17.8. 1950, 19.8. 1950; vgl. auch die Darstellung des deutschen Mitgliedes des juristischen Ausschusses Hermann Mosler, Die Entstehung des Modells supranationaler und gewaltenteilender Staatenverbindungen in den Verhandlungen über den Schuman-Plan, in: Ernst von Caemmerer/Hans-Jürgen Schlochauer/Ernst Steindorff, Festschrift für Walter Hallstein zu seinem 65. Geburtstag, Frankfurt a. M. 1966, S. 355–386.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Gremium doch autark agieren. Dabei dachte sie daran, den Ministerrat mit der Gemeinsamen Versammlung zu einem „Montan-Kongreß" nach amerikanischem Vorbild dualistisch mit Zweikammersystem oder monistisch mit Einkammersystem zusammenzufassen[98]. Monnet aber lehnte die dualistische deutsche Lösung strikt ab und durchkreuzte auch die Bestrebungen der Benelux-Staaten, „die Schaffung einer mit wirklichen Kompetenzen ausgestatteten supranationalen Behörde in das Fahrwasser intergouvernementaler Zusammenarbeit zu lenken"[99]. Am 20. Juli erklärten sich daraufhin der holländische und der belgische Delegierte im Namen ihrer Regierungen bereit, der Errichtung eines supranationalen Organisationssystems zuzustimmen, versuchten aber nunmehr, den Ministerrat gegenüber der Hohen Behörde zu stärken[100].

Monnet hielt angesichts dieses prinzipiellen Konsenses eine größere Rolle der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung für ratsam, die er zukünftig „unmittelbar von den europäischen Völkern" wählen lassen wollte[101].

Vor dem Hintergrund der durch den Korea-Krieg und der Lancierung des Macmillan-Planes[102] veränderten internationalen Situation drängte er dann auf ein rasches Ende der Beratungen und forderte in einem Gespräch mit Hallstein am 2. August, daß die Delegationen sich auf einen Katalog konkreter Anweisungen für die Tätigkeit der Hohen Behörde im ersten Jahr beschränken sollten. Angesichts der noch bestehenden vielfältigen Differenzen war der deutsche Verhandlungsführer in Übereinstimmung mit den übrigen Delegationen dafür jedoch nicht zu gewinnen und ließ ihn daher wissen, Adenauer sei mit einem baldigen Konferenzabschluß nicht einverstanden[103]. Dennoch faßten die Mitarbeiter Monnets am 5. August die Beratungsergebnisse in einem „Memorandum über die Institutionen" zusammen, das von den Delegationsleitern aber nur zum Teil akzeptiert wurde[104]. Zwar bestand nunmehr im wesentlichen Übereinstimmung darüber, mit der Hohen Behörde, dem Ministerrat, der Gemeinsamen Versammlung und dem Gerichtshof vier Organe mit supranationalem Charakter zu bilden[105], doch zeigte sich bei der Diskussion der noch strittigen Punkte rasch der Kompromißcharakter dieser Ergebnisse. So bemängelte Hallstein die geringe Berücksichtigung der am 2. August übergebenen deutschen Vorschläge; namentlich hinsicht-

[98] Vgl. Küsters, Verhandlungen, S. 84.

[99] Ebenda, S. 86; vgl. auch PA, SFSP, Bd. 62, Bl. 112 f.: Mo/P/9, Kurzprotokoll über Besprechung mit Monnet vom 27. 7. 1950.

[100] Vgl. ebenda, Bd. 102, Bl. 17 ff.: Inst/P/2, Kurzprotokoll über die Sitzung des Organisations-Ausschusses vom 20. 7. 1950, Vertraulich.

[101] Ebenda, Abt. 2, Bd. 745, Bl. 110: Hallstein an AA, Tel. 2, 12. 7. 1950, Cito.

[102] Zur Haltung Monnets und Hallsteins vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 424; PA, SFSP, Bd. 63, Bl. 33: Protokoll über die Sitzung der Deutschen Europarat-Vertreter mit der Deutschen Delegation für den Schuman-Plan vom 13. 8. 1950, Geheim, Teil 1.

[103] Vgl. das Kurzprotokoll über die Besprechung im Planungsamt zwischen Hallstein und Monnet vom 2. 8. 1950, Mo/P/10, in: Küsters, Bonn und der Schumanplan, S. 95 f.

[104] Vgl. PA, SFSP, Bd. 93, B. 113–121: Memorandum, 5. 8. 1950; Bd. 102, Bl. 43–47: Inst/P/5, Kurzprotokoll über die Sitzung des Institutionellen Ausschusses vom 4./5. 8. 1950.

[105] Vgl. ebenda, Bd. 56, Bl. 70–79: Rapport sur les travaux poursuivis à Paris par les délégations de six pays, du 20 juin au 10 août 1950; in deutscher Übersetzung: Bl. 89–147.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lich der Rolle des Parlamentes war das französische Memorandum weniger supranational ausgefallen als erwartet[106]. Auch die Rolle des Ministerrates galt aus seiner Sicht keineswegs als geklärt, hatte „die deutsche Delegation ... bisher dem Ministerrat überhaupt noch nicht zugestimmt, [wohl aber] erklärt ..., darüber diskutieren zu wollen". Hallstein akzeptierte weder den holländischen Plan, die Vollmachten des Ministerrates auch auf den Verteidigungssektor auszudehnen, noch den französisch-holländischen Vorschlag des Majoritätsprinzips bei Weisungen des Ministerrats. Vielmehr sollten dessen Befugnisse seiner Ansicht nach „klein gehalten" bleiben und die Direktiven „einstimmig erfolgen"[107].

Gegensätze gab es zwischen Bonn und Paris aber nicht nur in diesen institutionellen Fragen, sondern auch in bezug auf den Einheitlichen Markt. Dabei stieß insbesondere der geplante Mechanismus der Ausgleichskosten und der Preissenkung auf den Argwohn von Hallstein, der befürchtete, Frankreich beabsichtige damit, Deutschland einseitig zu belasten[108]. Zwar war man sich auf der deutschen Seite bewußt, daß die Verwirklichung des Einheitlichen Marktes durchaus Opfer in Form einer Steigerung der niedrigen deutschen Preise verlange, wollte aber eine nur allmähliche Angleichung vornehmen lassen und dadurch auch die erforderlichen Ausgleichszahlungen mildern. Frankreich beabsichtigte demgegenüber „das genaue Gegenteil, nämlich schnelle Herstellung des einheitlichen Marktes und hohe deutsche Zahlungen in Preisausgleichskassen"[109].

Im Sinne des Kabinettsbeschlusses vom 23. August wirkten die Vertreter Bonns schließlich in ihren Besprechungen mit Monnet bzw. der französischen Delegation am 29. und 31. August darauf hin, preissteigernde Maßnahmen möglichst zu verhindern und Lösungsmöglichkeiten in sogenannten technischen Mitteln zu finden[110].

Im September fanden dann weitere Verhandlungen über die materiellen Bestimmungen des abzuschließenden Vertragswerkes statt. Anfang Oktober, gegen Ende der am 31. August begonnenen zweiten Verhandlungsphase, hatten sich die Abordnungen über die Zuständigkeiten der Organe weitgehend geeinigt und dabei insbesondere die Entscheidungsbefugnisse der Hohen Behörde durch „ein fein gesponnenes Netz von Entscheidungs-, Zustimmungs- und Anhörungsrechten" beschnitten[111]. Mitte des

---

[106] Vgl. ebenda, Bd. 103, Bl. 74 ff.: Jur/P/9, Besprechung zwischen Hubert und Ophüls vom 2. und 3. 8. 1950; Bl. 50–69: Inst/P/6, Institutionen des Schuman-Plans, Stand vom 10. 8.; Bd. 56, Bl. 80–86: Sonst/P/2 a, Bemerkungen der deutschen Delegation zu den französischen Berichten über die Verhandlungen vom 20. Juni bis 10. August 1950, 24. 8. 1950, Vertraulich.

[107] Ebenda, Bd. 63, Bl. 29: Protokoll über die Sitzung der Deutschen Europarat-Vertreter mit der Deutschen Delegation für den Schuman-Plan vom 13. 8. 1950, Geheim, Teil 1; vgl. auch Bd. 67, Bl. 25–28: Aufzeichnung, 26. 7. 1950.

[108] Vgl. ebenda, Bd. 63, Bl. 27 f.: Protokoll über die Sitzung der Deutschen Europarat-Vertreter mit der Deutschen Delegation für den Schuman-Plan vom 13. 8. 1950, Geheim, Teil 1.

[109] Ebenda, Abt. 2, Bd. 745, Bl. 81: Min./1, Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Interministeriellen Ausschusses mit der Delegation für den Schuman-Plan vom 24. 8. 1950, Vertraulich; vgl. auch Goschler/Buchheim/Bührer, Schumanplan, S. 197.

[110] Vgl. Protokoll der Kabinetts-Sitzung vom 23. 8. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 629–632.

[111] Küsters, Verhandlungen, S. 91; vgl. auch FJM, AMG 8/3/2: Projet d'organisation du traité, 10. 1950.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Monats berieten die Delegationschefs einen französischerseits am 10. Oktober präsentierten Vertragsentwurf, der in einer ersten Redaktion schließlich am 9. November genehmigt wurde[112]. Vier Wochen später lag der Vertrag in groben Zügen vor.

III.

Bis zu seiner Unterzeichnung sollten indes noch vier lange Monate vergehen, Monate, in denen das Erreichte mehr als einmal äußerst gefährdet schien. In der Zwischenzeit hatte sich die Grundlage der Verhandlungen nämlich erheblich verändert. Nach der Hausse des Sommers geriet das Verhältnis zwischen Bonn und Paris im Herbst 1950 in große Turbulenzen. Verantwortlich dafür zeichneten einerseits der Gewichtszuwachs der Bundesrepublik durch die nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Zuge der amerikanischen Forderung nach einer deutschen Wiederbewaffnung gestärkte deutsche Verhandlungsposition, andererseits die nicht nur aus deutscher Sicht vorhandenen Widersprüche in der französischen Deutschlandpolitik: Zwar betrachtete Paris Bonn im Rahmen des Schuman-Plans als gleichgestellt, trachtete aber ansonsten nach Kräften danach, diese Gleichberechtigung gerade zu verhindern[113].

Irritiert über die tatsächlichen Ziele der französischen Politik, erzeugte das wachsende Selbstbewußtsein in Deutschland zunehmend kritischere Stimmen gegen den nicht mehr notwendig scheinenden Schuman-Plan. Namentlich die Rede Robert Lehrs, die er wenige Tage vor seiner Ernennung zum Innenminister am 30. September in München hielt[114], löste an der Seine geradezu eine „Schockwirkung" aus[115], so daß sich Adenauer am 23. Oktober genötigt sah, der französischen Regierung sein Festhalten am Schuman-Plan zu beteuern[116]. „Ein neuer Wind wehte, der Deutschland desorientierte", so sah es Monnet[117]. Mit Unbehagen hatte er zu registrieren, wie sich die stärker gewordene deutsche Stellung nicht nur in der juristischen Kleinarbeit in Paris, sondern auch in Bonn hinsichtlich der prinzipiellen Einschätzung des Projektes bemerkbar machte. Hatten die Deutschen bisher die Auffassung vertreten, dieser Plan biete die einzige Möglichkeit, „einen wirksamen und raschen deutschen Beitrag zur Verteidigung des Westens zu erhalten", sahen sie nun – in französischer Perspektive – plötzlich

[112] Vgl. AN, 457 AP, Papiers Bidault, Carton 30: Première rédaction du projet de traité, 9. 11. 1950.

[113] Vgl. Harvey an Bevin, Tel. 145, 1. 3. 1951, Priority, Confidential, in: Bullen/Pelly (Hrsg.), Documents II/1, S. 418 ff.

[114] Vgl. AdG 20 (1950), S. 2634 B.

[115] PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 1: von Kessel, Aufzeichnung, 23. 10. 1950.

[116] Vgl. Raymond Poidevin, Le rôle personnel de Robert Schuman dans les négociations C.E.C.A. (juin 1950–avril 1951), in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 105–115, hier S. 107, und die Äußerungen Heinrich von Brentanos gegenüber der französischen Hohen Kommission in: AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 121, Bl. 176 f.: Guiringaud an MAE, Tel. 5655/57, 25. 10. 1950, Réservé.

[117] Monnet, Erinnerungen, S. 435; vgl. auch Werner Bührer, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986, S. 186 ff.; Diebold, Schuman Plan, S. 69 ff.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eine Chance, „daß die Wiederbewaffnung und der Wiederaufstieg Deutschlands sich im nationalen Rahmen realisieren werden"[118]. Alarmiert von dieser anscheinenden oder scheinbaren deutschen Kehrtwende, forderte Monnet in zwei Memoranden vom 9. und 16. September 1950 Schuman zur Fortsetzung des seit Mai eingeschlagenen Weges sowie zur Akzeptierung der deutschen Wiederbewaffnung auf, „im supranationalen europäischen Rahmen eines erweiterten Schuman-Plans"[119]; denn nur in einer solchen Perspektive sei es möglich, die nationale Wiederbewaffnung Deutschlands zu verhindern, Europa zu schaffen und Frankreich die am 9. Mai gewonnene „Führungsrolle auf dem Kontinent" zu erhalten[120].

Für die zunehmend heftigeren deutsch-französischen Dissonanzen im Herbst 1950 sorgte jedoch nicht nur das Problem der Wiederbewaffnung, sondern zum wiederholten Male auch die Saarfrage, nachdem im Juni in der französischen Presse die Meldung aufgetaucht war, das Saarland solle als „assoziiertes Mitglied" in die Montanunion aufgenommen werden[121]. Darüber hinaus irritierten in Bonn Gerüchte, die von der Aufnahme eines Saarvertreters in die französische Verhandlungsdelegation sprachen. Adenauer ließ daraufhin umgehend in Paris signalisieren, daß die Hinzuziehung von Sachverständigen für ihn akzeptabel, die Anwesenheit von saarländischen Beobachtern aber „unannehmbar" sei[122]. Angesichts dieser deutschen Warnung beeilte sich die französische Diplomatie zwar umgehend zu versichern, letzteres sei nicht beabsichtigt, doch mußte Adenauer erneut aufhorchen, als Schuman am 10. August 1950 vor der Beratenden Versammlung des Europarates von sieben Ländern sprach, die an den Verhandlungen teilnähmen.

Mit der somit gefestigten französischen Rückendeckung forderte am 3. Oktober der saarländische Wirtschaftsminister Singer vom französischen Hohen Kommissar an der Saar, Gilbert Grandval, die Beteiligung an der Montanunion offenbar mit dem Ziel, „auf diese Weise eine de facto Anerkennung der Saarregierung und des vom übrigen Deutschland separierten Saarstaates zu erreichen". Bonn wollte diesem Streben keineswegs tatenlos zusehen, wenngleich es einsah, daß das Saargebiet bis zur endgültigen Regelung des Problems im Friedensvertrag „als ein Teil des französischen Wirtschaftsraumes" zu behandeln sei[123].

Am 3. November ging ein neuer Vorstoß vom Saarbrücker Landtag aus, der die Regierung zur Fortsetzung der Verhandlungen mit Frankreich zwecks Aufnahme in den Kreis der Signatarstaaten des Schuman-Plans beauftragte[124]. Die von Ministerpräsi-

---

[118] Monnet an Schuman, Tel., 14. 9. 1950, in: Jean Monnet/Robert Schuman, Correspondance 1947–1953, hrsg. von der Fondation Jean Monnet pour l'Europe, Centre de recherches européennes, Lausanne 1986, S. 56.

[119] Monnet an Schuman, Memorandum, 16. 9. 1950, in: Ebenda, S. 58 f., hier S. 59.

[120] Monnet an Schuman, Memorandum, 9. 9. 1950, in: Ebenda, S. 53 ff., hier S. 54.

[121] PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 33: Dittmann an Hallstein, Aufzeichnung 214-02 II/9843/50, 17. 10. 1950.

[122] Ebenda, Bd. 83, Bl. 16 ff.: Deutscher Verhandlungsausschuß für den Schuman-Plan, Tagebuch, 20. 6. 1950, Geheim.

[123] Ebenda, Bd. 67, Bl. 34: Dittmann an Hallstein, Aufzeichnung 214-02 II/9843/50, 17. 10. 1950.

[124] Vgl. ebenda, Bl. 92–95: [Strohm] an Hallstein, Aufzeichnung zu 214-02 II/12020/50, 12. 12. 1950.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dent Hoffmann umgehend aufgenommene Initiative erhielt auf der französischen Seite insbesondere von Grandval massive Unterstützung, weil sie genau seiner Saarpolitik entsprach: „die innere und äußere Autonomie zu stärken, einen wirklichen saarländischen Staat anerkennen zu lassen"[125].

Da eine derartige Zulassung der Saarregierung „die dem Friedensvertrag vorbehaltene Endlösung der Saarfrage weiter in einem für die Bundesrepublik ungünstigen Sinne präjudizieren würde", konnte die deutsche Seite das saarländische Vorgehen natürlich nicht akzeptieren[126]. Sie gedachte daher, auf Zeit zu spielen und die Behandlung der Saarfrage möglichst ans Ende der Verhandlungen über den Schuman-Plan zu setzen[127].

Letzteres entsprach in einem gewissen Maße auch der Zielsetzung des französischen Außenministers. Nachdem Monnet Schuman am 28. Dezember darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Saar keinesfalls im Vertrag zur Montanunion genannt werden dürfe, die Regierung aber ein oder zwei saarländische Repräsentanten in ihre zukünftige Delegation zur Gemeinsamen Versammlung aufnehmen könne[128], schrieb der Minister seinem Vertreter an der Saar am 9. Januar 1951, Frankreich werde den Vertrag im Namen des Saarlandes unterzeichnen und die Sicherung seiner Interessen gewährleisten; darüber hinaus würde es saarländische Abgeordnete ins eigene Kontingent für die Gemeinsame Versammlung aufnehmen[129]. Da er allerdings einer raschen Entscheidung ausweichen wollte, kam es vorerst nicht zu der notwendigen Abstimmung mit Bonn, so daß sich Monnet seinerseits genötigt sah, Schuman am 7. Februar um eine baldige Unterredung mit Hallstein zur Klärung des Problems zu bitten[130]. Aus Sorge, die Paraphierung des Vertrags könne durch die deutsch-französische Saar-Kontroverse weiter verzögert werden, legte er seinem Minister Mitte März abermals ein Konzept zur Einbeziehung der Saar in den Schuman-Plan vor. Monnet ging davon aus, der Status der Saar müsse unangetastet bleiben und könne erst im Rahmen eines Friedensvertrages geregelt werden. Frankreich sollte den Vertrag im Namen des Saarlandes unterzeichnen, die Wahrung seiner Interessen garantieren und die saarländischen Vertreter in die Gruppe der eigenen Abgeordneten zur Gemeinsamen Versammlung einbeziehen[131].

Eine französische Unterzeichnung im Namen des Saarlandes lehnte die Bundesregierung aber zunächst ab, woraufhin Schuman, der die Saarfrage offenbar nicht nur „entgiften und sie als Streitobjekt zwischen Deutschland und Frankreich beseitigen", sondern das Saargebiet zu einem „Bindeglied zwischen Deutschland und Frankreich" im Rahmen einer gesamteuropäischen Lösung, zu „einer Art Kondominium oder

---

[125] Poidevin, Rôle, S. 108; vgl. auch AN, 363 AP, Papiers Mayer, Carton 17: Grandval an Mayer, Aufzeichnung, 25. 11. 1950.

[126] PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 95: [Strohm] an Hallstein, Aufzeichnung zu 214-02 II/12020/50, 12. 12. 1950.

[127] Vgl. ebenda, Bl. 35 f.: Thedieck an BMWi/BKA, III-141/50, 21. 10. 50; vgl. auch Monnet an Schuman, 6. 12. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 89.

[128] Vgl. Monnet an Schuman, 28. 12. 1950, nebst Aufzeichnung, in: Ebenda, S. 91 ff.

[129] Vgl. AN, 363 AP, Papiers Mayer, Carton 17: Schuman an Grandval, Nr. 43, 9. 1. 1951, Copie.

[130] Vgl. Monnet an Schuman, 7. 2. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 104.

[131] Vgl. Monnet an Schuman, Aufzeichnung, 9. 3. 1951, in: Ebenda, S. 105 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bundesland" machen wollte, Adenauer im März 1951 Konzessionsbereitschaft signalisierte und zugleich um Zeit und Vertrauen bat[132].

Zu dieser konzilianten Haltung des französischen Außenministers trugen nicht zuletzt Meldungen über die innenpolitischen Probleme des Bundeskanzlers bei. So hatte Adenauer selbst auf die zu erwartenden Widerstände der SPD hingewiesen, wenn es in der Saar-Frage zu keinem befriedigenden Ergebnis käme, und auch François-Poncet unterstrich immer wieder die von Schumacher ausgehende Gefahr für den Schuman-Plan: „Trotz seiner Behinderungen rackert er sich wie ein Teufel ab." Mit extremer Heftigkeit habe er von seiner Partei „einen wirklichen Kreuzzug gegen die anti-demokratische und technokratische Diktatur [gefordert,] die der Schuman-Plan dem deutschen Volk aufzwingen würde"[133].

Mit Widerstand mußte Adenauer indes nicht nur aus den Reihen der SPD, sondern auch aus der eigenen Regierung rechnen. So verlangte Jakob Kaiser in der Kabinettssitzung vom 13.3. 1951 ausdrücklich, „daß das Saargebiet auf keinen Fall 7. Schuman-Plan-Land werden dürfe", was Adenauer umgehend zusicherte[134].

Angesichts dieser innerdeutschen Problemlage schien es Schuman angeraten, der Haltung des Bundeskanzlers mit Wohlwollen zu begegnen – sehr zum Verdruß der französischen Saar-Lobby. Namentlich Grandval warnte seinen Minister davor, dem Druck des deutschen Regierungschefs nachzugeben. In einer gemeinsamen Unterredung sicherte ihm Schuman daraufhin am 19. März 1951 zu, den Vertrag im Namen der französisch-saarländischen Wirtschaftsunion für Frankreich und das Saarland mit einer Unterschrift zu signieren[135]. Doch Anfang April verschärfte Adenauer die Gangart, indem er Monnet seinen Wunsch nach einer Ergänzung des Vertrages durch eine Erklärung oder ein Protokoll eröffnete, in dem betont werde, daß der Schuman-Plan den Status der Saar nicht tangiere. Um dem Gesuch Nachdruck zu verleihen, drohte Hallstein gar damit, die Ratifikation des Vertrages hänge ausschließlich von der Behandlung der Saarfrage ab[136] – für Grandval Anlaß genug, um noch einmal am 10. April davor zu warnen, die Saar zum Objekt eines „deutsch-französischen Tête-à tête" zu machen[137]. Von allen Seiten bedrängt, wartete Schuman bis zur Pariser Konferenz Mitte April 1951, um das Problem direkt mit Adenauer zu verhandeln.

---

[132] PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 9: von Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29.3. 1951.

[133] AMAE, 1944–1960, Allemagne, Bd. 376, Bl. 164: François-Poncet an MAE, Tel. 1999/2004, 2.4. 1951; zu Schumachers Kritik am Schuman-Plan vgl. die Presseerklärung der SPD vom 20.4. 1951, seinen Artikel im „Hamburger Echo" vom 21.4. 1951 sowie seine Rede auf der Konferenz der Sozialen Arbeitsgemeinschaften der SPD vom 24.5. 1951, in: Schumacher, Reden, S. 805–818.

[134] Protokoll der Kabinetts-Sitzung vom 13.3. 1951, in: Hans Booms (Hrsg.), Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 4: 1951, bearb. von Ursula Hüllbusch, Boppard am Rhein 1988, S. 231.

[135] Vgl. AN 457 AP, Papiers Bidault, Carton 31: Grandval an Schuman, 18.4. 1951.

[136] Vgl. AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 113, Bl. 9ff.: François-Poncet an MAE, Tel. 2153/57, 6.4. 1951, Réservé, Urgent.

[137] Grandval an Schuman, Tel. 153, 10.4. 1951, zit. nach AN, 457 AP, Papiers Bidault, Carton 31; Grandval an Schuman, 18.4. 1951.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zu erheblichen Turbulenzen kam es zwischen Bonn und Paris auch im Hinblick auf die Internatioale Ruhrbehörde (IRB). Schon kurz nach Initiierung des Schuman-Planes äußerten französische Parlamentarier die Sorge, das Projekt bereite der Ruhrkontrolle ein rasches Ende. Schuman beeilte sich daraufhin, den Befürchtungen in einer Rede vor der Außenpolitischen Kommission der Assemblée nationale am 25. Mai 1950 mit dem Argument entgegenzutreten, Deutschland bleibe den bestehenden Restriktionen unterworfen. Wenn freilich die Mitglieder der Ruhrbehörde der neuen Organisation beiträten, „könnte eine Fusion der Ruhrbehörde mit diesem neuen Organismus ins Auge gefaßt werden"[138].

Weder diese Erklärung noch Blankenhorns kategorische Versicherung vom Juni, die deutsche Delegation habe nicht den Auftrag, die „Kompatibilität der Internationalen Ruhrbehörde mit der zukünftigen Hohen Behörde" zu problematisieren[139], führten an der Seine zu einer Beruhigung. Zu Recht, denn im Herbst 1950 warf die deutsche Delegation tatsächlich offiziös die Frage des Ruhrstatuts auf, wobei Adenauer die Verbindung des Schuman-Plan-Vertrages mit einem Protokoll vorschlug, in dem die sechs Mitglieder die allmähliche Übertragung der Ruhrbehördenkompetenzen auf die Hohe Behörde anerkennen sollten[140].

Zur gleichen Zeit gelangte die französische Regierung zu der Erkenntnis, daß das Fortbestehen der IRB nach dem Inkrafttreten des Montan-Vertrages tatsächlich weder nötig noch möglich sei, hielt diese Ansicht indes noch zurück und signalisierte lediglich die Bereitschaft zu einem Briefwechsel anläßlich der Vertragsunterzeichnung, in dem sie ihre Haltung zur Ruhrbehörde mitteilen wollte[141]. Wenngleich das Kabinett davon überzeugt war, auch hier bisherige Positionen räumen zu müssen, versuchten einzelne Minister aber, den von Bonn zu zahlenden Preis möglichst hoch zu schrauben. So empfahl René Mayer im Januar 1951, die Abschaffung der IRB der Verkündigung eines Gesetzes über den Besitz der Ruhrminen durch die Bundesregierung zu unterwerfen[142], woraufhin Schuman ihm mit Schreiben vom 2. Februar entgegenhielt, es sei unmöglich, die Auflösung dieser Institution mit jener der zukünftigen Besitzer der Ruhrindustrien zu verbinden: „Wir stellten für den Abschluß des [Schuman-]Planes eine völlig neue Bedingung, die weder unsere Verbündeten noch die Bundesregierung akzeptieren würden." Folglich müsse sich Frankreich vor der Gefahr schützen, die Auflösung der IRB unter dem doppelten Druck der Deutschen und Anglo-Amerikaner „ohne jede Gegenstimme" mitansehen zu müssen[143]. In diesem Sinne willigte die

[138] Zit. nach Poidevin, Rôle, S. 111.

[139] AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 112, Bl. 50: François-Poncet an MAE, Tel. 3155/56, 30. 6. 1950, Réservé.

[140] Vgl. ebenda, Bd. 112, Bl. 184: François-Poncet an MAE, Tel. 6124/25, 11. 11. 1950, Réservé; Bérard, Ambassadeur, S. 358: Tagebuch, 7. 11. 1950.

[141] Vgl. Protokoll der Kabinettssitzung vom 12. 12. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 880–883.

[142] Vgl. AN, 363 AP, Papiers Mayer, Carton 17: Mayer an Schuman, 15. 1. 1951; vgl. auch Poidevin, Rôle, S. 111.

[143] Ebenda, Carton 17: Schuman an Mayer, 2. 2. 1951; vgl. auch Poidevin, ebenda, S. 112.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

französische Regierung Anfang Februar darin ein, nach der Paraphierung des Schuman-Plans in einem Brief an die Bundesregierung festzuhalten, „daß der Fortbestand der Ruhrbehörde sich mit den Prinzipien des Schuman-Plans nicht vereinbaren lasse" und das Ruhrabkommen entsprechend geändert werden müsse[144]. Adenauer schien diese Zusage jedoch zu vage und verlangte daher, die Abschaffung der Ruhrbehörde nicht – wie die Franzosen es beabsichtigten – erst mit Inkrafttreten, sondern mit Unterzeichnung des Vertrages durchzusetzen[145]. Abermals wich Schuman dem deutschen Druck und akzeptierte auf Anregung von Monnet folgenden Kompromißvorschlag: „a) die Aufhebung der theoretischen Beschränkung des Stahlproduktionsniveaus erfolgt mit dem Inkrafttreten des Vertrags; b) die Hohe Behörde wird ab der Aufnahme ihrer Funktion, d.h. ab der Ratifikation des Vertrags, in der Lage sein, die Verteilung gemäß Artikel 59 auszuführen"[146].

Gravierende Dissonanzen zwischen Bonn und Paris verursachte auch das Gesetz 27 vom 16.5. 1950 über die Entflechtung der westdeutschen Montanindustrie, das insbesondere die großen deutschen Stahlfirmen, die Verbundwirtschaft und den als zentrale Verkaufsstelle der Ruhrkohle fungierenden „Deutschen Kohleverein" (DKV) betraf und im wesentlichen drei Aspekte umfaßte: die Anzahl von Einheiten, in die die Ruhrindustrie geteilt werden sollte, die Anzahl von Stahlkonzernen, die eigene Minen besitzen durften, und schließlich das Schicksal des DKV[147].

Hinsichtlich des DKV hatten sich die Deutschen gemeinsam mit den Franzosen und Amerikanern zunächst gegen die Auflösung ausgesprochen[148]. Unter dem Eindruck der New Yorker Vereinbarungen über die deutsche Wiederbewaffnung änderte Frankreich indes im September 1950 seine Haltung und forderte nun unter Berufung auf die Durchführungsverordnung der Alliierten Hohen Kommission zum Gesetz 27 vom 14.9. 1950 die Liquidation großer Stahlfirmen mit dem Ziel der Entmachtung der Ruhrschwerindustrie[149]. Adenauer hingegen lehnte die alliierte Direktive entschieden ab und drohte in der Sitzung mit den Hohen Kommissaren vom 23. September gar mit dem sofortigen Abzug seiner Delegation aus Paris, da sich sämtliche Voraussetzungen des Schuman-Plans gewandelt hätten[150]. Zugleich schickte er Wirtschaftsminister Er-

---

144 [Konrad] Adenauer, Teegespräche 1950–1954, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, Berlin 1984, S. 35: Teegespräch, 8.2. 1951; vgl. auch S. 40: Teegespräch, 15.2. 1951.

145 Vgl. AN, 81 AJ, Carton 148: Monnet an Hirsch, 8.1. 1951; Richard T. Griffiths, The Schuman Plan Negotiations: The Economic Clauses, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 35–71, hier S. 68.

146 Monnet an Schuman, 10.3. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 107.

147 Text des Gesetzes in: Amtsblatt der Alliierten Hohen Kommission für Deutschland, 1950, Nr. 20, S. 298–316; zur französischen Position vgl. AN, 81 AJ, Carton 137: Monnet an Schuman, Projet d'instructions, 22.12. 1950.

148 Vgl. Schwabe, Staatskunst, S. 233; Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 724; John Gillingham, Die französische Ruhrpolitik und die Ursprünge des Schuman-Plans, in: VfZ 35 (1987), S. 1–24; ders., Solving the Ruhr Problem: German Heavy Industry and the Schuman Plan, in: Schwabe (Hrsg.), Anfänge, S. 399–436; Griffiths, Negotiations, S. 64.

149 Vgl. Schwabe, Staatskunst, S. 234; Gillingham, Ruhrpolitik, S. 20.

150 Vgl. Wortprotokoll der Unterredung zwischen Adenauer und der Alliierten Hohen Kommission vom 23.9. 1950, in: Hans Booms (Hrsg.), Die Kabinettsprotokolle, Bd. 3, 1950/II, Wortprotokolle,

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hard in einer persönlichen Mission zu Monnet, um bei ihm seiner Verärgerung darüber Ausdruck zu verleihen, daß die Alliierten die deutsche Montanindustrie ohne jede Rücksprache mit Bonn reorganisierten, während die deutschen Regierungsvertreter gleichberechtigt am Tisch der Schuman-Plan-Verhandlungen in Paris säßen. Monnet beruhigte Erhard mit dem Hinweis, das Inkrafttreten des Vertrages werde ohnehin eine Reihe von Widersprüchen in der alliierten Deutschlandpolitik beseitigen, wollte aber in einem Bericht an Schuman nicht verhehlen, daß er – wie im übrigen auch François-Poncet – die deutsche Kritik sehr wohl als berechtigt ansähe[151].

Ja, der französische Hohe Kommissar hielt es seinerseits für wichtig genug, seine Regierung darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die Haltung der Bundesregierung vom deutschen Volk geteilt würde und daher besondere Aufmerksamkeit verdiene: „Der oberflächliche Deutsche glaubt, daß von dem Moment ab, wo man sich offen für die Organisation Europas ausspricht, die Integration Deutschlands in die europäische Familie den chronischen Antagonismus zwischen Frankreich und Deutschland beendet. ... Vergeßlich von Natur, hat er außerdem ein Interesse, es zu sein; denn seine Erinnerungen sind unbequem. Und in dem Maße, in dem er auch Nutznießer ist, sucht er von der These der Annäherung jedweden Vorteil zu ziehen, um sich schnellstmöglich von Zwängen zu befreien, denen er noch ausgesetzt ist." Daher halte der Deutsche die französische Politik für widersprüchlich und sei unfähig zu verstehen, „daß, wenn es auch wahr ist, daß angesichts einer Moskauer Ambition, die nicht darauf verzichtet, die Hand auf Westdeutschland zu legen, der Verstand zahlreichen Franzosen die Notwendigkeit vor Augen führt, die Völker des Westens zu vereinen und Deutschland in ihre Mitte aufzunehmen, das Gefühl derselben Franzosen und ihr Instinkt belastet bleibt vom Mißtrauen gegenüber einem Deutschland, das ein problematisches Land bleibt, von dem jetzt niemand voraussagen kann, was es morgen sein wird. Die Zeit allein kann in uns Gefühl und Verstand in Einklang bringen." Doch die Deutschen könnten nicht warten, und die Alliierten übten Druck auf Frankreich aus, um die Bundesrepublik möglichst rasch in die westlichen Demokratien zu integrieren[152]. Gleichwohl äußerte François-Poncet in Übereinstimmung mit seinen Kollegen der Alliierten Hohen Kommission die Bereitschaft, Empfehlungen der Bundesregierung zur Durchführung des Gesetzes Nr. 27 anzunehmen[153].

Adenauer begnügte sich nun aber nicht mehr mit diesen punktuellen Vorschlägen, ihm ging es um die gesamten besatzungsrechtlichen Bestimmungen, die er durch Hallstein am 13. Oktober in einem umfangreichen Memorandum an Monnet frontal attackieren ließ. Während das Besatzungsstatut Deutschland als möglichen „Gegner" betrachte und „der

---

bearb. von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard am Rhein 1986, S. 132–141; vgl. auch Protokoll der Besprechung zwischen Erhard und der amerikanischen Hohen Kommission vom 10. 10. 1950, in: Ebenda, S. 199–203.

[151] Vgl. Monnet an Schuman, Aufzeichnung, 28. 9. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 60 f.; AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 375, Bl. 53: Direction des Affaires économiques an Haussaire, Tel. 2758/59, 30. 9. 1950.

[152] Ebenda, Bd. 375, Bl. 59 f.: François-Poncet an MAE, Tel. 5073/76, 3. 10. 1950.

[153] Vgl. Aufzeichnung Blankenhorn, 13. 10. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 3, S. 218 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sicherung gegen Deutschland" diene, wolle der Schuman-Plan die Integration Deutschlands in die europäische Gemeinschaft; während das Besatzungsstatut die Souveränität Deutschlands verneine, setze der Schuman-Plan sie als unerläßlich voraus. Auch die besatzungsrechtlichen Restriktionen in der Wirtschaft stünden mit dem Schuman-Plan nicht in Einklang, weil er gleiche Marktbedingungen aller Teilnehmerstaaten voraussetze. Der Artikel 34 des Document de travail bereinige diese Probleme nicht genügend, weil er dem Recht der Montangemeinschaft nicht eindeutig den Vorrang vor dem Besatzungsrecht einräume. Eine eingehende Prüfung der einschlägigen Bestimmungen des Besatzungsstatuts mit dem Schuman-Plan ergebe daher eine vielfache Inkompatibilität und somit eine Beeinträchtigung der Funktionen der Montanunion[154].

Für Monnet kam dieser Vorstoß keineswegs überraschend, empfand er es doch als ganz natürlich, wenn Adenauer jedes Mittel nutzte, um die deutsche Position zu verbessern. Dennoch schien er ihm gefährlich, da Bonn angesichts der französischen Widerstände gegenüber einer deutschen Wiederbewaffnung den Pariser Willen zur Kooperation insgesamt in Zweifel ziehen könne und den Schuman-Plan daher gefährde. Folglich sei es notwendig, so schrieb er Schuman am 14. Oktober, daß die Regierung alsbald eine Erklärung abgebe, in der sie sich für die Einbeziehung deutscher Truppen in eine europäische Armee ausspreche[155].

Zwar entsprach der Président du Conseil René Pleven dieser Bitte am 24. Oktober[156], doch waren damit die deutsch-französischen Dissonanzen keineswegs ausgeräumt – im Gegenteil! Mit gewachsenem Selbstbewußtsein stellte die Bundesregierung Anfang November ein (inoffizielles) Junktim auf, indem sie die Unterzeichnung des Vertrages zur Montanunion von einer Klarstellung der Struktur der Ruhrindustrie abhängig machte. Nachdem das Kabinett am 2. November beschlossen hatte, das Dokument nicht zu paraphieren, „bevor nicht die letzten wesentlichen Punkte geklärt und festgelegt sind"[157], betonte Adenauer gegenüber François-Poncet am 7. November, daß er den Abschluß der Verhandlungen zwar baldmöglichst wünsche und daher das Abkommen zu paraphieren gedenke, ohne die Lösung des Problems der Internationalen Ruhrbehörde abzuwarten, doch sich die „formelle Reserve" vorbehalte, „daß der Vertrag nicht vom deutschen Parlament ratifiziert werden könne, bevor der Fall gelöst sei"[158].

In diesem Sinne stellte ein Vermerk des Auswärtigen Amtes noch einmal im Dezember in aller Entschiedenheit fest, es sei „unerläßlich", „daß *vor Unterzeichnung des Schuman-Plans eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen den Alliierten und der Bundesregierung über die Neuordnung der deutschen Montanindustrie herbeigeführt wird*"[159].

---

154 Text des Memorandums in: PA, SFSP, Bd. 104, Bl. 35–61.

155 Vgl. Monnet an Schuman, 14. 10. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 61 ff.

156 Vgl. die Regierungserklärung Plevens vom 24. 10. 1950, in: EA 4 (1950), S. 3518 ff.

157 Vgl. Kabinettssondersitzung vom 2. 11. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 793 f.

158 AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 112, Bl. 184: François-Poncet an MAE, Tel. 6124/25, 11. 11. 1950, Réservé.

159 PA, SFSP, Bd. 54, Bl. 207 f.: Vermerk, 8. 12. 1950.

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Während Adenauer es angesichts dieser diffizilen Lage als sinnvoll betrachtete, die Verhandlungen um den Schuman-Plan zu verschleppen und sowohl das Ergebnis der geplanten Viermächtekonferenz als auch die weitere Haltung Frankreichs gegenüber der deutschen Wiederbewaffnung abzuwarten[160], regte Hallstein zwecks baldigen Abschlusses der Pariser Verhandlungen an, bei den Alliierten Hohen Kommissaren auf eine schnelle Bereinigung des Entflechtungskomplexes hinzuwirken[161]. Eine solche Problemlösung ließ indes auf sich warten, stellte die Frage der Dekonzentration doch sowohl für Monnet als auch für Schuman aus politischen wie ökonomischen Gründen eine wichtige Voraussetzung für die Montanunion dar, um „die Dominierung der deutschen Politik durch die Magnaten von der Ruhr" zu verhindern, aber auch die Befürchtungen in den USA und England zu zerstreuen, die EGKS baue ein gigantisches Kartell auf[162].

Im Bewußtsein der unabdingbar notwendigen amerikanischen Hilfe für die Modernisierung der französischen Industrie arrangierte Monnet nun seit Oktober eine Reihe von Treffen mit amerikanischen Regierungsvertretern, um über das DKV-Problem zu sprechen. Mitte Dezember einigten sie sich auf die Auflösung der Organisation und eine Einschränkung der Verbindungen zwischen Kohle und Stahl[163], doch weigerte sich die deutsche Seite, dieses Übereinkommen zu akzeptieren. In Übereinstimmung mit den Amerikanern unterbreiteten die Franzosen daraufhin den Kompromiß, die DKV durch maximal zwölf Verkaufsorganisationen zu ersetzen[164].

Doch auch dies war für Bonn inakzeptabel, wenngleich Paris offiziös mit dem Verzicht auf den Schuman-Plan drohte, falls es auf dem Gebiet der Entflechtung nicht ein Mindestmaß an deutschen Zugeständnissen erreiche[165]. Selbst der Hinweis des von Monnet am 21. Februar nach Bonn zu separaten Gesprächen mit der Bundesregierung geschickten Etienne Hirsch, in Frankreich spreche man „von nichts anderem als der deutschen Vorherrschaft in Europa"[166], ließ die Bundesregierung unbeeindruckt.

Der Erfolg der Verhandlungen über den Schuman-Plan hing in der Folge ausschließlich von den im Januar 1951 einsetzenden deutsch-amerikanischen Gesprächen

---

[160] Vgl. Protokoll der Kabinettssitzung vom 12. 12. 1950, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 2, S. 880–883.

[161] Vgl. PA, SFSP, Bd. 54, Bl. 202 f.: Hallstein an Adenauer, 11. 12. 1950.

[162] Monnet an Schuman, 22. 12. 1950, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 90 f.; vgl. auch Poidevin, Rôle, S. 113.

[163] Vgl. Monnet an Schuman, 22. 12. 1950, in: Ebenda, S. 90 f.; AN, 363 AP, Papiers Mayer, Carton 17: Monnet, Memorandum, 9. 3. 1951.

[164] Vgl. Monnet an Schuman, 22. 1. 1951, in: Ebenda, S. 97–100.

[165] Vgl. PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 1: Feihl an Kordt, Aufzeichnung 221-08-III b, 29. 1. 1951.

[166] [Otto Lenz], Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953, bearb. von Klaus Gotto/Hans-Otto Kleinmann/Reinhard Schreiner, Düsseldorf 1989, S. 39: Tagebuch, 21. 2. 1951; vgl. auch S. 39 f.: Tagebuch, 22. 2. 1951; zu dem Hirsch-Besuch auch Bruce an Acheson, Tel. 4932, 21. 2. 1951, Secret, in: FRUS, 1951, Bd. 4,1 und 4,2: Europe: Political and Economic Developments, Washington 1985, S. 93–96.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ab[167]. Abermals erwies sich der Faktor DKV als das größte Problem, zumal hier eine geschlossene Front von SPD, Gewerkschaften und betroffenen Unternehmern existierte[168]. Anerkennend nahm Adenauer dabei zur Kenntnis, daß Paris keinen Zeitdruck ausübte, obwohl die Verhandlungen über den Schuman-Plan, die Frankreich aus Sorge um den Gesamterfolg möglichst rasch zu Ende bringen wollte, wochenlang ruhten[169].

McCloy sah für den Fall des Scheiterns einen Rückfall der französischen Deutschlandpolitik hinter den 9. Mai 1950 voraus[170]. Selbst Adenauer äußerte angesichts der wachsenden „Verschlechterung der Stimmung gegenüber Frankreich" Anfang März 1951 „Mißtrauen gegenüber dem Schumanplan", wenngleich er daran festzuhalten gedachte[171] und die politische Notwendigkeit betonte, alsbald zur Paraphierung zu gelangen[172]. Einen Fehlschlag der Schuman-Plan-Verhandlungen galt es seiner Meinung nach auf jeden Fall zu vermeiden, zumal ihm angesichts der drohenden Viererkonferenz daran gelegen war, „wenn sich Deutschland und Frankreich wenigstens auf einem Gebiet, nämlich dem wirtschaftlichen, träfen". Das mußte auch die Ruhrindustrie einsehen und die deutschen Konzessionen – wohl auch unter amerikanischem Druck – akzeptieren[173].

Aus Angst vor einem Scheitern des Schuman-Plans willigte er schließlich am 14. März 1951 in einen „vernünftig[en] Kompromiß" ein[174]: Neuorganisation der deutschen Stahlindustrie unter Berücksichtigung der Erhaltung wettbewerbsfähiger Unternehmen; partieller Erhalt der Verbundwirtschaft, indem Stahlwerke Kohlegruben bis zu einer Bedarfsdeckung von 75 % behalten durften; Liquidation des DKV bis 1952. Darüber hinaus verpflichtete sich die Bundesregierung zur Annahme des Schuman-Planes und zu einem Kartellverbot[175].

---

[167] Vgl. dazu jetzt Thomas Alan Schwartz, Die Atlantikbrücke. John McCloy und das Nachkriegsdeutschland, Frankfurt a. M./Berlin 1992, S. 272–284.

[168] Vgl. Lenz, Zentrum, S. 34 f.: Tagebuch, 16. 2. 1951; S. 35: Tagebuch, 17. 2. 1951; McCloy, Briefing paper, 2. 2. 1951, Secret, in: FRUS, 1951, Bd. 4, S. 86–90.

[169] Vgl. PA, SFSP, Bd. 67, Bl. 104 f.: François-Poncet an Adenauer, 13. 1. 1951, Übersetzung; Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 49 ff.: Teegespräch, 9. 3. 1951.

[170] Vgl. McCloy an Acheson, Tel. 6850, 19. 2. 1951, Secret, Priority, in: FRUS, 1951, Bd. 4, S. 91 ff.; Schwabe, Staatskunst, S. 237.

[171] Lenz, Zentrum, S. 51: Tagebuch, 2. 3. 1951.

[172] Vgl. Protokoll der Kabinettssitzung vom 2. 3. 1951, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 203; McCloy an Acheson, Tel. 7132, 3. 3. 1951, Secret, Priority, in: FRUS, 1951, Bd. 4, S. 97 f.

[173] Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 45: Teegespräch, 22. 2. 1951; vgl. auch AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 238–267: François-Poncet an Schuman, Nr. 435/CM, 28. 2. 1951. Bérard berichtete nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Montanunion aus guter Quelle, die „Entourage" von McCloy habe zur Überwindung der Widerstände in industriellen Bereichen nicht davor zurückgeschreckt, „zu der Drohung zu greifen, eventuell die Marshallplanfonds zu beschneiden"; Bérard an MAE, Tel. 2442/50, 21. 4. 1951, Réservé, Priorité, in: Ebenda, Bd. 376, Bl. 261.

[174] Adenauer, ebenda, S. 55: Teegespräch, 15. 3. 1951.

[175] Vgl. AN, 457 AP, Papiers Bidault, Carton 31: Monnet an Bidault, 16. 3. 1951; 363 AP, Papiers Mayer, Carton 17: Monnet an Mayer, 16. 3. 1951, sowie Memorandum Monnet, 9. 3. 1951. Am 8. 3. 1951 hatten sich Adenauer und McCloy darauf verständigt, daß die DKV nicht vor dem 1. 10. 1952 liquidiert

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Vor dem Hintergrund dieser den Schuman-Plan rettenden Einigung konnte nun auch die Paraphierung des Vertragswerkes erfolgen, wenngleich noch nicht alle offenen Fragen geklärt waren. Schumans Wunsch, noch vor seiner für den 20. März geplanten Abreise in die USA die *Unterzeichnung* des Dokuments vorzunehmen, um so die Ratifizierung vor den anstehenden Parlamentswahlen durchzusetzen[176], lehnte Adenauer als „Husarenattacke"[177] ab. Allerdings akzeptierte er die von Hallstein am 19. März vollzogene *Paraphierung*[178], die vom Quai d'Orsay mit einiger Erleichterung aufgenommen wurde, war er doch allem Anschein nach erst jetzt „überzeugt", daß es Bonn „mit der Politik der europäischen Integration und der Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft wirklich ernst" sei[179]. So stellte François-Poncet in seinem Monatsbericht vom 30. März 1951 dezidiert fest, Adenauer habe nun im Gegensatz zu Schumacher eingesehen, „daß das Interesse Deutschlands nicht darin besteht, kleine Vorteile auszuhandeln, sondern sich – kühn Partei ergreifend – in die westliche Gemeinschaft zu integrieren, um schnellstmöglich die für Deutschland unheilvollen Konsequenzen des nationalsozialistischen Zusammenbruchs zu überwinden"[180].

Mit der Paraphierung des Schuman-Planes am 19. März 1951 waren die Sechs-Mächte-Verhandlungen im Kern abgeschlossen. Dennoch harrte noch eine Reihe unerledigter Fragen der Lösung, die auf der Außenministerkonferenz vom 12. bis 18. April 1951 in Paris gefunden werden mußte. Adenauer maß der bevorstehenden Reise eine ganz besondere Bedeutung zu, handelte es sich dabei doch – abgesehen vom Aufenthalt Hit-

werde; vgl. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 49ff.: Teegespräch, 9.3.1951; Protokoll der Kabinettssitzung vom 9.3.1951, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 221.

176 Nach einer vertraulichen Mitteilung des Generalsekretärs der Schuman-Plan-Konferenz, Valéry, fürchtete sich Schuman vor allem vor einem Rechtsruck und einer Stärkung de Gaulles. Denn der General habe sich zwar der Einigung Europas und der deutsch-französischen Versöhnung verschrieben, verstehe darunter aber etwas anderes als Schuman. De Gaulle „wünsche ein einiges Europa, doch denke er offenbar dabei an eine unter seinem Oberbefehl stehende europäische Armee, die im wesentlichen aus Franzosen und Deutschen bestehe und die er in einem Kreuzzug gegen die Barbaren des Ostens kommandieren werde". PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 2: Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29.3.1951.

177 Aufzeichnung Seebohm, zit. nach: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 230, Anm. 56; vgl. auch McCloy an Acheson, Tel. 7411, 15.3.1951, in: FRUS, 1951, Bd. 4, S. 102f.; Adenauer an McCloy, 18.3.1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, bearb. von Hans Peter Mensing, Berlin 1987, S. 25f.

178 Vgl. die Ansprache Hallsteins vom 19.3.1951, in: PA, Büro Staatssekretär (BStS), Bd. 122: BPA-Mitteilung Nr. 210/51; Radio-Ansprache Adenauers vom 19.3.1951, in: AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 112, Bl. 243f.; François-Poncet an MAE, Tel. 1786, 19.3.1951; zum Austausch der Glückwunschtelegramme vgl. die BPA-Mitteilungen Nr. 212/51 und Nr. 230/51 vom 19. und 21.3.1951; auch Adenauer an Monnet, Tel., 19.3.1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 108. Adenauer schien der Termin der Paraphierung vor allem auch deshalb nützlich, weil er Schuman die Möglichkeit gab, den Amerikanern das Dokument als Beweis vorzulegen, „daß die europäischen Völker bereit sind, sich zusammenzuschließen". Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 55: Teegespräch, 15.3.1951.

179 PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 2: Marchtaler an Blankenhorn, Aufzeichnung, 29.3.1951.

180 AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 125, Bl. 269–295: François-Poncet an Schuman, Nr. 774/CM, 30.3.1951.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lers – um den ersten Besuch eines deutschen Regierungschefs in der französischen Hauptstadt seit den Tagen des Reichskanzlers Brüning. Ihn galt es nicht nur sorgfältig vorzubereiten, sondern auch maximal zu nutzen. Adenauer ließ dazu eine umfangreiche Wunschliste ausarbeiten, die Hallstein und Blankenhorn in mehreren Gesprächen mit französischen Diplomaten in Bonn zu präsentieren hatten. So gab er der Hoffnung auf Freilassung einiger Kriegsgefangener ebenso Ausdruck wie dem Wunsch nach Einrichtung einer deutsch-französischen Kommission, die den Ministerien Lösungen für anstehende Probleme vorlegen sollte. Des weiteren regte der Kanzler die Errichtung eines Instituts für europäische Studien in Paris an und schlug eine beiderseitige Erklärung vor, in der die Regierungen nicht nur ihren Willen zur gemeinsamen Politik auf der europäischen Ebene, sondern auch die Absicht zur Koordinierung des Kulturaustausches hervorheben sollten. Angesichts derart weitgespannter Pläne war es nicht verwunderlich, daß François-Poncet nach Paris meldete, Adenauer gehe es in erster Linie darum, aus der Unterzeichnung des Schuman-Plan-Vertrages politisches Kapital zu schlagen. Gleichwohl ließ er keinen Zweifel zu, wie sehr es im französischen Sinne sei, die Absichten Adenauers nicht zurückzuweisen[181].

Tief bewegt setzte der Kanzler am 11. April seinen Fuß auf Pariser Boden, begann doch nun seiner Meinung nach nicht nur „ein neuer Abschnitt der europäischen Geschichte", sondern auch ein neues Kapitel im Verhältnis zu Frankreich. Denn mit der Gründung der Montanunion und der dadurch bedingten Zusammenfassung der Kohle- und Stahlproduktion war ein Krieg zwischen beiden Staaten „nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich" geworden. Der Abschluß des Vertrages stellte deshalb für ihn „den feierlichen und unwiderruflichen Schlußstrich unter die Vergangenheit dar, in der diese beiden großen Völker sich aus Mißtrauen, Konkurrenzsucht und Egoismus immer wieder mit den Waffen in der Hand gegenübertraten", und bildete zugleich den Nukleus der europäischen Einigung[182].

Auf diesen Kontext zwischen deutsch-französischer Versöhnung und europäischer Integration ging Adenauer auch bei seiner kurzen Erklärung nach der Ankunft in Paris ein: Bewußt, so betonte er gegenüber den wartenden Journalisten, habe ihn die erste offizielle Auslandsreise nach dem Zweiten Weltkrieg an die Seine geführt: „Ich will damit dokumentieren, dass ich das deutsch-französische Verhältnis für die Kernfrage jeder europäischen Lösung halte. Wir müssen neue Wege beschreiten lernen. Nur wenn uns dies gelingt, kann ein neues Europa entstehen, in dem die Kleinstaaterei und der nationale Egoismus überwunden werden."[183]

Dazu bedurfte es freilich zunächst einmal von den sechs Außenministern einiger Anstrengungen, um die noch anhängigen schwierigen Fragen zu lösen: die Wahl des Sitzor-

[181] Vgl. AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 113, Bl. 9ff.: François-Poncet an MAE, Tel. 2153/57, 6. 4. 1951, Réservé, Urgent; vgl. auch Allemagne 1944–1960, Bd. 376, Bl. 189 f.: Aufzeichnung über die Unterredung mit Blankenhorn vom 6. 4. 1951.

[182] PA, BStS, Bd. 124: Rede Adenauers vor dem Club der ausländischen Presse in Paris, o. D. [13. 4. 1951].

[183] Ebenda: Erklärung Adenauers bei seiner Ankunft in Paris, [11. 4. 1951]. Zur Reise Adenauers vgl. auch Blankenhorn, Verständnis, S. 119 ff.: Tagebuch, 11.–19. 4. 1951.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

tes, die Anzahl und Bestimmung der Mitglieder der Hohen Behörde, die Gewichtung der Stimmen im Ministerrat. In evidenter Analogie zur Vorlage des „Document du travail" vom Juni 1950 hatte Frankreich den Partnerländern am 24. März abermals ein Memorandum präsentiert, um die Gespräche in eine ihm genehme Richtung zu lenken[184]. Obwohl Monnet sich mit Adenauer am 4. April über das Prinzip der Gleichheit zwischen Frankreich und Deutschland in allen Organen verständigte[185], stimmte das Auswärtige Amt mit den französischen Vorschlägen keineswegs völlig überein[186].

Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten zogen Deutsche und Franzosen während der mehrtägigen Beratungen meist an einem Strang, konnten sich aber gegen den Widerstand der Benelux-Staaten kaum durchsetzen[187].

Ohne schließlich das Sitzproblem gelöst zu haben, unterzeichneten die sechs Minister am 18. April den Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, nicht zuletzt, weil alle „so sehr unter amerikanischem Druck standen, daß keiner es auf sich nehmen konnte, die Verhandlungen scheitern zu lassen"[188].

Gleichzeitig einigten sich Frankreich und Deutschland auf eine Regelung der strittigen Saarfrage. Adenauer akzeptierte die Aufnahme von zwei saarländischen Vertretern in die französische Delegation der Beratenden Versammlung, lehnte es aber ab, daß Frankreich den Vertrag für die Saar unterschrieb. Schuman schlug daraufhin vor, in den Text den Satz aufzunehmen, „der Vertrag ist auf alle europäischen Territorien anwendbar, für die ein Signatarstaat die äußeren Beziehungen übernimmt"[189]. Adenauer bestand hingegen auf die namentliche Nennung der Saar und einen Briefwechsel zum Vertrag, der den Friedensvertragsvorbehalt jedweder Lösung der Saarfrage bekräftigen sollte[190]. Obwohl vom Conseil des ministres nach einer kontroversen Debatte dazu aufgefordert, auf Adenauer Druck auszuüben, akzeptierte Schuman dieses Procedere, nicht aber die textliche Variante[191].

---

184 Vgl. PA, SFSP, Bd. 105, Bl. 51 ff.: Suggestions françaises, 24. 3. 1951; Bd. 286, Bl. 10–16: Memorandum, 13. 4. 1951.

185 Vgl. Monnet an Schuman, Memorandum, 8. 5. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 113; Monnet, Erinnerungen, S. 447 f.

186 Vgl. Monnet, Erinnerungen, S. 446; PA, SFSP, Bd. 105, Bl. 60 f.: Ergebnis der Besprechung vom 29. 3. 1951; Bl. 47–50: Entwurf einer Instruktion für die politischen Fragen des Schumanplans, 5. 4. 1951.

187 Vgl. Küsters, Verhandlungen, S. 99; PA, SFSP, Bd. 105, Bd. 286, Bl. 1–6: Aufzeichnung O[phüls], 10. 4. 1951.

188 Lenz, Zentrum, S. 71: Tagebuch, 17. 4. 1951; Vertragstext in: Claus Schöndube (Hrsg.), Europa, Verträge und Gesetze, Bonn 1978, S. 3–71.

189 Zit. nach Vincent Auriol, Journal de septennat 1947–1954, Bd. 5: 1951, Paris 1975, S. 174: Tagebuch, 17. 4. 1951.

190 Vgl. Adenauer an Schuman, 14. 4. 1951, in: [Konrad] Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 44 f.

191 Vgl. Auriol, Journal, Bd. 5, S. 173 f.: Tagebuch, 17. 4. 1951. Die entsprechende Saar-Formel lautete schließlich: „Dieser Vertrag ... findet ebenso auf die europäischen Gebiete Anwendung, deren auswärtige Angelegenheiten ein Unterzeichnerstaat übernimmt; bezüglich der Saar ist ein Briefwechsel zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik diesem Vertrag beigefügt." Art. 79 des Vertrages zur EGKS in: Schöndube (Hrsg.), Europa, S. 60; vgl. auch PA, BStS, Bd. 362: Ansprache Adenauers auf der Pressekonferenz, 20. 4. 1951, Nur für den Dienstgebrauch.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Am 18. April tauschten beide Staatsmänner zwei Dokumente über die Saar aus und betonten darin ihre Übereinstimmung, „daß die endgültige Regelung des Status der Saar nur durch einen Friedensvertrag oder einen gleichartigen Vertrag erfolgt und daß die französische Regierung in der Unterzeichnung des Vertrags über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl durch die Bundesregierung keine Anerkennung des gegenwärtigen Status an der Saar durch die Bundesregierung erblickt"[192].

Adenauer erfüllte dieser Briefwechsel mit großer Genugtuung, war die Stellung der französischen Regierung an der Saar doch seiner Meinung nach nun „ganz ordentlich schwächer geworden", während dem deutschen Rechtsstandpunkt erstmals in einem internationalen Vertrag Geltung verschafft worden war[193].

Es war daher nicht erstaunlich, daß die nunmehr gefundene Regelung in Paris lebhaft diskutiert wurde. Namentlich Grandval war ob der „tiefgreifenden Modifikation" der Position Schumans so bestürzt, daß er umgehend seinen Rücktritt einreichte[194]. Obwohl Bérard nach einer Unterredung mit Hallstein sofort warnend meldete, eine Annahme dieses Gesuchs werde von der Bundesregierung umgehend als Erfolg Adenauers dargestellt und im Kampf gegen die SPD benutzt[195], und auch Hoffmann auf die negativen Folgen einer Demissionierung hinwies[196], wollte Schuman dem Gesuch zustimmen, sah sich aber am 25. April im Conseil des ministres zahlreichen Fürsprechern von Grandval gegenüber. Nicht zuletzt Präsident Auriol war der Meinung, daß der Hohe Kommissar dank seiner „exzellenten Politik an der Saar" nicht fallengelassen werden dürfe[197].

Zugleich stellte er sich aber auf die Seite Schumans und unterstützte dessen schriftlich erzielte Einigung mit Adenauer, die indes im Prinzip nicht viel regelte; die Saarfrage blieb vielmehr in den kommenden fünf Jahren „der große Apfel der Zwietracht" zwischen Bonn und Paris[198].

Mit dem Brief zur Saarfrage überreichte Schuman Adenauer ein weiteres Schreiben, in dem er die Auffassung seiner Regierung bekräftigte, daß die Funktionen der Internationalen Ruhrbehörde „in dem Maße erlöschen [müßten], in dem die Hohe Behörde die Befugnisse zur Ausübung ihrer Zuständigkeit gemäß der Konvention über die Uebergangsbestimmungen erhält", spätestens aber mit der Errichtung des Gemeinsamen Marktes für Kohle[199].

---

192 Adenauer an Schuman, 18. 4. 1951, in: EA 5 (1951), S. 4076; das Antwortschreiben von Schuman an Adenauer: S. 4077.

193 Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 70: Teegespräch, 20. 4. 1951; vgl. auch S. 94: Teegespräch, 1. 6. 1951; Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 433.

194 AN, 457 AP, Papiers Bidault, Carton 31: Grandval an Schuman, 18. 4. 1951.

195 Vgl. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 376, Bl. 258–261: Bérard an MAE, Tel. 2442/50, 21. 4. 1951, Réservé, Priorité.

196 Vgl. AN, 457 AP, Papiers Bidault, Carton 31: Hoffmann an Schuman, 21. 4. 1951, Copie.

197 Auriol, Journal, Bd. 5, S. 183: Tagebuch, 25. 4. 1951; vgl. auch Auriol an Schuman, 15. 3. 1951, in: Ebenda, S. 146 ff.

198 Poidevin, Rôle, S. 110.

199 Schuman an Adenauer, 18. 4. 1951, in: EA 5 (1951), S. 3986 (Übersetzung); vgl. auch Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 65–68: Teegespräch, 20. 4. 1951. Das Ruhr-Statut erlosch am 21. 12. 1951.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Darüber hinaus verständigten sich beide Politiker in Anlehnung an die Verhandlungen Monnets mit Adenauer Anfang April in Bonn abermals in einem Aide-mémoire darauf, zwischen beiden Staaten in allen euopäischen Institutionen „das Prinzip der Gleichheit" herrschen zu lassen[200].

IV.

Insgesamt lag damit nun ein vertraglicher Rahmen vor, der die außenpolitische Situation der Bundesrepublik erheblich aufwertete. Für Adenauer besaß die Gründung der Montanunion eine doppelte, ökonomische wie politische Dimension. Wie er in einer Pressekonferenz am 20. April unumwunden zugab, lagen die für die Bundesrepublik und die übrigen Mitglieder handfesten wirtschaftlichen Vorteile des Schuman-Plans nicht zuletzt darin, daß durch den Zusammenschluß der beteiligten Wirtschaften „der zur Wiederherstellung und zum Ausbau absolut notwendige amerikanische Kredit sehr viel leichter zu erhalten sein" werde. Noch wichtiger war für ihn freilich der ideelle Gedanke, „eine wahrhafte Gemeinschaft der europäischen Länder zu schaffen auf dem Fusse völliger Gleichberechtigung", die zukünftig zweifellos auch auf andere europäische Staaten ihre Ausstrahlungskraft ausübe[201].

Vor allem aber bedeutete die Verwirklichung des Schuman-Plans für ihn „den entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte Europas", Ansatz zu einer „dauernden wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Gemeinschaft" und eine „völlig neue Grundlage" für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich[202]. Energisch wehrte er sich gegen Vorwürfe der Opposition, der Plan sei nichts anderes als eine „Verewigung des französischen Besatzungsstatuts"[203].

Vielmehr zeigte er sich fest davon überzeugt, die Montanunion werde beide Nationen im Rahmen der europäischen Gemeinschaft „in aufrichtiger Freundschaft und in enger Zusammenarbeit für den Frieden und für die Ideale der freien Völker des Westens zusammenführen"[204].

Freilich war es noch ein langer Weg zur Aussöhnung. So sah der kluge Beobachter

---

[200] Monnet an Schuman, Memorandum, 8.5. 1951, in: Monnet/Schuman, Correspondance, S. 113. In einem Schreiben vom 18.4. an Adenauer wies Schuman außerdem darauf hin, daß die französische Regierung hinsichtlich der von der deutschen Delegation aufgeworfenen Probleme, die möglicherweise auf dem deutschen Kohlemarkt vor der Amtsübernahme der Hohen Behörde auftreten könnten, der Alliierten Hohen Kommission die Bildung eines Ausschusses vorzuschlagen gedächte, der beauftragt werden sollte, „im Einvernehmen mit der Bundesregierung und allen Beteiligten ... die für die Lösung der gegebenenfalls auftretenden Probleme geeigneten Verfahren und Organismen zu prüfen". PA, Referat 200, Bd. 20: Schuman an Adenauer, 18.4. 1951 (Übersetzung).

[201] PA, BStS, Bd. 362: Ansprache Adenauers auf der Pressekonferenz, 20.4. 1951, Nur für den Dienstgebrauch.

[202] Adenauer an Schuman, 19.4. 1951, in: Beyer, Schuman, S. 117.

[203] PA, BStS, Bd. 362: Ansprache Adenauers auf der Pressekonferenz, 20.4. 1951, Nur für den Dienstgebrauch; vgl. auch Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 74 f.: Teegespräch, 20.4. 1951.

[204] Adenauer an Schuman, 19.4. 1951, in: Beyer, Schuman, S. 117.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Albrecht von Kessel die Stimmung in Paris gegenüber Deutschland zwar als „wesentlich verbessert" an, warnte jedoch vor Überschwang: „Indessen muss man sich bewusst bleiben, dass es verfrüht wäre, von einem wirklichen Stimmungs*umschwung* gegenüber Deutschland zu sprechen. Zurückhaltung und Reserve sind nun einmal Wesenszüge des französischen Volkes, Eigenschaften, die im Verhältnis zu uns auch in Zukunft bestimmend bleiben werden."[205]

Kessel stimmte damit weitgehend mit Schuman überein, der die Vertragsunterzeichnung ebenfalls „als einen Markstein der politischen Entwicklung Westeuropas und insbesondere der Beziehungen unserer beiden Länder" begrüßte, ohne „die noch bevorstehenden Schwierigkeiten" verkennen zu wollen[206]. In diesem Sinne hielt es die französische Hohe Kommission bereits wenige Tage nach der Unterzeichnung für angeraten, die Bundesregierung darauf aufmerksam zu machen, daß die Notwendigkeit der Ratifizierung des Vertragswerkes von ihr Rücksicht auf die innenpolitische Position Schumans verlange. Wenn sie schon keinen Einfluß auf den Oppositionsführer Schumacher und dessen Agitation gegen den Schuman-Plan ausüben könne, solle sie doch zumindest die saarländischen Parteien und Leute wie Jakob Kaiser zur Zurückhaltung auffordern[207].

Tatsächlich schien sich Adenauer diese warnenden Worte durchaus zu Herzen zu nehmen. Denn in der ersten Lesung des Vertragswerkes am 12. Juli 1951 hob er eindringlich den Kompromißcharakter der Vertragstexte hervor, der das Einbringen jeglicher Abänderungsanträge strikt verbiete. Bedenken gegen einzelne Bestimmungen seien aufgrund der immensen wirtschaftlichen, vor allem aber der politischen Bedeutung zurückzustellen, biete die Montanunion doch den Mitgliedern die einmalige Chance, durch die freiwillige Aufgabe von Souveränitätsrechten ein Beispiel für andere Politikbereiche zu setzen und so dem Nationalismus, dem „Krebsschaden Europas, einen tödlichen Stoß" zu versetzen[208].

Einige Monate später ließ Adenauer indes in einer vertraulichen Journalistenrunde durchblicken, der Schuman-Plan solle erst im Zusammenhang mit dem Deutschland- und EVG-Vertrag ratifiziert werden: „Ich möchte, wenn möglich, alles zusammen haben, denn dann bekommen wir wirklich erst ein richtiges Bild."[209] Gleichzeitig beteuerte er aber über Lenz bei der französischen Hohen Kommission, daß er die Einrichtung der Montan-Gemeinschaft nicht hinauszuzögern beabsichtige[210]. Tatsächlich aber zogen Meldungen über die Annexverträge zum Deutschlandvertrag das Ratifikationsverfahren in der Bundesrepublik erheblich in Mitleidenschaft.

Auch in Frankreich drohte die Stimmung im Herbst 1951 vor allem durch innenpo-

---

205 PA, NL Kessel, Ordner [1]: Kessel an Blankenhorn, 23. 4. 1951, Vertraulich.

206 Schuman an Adenauer, 21. 4. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 48.

207 Vgl. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 376, Bl. 258–261: Bérard an MAE, Tel. 2442/50, 21. 4. 1951, Réservé, Priorité; Bérard, Ambassadeur, S. 370: Tagebuch, 21. 4. 1951.

208 Stenographische Berichte, 1. Wp., Bd. 8, S. 6499–6502, besonders S. 6501; vgl. auch AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 113, Bl. 126 ff.: François-Poncet an MAE, Tel. 4444, 12. 7. 1951.

209 Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 160: Teegespräch, 15. 11. 1951.

210 Vgl. AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 113, Bl. 138 f.: Bérard an MAE, Tel. 8152/55, 20. 11. 1951.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

litische oder taktisch-parlamentarische Umstände gegen den Schuman-Plan umzuschlagen. Dabei sei sich „jeder" darüber im klaren, so alarmierte Gebhard von Walther am 30. November das Auswärtige Amt, daß bei einer Ablehnung des Vertrages „eine rein negative Konzeption, beinahe ein Vakuum, der ‚Neutralismus' zum Leitmotiv der französischen Politik werden muss". Ohne einem Defätismus erliegen zu wollen, riet der zweite Mann an der Pariser Vertretung dazu, „schon jetzt ein Konzept zurecht[zu]legen, mit dem man einen Misserfolg auffangen kann"[211].

Angesichts derartiger, seine bisherige Zuversicht[212] in Frage stellender Hiobsbotschaften beeilte sich Adenauer, den Ratifizierungsprozeß in Bonn zu forcieren. Noch am 30. November betonte er gegenüber dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion von Brentano, die Verabschiedung des Montan-Vertrages sei noch im Dezember „dringend wünschenswert", zumal der Président du Conseil Pleven es als „eine sehr grosse Hilfe für seine Regierung betrachten [würde], wenn die Angelegenheit bei uns möglichst bald erledigt wird"[213]. Eine Woche später beschloß das Bundeskabinett eine Sondersitzung zur Verabschiedung von Maßnahmen, „um die durch diese Indiskretionen entstandene Beunruhigung und Verwirrung zu beheben und die Annahme des Schumanplans noch vor Weihnachten sicherzustellen"[214]. In einem Brief an Vizekanzler Blücher unterstrich Adenauer einen Tag später vor dem Hintergrund der sich mittlerweile immer klarer abzeichnenden Billigung durch die Assembleé nationale, wie wichtig eine baldige deutsche Ratifikation sei, weil sie im Ausland „als ein bedeutungsvolles Zeichen der Bereitschaft Deutschlands gewertet [werde], sich in die Gemeinschaft der westlichen Völker zu integrieren", und zugleich die „psychologischen Voraussetzungen" für den schnellen Abschluß des Vertrages zur EVG bereite[215]. Mit Erleichterung vernahm er dann Mitte Dezember die Nachricht, die Assemblée nationale habe den Vertrag am Ende einer Aussprache, die sich durch ihren „Ernst" und ihre „Ethik" bemerkenswert von früheren Wortgefechten abhob[216], mit einem eindeutigen Votum passieren lassen. Ein Ergebnis, das um so beachtlicher eingeschätzt werden mußte, als sich die Debatte zu einer Erörterung des deutsch-französischen Verhältnisses entwickelt hatte. Immer wieder hatten die Parlamentarier die bange Frage gestellt, ob Deutschland überhaupt zu einer echten Partnerschaft fähig oder ob der Ruf nach Gleichberechtigung nicht nur ein Vorwand für das eigene Machtstreben sei. Zwar seien

[211] PA, BStS, Bd. 267: Walther an Blankenhorn, 221-19, 30. 11. 1951.

[212] Im Juli 1951 meinte er auf eine Journalisten-Frage hinsichtlich der innerfranzösischen Widerstände gegen die Ratifizierung des Schuman-Plans, die Verhandlungen in Paris hätten das Ansehen Frankreichs in der Welt so gesteigert, der amerikanische Druck sei so groß, daß die Franzosen sich einen solchen Prestigeverlust gar nicht leisten können. Vgl. Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 101: Teegespräch, 13. 7. 1951.

[213] StBKAH, III 38, Adenauer an Brentano, 30. 11. 1951, Persönlich.

[214] Protokoll der Kabinetts-Sitzung vom 7. 12. 1951, in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 800.

[215] StBKAH, III 21: Adenauer an Blücher, Tel., 6. 12. 1951, Geheim, Citissime, im Auszug in: Booms (Hrsg.), Kabinettsprotokolle, Bd. 4, S. 826, Anm. 40.

[216] PA, Abt. 3, AZ 221-09, Bd. 3: Hausenstein an AA, 221-09 Nr. 4720, 19. 12. 1951.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich die Abgeordneten – so resümierte der genaue Beobachter der Diskussionen, Paul Frank – mit ihren Landsleuten wohl bewußt, „dass Europa weder auf den wirtschaftlichen noch auf den militärischen Beitrag Deutschlands verzichten kann", gleichzeitig aber seien sie von einem „*psychologischen* Komplex" befallen[217]. Adenauer beeilte sich denn auch, Schuman zu diesem Erfolg zu beglückwünschen. In seinen Augen hatte das französische Volk damit bewiesen, „dass es in Erkenntnis seiner geschichtlichen Sendungen den Willen zu der grossen Gemeinschaft der Voelker Europas hat[,] der allein den Frieden der Welt sichern wird"[218].

Demgegenüber schien der Bundestag diesen Willen nicht zu besitzen, bereitete ihm der Ältestenrat des Parlaments doch am 13. Dezember die „Blamage", die 2. Lesung des Vertrages über die Montanunion gegen seinen Willen auf den 9./10. Januar 1952 zu verschieben, obwohl der Kanzler versucht hatte, durch Einwirken auf die Koalitionsfraktionen diesen Beschluß zu revidieren[219]. Nach einer scharfen parlamentarischen Auseinandersetzung ließ der Bundestag das Gesetz zum Schuman-Plan-Vertrag dann am 11. Januar doch passieren, „ein kapitales Datum" für die Geschichte der noch jungen Republik[220].

Wenige Monate später gereichte es dem Kanzler zur Ehre, aufgrund der alphabetischen Ordnung die erste Sitzung des Ministerrats der EGKS eröffnen zu dürfen[221], doch mußte er zugleich entrüstet hinnehmen, daß nicht sein Parteifreund Heinrich von Brentano, sondern der belgische Sozialist Paul-Henri Spaak zum ersten Präsidenten der Gemeinsamen Versammlung gewählt wurde, wofür die christdemokratischen Abgeordneten vor allem ihre Kollegen von der SPD bzw. dem MRP verantwortlich machten[222].

Aus der offiziellen französischen Sicht stellte diese Wahl keineswegs ein Votum gegen Adenauer dar. Trotz aller Differenzen zwischen Bonn und Paris hatten die Verhandlungen über den Schuman-Plan vielmehr in aller Deutlichkeit unter Beweis gestellt, wie wichtig der Bundeskanzler für Paris war, während Schumacher nach seinen heftigen antifranzösischen Attacken der letzten Monate als ein Politiker galt, der die Unabhängigkeit seines Landes auf Kosten der europäischen Integration bewahren

---

217 Ebenda: Frank, Aufzeichnung, o. D., Anl. zu Hausenstein an AA, 221-09 Nr. 4720, 19. 12. 1951.

218 Adenauer an Schuman, Tel. 0008 Bonn TW 03957 1110/98, 13. 12. 1951, in: Beyer, Schuman, S. 119; zur deutschen Reaktion auf die französische Ratifikation vgl. AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 113, Bl. 155 f.: François-Poncet an MAE, Tel. 8806/08, 13. 12. 1951, Priorité.

219 Ebenda, Bl. 160: François-Poncet an MAE, Tel. 8822/23, 14. 12. 1951, Réservé; vgl. auch Bl. 157 ff.: François-Poncet an MAE, Tel. 8815/19, 14. 12. 1951, Priorité, Urgent; Lenz, Zentrum, S. 195: Tagebuch, 13. 12. 1951.

220 Ebenda, Bd. 114, Bl. 40–43: François-Poncet an MAE, Tel. 311/315, 11. 1. 1952; vgl. auch Bl. 55–62: Sous-direction d'Europe centrale, Aufzeichnung, 15. 1. 1952; Adenauer an Schuman, Tel. 48 S Bonn TW 3643 64/63 15 1110/ETAT, 15. 1. 1952, in: Beyer, Schuman, S. 123.

221 Vgl. die Eröffnungsrede Adenauers vom 8. 9. 1952, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (1952), S. 1211.

222 Vgl. AMAE, Généralités 1944–1960, Bd. 114, Bl. 233: François-Poncet an MAE, Tel. 7972/73, 11. 9. 1952; Bl. 237 f.: François-Poncet an MAE, Tel. 7985/89, 12. 9. 1952; Bl. 246: François-Poncet an MAE, Tel. 8146, 19. 9. 1952.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wollte. Eine solche Politik, so glaubte François-Poncet etwa im Februar 1951, sei noch nicht populär, doch vermerkte er mit einiger Besorgnis, daß in der SPD Stimmen laut würden, die einen Umschwung der öffentlichen Meinung zu erkennen glaubten und so den Weg zur Kanzlerschaft Schumachers schon bald frei sähen: „Der Tag dieser Machtübernahme wäre fatal für die französische Politik in Deutschland und die europäische Idee. Deutschland würde in die Hände eines neuen Hitler fallen, der genauso primitiv, anomal und brutal wie der andere wäre und der bloß die Formel des ‚National-Sozialismus' durch jene des ‚nationalistischen Sozialismus' ausgetauscht hätte."[223]

Nach der Unterzeichnung des Vertrages zur Montanunion hatte sich in den Augen des französischen Hohen Kommissars das negative Bild Schumachers im gleichen Maße gefestigt wie das positive Adenauers. Mit Genugtuung registrierte er, daß der Kanzler nach der Paris-Reise „frankophiler" geworden sei. Schon vorher habe er seinen Wunsch nach einer deutsch-französischen Versöhnung nicht verborgen, doch sei er oft von Frankreich enttäuscht worden. Nun aber habe er offenbar „einen gerechteren Begriff" von den französischen Stärken und Schwächen gewonnen. Trotz aller Freude diagnostizierte François-Poncet gleichwohl auch die Schattenseiten der Ergebnisse des Schuman-Plans. Zwar seien nicht wenige Deutsche von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Annäherung überzeugt, doch „noch seltener sind jene, die nicht, übrigens unbewußt, die Nostalgie an ein Europa unter deutscher Führung bewahren"[224].

V.

Seit der Wende in den internationalen Beziehungen der Jahre 1947/48 hatte Frankreich im Bewußtsein des Scheiterns seiner Nachkriegsdeutschlandpolitik das Verhältnis zum östlichen Nachbarn notgedrungen einer allmählichen, aber grundlegenden Reform unterzogen. Anstatt sich dem anglo-amerikanischen Kurs der Integration Westdeutschlands in den Kreis der westlichen Demokratien weiter in den Weg zu stellen, glaubte die Pariser Regierung nun, ihr vitales Sicherheitsproblem durch die Einbeziehung Deutschlands in die Gruppe befreundeter europäischer Staaten lösen zu können. Zum Durchbruch gelangte diese neue Marschroute freilich erst, nachdem das beiderseitige Verhältnis vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Konflikts um die Saar im Frühjahr 1950 zunehmend eskaliert war und die Regierungen an der Themse und am Potomac dem Kabinett an der Seine signalisiert hatten, daß sie auf der für Mitte Mai geplanten Außenministerkonferenz in London von ihm klare Antworten auf die Deutschland betreffenden Fragen erwarteten. Um die eigene diplomatische Defensive zu durchbrechen, schlug Außenminister Schuman daher einen Tag vor dem Treffen mit

[223] Vgl. AMAE, Allemagne 1944–1960, Bd. 376, Bl. 30: François-Poncet an Schuman, Nr. 1343/HC/CAB, 19. 2. 1951, Très confidentiel.

[224] Ebenda, Bd. 125, Bl. 297–316: François-Poncet an Schuman, Nr. 1064/CM, 1. 5. 1951, hier Bl. 299 und 303.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

seinen zwei Kollegen in Anlehnung an ein Konzept des Commissaire général au Plan Jean Monnet die Schaffung einer supranationalen Montangemeinschaft unter Einschluß der Bundesrepublik vor. Aus dem Geflecht mannigfacher ökonomischer wie politischer Motive ragten bei beiden Politikern drei Überlegungen heraus: die Absicht, die für die französische Stahlindustrie zwingend notwendige Rohstoffbasis zu sichern; die Sorge, Deutschland könne dank seiner besseren Produktionsbedingungen bald zur dominierenden Wirtschaftsmacht Europas aufsteigen; der Wille, eine neue Etappe im Verhältnis zum Nachbarn einzuleiten und damit das Fundament für die europäische Integration zu gießen.

Begeistert von der Chance, mit Hilfe des Schuman-Plans die Deutschland umgebende Sphäre des Mißtrauens zu durchbrechen, schlug Bundeskanzler Adenauer in die ihm gereichte Hand sofort dankbar ein. Denn zum einen bot das Projekt die Möglichkeit der gegenseitigen Kontrolle über Kohle und Stahl, also auch über den Rüstungssektor, und konnte somit zur Vertrauensbildung zwischen beiden Staaten beitragen. Außerdem glaubte der Kanzler, wie Schuman, an die Vorbildfunktion einer erfolgreichen Integration im Montanbereich für andere Wirtschaftssektoren; ja, er erwartete von dem anvisierten ökonomischen Zusammenschluß auch ein politisches, vielleicht sogar ein militärisches Zusammengehen. Darüber hinaus besaß der Plan für die Bundesrepublik den Vorteil, daß er mit Teilen des Besatzungsstatuts kollidierte und damit nicht nur den Weg zur Entfaltung ihres industriellen Potentials, sondern auch zur politischen Souveränität ebnete. Schließlich stellte er durch die Einbeziehung der Kohlegruben an der Saar auch die Bereinigung der die Nachbarn seit langem belastenden Saarfrage in Aussicht.

Angesichts dieser eminent *politischen* Bedeutung sah Adenauer zu Beginn der am 20. Juni einsetzenden Sechs-Mächte-Verhandlungen auch großzügig ungeachtet spürbarer Widerstände in einigen Bonner Ministerien über die nicht unerheblichen Vorbehalte gegenüber dem von Monnet als Arbeitsgrundlage präsentierten „Arbeitsdokument" hinweg. Zwar trugen die deutsche und die französische Verhandlungsdelegation in den kommenden Monaten dennoch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten über die institutionelle und ökonomische Ausgestaltung der geplanten Montanunion aus, doch stand für die Bundesregierung, allen voran Adenauer, der Wille zu einem erfolgreichen Abschluß der Konferenz angesichts fehlender Handlungsspielräume und der stets beteuerten politischen Tragweite des Projektes vorerst außer Zweifel.

Dies änderte sich indes, als das Verhältnis zwischen Bonn und Paris nach der Hausse des Sommers im Herbst 1950 in große Turbulenzen geriet. Verantwortlich dafür zeichneten einerseits der Gewichtszuwachs der Bundesrepublik durch die nach dem Ausbruch des Koreakrieges im Zuge der amerikanischen Forderung nach einer deutschen Aufrüstung gestärkte Bonner Verhandlungsposition, andererseits die evidenten Widersprüche in der französischen Deutschlandpolitik.

Aufgeschreckt von den jenseits des Rheins zunehmend kritischeren Stimmen gegen den nicht mehr zwingend notwendig scheinenden Schuman-Plan und der Gefahr einer Kehrtwende Adenauers, drängte Monnet Schuman mehrfach zu Kompromissen in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung, der Saarproblematik oder der von deutscher

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Seite verlangten Auflösung der Internationalen Ruhrbehörde, um den Gesamterfolg der sich dem Abschluß nähernden Verhandlungen nicht zu gefährden. Da die Realisierung „seines" Plans auch für ihn absolute Priorität besaß, nahm sich der Minister die Mahnungen zu Herzen und beugte sich ungeachtet innergouvernementaler Widerstände wiederholt dem Druck des Bundeskanzlers, der seinerseits die konziliante Haltung des Außenministers im Bewußtsein der gefestigten eigenen Position und des prinzipiellen Festhaltens der amerikanischen und französischen Regierung an der Montanunion geschickt ausnutzte, um die besatzungsrechtlichen Fesseln weiter zu lockern.

Schumans Konzessionsbereitschaft endete jedoch, als im September 1950 die Entflechtung der westdeutschen Montanindustrie akut wurde und seine Regierung die Liquidation der großen deutschen Stahlfirmen mit dem Ziel der Entmachtung der Ruhrschwerindustrie aufs Tapet brachte. Als Adenauer daraufhin mit dem Abzug seiner Delegation aus Paris drohte, Anfang November gar ein Junktim zwischen der Unterzeichnung des Vertrages zur Montanunion und der Klarstellung der Struktur der Ruhrindustrie aufstellte und einen französisch-amerikanischen Kompromißvorschlag kategorisch ablehnte, konterte Schuman, er werde auf die Montanunion verzichten, falls Bonn nicht zu einem Mindestmaß an Zugeständnissen bereit sei.

Damit schien die Vollendung des Vertragswerkes, das seit Dezember in groben Zügen vorlag, in weite Ferne gerückt. Der Erfolg des gesamten Projektes hing nun ausschließlich von den im Januar 1951 beginnenden deutsch-amerikanischen Gesprächen über die Dekartellisierung ab. Aus Angst vor dem im Falle eines Scheiterns des Schuman-Plans fundamentalen Rückschlag seiner Außenpolitik willigte Adenauer zwei Monate später in einen Kompromiß ein und machte damit den Weg zur Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl am 18. April frei.

Ungeachtet der sowohl vom französischen Außenminister als auch vom Bundeskanzler sehr wohl erkannten wirtschaftlichen Bedeutung war es letztlich für beide Politiker die politische Dimension des Projektes in Verbindung mit dem auf ihnen lastenden starken Druck der USA, die sie in den verschiedenen Phasen der Verhandlungen zum Einlenken animierte. In der gemeinsamen Überzeugung, daß die Montanunion als Markstein der *politischen* Entwicklung Westeuropas und der Beziehungen zwischen den beiden Nachbarn anzusehen sei, setzten sich Adenauer und Schuman vor dem Hintergrund des im Herbst 1951 in ihren Ländern abermals drohenden Stimmungsumschwungs mit aller Kraft auch für die erfolgreiche Umschiffung der gefährlichen Klippen des Ratifikationsverfahrens ein und trugen so maßgeblich dazu bei, daß der Vertrag von den Parlamenten im Dezember 1951 bzw. Januar 1952 gebilligt wurde.

Die am 23. Juli 1952 in Kraft tretende Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl konnte zweifellos nicht alle in sie gesetzten Erwartungen erfüllen; dennoch bewirkte sie eine doppelte Revolution[225]: eine wirtschaftliche und eine politische. Durch

[225] Vgl. PA, SFSP, Bd. 98, Bl. 1–170: Bericht der französischen Delegation über die Verhandlungen zum Schuman-Plan, 10. 1951, bes. Bl. 162 ff. (Übersetzung); Bd. 289, Bl. 48–55: Bundesministerium für den Marshallplan, Aufzeichnung, o. D.; das Dokument wurde Hallstein am 22. 8. 1950 übergeben.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die Gründung eines Einheitlichen Marktes und die mit ihm einhergehende Rationalisierung, Leistungssteigerung und allgemeine Wirtschaftsexpansion trug die Montanunion zu einem verbesserten Lebensstandard in den angeschlossenen Volkswirtschaften bei. Über diese wirtschaftspolitische Wirkung hinaus setzte sie einen ersten wesentlichen Schritt in Richtung auf eine supranationale Gemeinschaft. Dem politischen Ziel der Verhinderung politischen Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht verhaftet, verminderte der Schuman-Plan das Mißtrauen, die deutsche Montanindustrie bedrohe die französische Sicherheit, und trug so zur Entspannung im deutsch-französischen Verhältnis bei. Aus diesem zunächst negativen entwickelte der Schuman-Plan ein positives Ziel, nämlich die Heranbildung eines Gemeinschaftsgefühls zwischen mehreren Partnerländern durch Fusionierung staatlicher Souveränität.

Trotz gewisser Defizite gelang es ihm, die Geburtsstunde der europäischen Gemeinschaft einzuläuten und eine neue, von Versöhnung und Freundschaft geprägte Epoche in den deutsch-französischen Beziehungen zu begründen. In diesem Sinne stellte er nicht nur den Beginn einer wirklichen supranationalen Zusammenarbeit in Europa, sondern auch, ja vor allem den entscheidenden Durchbruch zur deutsch-französischen Verständigung und insgesamt einen „Wendepunkt der europäischen Nachkriegsgeschichte"[226] dar.

[226] Schwarz, Aufstieg, S. 710.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Miszelle

STEFAN KARNER

DIE SOWJETISCHE HAUPTVERWALTUNG FÜR KRIEGSGEFANGENE UND INTERNIERTE

Ein Zwischenbericht

Die Existenz staatlicher Lagernetze, von Arbeitsbataillonen, von Besserungsarbeitslagern und -kolonien und von Straflagern zur planmäßigen Verfolgung von Sowjetbürgern und Ausländern war in der Sowjetunion bis in die fünfziger Jahre totgeschwiegen worden. Offiziell existierten die „Archipele" der Lager (in der sowjetischen Terminologie auch als „Konzentrationslager" bezeichnet) bis zur Abrechnung Chruschtschows mit Stalin nicht; über die Lager für Ausländer und Kriegsgefangene wurde noch bis in die jüngste Zeit Stillschweigen bewahrt: „Aufbewahren auf ewig" („chranit' wetschno") und „Streng geheim" signalisieren auf den Kartons der Akten der ehemaligen Hauptverwaltung für Kriegsgefangene- und Zivilinternierte, daß deren zumeist penibel geführter Inhalt niemals ans Licht der Öffentlichkeit hätte gelangen sollen.

Mit der zögernden Öffnung der ehemaligen sowjetischen Archive am Ende der Glasnost und dem Zerfall des Imperiums wurde langsam auch das Ausmaß des Lager-Archipels für Kriegsgefangene und Internierte erahnbar.*

Generell verfügten das sowjetische Innenministerium bzw. der Staatssicherheitsdienst neben dem

- GULAG (Hauptverwaltung der Lager, im wesentlichen zur Repression gegenüber der sowjetischen Bevölkerung sowie den ausländischen Zivilinternierten und verurteilten Kriegsgefangenen, zwischen 1919 und der jüngsten Zeit) noch über ein zweites Haupt-Lagersystem:

* Zur Öffnung der sowjetischen/russischen Archive vgl. u. a.: Rudolf G. Pichoja, Sowremennoe sostojanie archiwow Rossii, in: Nowaja i nowejschaja istorija (1993), H. 2, S. 3–10; Bernhard H. Bayerlein/Alexander Vatlin, Zur aktuellen Situation der ehemaligen Parteiarchive in Rußland, in: Osteuropa 11 (1992), S. 966–977; Jürgen Zarusky, Bemerkungen zur russischen Archivsituation, in: VfZ 41 (1993), S. 139–147; Dietrich Geyer (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, Göttingen 1991; Stefan Karner, Erfahrungen mit betrieblichem Aktenmaterial in sowjetischen und jugoslawischen Archiven, in: Archiv und Wirtschaft (1991), H. 4, S. 151 ff. Das Großprojekt zur Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion wird mit wesentlicher Unterstützung der österreichischen Landeshauptmänner, des Wissenschaftsministeriums, der Stadt Graz und anderer, teils privater Organisationen am L. Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung, Graz-Wien, durchgeführt. Nikita V. Petrow, Moskau, und Mag. Ernst Trümmer, Graz, danke ich für ihre Mithilfe bei der Klärung von Einzelfragen.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

– Die GUPWI (Hauptverwaltung für Angelegenheiten von Kriegsgefangenen und Internierten, im wesentlichen für ausländische Kriegsgefangene, nach 1949 auch für verurteilte Kriegsgefangene, zwischen 1939 und 1953)[1].

Im Verantwortungsbereich der GUPWI des NKWD wurden Millionen von Menschen – zum größten Teil unter eklatanten Menschenrechtsverletzungen – festgehalten und zu Tode gehungert; zahllose erfroren oder wurden bereits auf dem Marsch und dem Transport in die Lager erschossen[2].

Während jedoch der GULAG – vor allem durch die zahlreichen Publikationen[3] – allgemein bekannt ist, blieb die Kenntnis der Existenz der GUPWI-Lagerverwaltung weitgehend im Dunklen. Ungefähre Angaben über einzelne Lager, den Alltag darin oder deren Struktur stammten lediglich aus Berichten von heimgekehrten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten. Doch selbst die grundlegenden Publikationen der „Wissenschaftlichen Kommission für deutsche Kriegsgefangenengeschichte" unter Erich Maschke kennen den Terminus „GUPWI" nicht. Die weitgehende Unkenntnis gilt sowohl für den Umfang als auch die innere Struktur dieser Lager und Anstalten, die – ähnlich dem GULAG – wie ein Netz über das ganze Land ausgebreitet wurden und die Zahl von über 5000 Lagerverwaltungen, Lagerpunkten, Sonderspitälern oder Arbeitsbataillonen erreichten.

Der vorliegende Aufsatz versucht daher, in knapper Form die grundlegende Struktur und Entwicklung der GUPWI darzustellen. Nicht behandelt werden im Rahmen dieser Arbeit Fragen wie Lager-Typen, Lager-Ordnungen, Sterbe- und Krankheitsraten, Lager-Alltag, Arbeitsleistungen der Gefangenen, Grablagen oder Verurteilungen.

---

1 GULAG (Glawnoe uprawlenie lagerej), GUPWI (Glawnoe uprawlenie po delam woennoplennych i internirowannych).

2 Zur Anzahl der im GULAG festgehaltenen Menschen gibt es noch keine endgültigen Forschungsergebnisse. Dugin und Semskow geben aufgrund einer offensichtlich manipulierten Quellenbasis die Zahl der aus politischen Gründen unter Stalin Verhafteten mit 3,6 bis 3,7 Millionen an. Schatunowskaja führt die Zahl der stalinschen Repressionsopfer allein zwischen dem 1. Januar 1935 und dem Juli 1940 anhand von anderen KGB-Unterlagen mit 19,8 Millionen an, von denen 7 Millionen erschossen worden seien. Chruschtschew gab in seinen Memoiren an, daß allein 1953 in den Lagern 10 Millionen Häftlinge gewesen seien. Vgl. dazu ausführlicher u. a.: Rene Ahlberg, Stalinistische Vergangenheitsbewältigung. Auseinandersetzung über die Zahl der GULAG-Opfer, in: Osteuropa-Archiv 42 (1992), H. 11, S. 921–937; Alexander N. Dugin, Neizwestnye dokumenty o repressijach 30–50 godow (po fondam CGAOR), in: Administrativno-komandnaja sistema uprawlenija. Problemy i fakty, hrsg. vom Rossijskij gosudarstwennyj gumanitarnyj uniwersitet, Moskau 1992, S. 69–87.

3 Vgl. dazu insbesondere Alexander Solzhenicyn, Der Archipel GULAG, Bd. I, Bern 1974; Zhak Rossi, Sprawotschnik po GULAGu, 2 Bände, Moskau 1991. Zur Gewalt während der Herrschaft Stalins vgl. u. a. Hermann Weber, Stalinismus. Zum Problem der Gewalt in der Stalin-Ära, in: Roy Medwedew/Robert Havemann/Jochen Steffen u. a., Entstalinisierung. Der XX. Parteitag der KPdSU und seine Folgen, hrsg. von Reinhard Crusius/Manfred Wilke, Frankfurt a. M. 1977, S. 263–284; Anne Herbst-Oltmanns, Entstalinisierung. Der Einzelne zählt wieder in der Sowjetunion, in: Medwedew u. a., XX. Parteitag, S. 50–64; Isaac Deutscher, Stalin. Eine politische Biographie, Reinbek 1992, bes. S. 454 ff.; Aleksandr Orlow, Tajnaja istorija stalinskich prestuplenij. Kniga komissara NKWD, w 1938 g. wmeste s sem'ej tajno ostawschegosja w SSCHA, Moskau 1991; Karl-Heinz Ruffmann, Sowjetrußland 1917–1977, München 1981, bes. S. 56 ff.; Jewgenija Albaz, Geheimimperium KGB. Totengräber der Sowjetunion, München 1992.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Zur laufenden Diskussion um die „vermißte Million", also das Geschick jener Million deutscher Soldaten, deren Schicksal noch immer weitgehend ungeklärt ist und von denen James Bacque behauptete, sie wären nicht im Osten, sondern in amerikanischem und französischem Gewahrsam umgekommen, kann der vorliegende Aufsatz nur partiell Stellung beziehen. Wie Anhang 2 ausweist, wurden laut NKWD-GUPWI-Statistik 2 388 443 Deutsche als Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion registriert. Erfahrungsgemäß konnten bei weitem nicht alle Kriegsgefangenen von den sowjetischen Behörden registriert werden. Die Zahl der vor der Registrierung, d. h. noch am Kampfplatz, auf dem Weg zu den einzelnen Frontlager-Punkten bzw. zum stationären Kriegsgefangenenlager oder noch im Lager selbst verstorbenen deutschen Kriegsgefangenen kann nur geschätzt werden. Sie dürfte mindestens 800 000 betragen haben. Zusammen mit den in den Lagern laut NKWD-GUPWI-Statistik aktenmäßig erfaßbaren 356 687 verstorbenen Kriegsgefangenen wären demnach im Bereich der Sowjetunion mindestens 1 156 000 deutsche Kriegsgefangene verstorben. Die hohe Dunkelziffer der nicht mehr von den Sowjets registrierten Kriegsgefangenen – besonders in den letzten Monaten des Krieges – dürfte demnach in erster Linie das Schicksal der „vermißten Million" erklären[4].

Die GUPWI wurde bis 1953/55 zum „Gulag der Kriegsgefangenen und Internierten" von über 4 Millionen registrierten ehemaligen Soldaten und Zivilisten, die vor allem die Rote Armee, aber auch andere sowjetische Organe auf dem westlichen und fernöstlichen Kriegsschauplatz zwischen 1939 und etwa 1949/50 gefangen genommen hatten.

Die Errichtung der GUPWI als der Zentrale für alle Kriegsgefangenen- und Interniertenlager-Verwaltungen geht auf die Zeit unmittelbar nach dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ostpolen zurück. Am 19. September 1939 hatte Lawrentij Berija, als Volkskommissar des Inneren, mit Befehl 0308 die „Organisation von Kriegsgefangenenlagern" angeordnet[5] und die generellen

---

[4] Zur laufenden Diskussion vgl. u. a. Arthur L. Smith, Die „vermißte Million". Zum Schicksal deutscher Kriegsgefangener nach dem Zweiten Weltkrieg, München 1992; ders., Heimkehr aus dem Zweiten Weltkrieg. Die Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen, Stuttgart 1985; James Bacque, Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945–1946, Frankfurt a. M./Berlin 1991; Rüdiger Overmans, German Historiography, the War Losses and Prisoners of War, in: Günter Bischof/Stephen E. Ambrose (Hrsg.), Eisenhower and the German POWs. Facts Against Falsehood, Louisiana State Univ. Press 1992, S. 127–169; Günter Bischof, Bacque and Historical Evidence, in: Ebenda, S. 199–234. Nimmt man die vom NKWD geführte Kriegsgefangenen-Statistik als Grundlage, so korrespondiert die Zahl von über 3,4 Millionen registrierten Kriegsgefangenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten auch in etwa mit der von der Sowjetunion 1945 jubelnd bekannt gegebenen Zahl von über 3 Millionen gefangen genommenen „deutschen Soldaten". Die Schätzung von mindestens 800 000 vor der Registrierung verstorbener deutscher Kriegsgefangener basiert auf Erfahrungen mit der von mir durchgeführten Erhebung österreichischer, luxemburgischer Südtiroler und französischer Kriegsgefangener.

[5] Noch immer grundlegend die Sowjetunion-Bände der von Erich Maschke herausgegebenen Reihe „Zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges". Allerdings fußt die Darstellung praktisch ausschließlich auf „deutschen" Quellen, weil zu diesem Zeitpunkt die sowjetischen Archive noch nicht zugänglich waren. Unter den von Maschke herausgegebenen Bänden vgl.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Richtlinien für eine Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte (UPWI) festgelegt: Unterstellung unter das sowjetische Innenministerium (NKWD), Betrauung einer eigenen Sonderabteilung im NKWD und ihren örtlichen Organen mit der operativ-geheimpolizeilichen Bearbeitung der UPWI-Lager, Übernahme der Finanzierung der UPWI durch die zentrale Planungsabteilung des NKWD, der Versorgung (Nahrung, Sanitäres, etc.) und Überwachung durch Berijas Stellvertreter Tschernyschow und Maslennikow. Den Leitern der NKWD-Gebietsverwaltungen, in denen sich die ersten acht UPWI-Lager befanden, wurde befohlen, im Rahmen des Mob-Plans der Abteilung der „Besserungsarbeits-Kolonien" (ITK, für Sowjetbürger) den Aufbau der UPWI-Lager zu sichern, die personelle Ausstattung der Lager zu garantieren und zur

---

für diesen Aufsatz vor allem: Kurt W. Böhme, Die deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Hand. Eine Bilanz, in: Ebenda, Bd. VII, München 1966; Kurt Bährens, Deutsche in Straflagern und Gefängnissen der Sowjetunion, in: Ebenda, Bde. V/1 und V/3, München 1965. Neuerdings u. a.: Wolfgang Benz, Einleitung, in: Ders./Angelika Schardt (Hrsg.), Kriegsgefangenschaft. Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945, Bd. 10, München 1991, S. 7–15; Smith, Heimkehr, bes. S. 151–169; statistisch zwischen den Gewahrsamsmächten vergleichend: Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Ein geschichtlicher Abriß in Fakten, hrsg. vom Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen- und Vermißtenangehörigen, Bonn 1989; forschungskonzeptiv richtungweisend: Peter Steinbach, Zur Sozialgeschichte der deutschen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg und in der Frühgeschichte der BRD. Ein Beitrag zum Problem historischer Kontinuität, in: Zeitgeschichte 16 (1989), S. 1–18. Die „Antifa" in den sowjetischen Lagern wurde teilweise problematisch auch im Rahmen der Widerstandsforschung thematisiert, dazu: Bodo Scheurig, Freies Deutschland, München 1960, oder hinterfragend: Alexander Fischer, Die Bewegung „Freies Deutschland„ in der Sowjetunion: Widerstand hinter Stacheldraht?, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, München 1985. Auf weitere Literaturangaben zur Geschichte der Kriegsgefangenschaft in der ehemaligen Sowjetunion (vor allem die Arbeiten von Bohn, Cartellieri, Fleischhacker, Ratza und Robel) wird hier verzichtet. Jüngst nähert sich zaghaft auch die sowjetische Historiographie diesem bislang weitgehend tabuisierten Problemkreis. Vgl. etwa: Leonid E. Reschin, Sojuz nemeckich oficerow, in: Istotschnik. Dokumenty russkoj istorii 0 (1993), S. 86–106; Wladimir Motrewitsch, Kladbischtscha woennoplennych: Tschto dal'sche?, in: Mezhdunarodnoe obschestwo praw tscheloweka. Ural'skaja gruppa, Swerdlowsk 1992, S. 9 ff.; Alexander Mil'tschakow/Alexander Matrosow, Bez westi propawschie, in: Wetschernjaja Moskwa vom 3. 10. 1991; A. Mil'tschakow, „Gulag" na Moskwe-reke, in: Ebenda vom 28. 11. 1991; M. Egorow, Bunt generalow, in: Ural'skij rabotschij vom 7. 4. 1992 oder: Nikita V. Petrow, Nemeckie generaly pered sudom Stalina, Referat, Bonn 1993. Hingegen gibt Wladimir P. Galickij in seinen Abhandlungen über deutsche und japanische Kriegsgefangene traditionelle sowjetische Auffassungen wieder, wie in: Wladimir P. Galiekij, Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz, in: Moskau News, Nr. 1, 1993, S. 15, oder: Ders., Deutsche Gefangene, die Geschichten erzählen, in: Ebenda, o. S.; Böhme, Kriegsgefangene in sowjetischer Hand, S. 96, gibt die Zahl von insgesamt 2995 Lagerverwaltungen, Einzellagern, Arbeitsbataillonen und Spitälern an. Die folgenden Angaben dieser Arbeit basieren vor allem auf den Quellen des Zentrums für die Aufbewahrung historischer Dokumentationen (= CChIDK, ehemals Sonderarchiv des Ministerrates der UdSSR), Moskau (im folgenden als OA zitiert). Hier: F. 1/p, op. 37 a, d. 1, Befehl Nr. 0308. Frau Natascha Nikolaewa, Jekaterinburg, danke ich für Literaturhinweise. Dem CChIDK, insbesondere Herrn Dir. Viktor N. Bondarew, bin ich für die Möglichkeit der Archivbenützung zu besonderem Dank verpflichtet. Gleichfalls danke ich dem Rosarchiv, Prof. Dr. Rudolf G. Pichoja und Wladimir Tarassow, für die im Rahmen ihrer Möglichkeiten tatkräftige Unterstützung meiner Archivarbeiten.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Hilfestellung beim Aufbau der Lager in einzelne Gebiete „erfahrene" GULAG-Mitarbeiter abzukommandieren.

Offensichtlich stand Berija dabei unter größtem Zeitdruck: Binnen zwei Tagen mußte ihm sein Stellvertreter, NKWD-Kommissar Kruglow, den Personal-Apparat der UPWI-Hauptverwaltung zusammenstellen. Erster UPWI-Chef wurde von 1939 bis 1943 Petr K. Soprunenko. Die Gehälter der Lagerleiter und Mitarbeiter der UPWI wurden im wesentlichen denen des GULAG-Apparates gleichgestellt[6].

Gleichzeitig hatte Berija die Umfunktionierung ehemaliger oder bestehender Lager bzw. Kolonien und Klöster zu den ersten acht Kriegsgefangenen-Lagern für 44 000 bis 70 000 Insassen, anfänglich vor allem Polen und Finnen verfügt und somit 1939 den Grundstock eines Lagersystems gelegt, das innerhalb der nächsten Jahre das ganze Land, vom Fernen Osten bis Karelien, überziehen sollte[7]. Die folgende Auflistung der ersten UPWI-Lager soll auch exemplarisch für die Bedingungen der Errichtung der folgenden tausenden GUPWI-Lager gelten. Freilich wurden, wie noch zu zeigen sein wird, besonders 1944/45 zahlreiche Lager bzw. lagerähnliche Einrichtungen noch unter viel schwierigeren Bedingungen – mitten in der Halbwüste, in Dauerfrostböden, in Sumpfgebieten und ohne vorhandene Basis-Infrastruktur – von den Kriegsgefangenen selbst erbaut. Die ersten acht UPWI-Lager wurden meist auf dem Areal aufgelassener Klöster oder Heime errichet:

„Ostaschkow" auf dem Gelände einer ehemaligen Kinderkolonie des NKWD am Seliger-See, 360 km nw. von Moskau, für 10 000 Insassen. In diesem Lager wurden 1940 6311 Polen, vor allem Offiziere, erschossen.

„Juchnow" auf dem Gelände eines Sanatoriums beim Bahnhof Babynino, sö. von Moskau bei Kaluga, für 5000–10 000 Insassen,

„Kozel'sk" auf dem Gelände eines Gorkij-Erholungsheimes beim Bahnhof Kozel'sk an der Dzerzhinskyj-Eisenbahn, 220 km sw. von Moskau, für 7000–10 000 Insassen,

„Putiwl'" auf dem Gelände eines früheren Klosters und Torf-Betriebes beim Bahnhof Tetkino, rund 340 km nö. Kiew, an der Eisenbahn Moskau-Kiew für 7000–10 000 Insassen,

„Kozel'schtschino" ebenfalls auf dem Gelände eines aufgelassenen Klosters nahe dem Bahnhof Kozel'schtschino, 220 km sw. von Charkow, an der Südbahn für 5000–10 000 Insassen. Hier wurden 1940 3820 Polen erschossen.

„Starobel'sk" ebenfalls auf dem Gelände eines früheren Klosters beim Bahnhof Starobel'sk, n. von Woroschilowgrad, an der Bahn Moskau-Donbas für 5000 bis 8000 Insassen,

---

[6] Lagerleiter und -kommissare erhielten demnach, je nach Größe des Lagers, zwischen 2000 und 2400 Rubel pro Monat, UPWI-Leiter bzw. UPWI-Kommissare 2800 bis 3000 Rubel pro Monat. Vgl. OA, ebenda, Beilagen zu Befehl 0317 vom 27. 9. 1939, gez. von Kruglow.

[7] OA, F.1/p, op. 37a, d. 1. Den Lagern wurden im Befehl 0308 noch keine Nummern zugewiesen. Zu den Angaben der erschossenen Polen in den Lagern vgl. neuerdings auch: Katynçkoe delo. Moshno li postawit'totschku?, in: Woennye arhiwy Rossii 1/1993, S. 127 (aus der Sondermappe Chruschtschows).

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Juzha" auf dem Gelände einer ehemaligen Kinder-Arbeitskolonie des NKWD beim Bahnhof Wjazniki der Nordbahn, 250 km ö. von Moskau, für 3000–6000 Insassen und schließlich
„Oransk" auf dem Gelände des früheren Oransker Klosters beim Bahnhof Zimenkij an der Bahn Moskau-Kazan' für 2000–4000 Insassen.

Ziel und Aufgabe der UPWI sollte es im wesentlichen sein, die Kriegsgefangenen und Internierten, die in vorgeschobenen, meist Front-Sammelstellen erfaßt wurden, den stationären Lagern zuzuführen, diese nach dem Eintreffen in den Lagern zu übernehmen und zu registrieren, ihre Mindestversorgung zu gewährleisten und die Kriegsgefangenen und Internierten möglichst bald in einen Arbeitsprozeß einzugliedern. Die Lager Starobel'sk, Kozel'sk und Ostaschkow dienten vor allem der Aussortierung von Offizieren, Polizisten, Feldgendarmen, Militärrichtern und Geheimdienstleuten.

Zur besseren Filtration und nachfolgenden „Betreuung" der Kriegsgefangenen wurden innerhalb der UPWI neben einer politischen und der Personal-Abteilung noch vier weitere Abteilungen (1: Lagerregime und Bewachung, 2: Standesführung, 3: Versorgung, 4: Sanität) gebildet[8].

Diese Struktur diente zunächst der Erfassung der polnischen, später der finnischen Kriegsgefangenen und blieb im wesentlichen bis zum Juni 1941 bestehen, wenngleich vier Kriegsgefangenen-Lager zwischenzeitlich ausgetauscht worden waren[9].

Nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurden – gemäß dem Mob-Plan des GULAG – sofort 30 Aufnahme-Lager im Gebiet zwischen Zentralrußland und der Westfront, vor allem in der Ukraine und in Karelien, errichtet, die allerdings sehr rasch von der deutschen Wehrmacht überrannt wurden. Bereits einen Monat nach Kriegsbeginn existierten nur noch 19 von ihnen. Ähnlich war es mit den stationären Kriegsgefangenen-Lagern: im August 1941 existierten von acht lediglich noch drei mit einer angegebenen Aufnahmekapazität von 8000 bis 9000 Kriegsgefangenen[10].

In dieser Phase des raschen Vormarsches der deutschen Truppen gegen Moskau, Leningrad und den Donbas führte die UPWI ein Schattendasein: Die geheimdienstliche

[8] Vgl. ebenda, op. 23 a, d. 1, Histor. Abhandlung. Streng geheim. Die politische Abteilung wurde allerdings bereits 1940 wieder aufgelassen, so daß es etwa zu Kriegsbeginn 1941 in der UPWI keinen Politapparat für eine politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen und Internierten gab.

[9] Zu Kriegsbeginn 1941 gab es folgende acht Kriegsgefangenen-Lager der UPWI-Verwaltung: „Grjazowec" im Gebiet Wologda, „Suzdal'", „Juchnow" und „Kozel'sk" im Smolensker Gebiet, „L'wow" in Lemberg, „Starobel'sk" im Gebiet von Woroschilowgrad, „Kozel'schtschino" im Raume von Poltawa und „Putiwl'" im Sumsker Gebiet mit einem Fassungsvermögen von zusammen 40000 bis 45000 Kriegsgefangenen. Vgl. ebenda.

[10] Vgl. ebenda. Es handelte sich dabei um die Lager in Grjazowec, Suzdal' und Starobel'sk. Zum Überfall Hitler-Deutschlands auf die Sowjetunion vgl. auch die Literatur, die vom Plan eines vorbereiteten Präventivschlages durch Stalin spricht. Dazu jüngst von sowjetischer Seite: Jurij A. Gor'kow, Gotowil li Stalin uprezhdajuschtschij udar protiw Gitlera w 1941 g., in: Nowaja i nowejschaja istorija (1993), H. 3, S. 29–45, der einen geplanten Präventivschlag Stalins gegen das Deutsche Reich ausschließt.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und geheimpolizeiliche Arbeit unter den Kriegsgefangenen oblag der 2. Verwaltung des NKWD (Gegenspionage), ein Politapparat zur politischen Arbeit in den Lagern fehlte vollständig, die Versorgung der Lager hatte auf allen Linien der GULAG übernommen. Der gesamte Stab der UPWI zählte kaum 39 Mitarbeiter[11]. Ein neuerlicher Versuch, das Lagernetz der UPWI zu erweitern, schlug noch vor dem Winter 1941 aufgrund des Vormarsches der deutschen Wehrmacht fehl.

Eine entscheidende Wende erfuhr die Organisation der UPWI erst mit dem 1069. Beschluß des staatlichen Verteidigungskomitees (GOKO) vom 27. Dezember 1941[12], der die Integration von 26 Lagern von „besonderer Bedeutung" (Spezial-Lager) im System der UPWI vorsah. Da der deutsche Vormarsch vor Moskau ins Stocken geraten war, gelang es im Spätherbst der Roten Armee, tausende ehemalige Rotarmisten, die von der deutschen Wehrmacht gefangen gehalten wurden oder zu ihr übergelaufen waren, zu fassen. Die geheimdienstliche Überprüfung, Filtration und spätere Verurteilung der meist als Deserteure, Spione und Vaterlandsverräter bezeichneten Sowjetbürger (meist zu 10 Jahren und 5 Jahren Schweigezeit) nach dem Strafgesetzbuch der RSFSR (Artikel 58/1 b), geschah bis zum Juli 1944 in den Spezial-Lagern der UPWI[13].

Wegen Kompetenzproblemen und Unzulänglichkeiten bei der Erfassung der Kriegsgefangenen in den Aufnahmepunkten im Hinterland der Front wurden im Juni 1942[14] zusätzlich Durchgangs- und Verteilungslager (lagerja raspredeliteli) eingerichtet (siehe im Detail weiter unten). Die Erfolge der sowjetischen Armeen an der Woronezh-, der Südwest- und der Don-Front im Herbst 1942 führten zu einem ersten großen Zufluß von Kriegsgefangenen der Deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten (etwa 30 Nationalitäten) in die nun sehr rasch überbelegten UPWI-Lager. Die Neuerrichtungen konnten mit dem Bedarf nicht Schritt halten. Hatte es zu Jahresbeginn 1942 nur sechs Kriegsgefangenenlager gegeben, so stieg ihre Zahl binnen eines Jahres auf 30[15], die Zahl der Aufnahmelager an der Front auf 44 an[16].

Noch im Laufe des Jahres 1942 hatte man – entsprechend dem steigenden Angebot an Kriegsgefangenen-Arbeitskräften – der UPWI eine Produktionsabteilung gegeben. Sie sollte die Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen für die Sowjetunion regeln und überwachen. Fast gleichzeitig inszenierte man unter den Kriegsgefangenen eine stärkere geheimdienstliche Tätigkeit. Die dazu noch vor Jahresende 1942 gegründete „Operative" Abteilung der UPWI (später „operativ-tschekistische" Abteilung) hatte für die einzelnen gefangenen Nationalitäten eigene Unterabteilungen[17]:

---

[11] Vgl. OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1, Histor. Abhandlung. Streng geheim.

[12] Vgl. ebenda.

[13] Vgl. auch Solzhenicyn, GULAG I, S. 230ff. und den Lager-Bestand des OA, F. 1/p. Mit NKWD-Befehl vom 19. 7. 1944 wurden diese Spezial-Lager in das System des GULAG überstellt.

[14] Vgl. Befehl Nr. 001156 vom 5. 6. 1942 des NKWD der UdSSR, in: OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.

[15] Ebenda. Von den 24 neu eingerichteten Lagern waren 9 Durchgangs- und 15 stationäre Lager für „gewöhnliche" Kriegsgefangene.

[16] Stand vom 1. 1. 1943; vgl. ebenda.

[17] Vgl. ebenda und Erlässe in: OA, F. 1/p, op. 37 a, d. 1.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

die erste für die „Deutschen" (inklusive der Österreicher,
Südtiroler und „Volksdeutschen"),
die zweite für die Rumänen,
die dritte für die Italiener,
die vierte für die Ungarn,
die fünfte für die Finnen und anderen Nationalitäten.

Mit der Wende des Krieges in Stalingrad und dem sukzessiven Rückzug der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten 1943 nahm die Zahl der aktenmäßig feststellbaren Kriegsgefangenen rapide zu, obwohl knapp die Hälfte der Kriegsgefangenen in den stationären Lagern gar nicht mehr registriert werden konnte[18]: Sie waren zwischen ihrer Gefangennahme und der Registrierung im stationären Lager ums Leben gekommen, verhungert, erfroren, total erschöpft (allein zwischen 3. Februar und 10. Juni 1943 waren im Lager Beketowka bei Stalingrad 27 078 Kriegsgefangene – die Hälfte der Lagerinsassen – verstorben), schwerst verwundet oder, weil die entsprechende kämpfende Einheit der Roten Armee keine Gefangenen machte, kurzerhand erschossen worden. Im Lazarett 283 bei Dubowka im Raume Stalingrad starben noch im Juni 1943 täglich 18 Kriegsgefangene, 1,3 Prozent der Lagerinsassen.

„Das unzulängliche Netz an Kriegsgefangenen-Lagern, die ungenügenden Bedingungen ihrer Gefangenschaft, das geschwächte und bis zum äußersten erschöpfte Kontingent an Kriegsgefangenen, die aus den umliegenden Einheiten der feindlichen Armeen bei Woronezh und Stalingrad in die Lager kamen"[19], wurde intern als Begründung für eine Neustrukturierung der UPWI angeführt. Das weiterführende Ziel, in kurzer Zeit einsatzfähige Arbeiter in beinahe jeder gewünschten Zahl zu erhalten und diese für den Wiederaufbau im Lande einzusetzen, wurde hier zwar nicht explizit genannt, läßt sich aber aus den ergriffenen Maßnahmen leicht ableiten.

Vordergründig ging es bei der Neustrukturierung der Hauptlagerverwaltung um eine bessere Koordinierung zwischen UWPI, dem NKWD und den Stäben der Roten Armee zur effizienteren Rekrutierung der Gefangenen aus dem Bereich der unmittelbaren Front-Zone in die Aufnahme-Lager des NKWD, um eine deutliche Erweiterung des Lager-Netzes und des Personalstandes der UPWI-Hauptverwaltung, um die Einrichtung entsprechender Spitäler und Lazarette und eine straffere Kontrolle der Lager und Lagerleiter durch das NKWD. Dazu wurde im Einzelnen festgelegt[20]:

---

18 Die erschreckenden Zahlen für Stalingrad etwa gibt Wladimir P. Galickij, Tam, w Beketowke, pod Stalingradom ..., in: Woennoistoritscheskij zhurnal (1993), H. 2, S. 18–22, hier S. 20, an. Auch von den durch die Rote Armee gefangen genommenen, geschätzten 200 000–250 000 österreichischen Kriegsgefangenen waren nur rund 126 000 in den Lagern registriert worden. Vgl. meine EDV-Erhebung der österreichischen Kriegsgefangenen und Internierten in der ehemaligen Sowjetunion nach 1941, s. Anm. *. Zu den Stalingrader Lagern vgl. jüngst auch: Alexander E. Epifanow, Stschet za Stalingrad, Wolgograd 1993 und Stefan Karner, Die Lagergruppe Stalingrad. Referat am Folgetreffen der Intern. Working Group on POWs, Innsbruck 1993.

19 OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.

20 Vgl. vor allem die Befehle des NKWD Nr. 00345 vom 18. 2., Nr. 0049 vom 12. 1. und Nr. 00367 vom 24. 2. 1943, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

- Die Organisierung des Frontnetzes an Lagern und Punkten in Aufnahme- und Sammelpunkten, sowie Front-, Aufnahme- und Durchgangslagern (PPW, SPW und FPPL) durch das NKWD
- Eine ständige Verbindung zwischen UPWI und den Armeestäben
- Die Hilfe der Roten Armee beim Transport der Kriegsgefangenen vom Frontnetz bis zu den stationären Lagern der UPWI und Spezialspitälern des NKO.
- Die Anweisung an die Kommandierenden der Fronten, eine rasche Weiterleitung der Kriegsgefangenen zu gewährleisten[21].

Damit sollte die UPWI des NKWD direkt hinter den Fronten tätig werden, die ungefähre Anzahl der erwarteten Gefangenen feststellen, den Einsatz von Sanitätern fordern und die Transporte mitorganisieren (sowohl Fußmärsche als auch Eisenbahn-Transporte). Gleichzeitig wurde ein Netz von Sonderspitälern („Spezgospitali") zur Behandlung verwundeter und kranker Kriegsgefangener eingerichtet[22] und mit den entsprechenden Instruktionen versehen, zumal die Sonderspitäler des NKO auch an Instruktionen des Gesundheits- und Innenressorts gebunden waren, was laufende Kompetenzprobleme geradezu herausforderte.

Innerhalb der eigentlichen UPWI-Hauptverwaltung wurde eine weitere Abteilung für „materiell-technische Ausrüstung"[23] installiert, wurden die Verwaltungen und einzelnen Lager mit einheitlichen Formularen und Stempeln ausgerüstet, wurde eine Abgleichung der Schnell-Berichte der Lager an die Zentrale vorgenommen, die Ordnung für die kriegsgefangenen Generäle und Offiziere ausgearbeitet und hinter jeder Front zumindest ein Aufnahme- und Durchgangslager sowie ein Sammelpunkt eingerichtet[24]. Neben der Neuerrichtung von Lagereinheiten kam durch die laufenden Frontverschiebungen nach Westen der örtlichen Verlagerung von bestehenden Lagern und Lagerverwaltungen große Bedeutung zu. Grundsätzlich waren die einzelnen Lager der UPWI in Lagerverwaltungen organisiert worden. Große Lagerverwaltungen, wie Kiew, hatten zeitweise bis zu 40 Lager, diese wiederum zahlreiche Filialen. Das spätere Hotel „Peking" am Moskauer Gartenring war etwa eine Filiale des Krasnogorsker Lagers 27, ebenso das Moskauer Stadion Dynamo am Leningrader Prospekt. Einzellager sowie Filialen konnten bisweilen hunderte Kilometer voneinander entfernt sein.

Allein im Jahr 1943 wurden acht bestehende stationäre Lagerverwaltungen für Kriegsgefangene verlagert und 540 Übersiedlungen von Aufnahmelagern durchgeführt. Zahlreiche ehemalige Kriegsgefangene berichten in diesem Zusammenhang, daß vielfach die Lager von den Kriegsgefangenen selbst angelegt werden mußten. Oft hausten die Kriegsgefangenen bis zur Errichtung der ersten Baracken in selbst gegrabenen Erdlöchern. Teilweise bestätigen die internen UPWI-Berichte diese Angaben. Wie die Tabelle 1 ausweist, verfügte die UPWI zu Jahresende 1943 insgesamt bereits über mehr als 40 Lagerverwaltungen, wozu noch das Frontlager-Netz und Speziallager kamen.

---

21 Befehl des NKO 001-1943, in: Ebenda.
22 Befehl Nr. 00438 des NKWD der UdSSR vom 6. 3. 1943, in: Ebenda.
23 Befehl Nr. 00616 des NKWD der UdSSR vom 30. 3. 1943, in: Ebenda.
24 Befehl Nr. 001575 des NKWD der UdSSR vom 26. 9. 1943, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 1: Das Netz der UPWI-Lager und Verwaltungen zu Jahresende 1943

Art der Lager		Anzahl	Zuwachs 1943
Stationäre Lagerverwaltungen		40	18
Darunter für: Offiziere		6	2
	Mannschaften	34	16
Frontnetz			
Darunter:	FPPL	12	3
	Aufnahmepunkte f. Kgf. (PPW)	66	22
	Sammelpunkte f. Kgf. (SPW)	20	20
	„Operative Objekte" (spät. Antifaschistische Schulen)	4	4
	Spezial-Lager	14	5

Quelle: Nach OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.

Noch während des Jahres 1943 hatte man teilweise damit begonnen, die Kriegsgefangenen getrennt nach Offizieren, Generalen und Mannschaften bzw. Unteroffizieren, teilweise sogar nach Nationalitäten, unterzubringen (siehe dazu Tabelle 1 und 2). So kamen etwa Italiener bevorzugt aus den kalten, nördlicheren Regionen nach Süd-Kasachstan (Lager Pachta-Aral'skij), nach Usbekistan (Lager Andizhan) oder nach Mordowien (Lager Pot'ma), Franzosen nach Tambow. Offiziere der deutschen Wehrmacht kamen vornehmlich nach Jelabuga in Tatarstan, rumänische Offiziere nach Oransk im Gebiet von Gorkij und italienische Offiziere nach Suzdal', östlich von Moskau[25]. Selbstverständlich hatte man sich von dieser Zusammenfassung einzelner Gruppen auch eine Erleichterung der politischen und geheimdienstlichen Arbeit unter den Kriegsgefangenen erwartet. Auch muß betont werden, daß sich die Sowjetunion in Fragen der Behandlung der Kriegsgefangenen nur in Ausnahmefällen an die entsprechenden Bestimmungen der Genfer Konvention von 1929 hielt, obwohl im streng vertraulichen Bericht über die Tätigkeit der UPWI für die Jahre 1941 bis 1944 ausdrücklich festgehalten wurde, daß die Kriegsgefangenen – obwohl die Sowjetunion die Genfer Konvention nicht ratifiziert hatte – auf dem in Genf vereinbarten minimalen Standard gehalten würden[26].

In diesem Zusammenhang muß allerdings nachdrücklich auf das mindestens ebenso schwere Schicksal der sowjetischen GULAG-Häftlinge, Gefängnisinsassen und Repressierten sowie ausländischen verurteilten Zivilisten hingewiesen werden. Ihnen wurden zumeist – wie auch Kriegsgefangene immer wieder berichten – selbst die Minimalrationen und die Minimalbehandlung der Kriegsgefangenen vorenthalten. Ähnliches galt in den letzten Kriegs- und ersten Nachkriegsjahren auch für größere Teile der Zivilbevölkerung.

[25] Ebenda.

[26] Vgl. ebenda, d. 2. Zu den Kriegsverbrechen der Roten Armee an Soldaten der deutschen Wehrmacht vgl. neuerdings: Anatolij Jakuschewskij, Rasstrel w klewernom pole, in: Nowoe wremja 25 (1993), S. 40ff.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Durch die teilweise versuchte gruppenweise und nationale Zusammenlegung der Kriegsgefangenen in den Lagern tat man sich mit der Disziplin schwerer. Allein im Jahre 1943 hatten in den Lagern, gemäß den Angaben der UPWI, 3,5 Prozent der Kriegsgefangenen Vergehen gegen die Lagerordnungen begangen, die großteils hart bestraft wurden. Die Mehrzahl der Vergehen waren aus sowjetischer Sicht: Stehlen, Vergehen gegen die innere Ordnung, Arbeitsverweigerungen und Simulierungen. Daneben gab es zahlreiche Vergehen wegen „faschistischer Agitation", „provokativer Gerüchte", Aufbewahrung verbotener Gegenstände wie von Messern, Gabeln, Rasierklingen oder Waffenteilen[27]. Die UPWI reagierte mit einer entsprechenden Verstärkung der Bewachungsmannschaften, so daß zu Jahresende 1943 auf zehn Kriegsgefangene bereits im Schnitt 1 Wachsoldat (Innere Streitkräfte des NKWD) gekommen war, was das Budget der Lager weiter schwer belastet hatte; nahezu alle Lagerhaushalte mußten defizitär bilanzieren. Zusätzlich hatte man in einem Umkreis von 100 km vom Lager Spezialeinheiten postiert, bis 1. März 1944 waren es immerhin bereits 11 126 Mann, die Flüchtende einfangen und zurückführen sollten. Oft verhalfen jedoch eher die unwirtlichen Wetterbedingungen den Wachmannschaften zu Erfolgen. So war etwa in der Lagerverwaltung 362 (Stalingrad) im Winter die Fluchtrate gleich Null[28].

Der Erfolg der organisatorischen Maßnahmen selbst ließ jedenfalls zu wünschen übrig: So konnten – nach Angaben der Hauptverwaltung unter dem neuen UPWI-Chef Iwan A. Petrow, einem früheren Frontoffizier – im 1. Vierteljahr 1944 in allen Lagern bloß 26 flüchtende Kriegsgefangene gestellt werden[29].

Zusätzlich zu einer aufgefächerten Verwaltungsstruktur wollte das NKWD auch durch eine stärkere persönliche Verantwortlichkeit die Lager besser kontrollieren. Im Juni 1943 unterstellte daher der stellvertretende NKWD-Chef der UdSSR, Kruglow, dem Leiter der UPWI-Hauptverwaltung, Petrow, persönlich haftende Stellvertreter mit den im Anhang 1 ausgewiesenen Lagerverwaltungsbereichen[30]. Sie hatten regelmäßig über ihre Bereiche und Lager Bericht zu erstatten, wie auch nunmehr regelmäßig Offiziere der UPWI-Zentrale Kontrollen in den Lagern und Lagerverwaltungen durchführten[31].

Das Zurückdrängen der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten aus dem Gebiet der Sowjetunion im Laufe des Jahres 1944 bedeutete für hunderttausende

---

[27] Vgl. OA, F.1/p, op.23a, d.2 und op.34a, d.1. Insgesamt gab es in den UPWI-Lagern im Jahr 1943 3732 Einzelvergehen gegen die Lagerordnungen. Unter Zugrundelegung dieser Angaben sowie der Größenangabe von 3,5 Prozent darf für 1943 von rund 100 000 im sowjetischen Gewahrsam befindlichen, registrierten Kriegsgefangenen ausgegangen werden.

[28] Vgl. ebenda, op.34a, d.1. Zur Bedeckung der Wachmannschaften in den Lagern wurde beim Lager 27 in Krasnogorsk ein eigenes Bataillon zur Schulung von 500 Wachsoldaten, die man aus ehemaligen Angehörigen der Roten Armee rekrutiert hatte, aufgestellt.

[29] Vgl. ebenda.

[30] Vgl. ebenda, op.23a, d.2. Kruglow war 1943 Kommissar 2. Ranges der sowjetischen Staatssicherheit.

[31] Vgl. ebenda, d.1. Der zusammenfassende UPWI-Bericht für 1943 spricht in diesem Zusammenhang davon, daß diese Maßnahmen in den Lagern „zu Ordnung führten und sich Regime und Bewachung ständig festigten".

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ihrer Soldaten den Weg in die sowjetische Kriegsgefangenschaft: Um siebenmal mehr, als in den Jahren 1942 und 1943 zusammen, will man den sowjetischen Angaben Glauben schenken[32]. Die UPWI, eben erst neu organisiert, war auf einen derart gewaltigen Ansturm keineswegs vorbereitet. Es mangelte nahezu an allem: An Unterbringungsmöglichkeiten, Lebensmitteln, Medikamenten, Transportmitteln und Bekleidung[33]. Dabei bedurften rund ein Drittel der gefangen genommenen Soldaten ärztlicher Behandlung. Vier Fünftel der Toten der kalten Monate Januar und Februar 1944 starben in den Sonderspitälern an Distrophie (Auszehrung, Hunger) und TBC. Es folgten Herzbeschwerden und Flecktyphus als weitere häufigste Todesursachen[34].

Als Sofortmaßnahme wurde die Anzahl der Lagerverwaltungen und Lager, zumindest auf dem Papier, deutlich erhöht: Von 52 Lagerverwaltungen zu Jahresende 1943 auf 156 zu Jahresende 1944; dazu auch die Zahl der Frontlager und Aufnahmepunkte[35], was eine Gesamtkapazität der UPWI-Lager zu Jahresende 1944 von rund 905 000 Personen ergeben sollte. Dabei hatte die UPWI erstmals bereits Lager außerhalb des Territoriums der Sowjetunion, vor allem in Polen, im Baltikum und in Rumänien errichtet. Gleichzeitig sollte ein Befehl des Volkskommissars für Verteidigung[36] verhindern, daß den gefangenen Soldaten weiterhin willkürlich notwendigste Utensilien wie Kleidung und Schuhwerk, aber auch Wertgegenstände weggenommen würden.

Weitere Erlässe des NKWD suchten die Vorräte an Bedarfsgegenständen für die Kriegsgefangenen zu verdoppeln, die Transportbedingungen zwischen den Lagern zu verbessern, den Bestand an Medikamenten und Lebensmitteln zu erhöhen, den Wirtschaftsapparat der UPWI nach militärischen Richtlinien zu organisieren sowie eine Verbesserung der medizinischen Versorgung der Sonderspitäler zu erreichen. Dies alles wohl auch in der Absicht, bald möglichst viele Kriegsgefangene als Arbeiter bei diversen Projekten einsetzen zu können. Hatte man doch schon im Februar 1944 innerhalb der UPWI eine neue und für die weitere Verwendung der Gefangenen richtungweisende Abteilung für „Bau und Arbeitseinsatz" begründet[37]. Die meisten der auf dem Papier nachweisbaren Bemühungen dürften sich allerdings kaum auf der Ebene der Einzellager ausgewirkt haben. Zu eklatant erscheint die Diskrepanz zwischen Anordnung und Umsetzung.

In das Jahr 1944 fiel auch die endgültige Neu- und Umbenennung der durch das NKWD errichteten Lagerpunkte und Lager-Teile in Lager („Lagerabteilungen") und damit ihre Unterstellung unter stationäre Lagerverwaltungen. Die UPWI gliederte nun alle stationären Lager hierarchisch in Lager-Verwaltungen (laguprawlenija) und Lager-

[32] Vgl. ebenda.
[33] Dies geht aus nahezu allen Berichten der Einzellager hervor.
[34] Vgl. OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 2.
[35] Vgl. ebenda, d. 1.
[36] Vgl. den Befehl Nr. 098 vom 23. 4. 1944, in: Ebenda.
[37] Vgl. den Befehl des NKWD Nr. 00143 vom 12. 2. 1944, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abteilungen (lagotdelenija). Für die Kriegsgefangenen hatte diese seit 1942/43 de facto existente strukturelle Gliederung praktisch keine Bedeutung, sie wurde zumeist von ihnen nicht einmal wahrgenommen[38].

Zu Jahresbeginn 1945[39] schließlich wurden mit der Umbenennung der UPWI in die GUPWI auch die Struktur der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte des NKWD der UdSSR erweitert und in allen Republiken und Gebieten „Filialen" (OPWI) eingerichtet sowie die Zentrale – neben den 2 Hauptverwaltungen – kurzzeitig in bis zu 10 Abteilungen geteilt: Allgemeines, Regime und Bewachung, Arbeitseinsatz, Sanität, Unterkunftswesen, materiell-technische Ausrüstung, Front, Internierten-Angelegenheiten, operativ-geheimdienstliche Belange (zur Herausfilterung als Kriegsverbrecher eingestufter Kriegsgefangener) sowie Standesführung.

Mit dem gleichen Befehl wurden die Sonderspitäler des Volkskommissariats für Verteidigung sowie die Internierten-Bataillone den NKWDs der Republiken und den Leitern der NKWD-Verwaltungen in den Gebieten territorial unterstellt.

Nur einen Monat später, im Februar 1945, wurde die GUPWI wiederum umstrukturiert. Sie bestand nunmehr aus drei Verwaltungen und sechs selbständigen Abteilungen und beschäftigte in der Moskauer Zentrale unter ihrem nunmehr dritten Chef Michail S. Kriwenko knapp 300 Mitarbeiter[40]:

1. Verwaltung für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen
2. Verwaltung für Angelegenheiten der internierten und mobilisierten Deutschen
3. Operativ-geheimdienstliche Verwaltung (früher: Abteilung)

Sechs selbständige Abteilungen für:

- Bewachung und Regime
- Sanität
- Versorgung
- Unterkunftswesen
- Kader
- Politische Fragen
- Veterinär-Dienst

In den letzten Monaten des Krieges machte die Rote Armee die höchste Anzahl an Kriegsgefangenen. Allein nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht sollten die sowjetischen Frontlager 1,3 Millionen Kriegsgefangene unterbringen. Kurzfristig befanden sich in den Frontlagern insgesamt bis zu 1,5 Millionen Kriegsgefangener (siehe Anhang 2). Zur Aufnahme dieser Kriegsgefangenen gab es im vorgeschobenen Frontsystem 172 Lagerpunkte und -Verwaltungen, unter denen 34 FPPL, 56 SPW und 72 PPW sowie Abteilungen für Angelegenheiten der Kriegsgefangenen beim Kommando der Hinterland-„Fronten" waren[41]. Die Verfrachtung einer derart großen Zahl

[38] Vgl. ebenda. Zahlreiche Gespräche mit ehemaligen Kriegsgefangenen.

[39] Ebenda.

[40] Dazu und zum folgenden: Befehl des NKWD Nr. 00100 vom 20. 2. 1945, in: Ebenda. Kriwenko war bis zum 8. 3. 1947 GUPWI-Chef.

[41] Vgl. ebenda und Berichte von heimgekehrten Kriegsgefangenen.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

von Kriegsgefangenen in die stationären Lager der GUPWI-Verwaltung dauerte einige Monate und war nach sowjetischen Angaben erst am 1. November 1945 abgeschlossen. Während dieser Zeit starben Tausende an Erschöpfung, Hunger und den verschiedensten Krankheiten. Anhang 3 zeigt exemplarisch die wichtigsten Todesursachen der in den Lagern der Sowjetunion verstorbenen, registrierten österreichischen Kriegsgefangenen und Internierten zwischen 1941 und 1955.

Zusätzlich zur Ausweitung des Frontlager-Netzes in der Nord-, Zentral- und Südgruppe der Fronten wurden per Erlaß des Verteidigungs- und Innenministeriums vom 4. Juni 1945 die ersten Kriegsgefangenen über die Sammelpunkte Frankfurt a. d. Oder, Fürstenwalde, Nordt, Pirna in Deutschland sowie Sopron und Szeget in Ungarn repatriiert. Es waren dies einfache Soldaten und Unteroffiziere verschiedener Nationalitäten, mit Ausnahme deutscher Kriegsgefangener der Arbeitstauglichkeitsgruppen 1 und 2 (voll arbeitsfähig). Für weitere Repatriierungen wurden im Bereich der früheren sowjetischen Fronten, und zwar im Bereich der sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland sowie im Bereich der Südgruppe der sowjetischen Armeen in Rumänien, zwei NKWD-Abteilungen für Kriegsgefangenenfragen eingerichtet. Außerdem drei Lager: in Franfurt/Oder (Lg. Nr. 69), in Foksany (Lg. Nr. 176) und in Marmarossziget (Lg. Nr. 36).

Mit 8. August 1945 hatte die Sowjetunion, entsprechend der Beschlüsse der Jalta-Konferenz, auch Japan den Krieg erklärt. Ihr waren bei einem positiven Ausgang in einem Geheimabkommen Südsachalin, die Kurilen sowie der Status-quo in der äußeren Mongolei, Anrechte in der inneren Mongolei sowie an pazifischen Häfen zugesichert worden. Im Zuge des Einmarsches der Sowjettruppen in der Mandschurei gelang den Sowjets die Gefangennahme hunderttausender Japaner. Rund 520 000 von ihnen wurden nach der Kapitulation Japans Ende August 1945 in die GUPWI-Lager im Fernen Osten, nach Sibirien und Mittelasien (Gebiete Primorje, Chabarowsk, Krasnojarsk, Altaj, Tschita, Irkutsk, Ost-Kazachstan, Süd-Kazachstan, Dzhambul, Burjat-Mongolei, Uzbekistan und an der BAM) sowie teilweise in europäische Regionen der UdSSR gebracht. Die Japaner erhielten in der Regel eigene Lager zugewiesen und kamen mit den Kriegsgefangenen der anderen Staaten kaum in Berührung. Eine Ausnahme bildeten lediglich wenige Lager in Kazachstan und Krasnogorsk, wo bis zu 3000 Japaner untergebracht worden waren[42].

Trotz der ersten Repatriierungswelle ab Mai 1945 waren aus dem System der Frontlager rund 1 023 000 Kriegsgefangene in das Innere der Sowjetunion verfrachtet worden. Sie sollten – gemäß einem internen Schlüssel – auf die einzelnen Republiken und Gebiete aufgeteilt werden. Dazu wurden bis Jahresende 1945 weitere 222 stationäre GUPWI-Lagerverwaltungen mit 2713 Lagern neu gegründet und aus den verschiedensten Gründen 99 Lagerverwaltungen mit 1080 Lagern aufgelöst. Damit umfaßte zu

[42] GOKO-Anweisung Nr. 989 ss vom 23. 8. 1945, in: Ebenda. Zum militärischen Umfeld des kurzen Krieges der Sowjetunion gegen Japan vgl. neben der umfangreichen militärgeschichtlichen Literatur zum Zweiten Weltkrieg bzw. zum „Großen Vaterländischen Krieg" u. a.: SSSR i Japonija, Moskau 1987.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Tabelle 2: Bestand an GUPWI-Lagerverwaltungen 1945 in der UdSSR

Bezeichnung	Bestand 1.1. 1945	Bestand 1.1. 1946	Zuwachs 1945
1. Kriegsgefangenenlagerverwaltungen	156	267	111
dav.: für Offiziere	6	11	5
für deutsche Kgf.	138	199	61
für japanische Kgf.	0	49	49
gemischte	0	8	8
2. „Operative Objekte" (später Antifaschistische Schulen)	4	6	2

Quelle: OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.
Das Front-Lagernetz, die Aufnahmepunkte, die Sammelpunkte und die Front-Aufnahme-Durchgangslager (FPPL), wurde bis Jahresende 1945 im wesentlichen aufgelöst und die Mannschaften in die UdSSR, großteils in den Osten der Union, überstellt.

Jahresende 1945 das gesamte Lagersystem der GUPWI insgesamt 267 Lagerverwaltungen mit rund 3200 angeschlossenen, stationären Lagern[43].

Die GUPWI-Lager wurden generell so angelegt, daß man die Kriegsgefangenen „optimal" und ohne Transportverluste in der Industrie, an den verschiedensten Baustellen, beim Torfstechen, im Wald, im Bergbau, als Holzarbeiter, beim Wiederaufbau während des Krieges zerstörter Städte und in anderen Zweigen der sowjetischen Wirtschaft einsetzen konnte[44]. Nahezu jedes Lager verfügte daher über einen Bahnanschluß. War ein Bauvorhaben beendet oder die Aufträge und Verträge, die von der Lagerverwaltung mit Unternehmen abgeschlossen worden waren, erfüllt, kam es nicht selten vor, daß ein Lager kurzfristig verlegt, mit anderen zusammengelegt oder geschlossen wurde. Dieser Umstand erschwert auch eine exakte Angabe des Bestandes an Lagern zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Außer in stationären Lagern der Lagerverwaltungen wurden Kriegsgefangene und Internierte noch in anderen Lagern bzw. lagerähnlichen Einrichtungen der GUPWI interniert. Neben den in erster Linie für sowjetische Bürger vorgesehenen und schon erwähnten Spezial-Lagern, waren dies insgesamt

- 235 Arbeitsbataillone für Internierte (RB) und
- 258 Spezial-Spitäler

[43] Vgl. OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1. Pro Lagerverwaltung kann ein Netz von durchschnittlich zwölf Lagern angenommen werden. Dieser Durchschnittswert geht aus den Beständen der Lager-Beschreibungen im OA hervor.

[44] Die arbeits- und auftragsbedingte Anlage der Kriegsgefangenenlager erfolgte auf Basis der Anweisungen 1084–268 des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 14. 5. 1945, 7712, 7958 und 8921 des GOKO aus dem Frühjahr 1945 sowie der Befehle des NKWD der UdSSR; vgl. ebenda sowie zur Arbeitsleistung der Kriegsgefangenen für die Wirtschaft der UdSSR Stefan Karner, POWs in the economy of the former Soviet Union, in: Vaclav Prucha u. a. (Hrsg.), International Conference „The System of Centrally Planned Economies in Central-East and South-East Europe after World War II and the Causes of Decay", Prag 1994 (im Druck).

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Nicht mehr zum System der GUPWI, sondern zu anderen Institutionen des stalinschen Terrorapparates zählten organisatorisch die 245 Arbeitssonderbataillone (ORB), die sich im System des Ministeriums der Streitkräfte befanden, sowie die 25 Evako-Spitäler, die Besserungsarbeitslager (ITL, die vielfach in der deutschsprachigen Literatur als Strafarbeitslager bezeichnet werden), die Besserungsarbeitskolonien (ITK), die Politisolatoren und Gefängnisse, die dem GULAG des NKWD, dem Justizministerium und dem KGB unterstanden. Kriegsgefangene wurden in diese Einrichtungen nur nach Verurteilungen oder zur U-Haft eingewiesen. Zivilgefangene und Zivil-Internierte wurden praktisch ausschließlich innerhalb dieses Systems festgehalten. Die GUPWI hatte in diesen Lagern allenfalls Teil-Kompetenzen erhalten. Standorte wie Workuta, Kolyma, Karaganda, Pot'ma, Wladimir oder die Lubjanka (das „Innere Gefängnis" des KGB in Moskau) gelten bis heute als Synonyme für Außenstellen des KGB und des GULAG[45].

Kriegsgefangene ohne Verurteilung wurden an sich von diesen Lagern lediglich seit 1945 in den Arbeitssonderbataillonen (ORB) im Bereich des Volkskommissariats/Ministeriums für Streitkräfte/Verteidigung (NKO) festgehalten. Neben rund 70 000 Japanern waren dies knapp 160 000 Kriegsgefangene[46] westlicher Nationalitäten. Sie wurden dort sowie in einzelnen sowjetischen Truppenkörpern zu Arbeiten am Bau und an anderen Projekten eingesetzt. Dazu waren sie in Arbeitssonderbataillonen (ORB) zusammengefaßt, von denen sich 32 in der Ukraine (mit 32 204 Kriegsgefangenen), 15 in Litauen (mit 11 477 Kriegsgefangenen), 14 im Gebiet von Moskau (mit 11 052 Kriegsgefangenen) und 11 in Weißrußland (mit 9030 Kriegsgefangenen) befanden. Dazu kamen noch 18 weitere ORB in anderen Gebieten, so daß Mitte November 1945 insgesamt 92 314 Kriegsgefangene westlicher Nationalitäten direkt im Verteidigungsbereich der UdSSR arbeiteten. Der Rest von 66 868 Kriegsgefangenen arbeitete im Bereich der Verwaltungen der 3. Weißrussischen Front (13 903), der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und in Berlin (5200), der Nordgruppe der Streitkräfte (39 836) sowie der Südgruppe der Streitkräfte (7929)[47].

Jedes Arbeitssonderbataillon hatte eine Stärke von 500 bis 1000 Mann, 3 Kompanien, jede Kompanie 3 Züge, jeder Zug 4 Abteilungen. Der Mitarbeiterstab sollte, nach einer von Marschall Wasiljewskij unterschriebenen Weisung, 59 Personen umfassen, unter ihnen 15 Offiziere; ein Lazarett für 10 Betten sollte ebenfalls angeschlossen werden. Lediglich der operative Bevollmächtigte („Oper") und der operative Dolmetsch der ORB unterstanden ausschließlich dem NKWD, wie überhaupt das NKWD über seine GUPWI und deren periphere Organe die politisch-geheimdienstliche „Arbeit" in den Arbeitssonderbataillonen durchführte.

---

[45] Eigenerhebung im Bereich der Lagerverwaltungen, in: Ebenda, F. 1/p, op. 23a, d. 1; vgl. Bährens, Deutsche in Straflagern, V/1, S. 61 ff., der in diesem Zusammenhang auch von „Straflagern" spricht.

[46] Nach der Zählung des NKWD, Direktive vom 17. 11. 1945, waren es 159 182 Kriegsgefangene. Eine Zählung der Roten Armee zum 1. 10. 1945 hatte noch 182 000 Kriegsgefangene im Bereich des NKO ergeben. Vgl. ebenda.

[47] Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Bei einer ersten Überprüfung der Arbeitssonderbataillone durch das NKWD im Oktober 1945 wurden schwerste organisatorische Mängel festgestellt. Der Kriegsgefangenenstand war – offensichtlich aufgrund von zahlreichen Todesfällen – innerhalb von wenigen Monaten um rund 18 000 zurückgegangen. Eine scharfe Verwarnung der GUPWI nützte wenig: Befehle und Direktiven wurden nicht eingehalten, der Arbeitstag dauerte 10–14 Stunden, dies bei Mindestrationen, die noch dazu oft in Abständen bis zu 12 Stunden ausgegeben wurden. Die Wegstrecken zur Arbeit waren bis zu 17 Kilometer lang und mußten zu Fuß zurückgelegt werden. Die Bewachung der Kriegsgefangenen auf den Baustellen war meist völlig unzureichend, die Arbeitsleistung unter diesen Bedingungen katastrophal. Das NKWD schilderte weiter: „Als Resultat einer derartigen Situation war der Zustand der Kriegsgefangenen in den ORB um vieles schlechter als jener der Kriegsgefangenen, die sich in den Lagern des Innenministeriums befanden. In vielen ORB konnten zu Beginn des Januar 1946 nicht mehr als 23–32 Prozent der Insassen zur Arbeit herangezogen werden. Die Todesraten unter den Kriegsgefangenen in den ORB waren fünfmal, die Zahl der Flüchtlinge siebenmal höher als in den Lagern des Innenministeriums."[48]

Als sich auch nach wiederholtem Einschreiten am Zustand in den Arbeitssonderbataillonen nichts änderte, wurden die kranken Kriegsgefangenen, soweit sie noch transportfähig waren, in Spezial-Krankenhäuser, andere in stationäre Lager überstellt, so daß sich in den folgenden Jahren die Arbeitssonderbataillone stark reduzierten. Unter diesen, auch von der zuständigen sowjetischen Verwaltung beschriebenen fürchterlichen Umständen wirkt der kürzlich erschienene Essay des russischen Militärhistorikers Galickij befremdend. Er hatte Bilder der antifaschistischen Propagandaabteilung als „objektiven" Beleg für den Alltag und die Lage der Kriegsgefangenen in den Lagern verwendet[49].

Zusätzlich zu den Kriegsgefangenen rekrutierten die Rote Armee, die SMERSCH[50]

---

48 Weisung Nr. 41/604, in: Ebenda.

49 Die Zahl an Kriegsgefangenen westlicher Länder in den ORB betrug jeweils zum 1. 1. 1946: 142 571, 1947: 73 538, 1948: 14 509. Dazu kamen noch zwischen 67 809 und 47 275 Japaner. Zu den realitätsfernen Aussagen des russischen Militärhistorikers Galickij, vgl. seine Artikel in Moskau News, Nr. 1, 1993 (deutsche Ausgabe) über „Deutsche Gefangene" und „Kriegsgefangene im Arbeitseinsatz".

50 „SMERSCH" (eigentl. Hauptverwaltung der Gegenspionage des Volkskommissariats für Verteidigung der UdSSR) war die sowjetische Sonder-Abwehrbehörde vom 14. 4. 1943 bis zur formellen Auflösung bzw. Überführung in Sonderabteilungen des MGB im Mai 1946. Das Akronym bedeutet: „Tod den Spionen". SMERSCH wurde mit seinen Sonderabteilungen vom NKWD abgetrennt und direkt Stalin unterstellt. Unmittelbarer Leiter der SMERSCH war Viktor S. Abakumow, der von 1946 bis 1952 Minister für Staatssicherheit war und unter Chruschtschow verurteilt und erschossen wurde. Die Aufgabe von SMERSCH bestand zwar nominell in der Entlarvung ausländischer Spione, in Wirklichkeit jedoch – besonders nach Kriegsende – in der „Beobachtung" der sowjetischen Kriegsgefangenen, die man aus den besetzten oder anderen Gebieten in die Sowjetunion, großteils zwangsweise, wieder rückgeführt hatte. Die meisten von ihnen kamen – als vermeintliche Deserteure – nicht zu ihren Familien zurück, sondern in Spezial-Lager, wo sie längere Haftstrafen abzubüßen hatten. 1946 übernahm vor allem die 3. Verwaltung des MGB die Tätigkeitsbereiche der SMERSCH. Vgl. auch Solzhenicyn, GULAG I, S. 88 ff. und 584 sowie: Christopher Andrew/Oleg Gordiewskij, KGB. Die Geschichte seiner Auslandsoperationen von Lenin bis Gorbatschow, München 1990, S. 438 ff.; Rossi, Sprawotschnik po GULAGu, S. 364. Zur konkreten Tätigkeit der Gegenspionage, der Entfüh-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und das NKWD seit 1945 auf ihrem Vormarsch nach Mitteleuropa besonders am Balkan, in Oberschlesien, in Ostpreußen, in Ungarn, Deutschland und Österreich eine große Anzahl von („Volks")Deutschen, von denen sie 208 239 in die UdSSR deportierten, wo sie als „internierte und mobilisierte Deutsche" in Arbeitsbataillonen zu härtester Arbeit, besonders in Bergwerken, gezwungen wurden. Rund ein Viertel, 51 138, waren Frauen. Dazu kamen tausende aus den besetzten Gebieten von der Roten Armee Verschleppte, die phasenweise ebenfalls in Arbeitsbataillonen eingesetzt wurden[51].

Die „internierten und mobilisierten (‚Volks')Deutschen" galten als eigene Gruppe: Sie wurden meist im Bereich des Kohlebergbaus in den westlichen Gebieten der UdSSR, besonders im Donbas, eingesetzt. Weitere Großeinsatzbereiche waren die Metallurgie, die Brennstoff- und Erdölindustrie. Die deutschen Gefangenen[52] wurden in 221 Arbeitsbataillonen (RB) der GUPWI mit einer jeweiligen Stärke von 750, 1000, 1250 und 1500 Personen zusammengefaßt, wobei jedes Bataillon als Verwaltungseinheit jenes Volkskommissariats gesehen wurde, dem die „Arbeitskraft des Bataillons" zustand. Für Fragen der Bewachung, der Bataillonsordnungen, der Festhaltung der Internierten, deren Standesführung und für die politische Arbeit unter ihnen war allerdings das Innenministerium in Moskau zuständig[53].Wie ein zusammenfassender sowjetischer GUPWI-Bericht vermerkt[54], wurde in den meisten Arbeitsbataillonen die geforderte Arbeitsleistung nicht erreicht, weil es unter den „internierten und mobilisierten (‚Volks')Deutschen" eine große Zahl an Kranken und total Entkräfteten gab. In vielen Bataillonen deckten die Bataillons-Einnahmen aus den Arbeitsleistungen der Gefangenen nicht einmal die Kosten der notwendigsten Aufwendungen, wie Essensrationen, Kleidung, Schuhwerk, Wäsche und die Versorgung des Organisationsapparates. Es kam oft vor, daß die Internierten im Laufe von 5 bis 15 Tagen pro Monat keine Möglichkeit bekamen, das für sie bestimmte Essen zu kaufen und sich bei den Wirtschaftsorganen verschuldeten[55]. In der Hälfte der Bataillone

---

rung einer österreichischen Spitzenbeamtin, vgl. Stefan Karner (Hrsg.), Geheime Akten des KGB. „Margarita Ottilinger", Graz/Wien 1992, bes. S. 34 ff.

51 Vgl. OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1. Die Rekrutierungen und Verschleppungen erfolgten nach den Weisungen und Erlässen von GOKO (Staatl. Verteidigungskomitee), Nr. 7161 ss vom 16. 12. 1944, Nr. 7476 ss vom 3. 2. 1945 und des NKWD der UdSSR Nr. 00315-1945.

52 Hier sogenannte „Volksdeutsche", also Deutsche aus Polen, dem Baltikum, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Jugoslawien. Folgende Anzahl an Kriegsgefangenen wurde in den diversen Volkskommissariaten (= Ministerien) eingesetzt: Kohlenindustrie in westl. Rayons: 103 708, Eisenhüttenwesen: 42 735, Buntmetallurgie: 10 969, Bauunternehmen für Brennstoffindustrie: 6698, Erdölindustrie: 7359, Verkehrswege: 4947, E-Werke: 2505, ziviler Wohnbau: 3434, Städtische Brennstoffindustrie: 5709, Mittlerer Maschinenbau: 2015, Wirtschaftsorgane weiterer 13 Ministerien: 18 180. Vgl. ebenda.

53 Ein Arbeitsbataillon wurde in Kompanien zu je 250 Mann geteilt, diese wiederum in Züge zu 50 Mann. Jeder Zug bestand aus vier Abteilungen.

54 Vgl. OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.

55 So verschuldeten sich im Jahre 1946 etwa 14 475 Internierte bei den Betrieben von zwölf Ministerien mit zusammen 5 625 000 Rubel. Vgl. ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hatten die Internierten keine Kleidung und kein Schuhwerk und 70 Prozent keine Leibwäsche[56].

Naturgemäß stiegen unter diesen Umständen die Krankenstände und sank die Arbeitsproduktivität, so daß die GUPWI 1946 bereits an die Abgabe der Kranken an die Spezial-Spitäler und die Repatriierung der arbeitsunfähigen Internierten dachte. Zum Jahreswechsel 1946/47 waren von den insgesamt 98 211 in den Arbeitsbataillonen registrierten Internierten rund 30 000 krank oder derart geschwächt, daß sie arbeitsunfähig waren[57].

In den Jahren 1945 und 1946 wurden daher von den „internierten und mobilisierten (‚Volks')Deutschen" insgesamt 40 070 repatriiert: Im Juni 1945 7781 aus Polen stammende, die zuvor im Deutschen Reich gewohnt hatten[58], im August 1945 36 125 Alte, Kranke und Arbeitsunfähige[59] und im Jahre 1946 noch 2790 internierte „Deutsche" sowie 21 793 Invalide, Kranke und Arbeitsunfähige. Außerdem entflohen oder verstarben in den Arbeitsbataillonen (RB) während der beiden Jahre 1945 und 1946 insgesamt 41 539 (!) „internierte und mobilisierte (‚Volks')Deutsche"[60].

Der Abgang so großer Mengen an Arbeitskräften mußte ausgeglichen werden. Daher verblieben in der Praxis ab 1949 auch die nach dem sowjetischen Strafgesetz (Strafgesetzbuch der RSFSR) verurteilten Kriegsgefangenen im Bereich der GUPWI, obwohl sie zur Haftverbüßung (in der Regel 25 Jahre) in ITL-Lager bzw. Gefängnisse einzuweisen gewesen wären. Ihre Verurteilungen waren Ende 1949 zum größten Teil ohne entsprechende Beweisführung ihrer persönlichen Schuld, meist aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu von den Sowjets als verbrecherisch eingestuften Organisationen, erfolgt. Dazu zählten neben dutzenden Divisionen und Regimentern vor allem die SS, Waffen-SS, Feldgendarmerie, Straf- und Abwehreinheiten. Diese Massenverurteilungen lösten die Einzelprozesse ab, wie sie bis dahin gegen Kriegsgefangene, Verschleppte und Internierte geführt worden waren. Nach 1943, dem Jahr der ersten Musterprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in Mariupol und Charkow, waren in den folgenden vier Jahren bis 1947 in zwölf bekannt gewordenen Prozessen von insgesamt 126 Angeklagten (davon elf Sowjetbürger) 45 zu langen Freiheitsstrafen, 81 zum Tode verurteilt worden. Die meisten von ihnen wurden öffentlich gehenkt; in Charkow beispielsweise vor 50 000 Zuschauern. Die Prozesse sollten – soweit sie öffentlich waren und es von ihnen noch Aufzeichnungen gibt – in jedem Fall die Schuld der Angeklagten, Kriegsverbrechen begangen zu haben, beweisen. Dies war nur in wenigen Fällen ohne Zweifel möglich, in anderen Fällen – etwa im Katyn-Prozeß – wurden Geständnisse brutal erpreßt[61].

---

56 Vgl. ebenda.

57 Stand 1. 1. 1947; vgl. ebenda.

58 Vgl. die Direktive des NKWD Nr. 1925 vom 26. 6. 1945, in: Ebenda.

59 Vgl. den Beschluß des GOKO Nr. 9959 vom 30. 8. 1945, in: Ebenda.

60 Von den insgesamt 41 539 Entflohenen und Verstorbenen wurden 34 473 für das Jahr 1945 und 7066 für das Jahr 1946 verzeichnet. Vgl. ebenda.

61 Bengt von zur Mühlen, Berlin, danke ich auch hier für wichtige Hinweise und Filmausschnitte der erwähnten Prozesse. Vgl. auch den Personalakt von Generalmajor Helmut Becker im OA sowie seinen Prozeßakt im Archiv des ehemaligen KGB. Zu den verurteilten Kriegsgefangenen und zur Verurteilungspraxis vgl. vor allem: Martin Lang, Stalins Strafjustiz gegen deutsche Soldaten. Die Massenpro-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die laufenden Repatriierungen führten ab 1946 auch zu einer stetigen Verkleinerung des gesamten Apparates der GUPWI: Zunächst wurde die 2. Verwaltung der GUPWI (im wesentlichen für Internierte) aufgelöst und ihre Agenden in die 1. Verwaltung überführt. Damit verfügte die GUPWI ab 30. Januar 1946 nur noch über zwei Verwaltungen:

- Die erste (für Fragen der Kriegsgefangenen und Internierten) und
- die zweite (für Fragen der politischen Arbeit und Spionage),

dazu als selbständige Abteilungen vor allem noch die Inspektion beim Chef der GUPWI, die allgemeine Abteilung, eine Abteilung für Kader, für Bewachung und Regime, eine für Unterbringung sowie die politische Abteilung, zu der nunmehr auch die Abteilung für antifaschistische Arbeit unter den Kriegsgefangenen geschlagen wurde[62].

Zum Tätigkeitsfeld der großen Polit- und Antifa-Abteilung (siehe Anhang 4) gehörten u. a.:

- Die Aufsicht über die politische Arbeit unter den Kriegsgefangenen in den Lagern des Innenministeriums
- Die Aufsicht der „Lern- und erzieherischen Arbeit" in den Antifa-Schulen und -Kursen
- Die Herausgabe von Zeitungen und Bulletins für deutsche, ungarische und österreichische Kriegsgefangene.

Im Zuge der Umorganisation der GUPWI wurden im Laufe des Jahres 1946 weitere 523 Kriegsgefangenenlager („abteilungen") teils aus Gründen der völlig unzulänglichen Ausrüstung für den Winterbetrieb, teils aus Gründen ihrer völligen Unrentabilität geschlossen. Zusammen mit anderen Maßnahmen zur strafferen Führung der GUPWI erbrachte dies eine Reduktion der Verwaltungsstellen auf 11 000 Posten.

Das Archiv der GUPWI, das bis dahin in der Lagerverwaltung 160, in Suzdal', untergebracht war, wurde aufgrund der ebenfalls vorgenommenen Auflösung dieses Lagers nach Moskau überführt und innerhalb der allgemeinen Abteilung der GUPWI eingerichtet. Später übersiedelte das Archiv an das Moskwa-Ufer im Nordwesten der Stadt, 1984 teil-

---

zesse gegen deutsche Kriegsgefangene in den Jahren 1949 und 1950 in historischer Sicht, Herford 1981; Günther Wagenlehner, Stalins Willkürjustiz gegen die deutschen Kriegsgefangenen, Bonn 1993; Bährens, Deutsche in Straflagern, V/1–3 sowie Reinhart Maurach, Die Kriegsgefangenenprozesse gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, Hamburg 1950; R. A. Brockhaus, Die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion. Opfer einer politischen Strafjustiz, in: DRK-Suchdienst München, 1. Folge. Essayhaft u. a.: Reinhard Olt, Willkürliche Beschuldigungen. Die Gerichtsverfahren eine Farce und das Strafmaß die Norm, in: FAZ vom 22. 8. 1992; Alles erfunden, in: Der Spiegel Nr. 45/1992, S. 226–233. Aus den Prozessen und Urteilen, wie sie während der Stalinzeit gegen Kriegsgefangene in der Sowjetunion ausgesprochen wurden, resultieren derzeit zahlreiche Rehabilitierungsanträge und eingeleitete Verfahren. Zu den gesetzlichen Grundlagen Rußlands dazu vgl.: Sbornik zakonodatel'nych aktow o reabilitacii, prinjatych w gosudarstwach – bywschich sojuznych respublikach SSSR, Moskau 1992 sowie die „Gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und Präsident Boris N. Jelzin über die Rehabilitierung unschuldig Verfolgter", in: Wagenlehner, Willkürjustiz, S. 176 f.

62 Befehl des NKWD Nr. 0085 vom 30. 1. 1946, in: OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

weise in das neuerbaute Militärarchiv-Gebäude nahe der Leningrader Chaussee, teilweise (Direktion) in ein nahegelegenes, von Kriegsgefangenen erbautes Gebäude[63].

In den folgenden Jahren bis 1950 veränderte sich – trotz der Repatriierung der meisten Kriegsgefangenen – die Struktur der GUPWI nur unwesentlich. Durch die Auflösung einiger Abteilungen verringerte sich der Mitarbeiterstand der GUPWI-Zentrale von 296 zur Jahresmitte 1947 auf 68 Ende Mai 1950. Zu Chefs der GUPWI wurden von 1947 bis 1949 Generalleutnant Taras F. Fillipow und von 1949 bis 1950 abermals Generalleutnant Iwan A. Petrow ernannt[64].

1951 wurde die GUPWI wieder in UPWI des MWD der UdSSR rückbenannt[65] und der 1. stellvertretende Chef des GULAG, Generalleutnant Kobulow[66], zum neuen Leiter der UPWI bestellt, was auch wieder die faktische Unterstellung der Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte unter den GULAG bedeutete. Dies hatte seinen Grund auch darin, daß nach der Repatriierung der Kriegsgefangenen, zur Jahreswende 1949/50 in den GUPWI-Lagern bzw. den mit MWD-Befehl vom 21. Juni 1949 neuformierten Straflagern (im Ural, in der Ukraine, in Weißrußland, sowie in den Gebieten Kemerowo und Nowgorod) praktisch nur noch verurteilte Kriegsgefangene, selten zivile verurteilte Internierte, verblieben waren. Verurteilte Kriegsgefangene wurden auch in GULAG-Lager überstellt, wogegen verurteilte ausländische Zivilisten fast ausschließlich im GULAG bzw. seinen entsprechenden Sonderlagern waren.

Derart verkleinert und mit einem Stand von nur noch 39 Mitarbeitern in der Zentrale (mit 4 Abteilungen: Sekretariat, 1. Abt. für Organisation und Wirtschaft, 2. Abt. für politische und geheimdienstliche Tätigkeit sowie 3. Abt. für Standesführung) existierte die UPWI bis zum Tod Stalins.

Sofort mit der Zusammenlegung von MWD und MGB zu einem Ministerium (MWD) wurde in der neuen Ministeriumsstruktur keine eigene Abteilung für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen und Internierten mehr geschaffen. Der GULAG

---

63 Vgl. ebenda. Das Archiv der GUPWI war vor seiner teilweisen Öffnung für westliche und russische Wissenschaftler im „Zentralen Staatlichen Sonderarchiv" (= OA) untergebracht, das zuletzt dem Ministerrat der UdSSR unterstanden war. 1992 wurde das Staatsarchiv in „Zentrum für die Aufbewahrung historisch-dokumentarischer Kollektionen" umbenannt und dem „Rosarchiv" unterstellt. Der Autor hatte 1991 als erster westlicher Historiker die Möglichkeit der umfangreichen Akteneinsicht und Auswertung von über 120 000 Personalakten der GUPWI für Österreicher, später für Südtiroler, Franzosen und Luxemburger. Derzeit berät der Autor die Erhebung der verurteilten deutschen Kriegsgefangenen. Das vom Verf. geleitete L. Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung befaßt sich seit Jahresmitte 1993 intensiv auch mit der Kriegsgefangenenproblematik und wird dabei wesentlich von den österreichischen Landeshauptmännern, dem Wissenschaftsministerium, der Stadt Graz und anderen, teils privaten Organisationen unterstützt.

64 Vgl. ebenda.

65 Befehl des MWD Nr. 00375 vom 20. 6. 1951, in: Ebenda.

66 Amjak Sacharowitsch Kobulow war vor 1941 NKWD-Resident in Berlin gewesen. Er war von 1951 bis 1953 Chef der UPWI. Vgl. auch Andrew/Gordiewskij, KGB, S. 324. Zur Neuformierung der Straflager 56, 110, 476, 464 und 270 vgl. Staatsarchiv der Russischen Föderation (= GARF), F. 9401, op. la, d. 301, MWD-Befehl 00604. Der Direktion des GARF, vor allem Herrn Dir. Dr. Sergej W. Mironenko und seinen Mitarbeitern danke ich für die vielfältige Unterstützung bei der Aktenbenützung.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

selbst wurde auf Beschluß des Ministerrates der UdSSR[67] in das Justizministerium der UdSSR integriert. Lediglich die Führung der Straflager, in denen die verurteilten Kriegsgefangenen festgehalten wurden, wurde weiter dem MWD, Gefängnisverwaltung, unterstellt, wozu man dort eine kleine Abteilung für Kriegsgefangene und Internierte eingerichtet hatte. Nach der Umorganisation der Gefängnisverwaltung des MWD der UdSSR im Jahr 1954 wurde daraus die 2. (für ehemalige Kriegsgefangene und Internierte), später die 3. Abteilung[68].

Nach der Freilassung und Amnestierung der aus verschiedenen Gründen, teils ohne den Nachweis persönlicher Schuld, verurteilten Kriegsgefangenen und zivilen Internierten 1955/56 wurden im Laufe des Jahres 1956 auch die letzten Lager der ehemaligen GUPWI (Nr. 48) in der Nähe von Iwanowo, östlich Moskau, und Nr. 476 in Asbest, östlich des Ural) und das Spezial-Spital 1893 in Chor bei Chabarowsk, die nunmehr der Gefängnisabteilung des MWD unterstanden, aufgelöst. Lediglich das Lager 16 im Gebiet Chabarowsk und die Lagerabteilung in Pot'ma (Mordowien)[69] wurden in die Besserungs-Arbeitskolonien des MWD der UdSSR (ITK) integriert.

1960 wurde schließlich das Sonderobjekt 14, welches für die temporäre Unterbringung der aus den Gefängnissen und gefängnisähnlichen Einrichtungen befreiten und repatriierungsfähigen Ausländer und Staatenlosen vorgesehen war, in die Hauptverwaltung der Haftverbüßungsorte (GUMZ) des MWD der UdSSR integriert[70].

Zusammenfassend läßt sich daher zur Entwicklung und Struktur der GUPWI folgendes festhalten:

- Die (Haupt-)Verwaltung für Kriegsgefangene und Internierte war neben dem GULAG das zweite große Lagersystem der UdSSR und unterstand, ebenso wie der GULAG, dem sowjetischen Innenministerium.
- 1939 zum Zwecke der Unterbringung und Ausnutzung der Arbeitskraft ausländischer Kriegsgefangener und später auch ausländischer Internierter aus dem GULAG heraus gegründet, existierte die GUPWI bis knapp nach Stalins Tod 1953.
- Das GUPWI–Lagersystem umfaßte neben den verschiedensten Formen von bis zu 3200 stationären und 200 Frontlagern noch Arbeitsbataillone, Spezial- und Evako-Spitäler. Vielen dieser Spitäler und stationären Lager waren Friedhöfe angeschlossen, auf denen die Toten bestattet wurden. Von vielen seinerzeit registrierten Kriegsgefangenen und Internierten haben sich in den Archiven der Lager noch die Grablagen erhalten.
- In den Lagern der GUPWI gab es rund 3,5 Millionen westliche Kriegsgefangene und Internierte aus über 30 Nationalitäten, darunter neben Deutschen, Ungarn und Österreichern auch Holländer, Franzosen, Amerikaner oder Luxemburger (siehe Anhang 2).
- Verurteilte Zivilinternierte kamen mit der GUPWI praktisch nie in Kontakt.

---

67 Vgl. den Beschluß des Ministerrates Nr. 934/400ss vom 28. 3. 1953, in: OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.
68 Entsprechende Anweisungen des MWD der UdSSR aus den Jahren 1954 und 1955, in: Ebenda.
69 Vgl. Karner, Geheime Akten des KGB, bes. S. 84 f. und 228 f.
70 Vgl. den Befehl Nr. 050 des MWD vom 8. 3. 1960, in: OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 1.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anhang 1: Personelle Zuständigkeiten und Struktur der UPWI-Verwaltung 1943

Verantwortlicher Leiter:	Unterstellte Abt./Lager/Spitäler/Aufnahmepunkte
1. Mel'nikow	
2. Ratuschnoj	1. Abt. (operative) Abt. für Kader Offizierslager: Jelabuga, Suzdal', Grjazowec, Oransk, Krasnogorsk
3. Bragilewskij	2. Abt. (Registrierung und Verteilung) 4. Abt. (sanitäre, medizinische) 5. Abt. (Arbeitseinsatz) Lager der Spezialkontingente: Rjazan, Kirowobad, Koltubanowka, Kalatsch, Armawir, Ugol', Podolsk, Krasnodar, Beketowka, Ljubercy, Wetluga, Schachtinsk, Slawgorod, Bereznikowa, Podlipec
4. Woronow	Front-Aufnahme- u. Durchgangslager, NKWD-Abt. bei den Armeen: Tscherepowec, Borowitschi, Ostaschkow, Mozhajsk, Aleksin Spezial-Spitäler: Kaluga, Archangelsk, Murmansk, Kem', Belomorsk, Richtung Medwezh'egorsk, Leningrad Sammel-Evako-Spital, Borowitschi Aufnahme-Evako-Punkt, Borowitschi Lagerabt., Alechowschtschina Aufnahmepunkte: Kaldinstroj, Kandalakscha, Lager BBK Nr. 3 und 4, Ozersk, Leningrad, Zapol'sk, Kopejsk, Torbinsk, Woldajsk, Moschnansk, Beglowsk, Leschnin, Dem'jansk, Starotropsk, Toropec, Zajcewo, Sytschewka, Wjazewsk, Znamensk, Mosal'sk, Suchinitschi, Karman'i Wyselki
5. Soprunenko	Front-Aufnahme- u. Durchgangslager, NKWD-Abt. bei den Armeen: Lebedjan', Alekseewka, Usman', Nowochopersk, Urjupinsk, Frolowo, Obliwskaja, Georgiewsk, Luksemburger Spezial-Spitäler: Georgiewsk, Kotel'nikowo, Tschertkowo, Millerewo, Starobel'sk, Chutor Antonowskij, Dorf Moiseewka, Schachty, Rostow 1 und P, Frolowo, Sabirobad Aufnahmepunkte: Kolchose „Rote Ameise", Man'schensk, Teljazhensk, Bykowo, Zlobinsk, Malin, Ostapowsk, Kursk, Rzhew, Schtschewrowsk, Tschernjany, Nowoselo, Gajura Guisk, Sen'kowsk, Pernewsk, Romaschewsk, Lizino, Ol'chowatka, Millerowo, Dorf 2. Schewtschenko, Orechowsk, Rostow, Krim, Trifon, Schachtinsk, Suchumi, Majkop, Mingrel'skaja, Mar'ina Roschtscha, Chomsk, Staro-Nizhestebliewskaja, Atamanowo, Krasnodar
6. Karpuchin	Kgf-Lager: Sjawa, Suslonger, Rjabowo, Wjatka, Temnikow, Jur'ewec, Wladimir Spezial-Spitäler: Fosforitnaja 1 und 2, Pischtschal'e, Bystrjagi, Pinjug, Mozhga, Arsk, Wtjaskie Poljany, Kozlowka, Wachtan, Usta, Wetluga, Linda
7. Orlow	Kgf-Lager: Pachta-Aralsk, Farchadsk, Wsewolod-Wil'wa, Potanino, Monetno-Losinowka, Tjumen, Schadrinsk, Spasozawodsk

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

	Spezial-Spitäler: Schumicha, Beloreck, Martuk, Ak-Bulak 1 und 2, Kokand 1 und 2, Akmolinsk, Schuschtschinsk, Merke, Koktschetaw, Semipalatinsk 1 und 2, Dzhambul, Ajaguz, Slawgorod
8. Posten vakant	Kgf-Lager: Morschansk, Rada, Beketowka, Wol'sk, Grimm
	Spezial-Spitäler: Wol'sk, Zubowa-Poljana, Morschansk, Rada, Tambow, Krasnoe, Kotschetowka, Beketowka 1 u. 2, Dubowka, Rudnja, Stalingrad, Krasnoarmejsk, Penza, Mitschurinsk, Rjazan', Astrachan', Aleksandrowka, Kapustin Jar
9. Jakowec	Südlager
	Antifaschistische Schule
	Antifaschistische Kurse
	Spezial-Spitäler: Kameschkowo, Lezhnewo, Jaroslawl'
10. Dement'ew	MTO
	KÄO (Unterkunftswesen)

Quelle: OA, F. 1/p, op. 23 a, d. 2.

Anhang 2: NKWD-GUPWI-Statistik der in sowjetischen Lagern und Gefängnissen befindlichen Kriegsgefangenen der Deutschen Wehrmacht und mit ihr verbündeter europäischer Armeen

Nationalität	Gesamtzahl	dav. Generäle	Repatriiert Gesamt	Verstorben Gesamt	Sterberate	dav. Generäle
Deutsche	2388443	376	2031743	356687	14,9%	99
Ungarn	513766	49	497748	54753	10,7%	3
Rumänen	187367	6	132755	54602	29,1%	–
Österreicher	156681	12	145790	10891	7,0%	3
Italiener	48957	3	21274	27683	56,5%	–
Polen	60277	5	57149	3127	5,2%	1
Tschechoslow.	69977	2	65954	4023	5,7%	–
Franzosen	23136	–	21811	1325	5,7%	–
Jugoslawen	21830	2	20354	1468	6,2%	–
Holländer	4730	–	4530	199	4,2%	–
Finnen	2377	–	1974	403	17,0%	–
Belgier	2014	–	1833	177	8,8%	–
Luxemburger	1653	–	1560	92	5,6%	–
Spanier	452	–	382	70	15,5%	–
Dänen	456	–	421	35	7,7%	–
Norweger	101	–	83	18	17,8%	–
Sonstige	3989	–	1062	2927	73,4%	–
Summe	3486206	455	3006423	518480	14,9%	106

Quelle: Zusammenfassung nach OA, Zusammenstellung, gef. vom Chef der Gefängnisabt. des MWD d. UdSSR, Obst. Bulanow, vom 28.4.1956. Ohne die rd. 520000 registrierten Japaner. Die Statistik bezieht sich naturgemäß lediglich auf die in den stationären GUPWI-Lagern, Sonderspitälern, Arbeitsbataillonen, bzw. in Gefängnissen Registrierten. Sie kann zudem nur als Richtwert für die Größenordnungen herangezogen werden. So weichen etwa die Angaben für die Franzosen und Österreicher um bis zu 30 Prozent von den tatsächlich bislang ermittelten und aktenmäßig nachweisbaren Kriegsgefangenen- und Internierten-Zahlen ab.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Anhang 3: Todesursachen der in sowjetischen Lagern und Gefängnissen verstorbenen und von der GUPWI registrierten rund 17 000 Österreicher

Krankheiten u. and. Ursachen	Sterberate in %
Distrophie	52,4
TBC	6,7
Infektionen	2,7
Unfälle	1,4
Auf der Flucht ermordet	0,5
Selbstmord	0,2
div. sonst. Krankheiten	36,1

Quelle: EDV-Eigenerhebung aus den Materialien des OA, auf Basis einer 100-Prozent-Erhebung der österreichischen Kriegsgefangenen und Internierten.

Bibliotheca Teubneriana

Enzinae Burgensis, Francisci, historia de statu Belgico deque religione Hispanica ed. *Socas.* '91.
BT 1961. Geb. DM/SFr. 168,–/ÖS 1311,–

Hellenica Oxyrhynchia ed. *Chambers.* '93.
BT 1365. Geb. DM/SFr. 54,–/ÖS 421,–

Herodoti historiae ed. *Rosèn.*
Vol. I. Libri I-IV. '87.
BT 1403. Geb. DM/SFr. 168,–/ÖS 1311,–
Vol. II. Libri V-IX. '95.
BT 1404. Geb. ca. DM/SFr. 195,–/ÖS 1521,–

Maximi Tyri dissertationes ed. *Trapp.* '94.
BT 1535. Geb. DM/SFr. 160,–/ÖS 1248,–

Plutarchi vitae parallelae ed. *Ziegler.*
Einzelausgaben
Demosthenes et Cicero. '94.
BT 1691. Kart. DM/SFr. 26,–/ÖS 203,–
Alexander et Caesar. '94.
BT 1692. Kart. DM/SFr. 34,–/ÖS 265,–

Laurentius Valla, De falso credita et ementita Constantini donatione ed. *Schwahn.* '94 Neudruck der 1. Aufl. von 1928.
BT 1879. Geb. DM/SFr. 39,–/ÖS 304,–

Wörterbücher

Benseler
Griechisch-deutsches Schulwörterbuch
Bearb. von A. Kaegi.
1994. Neudr. der 15. Aufl. VIII, 880 Seiten.
Geb. DM/SFr. 48,–/ÖS 375,–

Heinichen
Lateinisch-deutsches Schulwörterbuch
Ausgabe mit Berücksichtigung ausgewählter mittellateinischer Schriftsteller
1993. Neudr. der 10. Aufl. LVI, 648 Seiten.
Geb. DM/SFr. 36,–/ÖS 281,–

B. G. Teubner Stuttgart und Leipzig

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

PAUL HOSER

HITLER UND DIE KATHOLISCHE KIRCHE

Zwei Briefe aus dem Jahr 1927

Das Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und katholischer Kirche in der Weimarer Republik ist bis heute noch wenig erforscht[1]. Das Parteiprogramm der NSDAP vom 24. Februar 1920 bekannte sich zur „Freiheit aller religiösen Bekenntnisse im Staat" nur insoweit, als sie – und das war natürlich gegen das Judentum gerichtet – „nicht dessen Bestand gefährden oder gegen Sittlichkeits- und Moralgefühl der germanischen Rasse verstoßen"[2]. Die Partei erklärte, den „Standpunkt eines positiven Christentums" zu vertreten, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden. Was unter „positivem Christentum" zu verstehen sei, blieb unklar. Deutlich war nur, daß das nationale Element die beiden großen christlichen Konfessionen verklammern sollte und für Hitler Vorrang hatte vor dem religiösen: „Zu Hause als Mensch kann jeder Katholik und Protestant sein, als Politiker sind und müssen wir in erster Linie Deutsche sein."[3] An dieser Position hielt er konsequent fest, was ihm um so leichter fiel, als ihm der katholische Glaube persönlich offensichtlich nichts bedeutete[4]. Zwar blieb Hitler bis an sein Lebensende Mitglied der Kirche, um nicht breite Massen zu verprellen; insgeheim aber verachtete er Religion und Kirche zutiefst. Zugleich freilich wußte Hitler, daß er die katholische Kirche und deren Verankerung im Volk als Faktoren anzusehen hatte, mit denen politisch fest zu rechnen war. Geschmacklos-blasphemisch, aber psychologisch geschickt und wirkungsvoll, bediente er sich in seinen öffentlichen Reden gerne religiöser Bilder und Gleichsetzungen. Mit anerkennendem Neid blickte er auf den gewaltigen Apparat der katholischen Kirche und war beeindruckt von der Geschicklichkeit, mit der sie viele Jahrhunderte überdauert hatte[5]. Offenen Kampf sagte er nur

---

[1] Vgl. Ludwig Volk, Der bayerische Episkopat und der Nationalsozialismus 1930–1934, Mainz [2]1966, S. 14–21; Klaus Scholder, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 1, Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934, Frankfurt a. M./Berlin, ergänzte Ausg. 1986, S. 93–123.

[2] Zit. nach Wilhelm Mommsen (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 550.

[3] Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924, hrsg. von Eberhard Jäckel zusammen mit Axel Kuhn, Stuttgart 1980, S. 1018 (Äußerung vom 27. 9. 1923).

[4] Vgl. z. B. seine Äußerung am 27. 2. 1942: „Ich persönlich werde mich einer solchen Lüge niemals fügen, nicht weil ich andere ärgern will, sondern weil ich darin eine Verhöhnung der ewigen Vorsehung erkenne. Ich bin froh, daß ich mit denen keine innere Verbindung habe"; Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–44. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. von Werner Jochmann, Hamburg 1980, Nachdr. München 1982, S. 303.

[5] Vgl. als Beispiel aus der Frühzeit Hitlers Rede in Plauen vom 12. 6. 1925: „Die katholische Kirche. Schritt für Schritt entwickelte sie sich. Das Schlußgebilde ist ein grandioser Mechanismus. Es gibt viele unter uns, die, geblendet von dieser Entwicklung, glauben, auf dem Wege einer gewöhnlichen Kopie etwas ähnlich Großes zu erreichen." Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

dem politischen Katholizismus an, was rein formal gesehen keinen Gegensatz zur Kirche als religiöser Institution bedeuten mußte[6]. Diesen Standpunkt hielt er streng durch und versuchte auch klarzustellen, daß er nichts mit Religionsfeindlichkeit zu tun habe. Als er 1925 wieder die Möglichkeit hatte, sich öffentlich zu äußern, betonte er sofort in einem Leitartikel, auch jetzt dürfe „der Kampf gegen das Zentrum nicht geführt werden deshalb, weil es vorgibt, ‚christlich' oder gar ‚katholisch' zu sein, sondern ausschließlich deshalb, weil eine Partei, die sich mit dem atheistischen Marxismus verbündet zur Bedrückung des eigenen Volkes, weder christlich noch katholisch ist"[7]. Hitlers Gefolgsleute hielten sich gegenüber der katholischen Kirche allerdings weniger zurück. Im Parteiorgan fehlte es nicht an Angriffen auf die Jesuiten als Sympathisanten der Franzosen, auf Kardinal Faulhaber und auf den Vatikan[8]. Verglichen mit der täglichen antisemitischen Propaganda waren das aber nur Randerscheinungen, zumal die Parteileitung bemüht war, solche Äußerungen möglichst zu unterbinden[9].

In den Reihen der Kirche durchschaute man sehr schnell, daß der Nationalsozialismus seinem Wesen nach religionsfeindlich war.

Der radikale Kampf der Nationalsozialisten gegen die Bayerische Volkspartei tat ein übriges. So hieß es schon kurz vor dem Hitler-Putsch beispielsweise in der katholischen *Augsburger Postzeitung*, die Nationalsozialisten hätten „den völkischen Gedanken verzerrt zur Fratze des inneren Kampfes und der inneren Zersetzung"[10]. Zum ersten heftigen Zusammenstoß kam es, als Kardinal Faulhaber die maßlose Judenhetze als unchristlich brandmarkte. Daraufhin geriet er nach dem Fiasko an der Feldherrnhalle bei den Anhängern Hitlers in Verdacht, er trage als Hintermann Kahrs die Schuld am Scheitern des Putsches[11].

Trotz dieser offenen Konfrontation gab es aber noch immer katholische Kreise, denen der Nationalsozialismus attraktiv erschien. Anfang 1924 brachte die *Augsburger Postzeitung* einen Aufsatz über „Katholizismus und völkische Jugend", der der Stimmung in studentischen Kreisen Rechnung zu tragen suchte; der Verfasser J. E. Held bemühte sich offenkundig um einen Brückenschlag und behauptete, katholische und völkische Einstellung ließen sich sehr wohl und ohne Schaden für eines der beiden „Bekenntnisse" vereinbaren[12]. Auch zeigten weiterhin einige katholische Geistliche offen ihre Sympathien für den Nationalsozialismus und setzten sich, soweit es ihre Oberen zuließen, aktiv für die Partei ein. Ranghöchster unter ihnen war Abt Schachleitner, daneben sind aus der Forschung auch die Aktivitäten des Kaplans Roth aus Indersdorf, des aus Kempten stammenden Pfarrers Philipp Haeuser, des badischen Pfarrers Wilhelm Maria Senn und des Kaplans Dr. Lorenz Pieper,

bis Januar 1933, Bd. 1: Die Wiedergründung der NSDAP Februar 1925–1926, hrsg. u. kommentiert von Clemens Vollnhals, München/London/New York u.a. 1992, S. 93; ferner Adolf Hitler, Mein Kampf, Band II, München 1927, S. 69.

6 Vgl. seine Rede vom 29. 5. 1922, in: Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen, S. 642.

7 Völkischer Beobachter vom 26. 2. 1925; Hitler, Reden, Bd. I, S. 3; vgl. Adolf Hitler, Mein Kampf, Band I, München 1925, S. 284 und Scholder, Kirchen, 1, S. 116 f.

8 Völkischer Beobachter vom 8. 2. 1921, 30. 12. 1922 und 1. 5., 23./24. 8. 1925.

9 Vgl. Scholder, Kirchen, 1, S. 119.

10 Augsburger Postzeitung (APZ) vom 7. 11. 1923.

11 Ausführlich dazu Volk, Episkopat, S. 17–21; vgl. auch VB vom 8. 11. 1923 und die spätere Kritik am Kardinal im Völkischen Beobachter vom 10. 2. 1926 und 15. 1. 1927.

12 APZ vom 6. 1. 1924.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

eines Bruders des Generalsekretärs des Volksvereins für das katholische Deutschland, bekannt[13]. Bisher unbekannt sind dagegen die Aktivitäten des Benefiziaten Magnus Gött in Lehenbühl bei Legau im Allgäu geblieben, mit dem Hitler 1927 in Korrespondenz trat.

I.

Der Bauernsohn Magnus Gött wurde am 3. November 1881 in der Gemeinde Rückholz (Bezirk Füssen) geboren. Die Eltern akzeptierten seinen Wunsch, Priester zu werden, erst, als Gött bereits 15 Jahre alt war. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums der Benediktiner in Einsiedeln in der Schweiz hörte er zwei Semester an der Universität München Philosophie, Geschichte, Germanistik und Romanistik. Anschließend holte er am humanistischen Gymnasium in Ingolstadt das bayerische Abitur nach und studierte Theologie am Lyzeum in Dillingen[14]. 1908 erhielt er die Priesterweihe und wurde in Augsburg Kaplan in der Pfarrei St. Georg. Doch dann erlitt die Karriere des begabten jungen Geistlichen, der mehrere Sprachen beherrschte, schon ganz zu Anfang einen schweren Knick: Gött überwarf sich mit dem Stadtpfarrer, den er in der Presse lächerlich machte, und hielt dem Diözesanbischof öffentlich vor, „wie ein Pascha" zu herrschen. Daraufhin wurde er nach Altusried (Bezirk Memmingen) strafversetzt[15]. Nach Tätigkeiten als Kaplan in Steingaden und Vikar in Weiler wurde er schließlich 1912 Vikar in Lehenbühl und erhielt am 30. Januar 1913 das dortige Kuratbenefizium übertragen. Trotz zahlreicher Bewerbungen um andere Stellen mußte er in dem kleinen Ort fast 20 Jahre ausharren.

Gött beherrschte offenbar mühelos einen unterhaltsamen, drastischen und volksnahen Gesprächston[16]. Seit er in Lehenbühl wirkte, schrieb er im *Legauer Anzeiger* regelmäßig unter dem Titel „Wie es geht und steht in der Welt" politische Wochenkommentare. Damit schuf er sich ein Sprachrohr, mit dem er schließlich weit über den Ort Legau mit seinen damals etwa 2150 Einwohnern hinaus im Allgäu und in Schwaben gehört wurde[17]. Erst seine Beiträge gaben dem zuvor ganz unbedeutenden Blatt, das dreimal wöchentlich erschien, seinen eigenen Charakter[18]. Obwohl Gött nicht namentlich zeichnete, war überall bekannt,

---

[13] Vgl. dazu Harold J. Gordon jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923–1924, Frankfurt a.M. 1971, S. 399; Wieland Vogel, Katholische Kirche und nationale Kampfverbände in der Weimarer Republik, Mainz 1989, S. 56–59; Scholder, Kirchen, 1, S. 170; Volk, Episkopat, S. 27, 53 ff.; Bayerischer Kurier (BK) vom 7.5. 1923; VB vom 6.6. 1923.

[14] Personalakt Gött, in: Staatsarchiv Augsburg (StA Au), Regierung 20020 und die diversen Prüfungsunterlagen in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

[15] Vgl. dazu die Briefe Götts an das Ordinariat vom 9.4., 13.5. und 9.6., die Briefe Dr. Kochs vom 29.4., 7.5., 13.5., 16.9. und das Vernehmungsprotokoll vom 17.5. 1909, sämtliche in Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

[16] „... das Volk liest meine Sachen ungemein gerne", Gött an Ordinariat, 24.1. 1919, in: Ebenda.

[17] Zur Beachtung des Legauer Anzeigers in ganz Schwaben vgl. z. B. die in seinem Personalakt im bischöflichen Archiv gesammelten Pressestimmen vom 24.6. und die Reaktion der Schwäbischen Volkszeitung in Augsburg vom 30.6. 1922.

[18] Anfang 1919 stellte Gött, in den sieben Jahren, in denen er regelmäßig für das Blatt geschrieben habe, eine Verdreifachung der Abonnentenzahl fest. Ebenda. Nach Angaben aus Zeitungskatalogen betrug die Auflage 1917 700–800, 1925 1100; Handbuch deutscher Zeitungen 1917, Berlin 1917, S. 35; Ala Zeitungskatalog 1925, Berlin 1925 S. 10.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wer der „Wochenschauer" war, der auch in seinen Artikeln den katholischen Geistlichen nie verleugnete[19].

Während des Ersten Weltkriegs vertrat Gött in seinen Kommentaren einen betont kritischen Standpunkt[20]. Stolz schrieb er am 24. Januar 1919 an das Ordinariat, der *Legauer Anzeiger* sei wohl das einzige deutsche Blatt gewesen, das schon im August und September 1914 den Einmarsch nach Belgien als Unglück bezeichnet habe[21]. Gött versprach sich nichts vom uneingeschränkten U-Boot-Krieg[22] und trat im Mai 1917 für einen Frieden ohne Annexionen ein[23]; allerdings war er in seiner Kritik nicht immer konsequent. Bemerkenswert waren seine großen Sympathien für die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie[24] und seine Abneigung gegen das Großkapital[25] und die preußischen Junker[26]. Auch mit Kritik an Wilhelm II. hielt er nicht zurück[27]. Das preußische Dreiklassenwahlrecht betrachtete Gött als überholt[28], den Übergang zum parlamentarischen System als eine politische Notwendigkeit[29]. Die Mißstimmung der einfachen Soldaten und der kleinen Leute hielt er für berechtigt. Sein nicht in erster Linie religiös, sondern rassenideologisch geprägter Antisemitismus wurde deutlich, als er hinter den Streiks von Januar 1918 Juden als Drahtzieher vermutete[30].

Der Ausbruch der Revolution 1918 fand zunächst Götts Beifall[31]. Auch für den Sturz der Monarchie zeigte der Benefiziat von Lehenbühl Verständnis, obwohl er der Republik eine parlamentarische Monarchie vorgezogen hätte[32]. Schon nach drei Wochen aber war für ihn klar, „daß ich die Revolution nicht bloß für ein Unglück, sondern auch für eine Katastrophe

---

19 Vgl. auch Legauer Anzeiger (LA) vom 31.5. 1919, wo Gött sich zur Autorschaft bekennt.

20 Bei den Behörden machte sich Gött sehr bald wegen seines Pessimismus unbeliebt; Bezirksamt Memmingen an Stellvertr. Generalkommando beim I. bayer. Armeekorps, 12.2. 1916, 18.8. 1917, Stv. Gkdo. I. A.K. an LA, 25.5. 1917, 26.7. 1918, in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (Bay HStA), Abt. IV Kriegsarchiv, Stv. I. A.K., Bd. 1811.

21 Brief Götts vom 24.1. 1919, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732; vgl. seinen Hinweis, wonach ihm dies „einen Rüffel" eingetragen habe; LA vom 15.7. 1917.

22 LA vom 1.10. 1916. Klar erkannte Gött die ganze Tragweite des dadurch drohenden Krieges mit Amerika.

23 LA vom 13.5. 1917. Bereits im Dezember 1916 schloß er Annexionen im Westen aus, da sie den Frieden verhinderten, und erklärte auch die deutschen Kolonien für wertlos; vgl. LA vom 17.12. 1916, 15.7. und 23.9. 1917.

24 LA vom 2.4., 10.12. 1916, 11.2. und 3.10. 1917.

25 Er prangerte die Deutsche Bank und den Daimler-Konzern wegen ihrer Kriegsgewinne an; vgl. LA vom 22.4. 1917 und 17.3. 1918.

26 Gegen diese äußerte er sich besonders radikal: „Es wäre das größte Glück Deutschlands, wir könnten so ein paar hunderttausend Junker und Junkerfreunde den Russen für ihre Gefangenen abgeben. Ich wünschte dann nur, diese Junker müßten die Schuhputzer der roten Gardisten werden." LA vom 28.4. 1918.

27 LA vom 24.3. und 20.10. 1918. Götts Beurteilung Wilhelms II. schwankte zwischen scharfer Kritik und Anerkennung; vgl. LA vom 15.4. 1917, 30.9. 1922 und 30.7. 1932.

28 LA vom 15.4. 1917.

29 LA vom 24.3. und 13.10. 1918; zu Götts Rassenideologie vgl. LA vom 20.1. 1918.

30 LA vom 3.2. 1918.

31 „Mir scheint es kommt der große Zahltag, ... der Zahltag für all das große Unrecht des letzten Jahrhunderts, die Rache für alles, was wir Kapitalismus nennen ... der Sozialismus hat die Zukunft, ... Der Sozialismus umschließt das gewaltige Aufwärtsstreben des 4. Standes, d.h. der Arbeiterschaft." LA vom 10.11. 1918.

32 LA vom 17.11. 1918.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

halte, deren Folgen wir jetzt noch gar nicht absehen können"[33]. In Umkehrung der tatsächlichen Geschehnisse gab er der Revolution die Schuld am Zusammenbruch und nahm damit die Dolchstoßlegende vorweg. Überdies habe die Revolution „die Demokratie vernichtet und dafür die reine Parteiwirtschaft unter jüdischer Flagge gebracht". Den neuen Ministerpräsidenten Eisner nannte er auf einer öffentlichen Versammlung einen „Lumpen"[34]. Nach dem Attentat auf Eisner schrieb Gött, der „Asiate und Jude" sei an seiner Ermordung selbst schuld[35].

Für die Wahlen zur bayerischen Nationalversammlung legte sich Gött auf die Bayerische Volkspartei fest, zollte aber der Sozialdemokratie noch immer einen gewissen Respekt[36]. So konnte in der Öffentlichkeit sogar der Eindruck entstehen, er sei Sozialdemokrat[37]. Tatsächlich aber wandte sich der Geistliche unter dem Eindruck der Radikalisierung der Revolution in Bayern von der Arbeiterbewegung ab: Der Sozialismus, wie er ein halbes Jahrhundert gepredigt worden sei, habe sich als unfähig erwiesen, das Volk zu beglücken; übriggeblieben sei nur mehr der kirchenfeindliche Kulturliberalismus[38].

Der neue Staat war für Gött „nur ein Parteistaat und kein Volksstaat"[39], vor dem er keine Achtung hatte; besonders bekämpfte er den Bayerischen Bauernbund[40] und das Zentrum[41]. Dem Zentrumspolitiker Erzberger sagte er nach, „immer den Eindruck eines Hanswursten [zu machen], der dem Volke schmeichelt und dabei sein Schäfchen ins Trockene bringt"[42]. Und natürlich hielt er Erzberger für einen Juden. Nach dessen Ermordung schrieb Pfarrer Josef König aus dem württembergischen Ottmanshofen an das Ordinariat in Augsburg: „Der tragische Tod Erzbergers ist eine Frucht der Giftsaat, welche Blätter vom Schlage des ‚Legauer Anzeigers' reichlich ausgestreut haben."[43] Götts

---

[33] LA vom 1.12.1918; danach auch das Folgende.

[34] Brief Maria Schwingensteins an das Ordinariat, 7.1.1919, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

[35] Zu Götts Hetzkampagne gegen Kurt Eisner vgl. LA vom 27.11., 1.12., 19.1., 9.2. und 2.3.1919. Der Attentäter Graf Arco war für Gött ein Tyrannenmörder, dem man einst noch Denkmäler errichten werde.

[36] LA vom 12.1., 16.2. und 2.3.1919.

[37] Sein unmittelbarer Vorgesetzter, der Pfarrer von Legau, Wiedemann, berichtete dem Ordinariat, Gött gelte als Sozialdemokrat, weshalb viele junge Leute sich der SPD zuwendeten; Wiedemann an das Ordinariat, 13.2.1919, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

[38] LA vom 14.6.1919, 27.3.1920. Allerdings hielt Gött die Forderungen der Arbeiterschaft zeitlebens für berechtigt und zeigte sogar für die Kommunisten Verständnis, vgl. Gött an Doll, 28.9.1937, in: Privatbesitz. Am Nationalsozialismus faszinierte ihn besonders, daß „ein gutes Stück Kommunismus" in ihm enthalten sei; LA vom 7.12.1923.

[39] LA vom 16.8.1919.

[40] Vgl. LA vom 1.1., 5.1.1919. Maria Schwingenstein an Ordinariat, 7. und 20.1.1919, Gött an Ordinariat, 24.1.1919, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

[41] LA vom 27.3.1920.

[42] LA vom 28.2. und 27.3.1920.

[43] Brief Königs vom 29.8.1921, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732. Der Jahrgang 1921 des Legauer Anzeigers ließ sich nicht auffinden, weshalb der Artikel, den König verwerflich fand, nicht eingesehen werden konnte. Der Artikel bezog sich auf den anonymen Beitrag Ludwig Thomas im Miesbacher Anzeiger „Wirth und Lump" vom 17.8.1921, den Gött auch König zugesandt hatte; vgl. Ludwig Thoma, Sämtliche Beiträge aus dem „Miesbacher Anzeiger" 1920/21. Kritisch ediert u. kommentiert v. Wilhelm Volkert, München/Zürich 1989, S. 428ff. Gött bestritt allerdings, den Ar-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

laufende Judenhetze hatte, abgesehen vom *Völkischen Beobachter*, in Bayern kaum ihresgleichen[44].

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß Gött mit seinen radikalen Artikeln oft Anstoß erregte. Schon im Juni 1918 hatte ihn das stellvertretende Generalkommando beim ersten Armeekorps wegen seiner kritischen Artikel nach München vorgeladen und ihn dort zu mehr Zurückhaltung aufgefordert[45]. Daraufhin hatte ihm das Ordinariat in Augsburg die Mitarbeit an Zeitungen und Zeitschriften verboten[46], doch Gött zeigte sich davon unbeeindruckt[47]. Als ihn das Ordinariat auf eingegangene Beschwerden hin verwarnte, versuchte er einen Handel: Man brauche ihm nur endlich eine richtige Pfarrei im Allgäu zu geben, dann werde der Zwang, für den *Legauer Anzeiger* zu schreiben, von selbst aufhören[48].

Noch 1919 hatte sich Gött enttäuscht von der Bayerischen Volkspartei ab- und zunächst der deutschnationalen Bayerischen Mittelpartei zugewandt[49]. 1922 entdeckte er dann unter dem Einfluß des Benefiziaten Christian Josef Huber im nahen Kronburg sein Herz für die Nationalsozialisten[50]. Bald trieb er einen Hitler-Kult, der an Dietrich Eckarts „Führer"-Verherrlichung im *Völkischen Beobachter* erinnerte[51]. Damit nicht genug, er engagierte sich auch aktiv für die Nationalsozialisten; zusammen mit Huber hielt er nationalsozialistische Sprechabende ab[52]. Der Legauer Pfarrer Wiedemann beklagte sich, Gött verhetze die Pfarrei, indem er die

---

tikel vom 25.8. 1921 im Legauer Anzeiger geschrieben zu haben; vgl. Brief vom 16.9. 1921. Vgl. auch sein Urteil über Rathenau: „Man ist von den Juden viel an Frechheit gewohnt, aber hier übersteigt sie jedes Maß. Und dieser Mann kommt in die höchsten Stellungen, wird Minister, wird verhimmelt; aber die deutsche Erde hat sich doch an ihm gerächt." LA vom 14.10. 1922; seine Sympathie für dessen Mörder, in: LA vom 27.7. 1922.

44 LA vom 24.11. 1918. Am 8.12. 1918 begeisterte er sich in einem Hetzartikel gegen Eisner für das Gedicht: „Trau keinem Wolf auf grüner Heid und keinem Jud bei seinem Eid", das dann später auch zum Repertoire der Propaganda Streichers gehörte. Vgl. auch LA vom 2.3. 1919: „In der jahrhundert alten Prophezeiung von Lehim heißt es mit Rücksicht auf das Ende der Hohenzollern, die Juden werden Deutschland ins Unglück stürzen, aber sie selbst werden dabei zugrunde gehen. Der erste Teil hat sich mit verblüffender Genauigkeit erfüllt, ob sich der zweite Teil auch erfüllen wird, das steht dahin, aber die ganze Entwicklung deutet darauf hin."

45 Im September 1918 drohte man sogar, die Zeitung unter Vorzensur zu stellen, Stv. Gkdo. I. A. K. an LA, 4.6. 1918, Gött an stv. Gkdo. I. A.K., 9. und 11.6. 1918, Vormerkung 19.6. 1918; Stv. Gkdo. I. A. K., 1.9. 1918, in: Bay. HStA IV, Stv. I. A. K., Bd. 1811.

46 Ordinariat an Gött, 15.1. 1919, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

47 Dickfellig meinte er gegenüber dem Ordinariat: „Mein Schreiben ist mir einfach Bedürfnis u. wenn ich heute das Versprechen geben würde, ich wäre morgen schon nicht mehr imstande, es zu halten." Freiwillig war er nur dazu bereit, jeweils vom Verleger ein Belegexemplar an das Ordinariat schicken zu lassen; Gött an Ordinariat, 24.1. 1919, in: Ebenda.

48 Ordinariat an Gött, 9.9. 1921, Gött an Ordinariat, 16.9. 1921, in: Ebenda; vgl. Götts zahlreiche Bewerbungen um eine Pfarrei, in: StA Au, Regierung 20020.

49 LA vom 6.9. 1919 und 24.4. 1920. Später warf er den führenden Politikern der Bayerischen Volkspartei Korruption vor; LA vom 17.11. 1923.

50 Ein Wort an Hochw. Herrn Benefiziat Huber in Kronburg; LA vom 1.4. 1924, 25.11. 1922, 29.5., 3.7. 1923. Auch Pieper sprach für die Nationalsozialisten in Legau; vgl. LA vom 14.8. 1923.

51 Vgl. z.B. LA vom 7.4. 1923: „Hitler wird für immer zu den großen Deutschen zu rechnen sein, zu den Männern des Glaubens, der Berge versetzt."

52 Seit dem 12.4. 1923 bestand in Legau eine Ortsgruppe der NSDAP; vgl. StA Au, NSDAP, Kreisleitung Memmingen 1/87. Als Huber später unter dem Eindruck einer antikatholischen Rede Luden-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Geistlichen als Feinde der Nationalsozialisten hinstelle[53]. Das Ordinariat ließ Gött wissen, daß es die Klagen über seine nationalsozialistischen Artikel ignoriert habe, da es die „staatsbürgerliche Betätigung unserer Seelsorgsgeistlichen möglichst wenig einschränken" wolle[54] und ermahnte ihn nur, im Eifer des Gefechts auch von Glaubensgrundsätzen abgewichen zu sein. Gött steigerte sich inzwischen immer mehr in eine missionarische Rolle hinein. Er wollte einen deutschen Brüderorden gründen und als Wanderprediger durch die Lande ziehen. Wegen der Ordensgründung wandte er sich auch an das Kulturministerium und an den Kronprinzen Rupprecht[55]. Das Ordinariat erinnerte ihn nur lakonisch daran, daß er seine Pflichten als Benefiziat in Legau zu erfüllen habe[56]. Man hielt seine Pläne für phantastisch. Verschwommen redete Gött davon, sein geplanter Orden bezwecke eine Umgestaltung Deutschlands durch Schaffung einer neuen sozialen und damit patriotischen und christlichen Grundlage[57].

Nach dem Scheitern des Hitler-Putsches solidarisierte sich Gött uneingeschränkt mit den Nationalsozialisten[58] und beteiligte sich an der Kampagne gegen Kardinal Faulhaber[59]. Das Ordinariat rügte daraufhin seine „höhnische Kritik" und hielt ihm vor, er helfe, einen Nationalismus zu fördern, der von der Kirche nicht gebilligt werde. Auch diese erneute Mißbilligung ließ Gött kalt; an seiner Begeisterung für die Völkischen änderte sich nichts. Hitler war für ihn „ein wirklicher Patriot, ein Arbeiterfreund, religiös, monarchisch durch und durch", und er war sich sicher: „Die Stunde Hitlers wird noch kommen."[60] Wie selbstverständlich legte sich Gött vor der Landtagswahl im April 1924 auf die Völkischen fest[61]. Pfarrer Wiedemann führte den Wahlerfolg der Völkischen, die in Legau nur 23 Stimmen weniger als die Bayerische Volkspartei (353 Stimmen) errangen, direkt auf Götts Agitation im *Anzeiger* zurück[62]. Als Gött vor der Reichstagswahl im Mai 1924 seinen Wahlartikel mit den Worten schloß, „Gott segne die Völkischen"[63], war für das Ordinariat die Schmerzgrenze überschritten: Es verbot Gött jede Tätigkeit für die Presse[64]. Doch schon einen Monat später meldete Pfarrer Wiedemann dem Ordinariat, Gött ver-

---

dorffs zum Gegner der Rechtsradikalen wurde, attackierte ihn Gött als einen Abtrünnigen, der die Völkischen in der Zeit der Not im Stich lasse; LA vom 1.4. 1924.

53 Brief Wiedemanns an das Ordinariat vom 9.7. 1923, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

54 Ordinariat an Gött, 21.7. 1923, in: Ebenda.

55 Gött an den Bischof von Augsburg, Maximilian von Lingg, 7.8. 1923, in: Ebenda.

56 Ordinariat an Gött, 18.8. 1923, in: Ebenda.

57 Bezirksamt Memmingen an Pfarrer Wiedemann, 13.9. 1923, in: Ebenda.

58 Vgl. LA vom 17.11. 1923, wo Gött sich zu dem Satz hinreißen ließ, Hitler hätte „gut getan, wenn er eine Woche lang die Galgen mit Lumpen gefüttert hätte". Vgl. auch LA vom 1.12. 1923.

59 LA vom 10. und 17.11. 1923; Ordinariat an Gött, 30.1. 1924, Wiedemann an Ordinariat, 25.4. 1924, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732. Am 24.11. 1923 schrieb Gött: „Der Kardinal hielt an Allerseelen im Dom die Predigt u. kam dabei auch auf die Juden zu sprechen, nahm sie in Schutz, ... Die Studenten u. andere meinten, es wäre heute zeitgemäßer, die Christen gegen die Juden in Schutz zu nehmen und nicht die Juden gegen die Christen ..." LA vom 24.11. 1923.

60 LA vom 1.3. 1924.

61 LA vom 5.4. 1924.

62 Wiedemann an Ordinariat, 25.4. 1924, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

63 LA vom 1.5. 1924; vgl. dazu Wiedemann an Ordinariat, 2.5. 1924, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

64 Ordinariat an Gött, 12.5. 1924, in: Ebenda.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

breite weiterhin im *Legauer Anzeiger* seine völkischen Ansichten[65]. Gött bestritt allerdings, die betreffenden Artikel geschrieben zu haben. Wahrscheinlich sprach er dabei die Wahrheit, da er einige Zeit danach die Autorschaft an einem neuen antisemitischen Artikel zugab[66]. Das Ordinariat stieß sich nicht an den antijüdischen Ausfällen, wohl aber an den Seitenhieben auf die Geistlichkeit[67]. Ungerührt meinte Gött, er könne auch weiterhin nicht versprechen, das Verbot zu achten. Ohne auch nur eine Antwort abzuwarten, verfaßte er schon bald wieder einen neuen Artikel, in dem er nicht nur die „Lügentrommelei der schwarzen Zeitungen gegen Ludendorff und Völkische" geißelte, sondern den Katholikentag als eine Veranstaltung schilderte, auf der nur leere Reden geschwungen würden. Jetzt drohte ihm das Ordinariat mit der Suspension[68]. Gött wollte seinerseits Berufung beim apostolischen Stuhl in Rom einlegen, doch auf dem formalen kirchenrechtlichen Instanzenweg war ihm das Ordinariat überlegen: Er sollte nicht nur eine lateinisch abgefaßte Berufungsschrift vorlegen, sondern auch die Kosten für die Übersetzung der Akten ins Lateinische und ihren Druck tragen und eine entsprechende Anzahlung hinterlegen[69]. Daraufhin kapitulierte Gött zähneknirschend und verzichtete auf die Berufung[70]. Ein Vierteljahr später erreichte das Ordinariat nicht nur eine anonyme Anzeige gegen den Benefiziaten, der Hitler in Zeitungsartikeln preise und in den Versammlungen des katholischen Gesellenvereins für ihn spreche[71]; auch Pfarrer Wiedemann hatte Gött im Verdacht, noch immer für den *Legauer Anzeiger* zu arbeiten[72]. Nach Götts glaubhaft klingender Version hatte er die beanstandeten Artikel tatsächlich nicht geschrieben, aber in Gesprächen mit dem Verfasser inspiriert[73].

Gött blieb fortan vorsichtig und bemüht, sich keine Blöße zu geben. Erst 1929 meldete er

---

65 Wiedemann an Ordinariat, 11.6. 1924, in: Ebenda. Wiedemann bezog sich auf drei Artikel vom 24. und 31.5. und vom 7.6. 1921. Die ersten beiden waren mit „W. R." gezeichnet. Stilistisch wirken sie blasser als die Götts.

66 Gött an Ordinariat, 21.6. und 13.8. 1924, in: Ebenda; LA vom 26.7. 1924. Am 25.7. 1924 hatte Wiedemann unter Hinweis auf Zeugenaussagen versucht nachzuweisen, daß Gött den Artikel vom 7.6. und einen weiteren vom 19.7. geschrieben hatte. Die Zeugenaussagen enthielten allerdings keine direkten Beweise dafür, daß Gött der Autor war. Vgl. Wiedemann an Ordinariat, 25.7. 1924, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

67 Ordinariat an Gött, 4.8. 1924, in: Ebenda.

68 LA vom 6.9. 1924; Ordinariat an Gött, 15.9. 1924, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

69 Gött an Ordinariat, 22.9. 1924, in: Ebenda. Inzwischen hatte er schon wieder einen Artikel zugunsten Hitlers geschrieben. Vgl. LA vom 20.9. 1924; Ordinariat an Gött, 29.9. 1924, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

70 Gött an Ordinariat, 20.10. 1924, in: Ebenda.

71 Schreiben an das Domkapitel der Diözese Augsburg 13.1. 1925, in: Ebenda.

72 Wiedemann an Ordinariat, 31.1. 1925, in: Ebenda. Nach Wiedemanns Informationen hatte Gött die Artikel aufgesetzt und durch einen Vertrauten abschreiben lassen, so daß er dem Ordinariat gegenüber behaupten konnte, er habe sie nicht geschrieben. Wiedemanns Vermutungen beruhten aber wieder nur auf Hörensagen.

73 LA vom 17., 24. und 31.1. 1925. Vernehmungsprotokoll vom 13.2. 1925; Vermerk des Ordinariats vom 21.1. 1925, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732. Noch des öfteren beschwerte sich Wiedemann 1925 über weitere Artikel des Legauer Anzeigers, konnte aber nie den Beweis dafür erbringen, daß sie von Gött stammten. Vgl. Wiedemann an Ordinariat, 12., 30.8. und 5.9. 1925, in: Ebenda. Vermutlich waren auch viele der Artikel des Jahres 1926 von Gött inspiriert, da sie weitgehend seinen Gedankengängen entsprechen.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sich im *Legauer Anzeiger* wieder selbst zu Wort. Er schrieb nun im Feuilleton regelmäßig „Sonntagsgedanken"[74]. Meist war der Inhalt religiöser Natur, doch ab und zu gab es auch politische Stellungnahmen. Gött lobte die Politik Brünings, und in seinen Urteilen über den Nationalsozialismus klang nun eine gewisse Distanzierung gegenüber Hitler heraus, dessen Bewegung zu sehr von Akademikern bestimmt werde, zu stark die Interessen des Bürgertums vertrete und sich dadurch von der Arbeitschaft entfernt habe[75]. Im September 1932 erhielt Gött in Schrattenbach (Bezirk Kempten) endlich die ersehnte eigene Pfarrei[76]. Auch von dort aus arbeitete er weiter am *Legauer Anzeiger* mit. Es klingt wie Ironie, daß ausgerechnet wegen eines Artikels von Gött, der die „Machtergreifung" ausdrücklich begrüßt hatte[77], der *Legauer Anzeiger* am 27. März 1933 kurzzeitig verboten wurde[78]. Grund dafür war eine Glosse, in der der Pfarrer die Vergötzung des Staates beklagt und den Überschwang nationaler Gefühle verspottet hatte[79]. Daß er dem neuen Regime damit keine grundsätzliche Absage erteilen wollte, zeigen seine späteren Artikel unübersehbar; bereits im Sommer 1933 verstieg er sich zu dem Satz, Hitler sei eine Gnadengabe der göttlichen Vorsehung an das deutsche Volk[80].

Erst im Laufe des Jahres 1934 ist in Götts Äußerungen eine Abwendung vom Nationalsozialismus zu spüren[81], wozu besonders die Bedrängung der Kirche durch die neuen Machthaber beigetragen haben dürfte[82]. Götts letzter Artikel Anfang 1936 relativierte auch seinen Antisemitismus: „Nicht bloß die Juden bedürfen der Erlösung, die ganze Menschheit. Allen Menschen ist der Erlöser gesandt worden."[83] Innerlich hatte sich Gött dem nationalsozialistischen Staat inzwischen völlig entfremdet. Er bezeichnete ihn als „Maschinenstaat" – Menschenwerk, das zuletzt altes Eisen sein werde – und sah eine Zeit des Mordens heraufziehen. Gött zweifelte schließlich auch erheblich an einem erfolgreichen Ausgang des Krieges, in dem er ein Zerstörungswerk des Teufels erkannte[84].

---

[74] Den ersten Beitrag unter diesem Titel im Legauer Anzeiger vom 13. 4. 1929 (ab 10. 9. 1932 lautete er „Sonntags-Brief"). Zahlreiche autobiographische Verweise belegen, daß Gött der Verfasser war; LA vom 9. 8. 1930, 19. 3., 5. 11. 1932 und 18. 11. 1933; vgl. auch den Brief der Verlegerswitwe Mayr vom 28. 3. 1933 anläßlich des Verbots des Legauer Anzeigers, in: Norbert Frei, Nationalsozialistische Eroberung der Provinzpresse. Gleichschaltung, Selbstanpassung und Resistenz in Bayern, Stuttgart 1980, S. 325 f.

[75] LA vom 5. 3. 1932, 10. 1. 1931 und 12. 11. 1932.

[76] Schreiben der Regierung von Schwaben an das Bezirksamt Kempten, 22. 8. 1932, in: StA Au, Regierung 20020.

[77] LA vom 11. 3. 1933.

[78] Vgl. dazu Frei, Provinzpresse, S. 325; vgl. LA vom 28. 3. 1933.

[79] LA vom 18. 3. 1933.

[80] LA vom 15. 7., 6. 5. und 8. 7. 1933. Ganz besonders bejubelte er den Abschluß des Reichskonkordats; LA vom 15. 7. 1933.

[81] Vgl. LA vom 12. 5. 1934, wo allgemein von der Verfolgung derer die Rede ist, die sich zu Christus bekennen. In LA vom 14. 7. 1934 wendet sich Gött gegen „unkontrollierbares Schwärzen und Anschwärzen". Im LA vom 28. 7. 1934 führte er den Sturz Napoleons als warnendes Beispiel vor Augen; vgl. ferner LA vom 9. 11. 1935: „Nicht bloß der irdischen Obrigkeit ist der einzelne Mensch verpflichtet, auch Gott gegenüber hat der Mensch Verpflichtungen."

[82] LA vom 7. 11. 1935; zur Lage der Kirche vgl. Heinz Hürten, Deutsche Katholiken 1918 bis 1945, Paderborn 1992.

[83] LA vom 4. 1. 1936.

[84] Gött an Doll, 30. 10. 1936, in: Privatbesitz; vgl. auch seinen Brief vom 24. 11. 1942: „Und das haben

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Im Herbst 1938 wurde Gött in die Pfarrei Simmerberg (Bezirk Lindau) versetzt[85], wo er mehrmals wegen Lappalien mit dem Regime in Konflikt geriet. Im Dezember 1939 wurde gegen ihn Strafanzeige wegen Kanzelmißbrauchs erhoben, weil er bekanntgegeben hatte, daß die Glocken nicht mehr geläutet werden durften, ohne den Grund der Anordnung zu nennen[86]. Im Mai 1940 folgte eine erneute Verwarnung wegen Kanzelmißbrauchs, und am 29. Mai 1941 nahm die Gestapo Gött wegen Offenbarung „staatsabträglicher" Gesinnung in Schutzhaft; er blieb bis zum 20. Juni im Gefängnis in Lindau[87]. Im Oktober 1941 wurde dem Geistlichen die Zulassung zum Religionsunterricht an Volksschulen entzogen, und der Landrat von Lindau ließ ihn erneut in Polizeihaft nehmen, weil er in einer Predigt erklärt hatte: „Christus sagt: Freuet Euch und frohlocket – aber wie sollen wir uns freuen und frohlocken bei Kartoffeln und Kraut."[88] Nach zwei Wochen kam Gött gegen Kaution wieder frei, doch erst im März 1944 beschloß das Kultusministerium, ihn auf Antrag des Ordinariats wieder probeweise zum Religionsunterricht zuzulassen[89]. Vier Wochen später, am 21. April 1944, starb Magnus Gött an den Folgen einer Magen-Darm-Operation im Krankenhaus in Lindau[90].

II.

Der genaue Grund, aus dem sich Gött an Hitler wandte, ist unbekannt, da die Briefe des Geistlichen verschollen sind. Aus Hitlers erster Replik vom 4. Februar 1927 läßt sich nur erschließen, daß Gött Anstoß am Verhalten von Nationalsozialisten genommen hatte[91]. Gött selbst schrieb später, er habe in den Briefen an Hitler auf „manche Schattenseiten der Partei"

---

wir heute. Keine Hemmungen mehr von seiten altmodischer Dinge wie Gott und Gewissen. Nichts ist wahr, alles ist erlaubt." Gött an Doll, 7.5. und 22.12. 1941, in: Privatbesitz.

85 StA Au, Regierung 20020.

86 Vgl. Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, Bd. III, Regierungsbezirk Schwaben, bearb. von Helmut Witetschek, Mainz 1971, S. 191.

87 Vgl. Ebenda, S. 196. Vgl. Dekanat Weiler an Ordinariat, 30.5. 1941 und 26.6. 1941, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732. Dabei handelte es sich offenbar um Nichtigkeiten: Gött hatte von den Kindern gefordert, ihn mit „Grüß Gott", also nicht mit dem Hitlergruß, zu begrüßen, hatte in der Christenlehre geäußert, auch der Staat dürfe keine unschuldigen Menschen umbringen und bei einer Einquartierung die Mädchen ermahnt, sich nicht jedem „Letschen" in die Arme zu werfen; Gött an Ordinariat, 23.6. 1941, in: Ebenda; Regierungspräsident an Kultusministerium 10.7. 1941, in: Bay HStA II, MK 37562; Regierungspräsidentenberichte, S. 213.

88 Regierungspräsident an Kultusministerium, 3.9. 1941, in: Bay HStA II, MK 37562; vgl. Regierungspräsidentenberichte, S. 226 und 228; Ordinariat an Gött, 18.9. 1941, Dekanat, Weiler an Ordinariat, 30.10. 1941, Amalie Gött an Geistlichen Rat Natterer (Klerusverband), 5.11. 1941, Natterer an Kanzlei Dr. Warmuth, 6.11. 1941, Kanzlei Dr. Warmuth an A. Gött, 11.11. 1941, Gauleitung Schwaben der NSDAP an Ordinariat 15.11. 1941, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

89 Regierungspräsidentenberichte, S. 230; Dekanat Weiler an Ordinariat, 29.11. 1941, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732; MK an Gestapo, 23.3. 1944, in: Bay HStA II, MK 37562.

90 Dekanat Weiler an Ordinariat, 21.4. 1944, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

91 Anlässe dafür gab es genug, z. B. die Auftritte eines Julius Streicher oder den Fall Edmund Heines; vgl. dazu Münchener Post vom 15.7. 1927 und 12.11. 1926 sowie Konrad Heiden, Adolf Hitler. Das Zeitalter der Verantwortungslosigkeit, Zürich 1936, S. 224.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hingewiesen[92]. In seinem zweiten Brief hatte Gött, wie Hitlers Antwort vom 2. März 1927 zeigt, die vagen Aussagen des NSDAP-Programms zur Religion kritisiert und eine „christliche Struktur" der nationalsozialistischen Politik vermißt. Außerdem hatte er die Befürchtung geäußert, die Nationalsozialisten könnten „beim Marxismus" enden. Im Gegensatz zum konservativen Lager, wo man den Nationalsozialismus vielfach deshalb ablehnte, weil man der Ansicht war, daß er wie der Sozialismus eine Vergesellschaftlichung des Eigentums beabsichtige[93], sorgte sich Gött, der der Grundidee des Sozialismus zeitlebens Sympathie bewahrte, vor einem möglichen Durchbruch atheistischer Tendenzen. Überdies beunruhigte Gött offenbar damals schon der Gedanke, Hitler entferne sich zu sehr von der Arbeiterschaft und lasse sich zu stark mit dem Besitz- und Bildungsbürgertum ein – eine Betrachtungsweise, wie sie eigentlich der Linken zu eigen war.

Was kann Hitler, der bekanntlich sehr selten Briefe schrieb, veranlaßt haben, zweimal mit Pfarrer Gött zu korrespondieren? Gött war ein unbedeutender Provinzgeistlicher, der zu dieser Zeit nicht einmal mehr im *Legauer Anzeiger* schrieb. Hitler konnte also nicht erwarten, einen innerhalb der katholischen Kirche oder auf publizistischem Gebiet einflußreichen Mann anzusprechen. Auch Kontakte, die ihm und seiner Partei politischen oder finanziellen Nutzen versprachen, konnte Gött nicht bieten. Hitlers zweites Schreiben läßt erkennen, daß er wußte, daß Gött seiner Partei früher mit Wort und Tat zugearbeitet und deshalb Schwierigkeiten mit dem bischöflichen Ordinariat bekommen hatte. So hegte er wohl eine gewisse Sympathie für den Pfarrer, ohne ihn allerdings besonders zu umwerben. Überdies bot ihm der Briefwechsel eine Gelegenheit, sich von der religionsfeindlichen Haltung der Völkischen um Ludendorff abzugrenzen. Hitler hatte nach seinem Wiedereintritt in die Politik die Behandlung religiöser Fragen aus taktischen Erwägungen für tabu erklärt; am 23. Februar 1927, knapp drei Wochen nach seinem ersten Brief an Gött, machte er seinen Standpunkt in einem Rundschreiben nochmals in aller Schärfe deutlich[94]. In dieser Frage war er auch nicht bereit, Verstöße seiner Anhänger zu dulden[95], obwohl er ansonsten politische Fehltritte und sogar kriminelle Schwächen ohne weiteres nachsah. Offensichtlich war das Verhältnis zur Kirche für Hitler ein Reizthema: Anlaß für zwanghaftes Monologisieren ohne echte Gesprächsbereitschaft und die Fähigkeit, auf die Kritik seines Briefpartners einzugehen.

Zur Zeit des Briefwechsels lag vor der ziemlich unbedeutenden Hitler-Partei noch eine lange Durststrecke; finanziell war sie sogar an einem Tiefpunkt angelangt. Zwar war es Hitler inzwischen gelungen, die völkischen Konkurrenzgruppen beiseite zu drängen, und auch der Ausbau des Parteiapparats hatte Fortschritte gemacht. Doch ein Wahlerfolg war überhaupt noch nicht abzusehen, wenn auch die Aufhebung des Redeverbots in Bayern Anfang März 1927 Hitlers Agitationsmöglichkeiten erweiterte. Gerade in dieser Situation mußte Hitler darauf bedacht sein, auch für Katholiken wählbar zu erscheinen. Seine Grundidee,

---

92 Gött an Ordinariat, 23. 6. 1941, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732.

93 Die APZ sah in den Nationalsozialisten „insofern rücksichtslose Kommunisten, als sie die unentgeltliche Enteignung von Grund und Boden fordern". APZ vom 3. 12. 1922; vgl. auch BK vom 28. 5. 1923.

94 Wolfgang Horn, Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919–1933), Düsseldorf 1973, S. 266.

95 1928 wurde deshalb Artur Dinter, der seine kirchenfeindliche Propaganda nicht einstellen wollte, aus der Partei ausgeschlossen; vgl. Horn, ebenda, S. 267 ff.; Scholder, Kirchen, 1, S. 118–123; Albrecht Tyrell (Hrsg.), Führer befiehl ... Selbstzeugnisse aus der ‚Kampfzeit' der NSDAP. Dokumentation und Analyse, Düsseldorf 1969, S. 149 f.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

wie er sie gegenüber Gött entwickelte, war sehr einfach: Die Kirche solle sich prinzipiell aus der Politik heraushalten, da sie politisch stets nur Schaden angerichtet habe. Auf Grund dieser Logik galt es auch, den politischen Katholizismus als Stütze der Demokratie und Hindernis für eine große nationale Bewegung zu bekämpfen.

Hitler zeigte freilich keinerlei Bereitschaft zu einem Angebot, das den Nationalsozialismus für die katholischen Wähler besonders attraktiv gemacht hätte. Taktische Konzessionen, wie er sie später mit dem Abschluß des Reichskonkordats bedenkenlos machte, deutete er in keiner Weise an. Statt dessen begnügte er sich mit der unverbindlichen Floskel, die Nationalsozialisten lehnten den „schrankenlosen Liberalismus" ab[96]. Anscheinend vertraute Hitler darauf, daß seine nationalistischen Appelle und seine religiöse Phraseologie auch bei den Katholiken ihre Wirkung tun würden.

Für Hitlers Geschichtsverständnis interessant ist seine Auseinandersetzung mit der historischen Rolle von Christentum und Kirche. In „Mein Kampf" hatte er Christentum und Nationalsozialismus gleichermaßen in den Rang von Weltanschauungen gehoben, die beide des Zwangs und der Gewalt bedürften[97]. In seinem zweiten Brief an Gött beschrieb er den Prozeß der Ablösung der Antike durch das christliche Zeitalter anhand von Beispielen, in denen das Christentum grausamer als die Antike erscheint[98]. Im Christentum sah Hitler eine ursprünglich geistige Bewegung, die die Zerstörung des bestehenden Staats zwar nicht beabsichtigt, diesen aber in der Form des politischen Katholizismus untergraben habe: So in der französischen Revolution, als dieser geholfen habe, die absolute Monarchie zu zerstören, und 1918 in Deutschland, als er zur Revolution beigetragen habe. Das Ergebnis sei zwar eine „schlechte", eine „spezifisch jüdische" Zeit, der aber gleichwohl der Vorzug gebühre vor der christlich beherrschten Vergangenheit. Hitler präsentierte sich gleichsam als Verfechter der Menschenrechte, der vor der Grausamkeit der Geschichte erschaudert. Zugleich und vermutlich ohne daß es ihm bewußt war, schimmert bei ihm aber trotz seiner Verteufelung des Liberalismus der moderne Fortschrittsglaube durch, konstatiert er gegenüber der Epoche des Christentums doch einen Fortschritt an Freiheit und Menschlichkeit. Seine nur angedeutete Zukunftvision eines Zeitalters des Nationalsozialismus weist dem Christentum eine rein geistig-religiöse Stellung zu.

---

[96] Sein Hinweis auf das Versagen der christlichen Schulen in der Geschichte läßt vermuten, daß er wie die Abgeordneten der nationalsozialisten Gruppe im bayerischen Landtag gegen die Konfessionsschule und das bayerische Konkordat war; vgl. Verhandlungen des Bayerischen Landtags, II. Tagung 1924/25, Stenographische Berichte, Bd. III, 26.6. 1925, S. 297; III. Tagung 1925/1926, Bd. IV, 23.3. 1926, S. 1090, IV. Tagung 1926/27, Bd. VI, 10.11. 1926, S. 29. Gött hatte 1918 der geistlichen Schulaufsicht nachgetrauert und offenbar in seinem zweiten Brief an Hitler bedauert, daß die Kirche zu wenig Einfluß auf das Erziehungswesen habe. Andererseits hatte er aber auch gegenüber dem Konkordat Vorbehalte, da er der Meinung war, die Kirche solle auf finanzielle Zuwendungen des Staats verzichten; vgl. LA vom 22.12. 1918 und 19.1. 1924.

[97] Mein Kampf, II, S. 93 f.

[98] Diese Anschauung sollte er später noch mehrmals in seinen Tischgesprächen äußern: „Dem Christentum war es vorbehalten, Ungezählte im Namen der Liebe grausam zu töten; sein Kennzeichen: Unduldsamkeit." Hitler, Monologe, S. 41 (11./12.7. 1941); vgl. auch 3./4. und 27.2. 1942, S. 262 und 303.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Hitlers Briefe an Gött liegen in zwei verschiedenen Abschriften vor. Eine davon – sie befindet sich im Staatsarchiv Augsburg (Bestand NSDAP, Gau Schwaben, Kreisleitung Memmingen-Land 1/219)[99] – entstand, als Hitler im Frühjahr 1936 plante, seine 1932 gehaltenen Reden als Buch herauszugeben. Die parteiamtliche Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums wandte sich deswegen auch an die Gauleitung Schwaben, und diese erfuhr von der Kreisleitung Memmingen-Land, Hitler habe zwar in ihrem Gebiet nie gesprochen; aber man habe einen Briefwechsel Hitlers mit Gött gefunden, von dem eine Abschrift, nicht jedoch das Original vorliege. Die zweite Abschrift ist noch heute im Besitz von Frau Agnes Burger, der Tochter des mit Gött befreundeten Legauer Volksschullehrers Hanns Doll[100]. Hitlers Originalbriefe hatte die Gestapo im Rahmen einer dreistündigen Haussuchung bei Gött am 29. Mai 1941 in Simmerberg beschlagnahmt[101]; alle Nachforschungen nach diesen Originalen und den Briefen des Pfarrers blieben ergebnislos.

Beide Abschriften der Hitler-Briefe wurden mit Schreibmaschine angefertigt; bei der Abschrift Doll sind beim zweiten Brief auf einer Seite Wortanfänge am linken Rand handschriftlich ergänzt bzw. fehlende kurze Wörter eingefügt. Die vorliegende Edition ist das Ergebnis einer Kollation der beiden Abschriften. Abweichungen sind vermerkt, soweit es sich nicht um bloße Tipp- oder Rechtschreibfehler oder um Varianten in der – im übrigen nicht korrigierten – Zeichensetzung handelt.

Der Text weist viele typische Stilmerkmale Hitlers auf: das „aufgeregt-prophetische" Pathos[102], die Neigung zu falschen Wortstellungen und Satzkonstruktionen, das dramatische Ausgreifen in große Dimensionen durch entsprechende Adjektive („gigantisch, ungeheuer"), durch Hantieren mit hohen Zahlen („Tausende und Abertausende") und durch den weitausholenden, unbekümmerten Rückgriff auf geschichtliche Vergleiche. Hinzu kommen die Märtyrerpose des verfolgten Kämpfers, die Bildklischees im Stil der Groschenpresse („Brandfackel des Bolschewismus", „der zum Himmel stinkende Sündenpfuhl Versailles") und die religiösen Wendungen („das Kreuz des Herrn", „ein gnädiger Himmel"). Charakteristisch sind auch Hitlers unbedingtes Beharren auf dem eigenen Standpunkt („immer und unter allen Umständen") und sein Wiederholungszwang.

Dokument 1 München, 4.2. 1927

Sehr geehrter Herr Benefiziat!
Ihren Brief, aus dem ich trotz Ihrer Anklage entnehme, daß er aus einem aufrichtig besorgten Herzen kommt, will ich dadurch beantworten, daß ich Sie bitte, die paar

[99] Im folgenden als „Abschrift Kreisleitung" bezeichnet.

[100] Im folgenden als „Abschrift Doll" bezeichnet. Mein ganz besonderer Dank gilt Monika Mayr vom Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, die mir dieses Dokument und private Briefe Götts beschaffte und meine Nachforschungen auch sonst mit außergewöhnlicher Hilfsbereitschaft und Findigkeit unterstützte.

[101] Gött an Ordinariat, 23.6. 1941, in: Archiv des Bistums Augsburg, Pers. 732. In der Erinnerung datierte Gött die Briefe Hitlers irrtümlich auf das Jahr 1926; vgl. auch Ulrich von Hehl, Priester unter Hitlers Terror, Mainz ²1984, S. 79; vgl. ferner Vermerk Dolls auf Abschrift Doll.

[102] Vgl. Fritz Dickmann, Die Regierungsbildung Hitlers in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930, in: VfZ 14 (1966), S. 455.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

kurzen Episteln[103] in den getrennt zugehenden Büchern zu lesen, die meine persönliche und auch die Stellungnahme der Partei zu dem von Ihnen angeführten Problem behandeln[104]. Weiter aber will ich Sie bitten, folgendes zu bedenken: Die katholische Kirche, sowohl als auch die protestantische, mühen sich unterstützt durch Tausende und Abertausende von Priestern, Jahrzehnt um Jahrzehnt ab, eine Besserung des Menschen im höchsten Sinne des Wortes herbeizuführen. Ein ungeheuerer technischer Apparat, wenn ich mich so ausdrücken darf, gestützt durch die erhabenste Tradition und beseelt von heiligstem[105] Glauben, steht dieser Missionstätigkeit zur Verfügung. In Zehntausenden von Gotteshäusern wird gepredigt und versucht die Menschen zu bekehren und für ein höheres Leben wert und würdig zu machen. Und dennoch, auch Sie Herr Benefiziat, können das[106] nicht bestreiten, gelingt es selbst dieser ungeheuersten[107] Anstrengung, die wir auf dieser Erde kennen, nur bedingt eine Besserung der Menschheit in jenem Sinne vorzunehmen, wie er dem erhabenen Gründer unserer Religion einst vor Augen geschwebt hat. Millionen sind nicht gottlos geblieben, sondern gottlos geworden und in den Großstädten herrscht weniger die Tugend als Untugend und Laster. Könnte man nicht hier nun[108] mit demselben, ja vielleicht mit einem größeren Recht einen Vorwurf gegen die Kirchen erheben, wie Sie ihn, hochwürdiger Herr, gegen mich und die nationalsozialistische Bewegung aussprechen, weil es ihr auch nicht gelungen ist oder gelingt, ohne weiteres das Ideale zu erreichen, was wünschenswert wäre[109]. Werden Sie Herr Benefiziat, es billigen, wenn ein gläubiger Christ aus seiner Kirche austritt, weil irgendwo einmal eine Verfehlung eines Priesters schriftlich oder mündlich stattgefunden hat? Oder werden Sie dies nicht auch auf das allgemeine Schuldbuch der menschlichen Unzulänglichkeit[110] schreiben[111]? Werden Sie nicht die Kirche in Schutz nehmen vor Belastungen, die höchstens Mißgriffe oder Irrtümer Einzelner sein können? Ich bitte Sie herzlich, Herr Benefiziat, zu erwägen, wie klein erstens der Apparat ist, über den unsere junge Bewegung verfügt, wie schwach zweitens die Tradition, infolge der Jugend unserer Einrichtung, gegeben erscheint und wie gigantisch demgegenüber der Kampf ist, den sie durchfechten muß. Seien Sie überzeugt, daß ich persönlich und mit mir alle in unserer Idee vollständig Aufgegangenen jede Entgleisung auf das Schmerzlichste bedauern. Allein ich bitte Sie, bei einer Verurteilung unserer Bewegung aus solchen Entgleisungen heraus zu bedenken, daß Petrus einst ehe der Hahn noch zweimal gekräht hatte, den Herrn dreimal verriet und später dennoch zum Fels wurde jener Kirche, der Sie Herr Benefiziat und ich die Ehre haben anzugehören. Ich bitte Sie weiter zu bedenken, daß es die Aufgabe meiner Bewegung nicht ist treue und ergebene Christen zu sammeln, sondern alle jene Elemente der Nation und ihrer geistigen und moralischen Kultur wiederzugewinnen, die sie

---

103 Gemeint sind Passagen.

104 Mein Kampf, I, S. 112–121, II, S. 209–214. (Dies ist in der Abschrift Kreisleitung als Fußnote vermerkt, in der Abschrift Doll im Text. Vgl. den Vermerk auf der Abschrift Doll: „Die beiden getrennt zugehenden Bücher sind in meinem Besitz u. mein Eigentum. Sie bedeuten eine freiwillige Schenkung v. Pfarrer Gött an mich.")

105 Abschrift Doll: „vom heiligsten".

106 Abschrift Kreisleitung: „dies".

107 Abschrift Doll: „ungeheuren".

108 Wort fehlt bei Doll.

109 Abschrift Kreisleitung: „die Ideale zu erreichen, die wünschenswert wären, wenn Sie…".

110 Abschrift Doll: „Unmöglichkeit".

111 Vgl. Mein Kampf, I, S. 120.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schon verloren hatte[112]. Bedenken Sie, daß aber das Zusammenschweißen einer Vielheit von Menschen aus so heterogenen Lagern des Lebens einen Prozeß darstellt, der Jahrzehnte erfordert, der aber unternommen werden muß, auch wenn sich in ihm[113] einzelne Reibungsflächen und Schwierigkeiten ergeben. Glauben Sie mir, Herr Benefiziat, es ist leichter in einem einheitlichen frommen Lande zu predigen als unter Wölfe zu gehen, wenn man die Absicht hat, sie wieder zu Menschen umzuwandeln.

Es mag für Viele ein schweres inneres Ringen sein, dem bisherigen Lebenskampf und den dabei zugrunde liegenden Anschauungen zu entsagen und es mag manchesmal vorkommen, daß frühere Anschauungen wieder lebendig werden und Worte oder Taten bestimmen. Man kann dies dann bedauern, aber verurteilen darf man es nur, soweit der einzelne Teil in Frage kommt und nicht im Hinblick auf das ganze Werk und dessen Ringen. Denn wenn Sie von dieser Warte aus solche Vorgänge beurteilen, dann werden Sie trotz allem zugestehen müssen, daß der Kampf, den die nat.soz. Bewegung führt, heute ein wahrer Kreuzzug ist für das Christentum des Herrn, in höchstem und edelsten Sinne genommen[114]. Und wenn sich unter einer solchen Kämpferschar auch manchesmal ein Petrus befindet, dann bitte lassen Sie jene Gnade vor Recht ergehen, die die Voraussetzung bleibt zum Verstehen der Menschen und die der Größte unter ihnen selbst einst geboten hat.

Indem ich Sie herzlichst bitte, diese Zeilen gütigst lesen zu wollen und Ihnen dafür danke,

bin ich Ihr sehr ergebener

gez. Adolf Hitler

Dokument 2 München, den 2. März 1927

Herrn

Gött Magnus,

Benefiziat

Lehenbühl[115]

Hochverehrter Herr Benefiziat!

Nehmen Sie meinen herzlichen Dank entgegen für Ihr neuerliches freundliches Schreiben. Leider kann ich es in einer Reihe von Punkten nicht unwidersprochen lassen. Herr Benefiziat beklagen sich, daß unser Programm in religiöser Hinsicht zu „mager" sei. Ich bin in dieser Richtung einer anderen Ansicht. Ich lebe in der Befürchtung, daß sich unsere politischen Parteien zu sehr in Dinge der Religion einmischen, daß diese dadurch immer politisiert wird und damit[116] zwangsläufig auf ein Gebiet gerät, in dem sie eines Tages Schaden

[112] Abschrift Kreisleitung: „die Sie schon verloren hatten".

[113] In der Abschrift Doll fehlt das Wort „ihm", bei der Abschrift Kreisleitung das Wort „in".

[114] Vgl. den Bericht über die Rede Hitlers auf der NSDAP-Versammlung in München am 18.12.1926: „Die Lehre Christi sei für Jahrtausende grundlegend gewesen für den Kampf gegen den Juden als Feind der Menschheit. Das Werk, welches Christus angefangen habe, aber nicht beenden konnte, werde er (Hitler) zu Ende führen. Der Nationalsozialismus sei nichts anderes als eine praktische Befolgung der Lehre Christi." Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1925 bis Januar 1933, Bd. II: Vom Weimarer Parteitag bis zur Reichstagswahl Juli 1926–Mai 1928, Teil 1: Juli 1926–Juli 1927, hrsg. u. kommentiert von Bärbel Dusik, München/London/New York u.a. 1992, S. 106.

[115] In der Abschrift Kreisleitung fälschlich: „Lehmbühl"; Abschrift Doll ohne Adresse.

[116] Wort fehlt in Abschrift Doll.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nehmen muß. Denn wenn Sie sich über die Wehrlosigkeit gegen das Schlechte im heutigen[117] liberalen Staat beklagen, dann bitte ich Sie doch nicht zu vergessen, daß an dieser Schlechtigkeit heute zu einem wesentlichen Teil diejenigen Parteien partizipieren, die auf ihre politische Fahne ein religiöses Motiv geschrieben haben. So wie mit Hilfe des katholischen Zentrums seit 8 Jahren ein erbitterter Krieg gegen den[118] nationalen Gedanken geführt wird, so hätte er genauso erbittert auch gegen die lasterhaften Auswüchse unseres derzeitigen Lebens geführt werden können, wenn man dies ernstlich gewollt hätte. Das alles hat mit dem liberalen Staat nichts zu tun, sondern nur mit der einen Tatsache, daß das politische Leben zur Zeit von den schlechtesten Elementen bestritten wird, die allerdings zu einem Teil sich mit religiösen Phrasen verbrämen, ja, ihre Programme behauptungsweise sogar in den Dienst bestimmter Konfessionen stellen. Das Ergebnis, mein sehr verehrter Herr Benefiziat, dieser Politisierung der Religion ist ein verderbliches. Die Lehre Christi hat dadurch keinen neuen inneren Anhänger erworben, wohl aber Millionen verloren, die es nicht gerne sehen, daß religiöse Ideale als politische Steigbügel für zum Teil erbärmliche Geister herhalten müssen.

Im übrigen darf ich Sie, verehrter Herr Benefiziat, auch darauf aufmerksam machen, daß genau so, wie sich im Deutschland des Jahres 1918 der politisch in Erscheinung tretende Katholizismus maßgeblich an der Revolution beteiligte und damit mithalf die letzten Stützen des seinerzeitigen antiliberalen Autoritätsstaates einzureißen, genauso[119] auch während der französischen Revolution der damals politisch wirkende Katholizismus an der Beseitigung des Royalismus mitgeholfen hat. Freilich, als dann das Jakobinertum seine letzten Orgien feierte, zuckte man genauso zusammen, wie das Zentrum im Frühjahr 1919 als die mit Zentrumshilfe mitermöglichte deutsche Revolution plötzlich die Brandfackel[120] des Bolschewismus emporzuhalten begann. Ich, mein sehr verehrter Herr Benefiziat, halte es immer und unter allen Umständen für ein Unglück, wenn die Religion, ganz gleich in welcher Form, mit politischen Parteien verquickt wird. Genauso wie ich es auch für ein Unglück halte, wenn sie sich auf Gebiete begibt, die der exakten Wissenschaft zukommen und auf denen sie dann eines Tages mit dieser in Kollision gerät[121]. Ich bin auch tief innerlichst[122] überzeugt, daß dies weder Wunsch noch Wille von Christus selbst war, noch daß dadurch Segensreiches für unsere Religion erstanden wäre. Je mehr die reale Politik, die das irdische Leben auf dieser Erde zu gewährleisten hat, vom religiösen Glauben, der den sittlich-moralischen Gehalt[123] und die Würdigkeit für ein Leben nach dem Tode vorbereiten soll, auseinandergehalten wird, umso weniger wird die religiöse Idee Schaden leiden, durch die liberale Freiheit in Politik, Wissenschaft und Kunst. Denn je mehr diese Erscheinungen dann fliehen, umso mehr wird als ruhender Pol der Glaube selbst in Wirksamkeit treten. Dann erst hätte der Glaube jene milden Wirkungen ausüben können, die uns berechtigen würden, auf die Antike als ein barbarisches Zeitalter zurückzu-

---

117 Wort fehlt in Abschrift Doll.

118 Wort fehlt in Abschrift Doll.

119 In Abschrift Doll ist vor „genauso" noch das Wort „den" eingefügt.

120 Abschrift Doll: „Brandfackeln".

121 Vgl. Mein Kampf, II, S. 99: „Obwohl ihr Lehrgebäude in manchen Punkten, und zum Teil ganz überflüssigerweise, mit der exakten Wissenschaft und der Forschung in Kollision gerät"; Friedrich Heer, Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München/Eßlingen 1968, S. 233, vermutet, Hitler habe dabei an den Fall Galilei gedacht.

122 Abschrift Kreisleitung: „innerlich".

123 Abschrift Kreisleitung: „den sittlich- und moralischen".

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

blicken und die christlichen Epochen demgegenüber als leuchtende Perioden menschlicher Humanität zu preisen. So sprechen Sie, Herr Benefiziat, heute von Gladiatorenkämpfen und Tierhetzen und müssen aber doch zugeben, daß die Jahrhunderte, die nach Roms Zusammenbruch kamen, in den Sitten noch viel barbarischer waren, daß den 68 Fackeln eines Nero 100000 von Scheiterhaufen folgten, den Märtyrern des Christentums Millionen von Gefolterten, den[124] Gladiatorenkämpfen oft nicht minder grausamen Turniere, den Tierhetzen die Menschenjagden auf Azteken und Inkas, der antiken Sklaverei die Sklavenjagden des Mittelalters, die Verpflanzung von Millionen Negern auf den amerikanischen Kontinent und das alles in Zeiten, in denen es keinen liberalen Staat gab, sondern die Kirche selbst als höchster politischer Machtfaktor in Erscheinung trat. Sie werden nicht verlangen von mir, Herr Benefiziat, daß ich Ihnen an Stelle des einen Sokrates, der hingerichtet wurde, weil er die Götter verleugnete und staatsfeindliche Ideen vertrat, nun versuchen würde mit der Reihe derjenigen zu beginnen, die martervollsten Todesqualen ausgeliefert wurden, nur weil Zweifel über die Gestalt des Abendmahls, die Wunderwirkungen eines heiligen Rockes usw. usw. sie zu unvorsichtigen Äußerungen veranlaßten. Es ist eine furchtbare Reihe, angefangen von unvernünftigen Kindern bis zu gottbegnadeten Leuchten des menschlichen Lebens, die wir in den Tod hineinführen sehen.

Sicherlich ist die heutige Zeit eine schlechte. Sie ist aber keine antike, sondern eine spezifisch jüdische. Ihre Ausartungen sind üble, allein selbst die schlimmste Sklaverei kann man heute bei Gott nicht vergleichen mit dem Sklavenjoch, das nicht etwa nur die Antike, Herr Benefiziat, – sondern das allerchristlichste Mittelalter bis spät in die neueste Zeit über Millionen von Menschen, ja ganze Lebensstände verhängt hatte. Der gequälteste Arbeiter von jetzt ist noch ein freier Fürst, gemessen an dem Los eines christlichen Bauern im 15. 16. 17. und 18. Jahrhundert. Und kein Fabriktyrann könnte heute in diesem, wie Sie glauben, sich der Antike nährenden Zeitalter seine Untergebenen so behandeln, wie unsere christlichen Landesfürsten einst ihre Untertanen „liebten". Die Geschichte eines Hessen und Württemberg und Sachsen und all der zahllosen anderen Ländchen bietet dafür entsprechende Belege. Selbst die schlimmsten Tyrannen von jetzt könnten über Menschen nicht willkürlicher schamloser verfügen, wie die Repräsentanten dieser damaligen, wahrhaftiger Gott, nicht liberalen Staaten[125]. Es ist auch in meinen Augen falsch, zu meinen, daß das heutige Genußleben nur in Erscheinung tritt, weil die mangelnde Religiösität des politischen Lebens diese „Dämonen" nicht mehr zu bändigen vermag. Mein sehr verehrter Herr Benefiziat, mit diesen Dämonen ist zeitweilig der heilige Vater in seinem eigenen Hause nicht recht fertig geworden und wurde von ihnen, wie die Geschichte der Päpste zweifellos nachweist, nicht wenig geplagt. Auch ist das ganze 18. Jahrhundert, angefangen von seinen allerchristlichsten Höfen bis herunter in all jene Stände, die das Glück oder Unglück hatten, mit diesen Zentren christlicher Politik näher in Berührung zu kommen, durchaus kein Zeitalter mäßiger Keuschheit gewesen, als vielmehr ein solches höcht bedenklicher Auswüchse und menschlicher Verirrungen, die selbst durch Tugendrosen nicht gut beschönigt zu[126] werden vermögen. Selbst wenn also unser nationalsozialistisches Programm mit diesen Dämonen nicht fertig werden würde, so darf ich Sie doch bitten, uns nichtsdestoweniger dieselbe Nachsicht zukommen zu lassen, die einst auch nicht ganz mit diesen Teufeln menschlicher Genuß-

[124] Abschrift Kreisleitung: „Millionen von gefolterten Gladiatorenkämpfen".
[125] Abschrift Doll: „dieser ... Staaten".
[126] *Dieses Wort fehlt in Abschrift Doll.*

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sucht und menschlicher Lasterhaftigkeit fertig geworden war und zwar in einer Zeit, als es noch keinen liberalen Staat gab und das antike Denken sich noch zumeist auf dem[127] Scheiterhaufen verflüchtigte. Sie befürchten endlich, Herr Benefiziat, daß unser Kreuzzug ein Zug ohne Kreuz werden wird und eines Tages zum gleichen verbrecherischen Ende führen wird, wie der Marxismus. Als das Christentum einst seinen[128] Kreuzzug begann, da war das Ziel dieses Kampfes doch hoffentlich nicht die Vernichtung Roms als politische Institution, denn sonst würden ja die Christenverfolgungen sofort eine ganz eigentümliche Aufklärung finden. Christus selbst hat jedenfalls das nicht beabsichtigt und auch nicht gewollt. Seinen Worten nach wurde der Kampf ums Kreuz nicht geführt für ein Reich auf dieser Erde, sondern für ein solches außer, ja über ihr. Das Christentum hat einen religiösen Kreuzzug gegen das Heidentum in all seinen Auswüchsen und Erscheinungen geführt. Der Nationalsozialismus führt einen politischen Kreuzzug gegen die derzeitige Staatsauffassung, gegen die Vergiftung unserer Rasse, die Zersetzung unseres Volkes, die Vernichtung des Vaterlandes usw. Dies[129] ist also ein eminent politischer Kampf und das Kreuz, unter dem wir diesen Kampf führen, ist unser Hakenkreuz. Und so wie Sie, Herr Benefiziat, überzeugt sind, daß das deutsche Volk außer durch Christus nie zu Glück zu kommen vermag, so bin ich überzeugt, daß es[130] außer durch das Hakenkreuz nie zur Gesundung[131] und Kraft kommt. Und ich kann nur den Tag ersehnen, an dem das deutsche Volk auf dieser Erde steht, fest, unerschütterlich und geeinigt, als Panier des Kampfes um das tägliche Leben, das Hakenkreuz zur linken Schwertseite, zur Rechten aber als[132] das Symbol des Glaubens und des Kampfes um das ewige, das Kreuz des Herrn. Daß wir aber je beim Marxismus enden, das sollten[133] Sie wirklich nicht glauben. Dazu sind wir zu weit von ihm entfernt. Nur diejenigen Parteien, die heute ihr politisches Programm unter einer religiösen Flagge segeln lassen, scheinen dieser Gefahr entgegen zu gehen. Denn nicht ich, Herr Benefiziat, habe mich auch nur einmal in meinem Leben mit einem Marxisten, außerdem im Kampf, zusammengesetzt und nicht die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat je mit den Marxisten[134] paktiert, sondern geistliche Würdenträger, Kardinäle tun dies und das katholische Zentrum paktiert mit dem marxistischen Atheismus und selbst der Tempel des Herrn ist nicht so erhaben, um nicht zur Stätte der Verbrüderung zwischen einem Kardinal Bettinger und einem marxistischen Gottesleugner zu dienen[135]. Nicht wir haben mit Marxisten eine Revolution des Meineides[136] der Lüge und des Verrats gemacht, sondern katholische Führer, woraus

[127] Abschrift Kreisleitung: „den".

[128] Abschrift Doll: „einen".

[129] Abschrift Kreisleitung: „Das".

[130] Abschrift Kreisleitung wiederholt hier „das deutsche Volk".

[131] Abschrift Doll: „Gesundheit".

[132] Dieses Wort fehlt in Abschrift Doll.

[133] Abschrift Doll: „enden, sollen".

[134] Abschrift Doll: „dem Marxismus".

[135] Der spätere Kardinal Franz Ritter von Bettinger hatte 1899 als Domkapitular in Speyer aktiv am Zustandekommen des Wahlbündnisses zwischen Zentrum und SPD bei den Landtagswahlen mitgewirkt.

[136] Eine Anspielung auf die Ausführungen Kardinal Faulhabers vor dem Münchner Katholikentag am 27.8. 1922: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat und bleibt in der Geschichte erblich belastet und mit dem Kainsmal gezeichnet." Akten Kardinal Michael von Faulhabers, 1917–1945, bearb. von Ludwig Volk, Bd. I: 1917–1934, Mainz 1975, S. 278, Anm. 3. Dies war ein Lieblingszitat Hitlers; vgl. Hitler, Reden, Bd. I, S. 34, II, 1, S. 318, II, 2, S. 532, 645.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

für mich nur[137] das Eine hervorgeht, daß es Unrecht ist, Politik mit der Religion zu verquicken und umgekehrt. Wenn wir Nationalsozialisten in unserem Programm feststellen, daß wir auf dem Standpunkt eines positiven Christentums stehen, daß uns die religiösen Einrichtungen beider Konfessionen heilig und unantastbar sind, dann haben wir damit für uns als politische Kämpfer gesagt, was gesagt werden muß. Ein Mehr nützt nichts[138], sondern schadet nur. Abgesehen davon, daß schon die religöse Spaltung zur höchsten Vorsicht mahnen muß. Denn wehe deutsches Volk, wenn so wie wir heute eine katholische Partei besitzen, eines Tages auch eine evangelische entstünde[139]Ich glaube, Ihre Liebe, Herr Benefiziat, zum deutschen Volk[140] ist zu groß, als daß Sie selbst solches wünschen würden. Darum kommt man aber nicht herum, sowie man überhaupt[141] erst beginnt, eine politische Partei in ihrem Programm mit religiösen Problemen zu verknüpfen.

Sie meinen endlich in Ihrem Brief, daß wer das Gute will, das Böse ausrotten muß. Ich will dies, Herr Benefiziat, aber unsere religiösen Parteien wollen es nicht. Ich will den Kampf gegen die Pestträger unserer sittlichen, moralischen und rassischen Zersetzung, allein ich werde am schwersten verfolgt, gerade deshalb und zwar von den Parteien, die das christliche Kreuz bei jeder Gelegenheit vor sich hertragen und die selbst mit dem Bösen sich verbinden, es in Schutz nehmen und mehr lieben als diejenigen, die das Beste wollen und dafür sich aufzuopfern bereit sind. Sie meinen, daß ohne christliche Struktur unsere Arbeit kalt und erfolglos bleiben wird, nun, Herr Benefiziat, das Zentrum hat diese Struktur, wollen Sie behaupten, daß dessen Arbeit deshalb warm und für das deutsche Volk erfolgreich ist? Nein, ich halte es für richtiger, statt die Religion in den Dienst heimtückischer und verlogener Parteiinteressen zu stellen, die Politik in die Hände von aufrichtigen, ehrlichen und opferbereiten Männern zu legen. Denen wird dann auch ein gnädiger Himmel seinen Segen nicht versagen.

Sie meinen weiter, Herr Benefiziat[142], daß es Unrecht wäre, heute die Kirche zu schelten, weil die Erziehung zur Zeit schlechte Resultate zum Vorschein bringe, denn die Kirche selbst wäre ja ihrer Macht und ihres Einflusses beraubt, und könne praktisch keine Erziehungsarbeit leisten. Es gab aber[143] eine Zeit, Herr Benefiziat[144], da hatte sie diese Macht, da konnte sie diese Erziehungsarbeit leisten[145]. Das Ergebnis damals war einerseits der zum Himmel stinkende Sündenpfuhl Versailles mit all seiner orgiastischen[146] Nachahmung und auf der anderen eine vertierte Proletenmasse, aus der eines Tages plötzlich die Marseillaise herausgellte. Wo war denn dort die Erziehungsarbeit geblieben? Ich glaube auch da[147] an das Walten einer höheren Gerechtigkeit. Gott ließ es sicherlich nur zu, daß der Kirche ein Teil ihres Erziehungsrechtes genommen wurde, weil sie selbst in ihrer Erziehungsarbeit sich

137 Dieses Wort fehlt in Abschrift Doll.
138 Abschrift Doll: „nicht".
139 Am 28.12. 1929 wurde eine solche Partei gegründet: der Christlich Soziale Volksdienst.
140 „Zum deutschen Volk" fehlt in Abschrift Doll.
141 Abschrift Doll: „überzeugt".
142 In Abschrift Doll fehlt die Anrede.
143 Wort fehlt in Abschrift Kreisleitung.
144 In Abschrift Doll fehlt die Anrede.
145 Diesen Vorwurf erhob Hitler auch noch später; vgl. Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932 bis 1945, Bd. I, 1, Wiesbaden 1973, S. 115, 210f.
146 In Abschrift Doll ist das verstümmelte maschinengeschriebene Wort handschriftlich ergänzt zu „[dr]astischen"; außerdem Plural: „seinen... Nachahmungen".
147 Wort fehlt in Abschrift Doll.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

schwer versündigt hatte, und die Resultate nicht dem entsprochen haben[148], was man billig einst verlangen konnte und was sie selbst, Herr Benefiziat, heute gerne sehen möchten. Der Janhagel der französischen Revolution sowohl als der deutschen, ist nicht in nationalsozialistischen, sondern in christlichen Schulen aufgewachsen. Auch die Führer waren in beiden Fällen keine Nationalsozialisten, wohl aber befanden sich unter ihnen zahlreiche geistliche Würdenträger, die nichtsdestoweniger und trotz ihrer Erziehung so wenig die sie selbst beherrschenden Teufel zu überwinden vermochten. Im übrigen, Herr Benefiziat, lehnen wir Nationalsozialisten jenen schrankenlosen Liberalismus heute wohl als einzige in Deutschland grundsätzlich ab. Ich darf Ihnen weiter zum Schlusse noch versichern, daß ich auch unsere sog. gebildeten Schichten gebührend und[149] richtig einzuschätzen weiß.

Allerdings kann ich hier nicht alles über einen Leisten schlagen. Denn neben so und soviel feisten[150] Spießbürgern oder skrupellosen Ausbeutern gibt es auch wieder zahllose Idealisten, die ebenfalls bereit sind, für ihr Volk alles einzusetzen, zu opfern und zu kämpfen. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß es mich freut, wenn Sie, Herr Benefiziat, unsere Arbeit weiterverfolgen und daß es mir aufrichtig leid tut, daß Sie an ihr nicht mehr positiv teilzunehmen vermögen oder dürfen. Die Vorgänge, die nach dem November 1923 Ihren kirchlichen Oberbehörden die Veranlassung zu diesem Verbote gegeben haben, bedauere ich selbst am allermeisten. Die Angriffe, die damals besonders gegen den Herrn[151] Kardinal erhoben worden waren, erfolgten weder mit meinem Wissen, noch mit meiner Billigung. Allein, es ist Blut geflossen und in der furchtbaren Erregung fielen dann auch Worte, die in ruhigen Zeiten und bei nüchterner Überlegung sicherlich niemals ausgesprochen worden wären. Mir tut es unendlich leid, weil ich dadurch viele Mitarbeiter verlor, die schon infolge ihrer bisherigen Seelsorgetätigkeit ein aufrichtig warmes Herz für unser Volk besaßen und die mir die sicherste Gewähr geboten hätten, daß in unserer Bewegung nie eine Tendenz um sich greift, die es den Angehörigen einer bestimmten Konfession erschweren würde, unserer Partei anzugehören. Denn mein Wunsch[152] war es immer, daß in den Reihen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei der gläubigste Protestant neben dem[153] gläubigsten Katholiken, und umgekehrt, sitzen kann, ohne je in den geringsten Gewissenskonflikt zu verfallen[154].

Nehmen Sie nochmals die Versicherung meiner Verehrung entgegen.

Mit treudeutschem Gruß!

Ihr

gez. Adolf Hitler.

---

148 Der ganze Satzteil „und die Resultate nicht dem entsprochen haben" fehlt in Abschrift Kreisleitung.

149 Wort fehlt in Abschrift Kreisleitung.

150 Adjektiv fehlt in Abschrift Doll.

151 Wort fehlt in Abschrift Kreisleitung.

152 Wort fehlt in Abschrift Doll.

153 Abschrift Kreisleitung: „den".

154 Der Satz ist fast wörtlich aus „Mein Kampf" entnommen: „Es konnte in den Reihen unserer Bewegung der gläubigste Protestant neben dem gläubigsten Katholiken sitzen, ohne je in den geringsten Gewissenskonflikt mit seiner religiösen Überzeugung geraten zu müssen." Mein Kampf, II, S. 213.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Notiz

FÜHRERERLASSE 1939–1945

EIN EDITIONSVORHABEN DER VON HITLER IM KRIEG ERLASSENEN RECHTSAKTE ZIVILEN CHARAKTERS

Seit vielen Jahren leistet die von Walther Hubatsch besorgte Edition „Hitlers Weisungen für die Kriegsführung" der Forschung wertvolle Dienste. Bis heute fehlt jedoch eine Sammlung der von Hitler im zivilen Bereich von Staat und Partei erlassenen Rechtsanordnungen im weitesten Sinn, mögen diese nun als Führererlaß, -verordnung, -befehl, -verfügung oder ähnlich bezeichnet worden sein. Das hier vorzustellende Projekt will diese Lücke schließen: Es geht dabei allein um die von Hitler persönlich gezeichneten Rechtsakte, nicht jedoch um angebliche oder wirkliche Willensäußerungen, die von Personen seiner Umgebung an den oder die Adressaten weitergeleitet wurden. Neben dem Kriterium der Schriftform sowie der Unterschrift Hitlers ist ein Wille zur Setzung allgemeingültiger Rechtsnormen zu beachten, so daß individuelle Ernennungen, Beförderungen, Ordensverleihungen usw. (nicht jedoch die Stiftung von neuen Auszeichnungen oder die Schaffung einer neuen Behörde unter gleichzeitiger Ernennung ihres Leiters) unberücksichtigt bleiben, selbst wenn die entsprechenden Urkunden Hitlers Unterschrift tragen.

So kompliziert sich im Einzelfall die definitorische Abgrenzung gestaltet, so schwierig präsentiert sich auch die Quellenlage: nur ein Teil der von Hitler gezeichneten Gesetze, Verordnungen, Erlasse etc. wurde im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Besonders nach Kriegsbeginn nahm die Zahl der Rechtsakte, deren Publikation ausdrücklich untersagt war, rapide zu. Für diese gerade besonders aufschlußreiche Gruppe gibt es keine geschlossene archivalische Überlieferung. Neben einem Kernbestand unveröffentlichter Führererlasse etc. in den Akten der Reichskanzlei (Bundesarchiv Koblenz, R 43 II/604 und 604 a) findet sich in anderen Beständen eine erhebliche Zahl weiterer Dokumente, so daß eine Begrenzung des möglicherweise relevanten Quellenmaterials schlechterdings unmöglich erscheint. Um daher dem gesteckten Fernziel des Forschungsvorhabens, nämlich einer möglichst vollständigen Erfassung und textlichen Wiedergabe aller von Hitler während des Krieges gezeichneten, bisher unpublizierten Rechtsakte (die übrigen sind im Reichsgesetzblatt leicht zugänglich) gerecht werden zu können, müßte im Grunde die gesamte archivalische Hinterlassenschaft des „Dritten Reiches" durchgesehen werden. Ein solches Vorgehen wäre aus arbeitsökonomischen Gründen völlig undurchführbar und würde überdies ab einem gewissen Zeitpunkt bei weiterer Mühe immer spärlichere Resultate erbringen. Daher erscheint es zweckmäßiger, sich stattdessen der Erforschung der Vorgeschichte, des Zustandekom-

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

mens und der Auswirkungen der Erlasse etc. zuzuwenden und, im engen Zusammenhang damit, eine erste Analyse des Problems „Der Führer als Gesetzgeber" vorzunehmen. Es bedarf keiner näheren Begründung, daß solche Fragestellungen ungemein befruchtet würden, wenn das relevante Quellenmaterial in einer Edition zugänglich wäre, wohingegen es derzeit noch über zahllose Bestände und Archive verstreut und daher nicht einmal in seinem quantitativen Umfang abschätzbar ist.

Beim augenblicklichen Stand der Recherchen wurden rund 400 solcher Führererlasse etc., gerichtet ganz oder teilweise an zivile Dienststellen (also ohne militärische Befehle!), erfaßt. Neben den an einschlägigen Orten (Reichsgesetzblatt Teil I und II, Reichsverfügungsblatt der NSDAP, Reichsbesoldungsblatt u. a.) publizierten und daher mühelos erfaßbaren Rechtsakten wurde aus diversen Archivbeständen, aus Quelleneditionen und der wissenschaftlichen Literatur eine weitere Gruppe unveröffentlichter Anordnungen ermittelt, welche den Minimalerfordernissen (Schriftform, Hitlers Unterschrift und Kopf „Der Führer", „Der Führer und Reichskanzler", „Adolf Hitler" o. a., Setzung einer allgemein verbindlichen Norm) entsprechen. Das Material wurde chronologisch geordnet und nach folgendem Schema aufgelistet: Datum der Unterschrift, Form des Rechtsaktes (Erlaß, Befehl etc., häufig fehlende oder zweifelhafte Angabe), Titel oder Betreff, Quelle bzw. Fundort, mitunter kurze Anmerkungen. Ebenfalls einbezogen wurden in zeitgenössischen Quellen anzutreffende Hinweise auf Führererlasse, die selbst jedoch noch nicht ausfindig zu machen waren. Die gesamte Auflistung (ohne den eigentlichen Text der Hitler-Anordnungen) nebst einleitenden Bemerkungen über die Kriterien der Auswahl und definitorischen Abgrenzung umfaßt ca. 50 Maschinenschriftseiten und ist als Computerdiskette verfügbar. Um die Gefahr, daß trotz intensiver Recherchen möglicherweise weiteres Material unentdeckt geblieben ist (was den Wert einer späteren Edition schmälern würde), möglichst hintanzuhalten, richte ich an interessierte Kollegen die Bitte, mit ihrem Wissen zum Gelingen des Vorhabens beizutragen, indem sie bei mir eine Diskette (bitte Format und gewünschtes Textverarbeitungsprogramm bekanntgeben) anfordern und mir nach Durchsicht mitteilen, ob ihnen noch weitere Führererlasse etc. bekannt sind, die sich in der Sammlung noch nicht befinden und auf welche die ausführlich erläuterten Kriterien zutreffen. Eine solche Überprüfung müßte aufgrund der chronologischen Ordnung des Quellenmaterials relativ leicht durchzuführen sein. Interessierte Kollegen wenden sich bitte an: Dr. Martin Moll, A-8010 Graz/Österreich, Wilhelm-Kienzlgasse 33.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Abstracts

Adolf M. Birke, Great Britain and the Parliamentary Council.

The intentions, extent and significance of Allied interventions in negotiations on the Basic Law *(Grundgesetz)* in 1948–9 have so far been known to scholars only in outline, particularly because they had to rely mainly on German and American sources. Recently, however, a comprehensive inventory has been published, which makes access to files of the British Military Government much easier. Therefore it is now possible to describe the British attitude to the Parliamentary Council in more detail, and to gain important insights into interaction between the Allies.

It has become apparent that the accusation of favouritism frequently levelled at the Labour government in relation to the SPD must be qualified. In principle, the British side wanted the German political parties to agree on a constitution based on as broad a consensus as possible. But given the strict Allied guidelines for the federal development of the future West German state, the constitutional negotiations were complicated by a more centralized solution, favoured by the SPD and FDP in particular. This prompted stronger Allied intervention. The documents show that the British first tried, unsuccessfully, to moderate their partners' views, in order not to jeopardize from outside the compromise reached with such great difficulty by the German parties. Finally, a diplomatic initiative emanating from London persuaded Washington to change course on this issue, so that the Western Allies ultimately approved the draft *Grundgesetz* without the changes they had originally demanded.

Hans Mommsen, Concepts of the Kreisau Circle for the Reconstruction of Post War Germany and Europe.

Helmuth James von Moltke and his followers firmly believed the fall of Hitler's dictatorship would fundamentally change the political course occidental civilisation would take. Any traces of the destructive path which had led from secularization to individualism and liberalism, from capitalist mass society to the final stages of Nazi authoritarianism would be replaced by a new and political order.

The basic philosophical concept of the Kreisau group was set forth by Helmuth von Moltke and his inner circle. The Munich Jesuits expressed the same ideas and participated in conceptualizing the Kreisau tenets. Their conviction that post war society needed a new beginning was not solely restricted to Germany. Thus, the Kreisau circle envisaged a truly European solution, and in some respects, anticipated contemporary European thought.

The primary significance of the Kreisau group rested in its steadfast conviction that restoring the image of man as a responsible social being was the key to change. Thus, Moltke and his supporters purported a revolution of the mind, as well as of the social and economic conditions which had led to Nazi rule. Kreisau became aware of the anomaly of German society under Nazi rule. Only by restoring basic social relations among men could the regeneration of the body politic be attained.

Gian Enrico Rusconi, The Italian Resistenza Reconsidered.

The author summarizes the present national debate in Italy over the Resistenza's role vis-à-vis the German Wehrmacht and the fascists of Salò. Recent new publications which discuss the 8th of September 1943, the "attendismo", and in particular, the concept of the

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

"three wars", are critically evaluated by the author. Furthermore, the author addresses the current dispute in Italy which questions the moral legitimacy of the Resistenza as the basis for the Republic of 1946. In this context, reconsidering the Resistenza means the attempt to put it into historical perspective without denying its ethical and political relevance to the new beginning currently underway in Italy.

Ulrich Lappenküper, The Schuman Plan. The Long Road to Franco-German Reconciliation.

The immense importance of the Schuman Plan to modern European history has been a never ending source for new studies in historiography. Based on extensive archival research, the study endeavors to give a clear picture of the Plan's significance in light of Franco-German relations in the early 1950's. Beginning with the first proposal of the Plan up to its ratification, the article delineates the cooperation and confrontation that marked relations between Bonn and Paris respectively.

The main considerations of the Schuman Plan were: To ensure the desperately needed raw resources base for the French steel industry; concern Germany could rise to a dominating economic power; to redefine foreign policy commitments to one's neighbor.

The multilateral negotiations were both difficult and controversial. However, the political dimension of the project and pressure from the United States led the politicians to move forward towards reconciliation. Firmly convinced the *Montanunion* was a political milestone for both countries and for all of Europe, Schumann and Adenauer committed themselves to paving the way for final ratification of the Plan. Largely due to their efforts, the Schuman Plan was approved by the respective parliaments in December 1951 and January 1952.

Stefan Karner, The Soviet Main Administration for POWs and Internees.

The GUPVI (Main Administration for POWs and Internees) was the second largest camp system of the USSR and under the control of the Soviet Ministry of the Interior. Founded in 1939 as a derivative of GULAG, it existed until shortly after Stalin's death in 1953. The GUPVI camp system consisted of nearly 3200 camps and approximately 200 front line camps including labour battalions, special and evako-hospitals. Cemetries were attached to many of the permanent camps and hospitals. Burial sites are recorded in the archives of the camps for many of the registered internees and POWs. Approximately 3,5 million prisoners of war and internees of over 30 nationalities were detained in the camps of GUPVI. The labour potential of prisoners of war and internees was utilized as much as possible. Contact with GUPVI by civilian internees was rare.

Paul Hoser, Hitler and the Catholic Church: Two Letters to Magnus Gött in 1927.

Even in the early stages of his party, Hitler clearly distinguished between political catholicism and the Catholic Church which was respected by his followers. Though a great number of Catholic priests mistrusted his party and its ideology, Hitler succeeded in winning a small group of them. Among these was Magnus Gött, a country priest in the Bavarian Allgäu. During the first world war, Gött had been a radical critic of government politics with an almost socialist point of view. As early as 1922 he became a fanatical follower of Hitler. In 1927 Hitler outlined his attitude toward the Catholic Church in two letters to Gött. Hitler stressed his former politics and criticised the historic role of the Church. During the Third Reich Gött finally became an opponent of the National Socialists.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *Adolf M. Birke*, Direktor des Deutschen Historischen Instituts London und ordentlicher Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Bayreuth (Geschwister-Scholl-Platz, 95445 Bayreuth); zahlreiche Veröffentlichungen zur deutschen und britischen Geschichte der Neuzeit und der Zeitgeschichte, u. a.: „Bischof Ketteler und der deutsche Liberalismus" (Mainz 1971), „Pluralismus und Gewerkschaftsautonomie in England" (Stuttgart 1978), „Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961" (Berlin 1989), Hrsg. mit H. Booms u. O. Merker: „Akten der britischen Militärregierung in Deutschland. Sachinventar 1945–1955", 11 Bde. (München 1993).

Dr. *Hans Mommsen*, ordentlicher Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum (Universitätsstr. 150, 44801 Bochum); Fellow des Institute for Advanced Study in Princeton und des Wissenschafts-Kollegs in Berlin; Gastprofessuren in den USA und in Israel. Zahlreiche Publikationen zur mitteleuropäischen Arbeiterbewegung, zur politischen und sozialen Entwicklung Deutschlands in der Zwischenkriegszeit, Drittem Reich und Widerstand, u. a.: „Beamtentum im Dritten Reich" (Stuttgart 1966), „Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933" (Berlin 1989).

Dr. *Gian Enrico Rusconi*, ordentlicher Professor für politische Wissenschaft an der Universität Turin (Dipartimento di Studi Politici, Via Maria Vittoria 19, I-10123 Torino); veröffentlichte u. a.: „La crisi di Weimar" (Turin 1977), „Rischio 1914. Come si decide una guerra" (Bologna 1987), „Se cessiamo di essere una nazione" (Bologna 1993), „Italien und der deutsche Historikerstreit", in: Dan Diner (Hrsg.), Ist der Nationalsozialismus Geschichte? (Frankfurt a. M. 1987).

Dr. *Stefan Karner*, Professor am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Karl-Franzens-Universität Graz (Universitätsplatz 4, A-8010 Graz), Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgenforschung; seit 1991 Forschungen über Kriegsgefangene und Internierte in der Sowjetunion nach 1941. Veröffentlichungen u. a.: „Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945" (Graz/Wien 1986), (Hrsg. zus. mit G. Schöpfer) „Als Mitteleuropa zerbrach" (Graz 1990), (Hrsg.) „Geheime Akten des KGB". ‚Margarita Ottilinger' (Graz/Wien 1992).

Dr. *Ulrich Lappenküper*, Wiss. Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Bonn (Konviktstr. 11, 53113 Bonn), veröffentlichte u. a.: „Die Mission Radowitz. Untersuchungen zur Rußlandpolitik Otto von Bismarcks 1871–1875" (Göttingen 1990), „‚Ich bin wirklich ein guter Europäer'. Ludwig Erhards Europapolitik 1949–1966", in: Francia 19 (1992). Arbeitet gegenwärtig an einer Dokumentation und einer Monographie zu den deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963.

Dr. *Paul Hoser*, Historiker und Übersetzer (Am Glockenbach 8, 80469 München); veröffentlichte u. a.: „Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934" (Frankfurt a. M. 1990), „Oswald Spenglers Pläne für eine geheime Lenkung der nationalen Presse", in: VfZ 38 (1990), edierte gemeinsam mit Hermann Weiß „Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928–1933" (München 1989). Zur Zeit im Auftrag der Stadt Memmingen Arbeit an der Geschichte der Stadt von 1803 bis 1945.

Jahrgang 42 (1994), Heft 3
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1994_3.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte